DM 10,– Nr. 3 März 1993 E 8080 E



Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland:

Die Ruhe 1993 vor dem Sturm 1994

Amerikas Ku-Klux-Klan fördert die Gewalt und destabilisiert die Stärke der Wirtschaft in allen Teilen Deutschlands

Maastricht-Verträge:

Großangriff auf die deutsche Souveränität

Bonn:

Ursachen der Parteien-Verdrossenheit

Mafia:

Die Verschwörung der Freimaurer in Italien

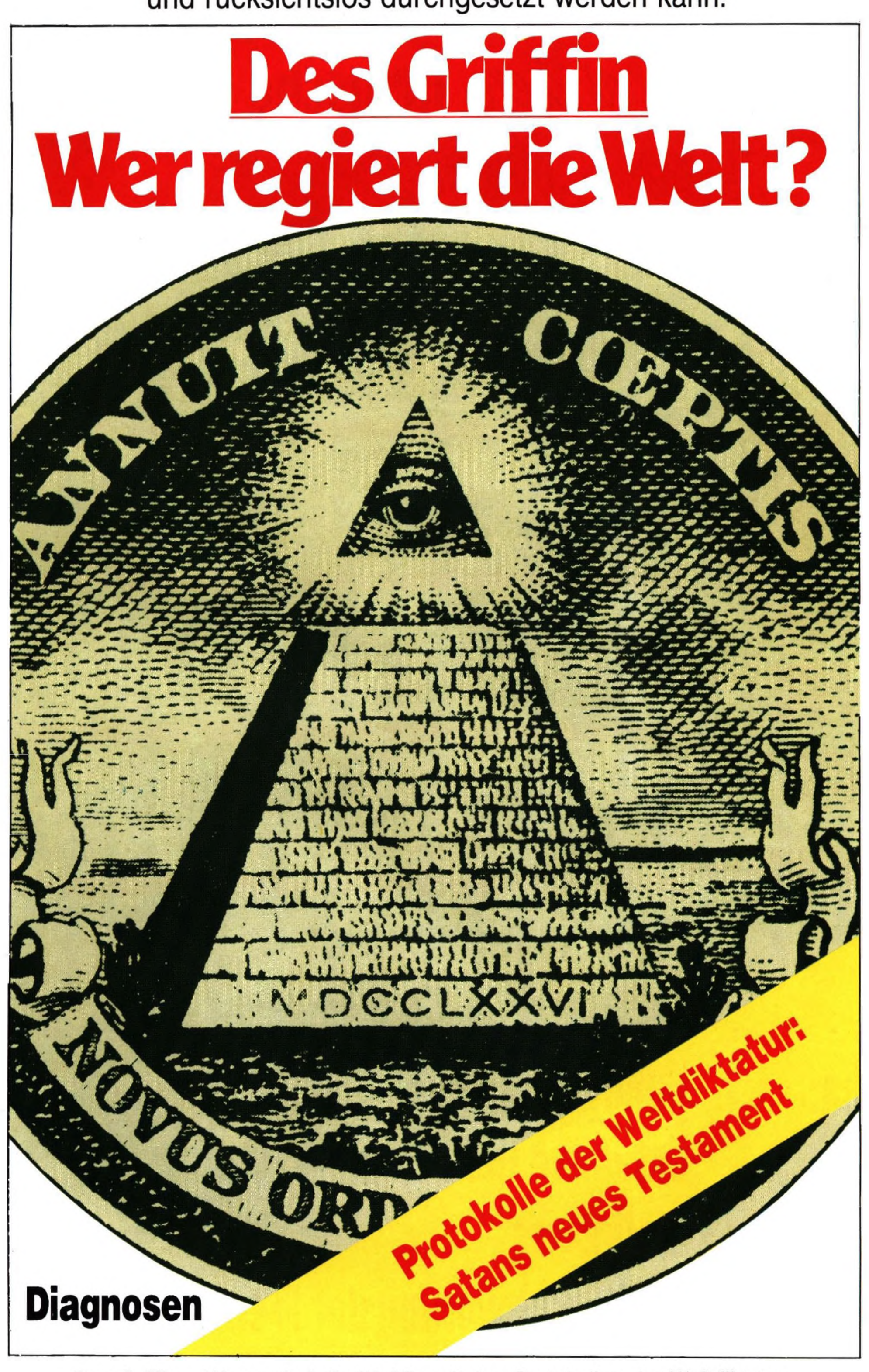
Frankreich:

Die Gewinner im Machtkampf in der EG

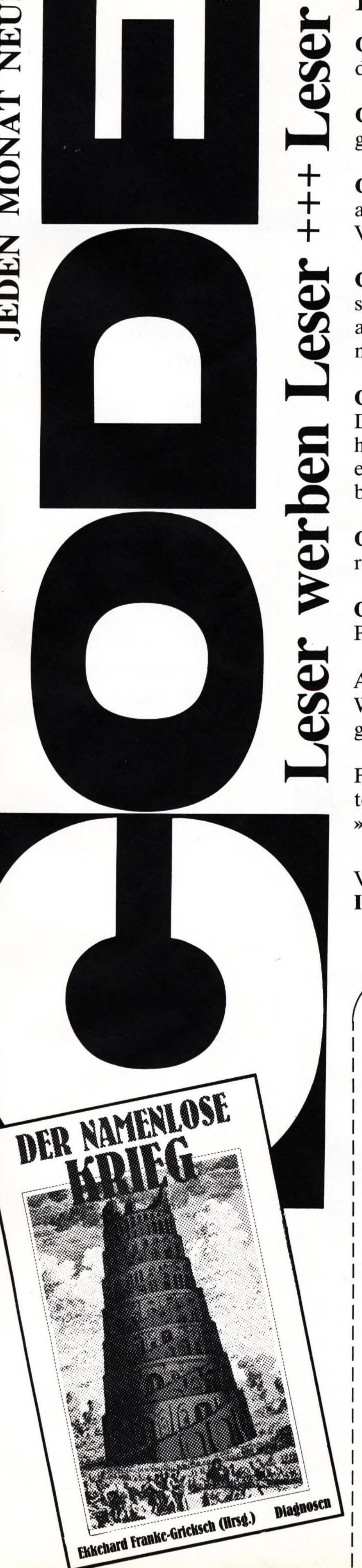
Bosnien-Herzegowina:

Die ethnische Säuberung durch serbische Psychiater

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

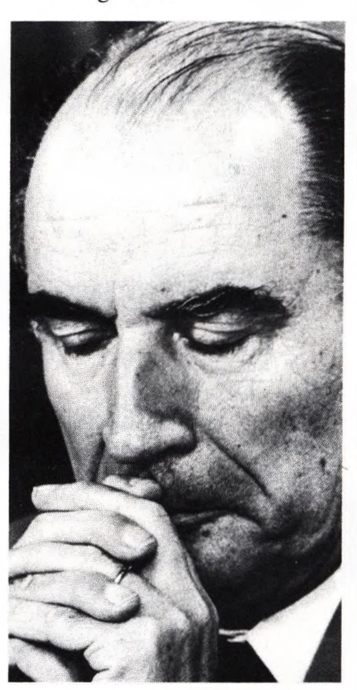
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

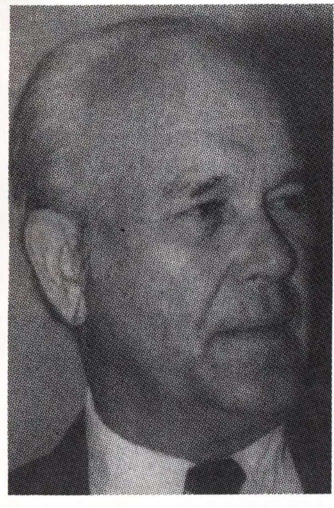
Deutschland

Finanzen



François Mitterrand lobt öffentlich die deutsch-französiche Freundschaft. Tatsache ist jedoch auch, daß die EG immer mehr zu einem frankophilen Interessensverein wird.

Internationales



L. Fletcher Prouty war während der Kennedy-Regierung für die Bereitstellung von militärischer Unterstützung für die verdeckten Operationen des CIA verantwortlich.



David Rockefeller dankte, daß seine Chase Manhatten Bank seit 1927 ohne Unterbrechung in Moskau Geschäfte machen konnte.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Enthüllungen über Bubis

Unmittelbar vor Redaktionsschluß sind der CODE-Redaktion zwei Artikel aus der Sächsischen Zeitung des Jahres 1952 zugegangen, die sich mit dem Vorleben des Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, befassen. Wir geben diese Artikel unkommentiert weiter:

»Kaffeeschiebungen en gros. Dresden – Gewissenlose, die Allgemeinheit schädigende Wirtschaftsverbrechen und -vergehen, deren sich fünfunddreißig Männer und Frauen aus Dresden und anderen Orten in den Jahren 1948 bis 1950 schuldig machten, waren Gegenstand einer mehrtägigen Verhandlung vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Dresden. Das Haupt des Konsortiums, der jetzt erst 24jährige Ignaz Bubis und weitere sechzehn der Angeklagten, darunter seine treuesten ›Mitarbeiter‹, haben sich durch Flucht ihrer Verantwortung entzogen. Es handelte sich vor allem um die Verschiebung von Bohnenkaffee, der von den Hauptschuldigen in riesigen Mengen (zentner- und tonnenweise) gesetzwidrig von Berlin nach der DDR transportiert und hier mit hohem Gewinn an etliche der Mitangeklagten verkauft wurden. Diese sorgten dann ihrerseits wieder für den weiteren nutzbringenden Absatz. Aber auch diejenigen, die als Helfer bei den Schiebereien mitwirkten, die Aufkäufer, die Personen, die wissentlich den illegalen Transport der Ware ausführten, die falsche Warenbegleitscheine ausstellten, sich Bestechungen schuldig machten usw. standen unter Anklage.

Wegen fortgesetzten Verbrechens gegen die Spekulationsverordnung, Verstößen gegen die Preisstrafrechts- und Wirtschaftsstrafverordnung setzte das Gericht in der Hauptsache Zuchthausstrafen aus, die im Höchstfalle zwölf Jahre betrugen; dazu kommt noch die obligatorische Vermögenseinziehung. Die weniger Belasteten kamen mit Gefängnisstrafen davon. Die Vorsitzende Landrichterin Borchardt, rügte vor allem das gewissenlose Verhalten der Angeklagten, die durch ihre profitgierigen Manipulationen unserer Planwirtschaft vorsätzlich und schädigend zuwiderhandelten.«

Der zweite Artikel hat den Wortlaut: »Kaffee tonnenweise verschoben/Hohe Strafen für Spekulationsverbrechen. Dresden. Mit einem äußerst umfangreichen Schieberprozeß, in dem nicht weniger als 35 Personen angeklagt waren, hatte sich in den vergangenen Tagen die große Strafkammer des Landgerichts Dresden unter Vorsitz der Landrichterin Borchardt zu beschäftigen.

Von den Beschuldigten, unter denen sich mehrere Ausländer befinden, sind siebzehn flüchtig, davon auch etliche der Hauptbelasteten. Diesen wird nachgewiesen, Spekulationsverbrechen dadurch begangen zu haben, daß sie in den Jahren 1948 bis 1950 Waren, vor allem Bohnenkaffee, in illegalen Transporten zentner-, ja tonnenweise von Berlin nach Dresden und anderen Orten verschoben und dabei Riesengewinne erzielten, die ihnen ein Schlemmerleben ermöglichten.
Die übrigen Angeklagten sind die Unterverkäufer sowie die größeren und kleineren Abnehmer der Ware, die Transporteure, Aussteller der falschen Warenbegleitscheine u.a.m. Durch ihr gesellschaftsschädigendes, selbstsüchtiges und gewissenloses Verhalten haben alle der gelenkten und geplanten Friedenswirtschaft entgegengearbeitet, zum Schaden der Allgemeinheit. Sie verstießen damit nicht nur gegen die Spekulationsverordnung, sondern größtenteils auch gegen die Prozeßstrafrechts- und die Wirtschaftsstrafverordnung.
Das Urteil für die am meisten Belasteten Ignaz Bubis, Ciryl ... (unleserlich auf der Kopie; Anmerkung der Redaktion) und Oldrich Janousek lautet auf zwölf Jahre, zwölf Jahre und zehn Jahre Zuchthaus mit Vermögenseinziehung. Die Strafen für die übrigen Angeklagten bewegen sich zwischen acht Jahren Zuchthaus und Vermögenseinziehung bis zu sechs Monaten Gefängnis.«

Die hierzu von Bubis angegebene Stellungnahme ist die: »Mir ist eine Meldung einer sächsischen Zeitung, angeblich aus dem Jahre 1952, vorgelegt worden, aus der sich ergibt, daß zu dieser Zeit ein Massenprozeß gegen 85 Personen (in Wirklichkeit handelte es sich nur um 35 Personen; die Redaktion) wegen angeblicher Verstöße gegen die damaligen ›Spekulationsverordnungen der DDR‹ in den Jahren 1948 bis 1950 stattgefunden haben soll.

In diesem Zusammenhang wird auch mein Name genannt. Ich habe die sowjetische Besatzungszone im September 1948 verlassen. Zu keinem Zeitpunkt habe ich Unterlagen, gleich welcher Art, über einen gegen mich gerichteten Strafprozeß erhalten. Sollte es ein derartiges Verfahren mit einer Verurteilung gegeben haben, kann es sich nur um eines der politisch ideologischen Urteile eines kommunistischen Regimes gehandelt haben, die in jenen Jahren an der Tagesordnung waren.

Ich habe in den Jahren 1946 bis 1948 in Übereinstimmung mit den damals geltenden Besatzungsrechtlichen Bestimmungen 3 Ladengeschäfte unter dem Firmennamen ›TAUZE‹ (Tauschzentrale) betrieben, in denen jedermann Wertgegenstände gegen Genußmittel eintauschen konnte. Solche Tauschzentralen hat es damals in allen größeren Städten, jedenfalls der sowjetischen Besatzungszone, offziell gegeben.«

Was an diesem »Dementi« auffällt, ist, daß Bubis lediglich ableugnet, sich nach September 1948 noch in der sowjetischen Besatzungszone aufgehalten zu haben. Dieses ist aber beim Schmuggel von Waren nicht notwendig, kommt sogar praktisch nie vor. Der Kopf der Schmugglerbande hält sich in der Regel immer am Ort, von dem der Schmuggel ausgeht, auf, da das Risiko, geschnappt zu werden, am Ankunftsort ungleich höher ist als bei der Absendung.
Auch hat Bubis nicht gesagt »Ich habe mit der Sache nichts zu tun«, sondern nur, daß er keine »Unterlagen« hierüber erhalten hat. Und daß ein Urteil zu dieser Zeit mit Sicherheit auch ideologisch gefärbt war, darin besteht sicherlich auch kein Zweifel.
Bubis hat es versäumt, mit einer eindeutigen Stellungnahme wirklich jeden Zweifel an einem wie in der »Sächsischen Zeitung« beschriebenen Urteil auszuräumen. Nichtsdestotrotz hat, wie in einem Rechtsstaat üblich, der Unschuldsverdacht bis zur endgültigen Bestätigung der nunmehr gegenüber ihn aufgestellten Vorwürfe, auch für den Zentralratsvorsitzenden zu gelten. Denn daß es zu dieser Zeit wirklich viele rein politische Urteile ohne auch nur ein Fünkchen Wahrheitsgehalt gegeben hat, steht ebenfalls ohne Zweifel.

Seltsam ist allerdings folgendes: Obwohl die entsprechenden Zeitungsausschnitte an alle Nachrichtenagenturen und die wichtigsten Tageszeitungen und Wochenzeitschriften gesandt worden sind und zumindest einige bei Bubis angefragt haben müssen – seine Stellungnahme wurde standardisiert verteilt –, war in den Medien aber nichts hiervon zu hören. Jeder kleine Kommunalpolitiker, der für ein 50 Mann-Unternehmen in der Werkszeitschrift ein Fünf-Zeilen-Grußwort geschrieben hat, wurde auf der Titelseite der Zeitungen abgekanzelt. Wenn nun aber dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, schwerste Verbrechen mit dementsprechender Strafe vorgehalten werden – selbst wenn diese »nur« aus der DDR stammen –, dann ist dies noch nicht einmal eine Zeile wert. Seltsam, aber doch wahr! □

Die Wahrheit über die Abgeordneten

Nach dem ehemaligen Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) hat nun auch ein anderer CDU-Bundestagsabgeordneter aufgedeckt, wie die Politik in »dem freiheitlichsten Staat, den wir je hatten« in Wirklichkeit gemacht wird. Es handelt sich um den 42jährigen Arzt Hans-Joachim Sopart aus dem Wahlkreis Burg, der nach nur zwei Jahren sein Mandat wieder zurückgab.

Als Gründe führte er auf: »Als sogenannter Hinterbänkler bist du in Bonn, sowohl im Parlament als auch in den einzelnen Fachausschüssen, politisch völlig überflüssig. Du wirst gehört und

überhört, gesehen und übersehen. Von 662 Bundestagsabgeordneten entscheiden höchstens 50 über Sinn und Unsinn der Politik. Der Rest ist bestenfalls befehlsempfangendes Organ. So konnte ich die Interessen meiner Wähler nicht vertreten.

Der Kanzler hat sich nie die Mühe gemacht, mich auch nur kennenzulernen. Ich fühlte mich total isoliert – wie viele meiner Kollegen aus den neuen Bundesländern, aber auch wie viele aus dem Westen.«

Als Abgeordneter verdiente er 15000 Mark. Das ist dreimal so viel, wie Sopart heute als Oberarzt erhält. »Für dieses viele Geld sollte ich gar nichts so Außergewöhnliches leisten wie zum Beispiel bei einer hochkomplizierten Operation. Meine Aufgabe war nur, im richtigen Moment mit der Herde zu blöken.«

Weiter schilderte Sopart, wie er seine Macht- und Einflußlosigkeit bei der Diskussion um den Paragraphen 218 zu spüren bekam: »Frauen aus meinem Wahlkreis wandten sich verzweifelt mit der Bitte an mich, ich solle weiterhin in der CDU für eine Fristenlösung plädieren. Doch mein Diskussionsbeitrag wurde in einer Sitzung des CDU-Arbeitskreises Gesundheit vor der Vorsitzenden Irmgard Karwatzki einfach übergangen. Die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, die einige Minuten danach verspätet hinzukam, löste mit nahezu dem gleichen Antrag und den gleichen Argumenten eine heftige Diskussion aus.«

Trotz dieser Erlebnisse gab Sopart, wie er weiter ausführte, keine Ruhe. Immer häufiger wurde er deshalb von der Fraktionsführung gemaßregelt. Er habe sich »mehr der Partei unterzuordnen« und solle »keine unnötige Unruhe in die Partei bringen«, bügelte ihn Kanzleramtsminister Friedrich Bohl, erinnert sich Sopart, in einem Vieraugengespräch ab. Bei einer »durch 40 Jahre DDR geprägten und verdorbenen Persönlichkeit«, so der Kanzlervertraute Bohl, sei Vorsicht geboten.

Ob es um die Rentenumstellung in den neuen Bundesländern ging, die Diskussion über die 0,8-Promille-Grenze oder die Gesundheitsstrukturreform: Soparts Argumente stießen auf taube Ohren. »Ich habe mich fleißig bewegt, aber die Bonner Machthaber haben sich von niemanden reinreden lassen«, erinnert er sich.

So wie ihm gehe es vielen anderen Abgeordneten auch. Sie würden aber »resignieren und bleiben; denn sie haben keine Möglichkeit mehr, in ihren alten Beruf zurückzukehren. Für sie heißt es: entweder Abgeordneter oder Sozialhilfeempfänger.«

Wenngleich es sicherlich richtig ist, daß ein Abgeordneter einer Partei auch weitgehend die von ihr vorgegebenen Ziele verfolgen sollte, so geht es aber doch nicht an, daß eine Meinung so unterdrückt wird, wie es anscheinend im Fall Sopart geschehen ist. Dies gilt selbst dann, wenn man unterstellt, daß es nun wirklich zu einem totalen Chaos führen würde, wenn jeder einzelne Abgeordnete bei Sitzungen seiner Fraktion zu jedem Punkt eine besondere Diskussion erzwingen wollte. Diese hat aber entweder in den Ausschüssen oder gar in »Interessenszirkeln« von Fraktionskollegen zu geschehen – was aber nach Worten Soparts auch nicht gegeben war.

Damit hat nun einer der wenigen wirklich ehrlichen Insider das zugegeben, worauf kritische Stimmen immer wieder hingewiesen haben – was aber genauso energisch von den jeweiligen Fraktionsführungen kategorisch abgelehnt wurde. Das Fazit kann nur lauten, daß die Politik in Deutschland wirklich von einigen wenigen gemacht wird, der ganze Rest ist nur Staffage. □

Ein höchst überraschendes Hoechst-Dementi

Eine Leserin aus dem fernen Kanada fand in der Ausgabe Juli/August der Zeitschrift »alive – Canadian Journal of Health and Nutrition« ein »Editorial«, in dem es auch um den Hoechst-Konzern und Zyklon B ging, und das sie mit Bitte um eine Antwort dem Hoechst-Konzern mitteilte. Nachfolgend der Wortlaut der entsprechenden Passagen des Editorials von Herausgeber Rhody Lake und die Antwort von Hoechst:

»Sehen Sie sich die Geschichte der Hersteller dieser Droge an (gemeint ist die Abtreibungsdroge RU 486, d. Red.). Das medizinische Unternehmen Roussel Uclaf gehört zu 40 Prozent dem Pharma-Konzern Rhone-Poulenc und zu rund 60 Prozent zu Hoechst in Frankfurt/Deutschland. Hoechst ist ein multinationaler Pharma- und Chemie-Konzern, der nach der Teilung der IG Farben-Werke gegründet wurde, dem Hersteller des Vernichtungsgases Zyklon B, das in den Nazi-Todeslagern im Zweiten Weltkrieg verwendet wurde. Nun, in den 90igern, stellen beide Unternehmen her und vertreiben eine große Liste von Herbiziden, Insektiziden und Fungiziden, darunter All thiodin, Pyrazophos technical, All 2, 4-D, Tropotox plus, Sevin und Temik.«

Hoechst antwortete hierauf: Sehr geehrte Frau K., Sie haben den Bericht der Zeitschrift ›alive‹ zum Thema RU 486 zum Anlaß genommen, sich an uns zu wenden. Der darin gezogene Vergleich mit Zyklon B entbehrt nicht nur sachlich sondern auch tatsächlich jeder Grundlage. Hoechst hatte mit der Produktion von Zyklon B nichts zu tun, auch nicht innerhalb der IG-Farben. Wir haben das schon oft genug gesagt und öffentlich mitgeteilt. Wenn wider bessers Wissen diese Tatsachen verdreht werden, wollen und können wir nicht jedes Mal auf einer Richtigstellung bestehen. Dies würde der Bedeutung des Themas auch nicht gerecht.

Zum Thema RU 486 finden Sie beigefügt unsere Position in der Broschüre ›Der medikamentöse Schwangerschaftsabbruch mit Mifepriston (RU 486) und Prostaglandin‹. Sie sehen, daß wir mit Ihnen die Sorge um den Schutz des ungeborenen Lebens teilen. Wir bekennen uns auch zur ethischen Verantwortung unseres Unternehmens. Solange die öffentliche Meinung über den Schwangerschaftsabbruch nicht ihren Abschluß in Form einer von der Mehrheit der Bevölkerung tolerierten und ethisch verantwortbaren Entscheidung gefunden hat, wofür eine demokratisch zustande gekommene, rechtliche Regelung Indiz sein kann, stellt sich für uns nicht die Frage nach der Zulassung von RU 486 in Deutschland.« □

Umdenken in Rußland zum Kriegsausbruch 1941?

Fällt eine weitere der vielen gegen Deutschland gerichteten Lügen aus der Zeit des Dritten Reichs? Diese Ansicht muß man fast haben, wenn man sich einen Artikel aus der Boris Jelzin ziemlich nahestehenden Zeitschrift »Argumenty i fakty« (»Argumente und Fakten«) vom 10. Januar dieses Jahres ansieht. Dort heißt es nämlich:

»Wer begann 1941 den Krieg? Die Sowjetunion antwortet Viktor Suworow auf diese Frage. Er ist ein ehemaliger hoher GPU-Funktionär, der 1978 in den Westen floh und wegen Verrats zum Tod verurteilt wurde.

Es ist tatsächlich nicht mehr zu verstehen, weshalb die Sowjetunion Hitler ›Eisbrecher der Sowjetunion‹ nannte, warum im Februar 1941 Stalin das Lied vom ›heiligen Krieg‹ (gegen wen wollte er denn kämpfen?) propagieren ließ und die gesamten Verteidigungsanlagen an den Westgrenzen demontiert und in kurzer Zeit fünf Fallschirm-Luftlande-Corps geschaffen wurden.

Wozu waren Panzer erforderlich, die für Straßen vorgesehen waren, die es in der Sowjetunion gar nicht gab? Die Sowjetunion war fest entschlossen, Deutschland den Krieg zu erklären. Der Autor nennt das genaue Datum: 6. Juli 1941. Genau an diesem Tag hätte die Rote Armee die Westgrenze überquert, und Stalin wollte sich als Befreier Europas feiern lassen.«

Es ist höchst interessant, daß Rußland nun nicht nur das Buch Suworows vorstellt, sondern auch noch kommentierend Zweifel an der früheren Darstellung der Sowjetunion zum Kriegsausbruch äußert. Damit ist bezeichnenderweise etwas in Rußland möglich, was in Deutschland anscheinend nicht machbar ist. □

Deutschland

Die Ruhe 1993 vor dem Sturm 1994

Xaver Rüttli

Schon das Jahr 1992 kann für die Bundesrepublik Deutschland als wahlarmes Jahr gelten. Nur die Denkzettelwahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg – beide Landtagswahlen fanden am 5. April 1992 statt – und die Bezirkswahlen in Berlin – am 24. Mai 1992 – sorgten bei Volksvertretern und Regierungen sowie bei Medien und Drahtziehern für etwas Unruhe und bestätigten den schon länger ausgemachten Trend zur Wende bei den nächsten Wahlen. Für Spannung sorgten lediglich noch die EG-Referenden in Dänemark, Irland und Frankreich sowie die Präsidentschaftswahlen in den USA.

Die Krisen in der Europäischen Gemeinschaft (EG) und in der deutschen Wirtschaft werden immer offensichtlicher. Die steigende politische Nervosität in diesem unserem Lande ist nicht mehr zu übersehen oder zu überhören und führte bei den Verantwortungsträgern zum Teil zu völlig überzogenen Maßnahmen politischer Unkultur, was den abschüssigen Polittrend zusätzlich fördern kann. Auch die unmenschlichen Auswirkungen der Balkankrisen machen in erschütterndem Maße nationales, europäisches und Weltversagen deutlich und beeinflussen zudem das Stimmungstief der Menschen.

Innenpolitische Mängel durch außenpolitische Aktivitäten überdecken

Die »Ruhe« 1993 ist lediglich eine »Wahlruhe«, die nur im März durch die Kommunalwahlen in Hessen unterbrochen wird. Mangels politischer »Köpfe« bei den Rechten treten sie alle wieder gegeneinander an – NPD, DVU, REP, LIGA –, werden die Bonner Parteien am mehrdeutigen Ergebnis nicht allzuviel Freude haben und werden Unsicherheit und Verwirrung und die geistig-politische Führungslosigkeit der Deutschen immer deutlicher werden.
Der millionenschwere Werberummel um die paradiesischen Zustände im unfertigen Binnenmarkt-Europa wird sehr bald von nüchternen Tatsachen überholt sein. Eine alte politische Trickregel ist, innenpolitische Mängel durch außenpolitische Aktivitäten zu überdecken und umgekehrt. In der Bundesrepublik Deutschland wird man bald nicht mehr wissen, wo man da anfangen oder aufhören soll. Die »Decke« reicht hinten und vorn nicht mehr.

Und da die »politische Klasse« mit ihren Skandalen immer wieder ausgelastet ist, dadurch und aus undurchsichtigen Gründen dem politischen Handlungsbedarf nicht entsprochen werden kann, nimmt die seelische, materielle, finanzielle, ideelle und politische Betroffenheit eines jeden Bürgers so rapide zu, daß man förmlich spürt, wie sich am politischen Himmel eine Gewitterfront aufbaut, die an den dunklen Wolken erkennbar, nichts Gutes für die nächste Zeit verspricht. So gesehen, erleben wir wohl 1993 eine eher spannungsgeladene Ruhe vor dem Sturm, der sich schon mit fernem Donnergrollen und ersten Blitzen anzukündigen scheint.

Insgesamt 21 Wahlen im Jahr 1994

Und was nun diesen »Sturm 1994« angeht, so genügt es schon, sich nur den Terminrahmen des Wahlmarathons 1994 anzusehen, um erkennen zu können, was da auf den Bürger zukommt: Es sind ja »nur« 11 Kommunalwahlen, acht Landtagswahlen, die Bundestagswahl und die Europawahl, von März bis November 1994 insgesamt 21 Wahlen! Eine einmalige Konstellation mit umfassender Wirkung auf das schon »ins Schwanken« geratene »demokratische Lastschiff« Bundesrepublik Deutschland, das heftig von »stürmischer See« geschüttelt werden wird und natürlich auch »in Europa und in der Welt« zukünftig »mehr Verantwortung« übernehmen soll, was auch immer das heißen mag.

Natürlich ist das für die alten Parteistrategen alles nicht neu. In den Konferenzzimmern qualmen die Köpfe, Programm- und Strategiekommissionen werkeln und basteln an neuen Konzepten, Regierungen werden umgebildet, Umfragen gestartet, das Ausschalten der politischen Konkurrenz wird mit allen Mitteln vorbereitet. Und da das Ansehen der Parteien am untersten Rand der Umfrageskala über die demokratischen Einrichtungen zu finden und abzulesen ist, die Nichtwählerschaft sich auf den Weg zur »stärksten Partei« zu werden befindet, die »bösen Rechten« prozentual zu einer drohenden Gefahr für bisherige Mehrheiten, Macht, Sitze und Pfründe werden könnten, sind die politischen Parteien und die, die es werden möchten, mit 21 Wahlgängen und den damit verbundenen Anforderungen auf jeglichem Gebiet wirklich in kaum dagewesener Weise herausgefordert. 1994 muß alles »stehen«!

So kommt automatisch dem Vorwahljahr eine große Bedeutung zu. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Intern hat der Wahlkampf längst begonnen, denn 1994 kann man bei der Wahlenge und Wahlfülle kaum noch entscheidende Weichen stellen.

An zwei Fronten werden die Aktivitäten erkennbar: Die »Altparteien« beziehen »Verteidigungsstellungen« und halten sich die Möglichkeiten für »Gegenstöße« offen, die »Neuparteien« bauen ihre Angriffsstellungen auf und aus und hoffen über die Stimmen der Nichtwähler zum Erfolg zu kommen. Auffallend auch die diversen »Schachzüge« unter- und gegeneinander.

»Den Rechten« alle Chancen nehmen

Die FDP steht gezielt unter »starkem Beschuß«, denn einerseits könnte sie die Koalition wechseln und andererseits bei der Regierungsbildung zu »gewichtig« werden. Daher möchte man sie schwächen, noch lieber unter die Fünf-Prozent-Grenze drücken. Die SPD möchte wieder Regierungspartei werden, möchte den Grünen Prozente abnehmen, überhaupt lästige Konkurrenz »wegdrücken«. Die CDU möchte Regierungspartei bleiben, mit »Europa« den Wahlsieg erringen, »den Rechten« alle Chancen nehmen: Verfassungsschutzdrohgebärden, Verbotsüberlegungen, intensive Verteufelungskampagnen und Prüfung einer Wahlrechtsänderung. Die CSU fühlt sich am benachteiligsten. Von der »Vereinigung« hatte sie als »Landespartei« keinen Zugewinn, versuchte über Bildung der DSU in den mitteldeutschen Ländern ihre Position zu verbessern, bekam Streit mit der CDU, für die die DSU lästige Konkurrenz darstellt, und Ärger mit der DSU, die sich bundesweit ausdehnen möchte.

Die Rechten und die ganz neuen Parteien, die in Hinterstuben vorbereitet werden, umgeben sich mit dem Nimbus, »Sammlungspartei« sein zu wollen, um so ihre Schwächen auszugleichen. Innerhalb und außerhalb der Parteien »kocht schon mancher Topf«, »brodelt« es schon ganz schön, werden Richtungskämpfe ausgetragen, werden rücksichtslos persönliche Ziele verdeckt und offen verfolgt. Und offener Streit schwächt die Positionen der Beteiligten.

Kommt es zur Wahlrechtsänderung?

Ein noch ziemlich »verdecktes Spiel« scheint um das Thema »Wahlrechtliche Änderungen« im Gange zu sein. Seit der Bundeswahlleiter Mitte 1992 davon sprach, daß »zur nächsten Bundestagswahl mit wahlrechtlichen Änderungen zu rechnen ist«, taucht das Thema in der Presse immer wieder auf und will nicht verstummen. Kein Wunder, denn

Terminrahmen für die nächsten Landtags-, Bundestags-, Europa- und Kommunalwahlen

			Kommunalwahlen	
Niedersachsen (13. Mai 1990)	April/Mai	1994		
Europa-Wahl (17. Juni 1989)	Juni/Juli	1994		
Mecklenburg-Vorpommern (14. Oktober 1990)	September/Oktober		Mai	1994
Brandenburg (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994	Mai	1994
Sachsen-Anhalt (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994	Mai	1994
Thüringen (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994	Mai	1994
Sachsen (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994	Mai	1994
Bayern (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994	März	1994
Berlin (2. Dezember 1990)	Oktober/November	1994	Okt./Nov.	1995
Bundestagstagswahl (2. Dez. 1990)	Oktober/November	1994		
Hessen (20. Januar 1991)	Dezember '94/Januar	1995	März	1993
Saar (28. Januar 1990)	Dezember '94/Januar	1995	Juni/Juli	1994
Rheinland-Pflaz (21. April 1991)	März/April	1995	Mai/Juni	1994
Nordrhein-Westfalen (13. Mai 1990)	April/Mai	1995	Sept./Okt.	1994
Hamburg (2. Juni 1991)	Mai/Juni	1995	Mai/Juni	1995
Bremen (29. September 1991)	August/September	1995	Sept.	1995
Schleswig-Holstein (5. April 1992)	März/April	1996	März	1994
Baden-Württemberg (5. April 1992)	März/April	1996	Okt./Nov.	1994

Die in Klammer gesetzten Termine waren die letzten Wahltage.
Der Termin für die Bundestagswahl 1994 kann auch der 30. Okt. 1994 sein.
Bayern will zwischen Landtags- und Bundestagswahl mindestens drei Wochen Zeitraum. Außerdem soll nicht während des Münchner Oktoberfestes gewählt werden.

würde man anstelle der Verhältniswahl die Mehrheitswahl – wie in Großbritannien zum Beispiel – einführen, entfielen die Fünf-Prozent-Klausel und die Listen und erhielte nur derjenige ein Mandat, er im Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. Das hätte zur Folge, daß alle kleineren Parteien höchstwahrscheinlich chancenlos bleiben würden. Man hätte nicht nur alle rechten Parteien ausgeschaltet, sondern auch FDP, PDS und Grüne wären »vom Fenster«!
Und da den »großen Volksparteien« das Volk wegzulaufen beginnt, sie langsam als »angeschossen« gelten können, sind aus Existenzgründen alle »Reaktionen« möglich. Eine solche Wahlrechtsänderung wäre nur über eine »große Koalition« möglich, die die Zwei-Drittel-Mehrheit hat.
Man muß den Zusammenhang zwischen »Großer Koalition« und »Wahlrechtsänderungen« schon sehen. Diese Themen rauschen auch schon beachtlich und vielleicht auch absichtlich durch den Blätterwald. So schreibt F. Weckbach-Mara am 13. September 1992 in »Bild am Sonntag« unter der Überschrift: »Bonn: Neues Wahlrecht gegen Reps?«, daß »Bonner Parlamentarier über eine Änderung des deutschen Wahlrechts nachdenken, um die Reps vom Hohen Haus fernzuhalten ... Wilfried Penner, Rechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, schlägt vor, das direkte Mehrheitswahlrecht einzuführen ... Kleine Parteien wie die Grünen und die PDS haben sich überlebt. Sie sind weder regierungsfähig noch künftig notwendig. Auch die FDP ist personell verbraucht. Die wichtigen und guten Gedanken dieser kleinen Parteien leben in den Volksparteien fort.« »In der CDU/CSU ist man eher für einen Kompromiß zwischen dem lupenreinen Mehrheitswahlrecht und dem bisherigen Modell.«

Hans-Rüdiger Karutz schreibt am 6. Oktober 1992 in »Die Welt« unter der Überschrift »In der SPD wächst die Aufgeschlossenheit gegenüber Großer Koalition«: »Führende Sozialdemokraten machen sich offenbar immer stärker mit dem Gedanken einer Großen Koalition mit der Union vertraut.«

Die Bereitschaft der SPD

In »Welt am Sonntag« vom 30. August 1992 heißt es unter der Überschrift »Engholm zu Großer Koalition bereit«: »Die SPD ist nach den Worten ihres Vorsitzenden Björn Engholm bereit, unter bestimmten Umständen nach der Bundestagswahl 1994 eine Große Koalition mit den Unionsparteien zu bilden.«

Die »Vertraulichen Mitteilungen« vom 15. September 1992 vermelden: »CSU-Kreise verfolgen mißtrauisch eine, wie sie es beurteilen, ›auffällige Anbiederung‹ von Schäuble und Rühe gegenüber der SPD.«

In einem internen CSU-Papier heißt es: »Die Signale aus der CDU verstärken sich, daß die Generation nach Kohl ihr Überleben an der Macht nur noch in einer Großen Koalition sieht.«
Bezüglich der »Zwei-Drittel-Mehrheit« meinte der frühere SPD-Vorsitzende Vogel, »er wolle jetzt nicht spekulieren, doch zeigten Zahlen, daß die CSU für eine Zwei-Drittel-Mehrheit nicht gebraucht werde. Wenn sich die großen Parteien und die FDP einigten, komme es auf die knapp 50 Abgeordneten der CSU nicht an. Im Bundesrat habe die CSU ohnehin nur fünf von 69 Stimmen« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 11. November 1992, Seite 1).

Schließlich läßt sich das »Spiel« auch umgekehrt spielen. Als in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 7. Januar 1993 unter »Kleine Meldungen« zu lesen stand, »Manfred Brunner, der frühere bayerische FDP-Vorsitzende und Europapolitiker, hat am Mittwoch in Rosenheim auf dem Dreikönigstreffen seiner Landespartei die Einführung des Mehrheitswahlrechts gefordert«, hatte er natürlich voll »ins Fettnäpfchen« getreten, so daß bereits am 9./10. Januar 1993 in der »Süddeutschen Zeitung« zu lesen war: »Unmut in der FDP über Brunner wächst«, und man »forderte ihn am Freitag auf, sein Parteibuch zurückzugeben«. Auch kreidet man »Brunner vor allem sein jüngstes Plädoyer für das Mehrheitswahlrecht an. Wer so einen Vorschlag mache in dem Wissen, damit Kippe die FDP, habe keinen Platz mehr in der Partei«.

Der FDP-Minister für Wirtschaft und Verkehr in Rheinland-Pfalz, Rainer Brüderle, beklagte (»Die Welt«, 26. November 1992): »Eine Kohabitation zwischen Regierung und Opposition ist tendenziell immer ein Schulterschuß zwischen den beiden großen Parteien. Daran ändert auch eine Koalition in Bonn nichts. Damit gibt es de facto eine Große Koalition im Hinterzimmer, auch wenn alle Beteiligten dies abstreiten ... Wer jetzt auf die Große Koalition setzt – ob offen oder

Die Ruhe 1993 vor dem Sturm 1994

insgeheim –, der beschwört die Gefahr, das Parteiensystem zu destabilisieren.«

Die Sachkoalition eine heimliche Große Koalition

Das politische Verhaltensmuster lasse erkennen, daß man »heimlich zur Großen Koalition« strebe. Dazu paßt auch die Meldung in »Vertrauliche Mitteilungen« vom 10. November 1992: »Bundeskanzler Kohl hat in kleinem Kreis für die nächste Zeit eine ›Sachkoalition‹ mit der Opposition zur Regelung von Steuerfragen, des Asylrechts, der Bundeswehr-Einsätze für die UNO und der Pflegeversicherung gefordert. Wenn die politische Praxis es unvermeidlich mache, sei die Sachkoalition in eine formale Regierungsbeteiligung der SPD zu überführen. Zur Überraschung auch seiner engsten Berater ließ Kohl erkennen, daß er im Fall einer Großen Koalition an der Spitze der Regierung bleiben wolle.«

Hieraus wird erkennbar, daß es auch noch vor dem Wahlmarathon von 1994 aus der gegenwärtig schon insgeheim praktizierten »Sachkoalition«, »wenn es die politische Praxis unvermeidlich mache«, durch »formale Regierungsbeteiligung der SPD« zu einer »Großen Koalition«kommen kann, um Wahlrechts- und Grundgesetzänderungen ungestört durchpauken zu können.

Bundesminister a.D. Dr. Schwarz-Schilling bestätigte ja: »Alle Welt glaubt, daß Minister in Bonn die Entscheidungen treffen. Aber das stimmt schon lange nicht mehr. Entschieden wird in kleinen Koalitionszirkeln. In einer Grauzone« (»Bild, 15. Dezember 1992).

Kein Wunder, daß in den »Vertraulichen Mitteilungen« vom 12. Januar 1993 vermeldet wird, daß »Helmut Kohl am Ende« ist: »Die Gegner von Helmut Kohl



Im Jahr 1994 wird sich Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Politik in 21 Wahlkämpfen behaupten müssen.

verbreiten täglich, er sei mit seinem Latein am Ende. Meinungsumfragen signalisieren, daß Kohls Ansehen in der Öffentlichkeit sich nahe beim Tiefpunkt befindet. Dennoch ist der Kanzler in Bonn mächtiger als je. In der Union ist seine Position unstreitig, die Koalition folgt seiner Führung und die Opposition zeigt sich in wichtigen Fragen kooperativ. In der CDU dominiert Helmut Kohl völlig unangefochten ... Die CSU muckt nur noch gelegentlich rein verbal auf ... Den Liberalen fehlt es mangels Führungspersonals an Profilierungskraft ... Die SPD-Führung in Gestalt von Engholm und Klose pflegt die ›stille Koalition‹ mit der Regierung.«

Ist der Kanzler wirklich mächtiger denn je?

Und doch muß festgestellt werden, daß diese »Rechnung« wohl ohne »den Wirt«, ohne das Volk, dem eigentlichen Souverain, gemacht wird. Es mag schon sein, daß der Kanzler, sich von Hofschranzen umgeben fühlend, seine Kabinetts- und Grauzonenpolitik als erfolgreich und wirkungsvoll einschätzend, aus dieser Sicht den Eindruck zu haben glaubt, er sei in Bonn mächtiger denn je! Das dürfte aber ein Trugschluß sein!

Sicherlich kann man per Sach- oder Großer Koalition die als »Wadenbeißer« empfundenen Klein- und Splitterparteien mit einer Wahlrechtsänderung von der politischen Bühne fegen, um unbehelligt und unabhängig von der Wahlbeteiligung »große Wahlerfolge« zelebrieren zu können. Aber den Müllhaufen Bonner Politik wird man durch keinen Zuckerguß mehr dem Bürger verdaulich machen können.

Die hohe Staatsverschuldung, die steigende Arbeitslosigkeit, vor allem in Mitteldeutschland, das Eigentumsrecht in Mittel- und Ostdeutschland, der Maastrichtvertrag, der für Deutschland »ein Versailles ohne Krieg« bedeutet, der die deutsche Staatsbürgerschaft, die bleibende Gültigkeit und Existenz der DM sowie die Existenz der Bundesrepublik Deutschland grundgesetzwidrig in Frage stellt, die Zerschlagung des deutschen Bauernstandes, die Schwächung des Mittelstandes, die am Rande einer Katastrophe stehende deutsche Wirtschaft, die Absicht, trotz Gültigkeit der Feindstaatenklauseln und ohne einen gültigen Friedensvertrag wieder deutsche Soldaten in aller Welt zum Kampf- und Kriegseinsatz zu bringen, der zunehmende Mangel an innerer Sicherheit und die offizielle Schönfärberei in allen weiteren Politikfeldern bis hin zur indifferenten Forderung, die Deutschen müßten jetzt wieder »mehr Verantwortung« übernehmen, und der Diffamierung des deutschen Volkes durch die eigene »politische Klasse«, es sei »ausländerfeindlich« und »gewalttätig«, – alle diese politischen Ungeheuerlichkeiten haben Betroffenheit, Verstimmung und auch schon Wut bei den Menschen so anwachsen lassen, daß keine »Lichterketten« sie verdrängen können und auch der Bundeskanzler diese Lage weder »aussitzen« noch »durchstehen« kann.

Eine wahrlich »trügerische Ruhe« im Jahr 1993 vor einem »unheimlichen Sturm« im Jahr 1994! Wie das deutsche Volk aus diesem »Tief« wieder in ein »Hoch« gelangen kann, wird im nächsten »politischen Wetterbericht« und nachfolgend zu erörtern sein. Die Wende kommt 1994 bestimmt! □



Ursachen der Parteien-verdrossenheit

Rudolf Hamann

»Für Deutsche sind die etablierten Parteien nicht mehr wählbar!« Diesen Ausspruch kann man immer wieder hören. Hier eine Zusammenstellung für die sogenannten »Volksvertreter« zur Förderung Ihrer Selbsterkenntnis.

Immer mehr einsichtigen Bürgern wird klar, daß die – von rund 500 Mitgliedern der Landesvorstände über die Landeslisten in die Parlamente und Kabinette eingeschleusten – Berufsdemokraten zwar hervorragend für sich gesorgt, die Lebensinteressen des Wählervolkes jedoch mit Füßen getreten haben:

Die Schulden steigen immer weiter

Die öffentlichen Haushalte wurden mit 1,5 Billionen Mark verschuldet.

Der Ministerien- und Behördenapparat mit immer mehr Pfründen für die Parteigewaltigen wurde überdimensional aufgebläht.

Mit einem fast undurchdringlichen Gestrüpp von Vorschriften wurden die Voraussetzungen für polizeistaatliche Reglementierungen nicht nur im Verkehrs- und Abgabewesen, sondern auch des Umweltschutzes zusammengebastelt.

Mit Stillegungsprämien für Mühlen wurde der Ruin des Bauernstandes und damit der Ernährungsbasis eingeleitet. Das ermöglichte die staatsgelenkte Vermarktung des Brotgetreides zu Einkaufspreisen von 1948, bei Brotpreisen, die sich seitdem verzehnfacht haben.

Die Bundesbank zieht zinsfrei 30 Prozent aller Bankeinlagen an sich und erzielt hieraus rund acht Prozent Zinsen, die sie nur zum Bruchteil dem Bundeshaushalt, im übrigen der Weltbank und dem IWF zuführt. Mit dieser Störung des Verhältnisses von Produktivität und Kaufkraft einerseits und der seit 1973 immer wieder exerzierten Hochzinspolitik wird eine Vollbeschäftigung unterbunden.



Die Bundesbank und die Vollbeschäftigung

Bei jeder internationalen Regelung – Ostverträge, EG-Beiträge, Fischfangquoten, Stahlquoten – werden deutsche Interessen hintangesetzt oder sogar mit Nachdruck die Interessen der Gegenseite vertreten.

Ohne jede demokratische Legitimation überlassen es die Berufsdemokraten den anonymen EG-Bürokraten, durch Verweigerung oder Demontage des Zollschutzes, einen Gewerbezweig nach dem anderen durch Einfuhren aus Niedriglohnländern zugrundezurichten und mit einem dem mittelalterlichen Zunftwesen nachgebildeten Wirtschaftsdirigismus die freie Marktwirtschaft zu zerstören. Die Kommissare des Kreml, die ihren Staatskapitalismus mit dem Zweiten Weltkrieg auf ganz Europa ausdehnen wollten, haben offenbar als EG-Kommissare ihren Standort nach Brüssel verlegt.

Unter dem Vorwand der »Gleichberechtigung« und mit Hilfe der die Mieten in schwindelnde Höhe treibenden Hochzinspolitik wurde den Frauen die Mutterschaft ausgeredet und erschwert, so daß die Bundesrepublik Deutschland zum geburtenschwächsten Land der Erde wurde. Mit der millionenfach praktizierten Abtreibung auf Krankenschein, die jetzt freien Lauf hat, und dem »vorgesehenen« Eheschein für Homosexuelle als »flankierende« Maßnahme wird die 1914 begonnene Auslöschung des deutschen Volkes zielstrebig weitergeführt.

Während Hunderttausende deutscher Volksgenossen obdachlos sind und unter Brücken quartieren, locken die Berufsdemokraten mit Steuermitteln unter dem Vorwand des Verfolgtenschutzes Millionen von Nichteuropäern in die Bundesrepublik Deutschland, deren deutsche Bevölkerung auf diese Weise in ihrer ethnischen Substanz den Todesstoß bekommt. Denn »verfolgt« sind von den sogenannten Asylbewerbern nur rund vier Prozent und abgeschoben wird nach kostenaufwendigem Hin und Her praktisch niemand.

Der pausenlose Import der US-Subkultur mit ihrem Faustrecht- und Gangsterszenarium auf Filmstreifen und ihrer unflätigen, sexualbezogenen Brüllmusik hat die europäische Kultur im Kern getroffen, so daß der Sinn für Anmut, Würde, Schönheit und Harmonie zu ersticken droht.

In den Parlamentsdebatten geht es nie um Pflichten der Mandatsträger gegenüber dem Wählervolk und seiner Wohlfahrt, sondern um Geld, Macht und Posten.

Wenn Berufsdemokraten sich nunmehr fragen, warum sie unbeliebt sind, dann fehlt ihnen offenbar jede Selbsterkenntnis. □



Deutschland

Bonner Politik von südlich des Rheins aus betrachtet

Beat Christoph Baeschlin

Die Politik und die Meinungsmache in Bonn werden zusehends von Raserei gepackt. Da werden Tür und Tor geöffnet, um Deutschland mit Einwanderern zu überschwemmen, und gleichzeitig gibt man sich erstaunt, ja empört, daß diese unsinnige Politik auf harten Widerstand prallt.

In Zeiten, als die Staatslenkung noch mit Vernunft angegangen wurde, hieß es: Politik bedeutet, die kommenden Ereignisse vorauszusehen, etwa nach dem physikalischen Gesetz, daß Druck auch Gegendruck erzeugt. Deshalb die Frage: Was verspricht sich die Kohl-Regierung von der Masseneinwanderung?

Voraussehbar ist zum Beispiel die finanzielle Belastung, die diese staatliche »Gastlichkeit« verursacht. Für die hunderttausende von »Pensionären« zahlt der Staat Summen, die offenbar das Verfügbare übertreffen, nun aber Panik auslösen. Voraussehbar war auch, daß diese uferlose Völkerwanderung die Unzufriedenheit, – ja Empörung – weiter Bevölkerungsschichten verursacht. Da hat man Millionen von Arbeitslosen, vor deren Nase nun eine Invasion von ungebetenen Zuwanderern aufmarschiert. Der Staat scheint fast nur für diese Neuankömmlinge dazusein, anstatt sich vorerst um die eigenen Leute zu kümmern. Sodann hat man Heerscharen von Rentnern, die mit knappen Mitteln eine kärgliche Existenz fristen, trotzdem sie ihr Leben lang zum Teil sehr gearbeitet haben.

Für all diese Leute ist die sorglose Ausgabenfreudigkeit der Behörden eine wahre Herausforderung. Das gilt auch für die Bewohner der »neuen Bundesländer«. Nur mit Staunen und Empörung können diese Leute zusehen, wie in Bonn die Masseneinwanderung höhere Beachtung und Rücksicht erfährt, als der wirtschaftliche und moralische Neubau der einstigen DDR-Gebiete.

Was verspricht sich »Bonn« von der Masseneinwanderung?

Außer einem sentimentalen Antirassismus-Getue kann man kaum irgendwelche Argumente zu Gunsten dieses »Massentourismus auf Staatskosten« wahrnehmen. Die Frage ist unvermeidlich, ob »Bonn« nicht einfach vernunftwidrige Befehle irgendwelcher undeutlich wahrnehmbaren internationalen Supermächte ausführt. Man kann sich schwerlich denken, daß es staatspolitische Überlegungen gibt, um diese Politik der nationalen Verstümmelung zu rechtfertigen.

Bis vor kurzem hat man die Einwanderung artfremder Menschen mit dem Bedarf an Arbeitskräften zu erklären gesucht. Heute fällt dieses Argument vollständig dahin. Was bleibt, ist der Hinweis auf die unbeschreibliche Armut in der Welt. Aber da drängt sich doch gebieterisch die Frage auf: Wozu hat die westdeutsche Regierung nun jahrzehntelang Milliardenbeträge für die sogenannte Entwicklungshilfe gezahlt? Ist mit diesen astronomischen Zahlungen in Wirklichkeit fast nur die Bevölkerungsexplosion der Dritten Welt angeheizt worden, ohne daß wesentliche Arbeitsmöglichkeiten und Produktionsverbesserungen geschaffen worden wären?

Schon seit den fünfziger Jahren wird die Mythologie von der Entwicklungshilfe gepredigt. Aber noch nie herrschte weltweit ein derartiges Massenelend wie heute. Besonders Afrika ist seit der »Entkolonialisierung« und seit Beginn der Entwicklungshilfe-Offensive zu einem wahren Hungerkontinent geworden. Aber auch Lateinamerika – trotz 200 Jahren republikanischer Demokratie –, dann auch weite Teile Asiens – von Osteuropa ganz zu schweigen – befinden sich auf der schiefen Ebene der Verelendung. Inzwischen aber hat sich in den demokratischen Industriestaaten das Krebsübel der »neuen Armut« eingenistet und wird unmerklich zur Landesplage in den sogenannten »reichen Ländern«.

Verelendung in den »reichen« Ländern

Weder die Industriestaaten noch die Dritte Welt haben ein Interesse an der sich unmerklich ausbreitenden Verelendung der »reichen« Länder. Wenn ganze Bevölkerungsschichten in Not und Elend verkommen, und wenn die Ordnungskräfte ganze Quartiere von Großstädten der Kriminalität oder den Drogensüchtigen kurzerhand preisgeben, dann werden die Behörden in ihren eigenen Ländern so sehr beansprucht, daß sie kaum mehr daran denken können, ganze Völker der Dritten Welt vor dem Hungertod zu retten.

Es sieht aus, als ob die Kohl-Regierung diesen Gesichtspunkt unbeschwert überginge und dem Volk bedenkenlos immer neue Belastungen auflegte. Müßten doch alle Kräfte zum Neubau der einstigen DDR eingesetzt werden. Denn »das ist ein großer Gedanke, ist des Schweißes der Edlen wert«. Aber »Bonn« liebt offenbar das Faustische Prinzip, die Übernahme unzumutbarer Verpflichtungen: Milliardenbeträge für die Aufnahme angeblicher Asylanten, uneingeschränkte Weiterführung von Entwicklungshilfe-Zahlungen an alle Welt, gigantische Leistungen von nichtendenwollenden Wiedergutmachungen für Schäden und Schuldüberbürdung aus der Kriegszeit 1939/45. Der sicher sehr widerstandsfähigen deutschen Volkswirtschaft werden da Belastungen auferlegt, die sich wohl schon an der Grenze der Tragbarkeit bewegen.

Deutschland als Führungsmacht Europas?

Weder Regierung noch Parlament in Bonn noch Antirassismus-Dogmatiker sind gewillt, diese zu Schicksalsfragen der Nation sich auswachsenden Probleme klar zu formulieren und öffentlich zu erörtern. Mit hysterischer Nervosität wird schon der bloße Hinweis auf die sich ergebende Problematik als verwerfliche und sozusagen kriminelle Meinungsäußerung verschrien. Die geradezu krankhafte Reizbarkeit der Bonner Politiker-Gilde läßt vermuten, daß da eine wilde Flucht nach vorn im Gange ist. Schon längst ist die Kohl-Regierung in Verteidigungsstellung.

Von einem triumphierenden, starken Deutschland mit überragendem Gewicht in einem sich zur Weltmacht mausernden »Europäischen Bundesstaat« ist kein Anflug zu spüren.

Eine kopflose Antirassismus-Hysterie ist die hauptsächlichste »Kraftübung« des um die ehemalige DDR vergrößerten Westdeutschlands. Aber so weit das Auge reicht ist keine aufbauende Kraft wahrnehmbar. Nur kopfschüttelnd kann man Kenntnis nehmen vom amtlich verordneten Deutschenhaß und von der Pflichtliebe für alle nichtgermanischen Einwanderer.

Wer noch gehofft hätte, das angeblich »föderalistische« Deutschland könnte in einer europäischen Union ein wohltuendes Gegengewicht bilden gegen die zentralistischen Staatsgebilde der romanischen Länder – Frankreich, Italien, Spanien – wurde schon bei der deutschen Ratifikation des Maastricht-Abkommens vom Gegenteil überzeugt: Das willfährige, volksferne Bonner Parlament hat militärische Disziplin gezeigt und weisungsgemäß fast einstimmig mit Ja geantwortet. Von Befragung der »Bundesländer« sprach niemand. Und noch viel weniger war von einer Volksabstimmung die Rede. □

Ostpreußen

Hilfe bei der Existenzgründung von Rußlanddeutschen

Axel D. Neu

Der Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen verbindet mit seinem Aufruf zur Hilfe einen ausführlichen Bericht über die Situation der Landwirtschaft im nördlichen Ostpreußen im Zuge der russischen Wirtschaftsreformen. Eigentlich organisiert und unterstützt der gemeinnützige Verein den Einsatz von Lehrern mit schul- und berufsbildenden Angeboten für Rußlanddeutsche im Königsberger Gebiet mit dem vorläufigen regionalen Schwerpunkt im Kreis Ebenrode.

Im Zuge unserer Tätigkeit sind wir auf dringende Mangelsituationen aufmerksam gemacht und hingewiesen worden, bei denen wir im Rahmen unserer Vereinstätigkeit nicht unmittelbar helfend eingreifen und tätig werden können. Diese akute Mangellage betrifft die organisatorischen und wirtschaftlichen Umbrüche im Bereich der Landwirtschaft.

Rußlanddeutsche ziehen nach Ostpreußen

Bislang wurde die Landwirschaft ausschließlich in Sowchosen betrieben, vorrangig in Form der Viehhaltung zur Gewinnung von Milch und Fleisch. In diesen Betrieben haben auch zunehmend Rußlanddeutsche eine Anstellung gefunden, die in letzter Zeit verstärkt aus der bisherigen Sowjetunion, insbesondere aus Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien nach Ostpreußen zugezogen sind.

Der Monatslohn dieser landwirtschaftlichen Sowchosbeschäftigten betrug etwa 2500 Rubel; zum derzeitigen Wechselkurs umgerechnet DM 10,--. Hinzu trat ein Deputat an Getreide und Heu, das es den Beschäftigten ermöglichte, in begrenztem Umfang private Viehhaltung in Form von ein bis zwei Kühen und Schweinen sowie von Federvieh zu betreiben. Hierdurch war – neben dem geringen Monatslohn – eine gewisse Grund-Selbstversorgung mit Milch- und Fleischprodukten zu bewerkstelligen.

Diese Organisationsstruktur der Landwirtschaft wurde im Zuge der russischen Wirtschaftsreformen zum Jahreswechsel 1992/1993 vollständig umgestaltet. Die Sowchosen wurden zum Jahreswechsel aufgelöst, und es bilden sich nunmehr neue Strukturen.

Bisher in Sowchosen Beschäftigte erhielten die Möglichkeit, nunmehr rund neun Hektar Land in einer Art Erbpacht (über 49 Jahre) zur Eigenbewirtschaftung überschrieben zu erhalten.

Die Chance zur Privatwirtschaft

Als Alternative hierzu bieten die vormaligen Sowchos-Leitungen häufig an, diese Landflächen in eine neu gegründete Kapitalgesellschaft einzubringen. Im Kernland der russischen Föderation läuft dies in aller Regel auf einen reinen Etikettenwechsel hinaus.

Etwas anders scheinen sich die Dinge im nördlichen Teil Ostpreußens zu entwickeln. Hier beabsichtigen nicht unbedeutende Teile der Sowchosbeschäftigten die Chance zur Privatwirtschaft zu nutzen; insbesondere sind es die Rußlanddeutschen, die im Zuge der Wirtschaftsreformen die Möglichkeit privatwirtschaftlicher Bodennutzung in Anspruch nehmen wollen.

Leider fehlen diesen wagemutigen Menschen hierbei sehr wichtige Voraussetzungen. Die sich herausbildenden neuen Betriebe verfügen über keinerlei Bodenbearbeitungsgeräte, Pferde oder Zugmaschinen (Traktoren), um das Land zu bearbeiten. Saatgut und das hierzu notwendige landwirtschaftliche Fachwissen; über keinerlei Erwerbseinkommen nach Ausscheiden aus den Sowchosen und, was vielleicht noch gravierender ist, über keinerlei Futterdeputate für die bisher privat gehaltenen Viehbestände; und wohl in aller Regel über zu geringes Kapitalvermögen, um diese Betriebsmittel käuflich zu erwerben, vorausgesetzt, sie sind vor Ort verfügbar, was aber sehr zweifelhaft ist.

Hilfe zur Selbsthilfe

Wir stellen uns vor, daß es möglich sein sollte, daß sich die landwirtschaftlichen Verbände und Organisationen dieser akuten Notlage unserer rußlanddeutschen Landsleute durch die Bildung von Hilfskomitees zuwenden können und durch die Beschaffung von Bar- und Sachspenden wirkungsvoll dazu beitragen sollten, daß der nunmehr mögliche Start in eine eigenwirtschaftliche Grundlage im landwirtschaftlichen Gebiet nicht zum Fehlstart wird. Diese Hilfe zur Selbsthilfe wird sicherlich sehr bald reiche Früchte tragen, nur: Sie müßte ziemlich schnell anlaufen, damit die neu gegründeten Betriebe das angelaufene Wirtschaftsjahr noch möglichst weitgehend nutzen können.

Unser Verein ist hierbei natürlich bereit, mit allen sich bildenden Hilfsaktionen zusammenzuarbeiten und hierbei aufgrund der uns vorliegenden Erfahrungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten mit Rat und Tat behilflich zu sein.

Für die schnelle Kontaktaufnahme

Aufgrund des Vereinszwecks und der Satzung des Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen können wir nicht unmittelbar orgaisatorisch und helfend tätig werden. Gleichwohl wollen wir jedoch nichts unversucht lassen, die aus unserer Sicht dringend notwendige Hilfe zur Selbsthilfe für unsere rußlanddeutschen Landsleute im nördlichen Ostpreußen auf den Weg zu bringen.

Wir treten mit der Bitte an Sie heran, bei der Bildung von landwirtschaftlichen Hilfsgemeinschaften und Organisationen zu helfen. Die Kontaktaufnahme kann über unser Büro erfolgen: Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen, gemeinnütziger Verein, Lornsenstr. 23, D-2300 Kiel 1, Telefon 0431-561545, Fax 0431-577089. □




Die »Großen Zwei«

Deutsches Denken heute

Georg Daniel

Von Wilhelm von Humboldt stammen die Worte: »Die Vergangenheit und Erinnerung haben eine unendliche Kraft.« Er bezog dies seinerzeit auf unvergleichliche Leistungen deutscher Frauen und Männer in der Geistesgeschichte unseres Volkes in den Stunden tödlicher Gefahr für den Bestand von Volk und Nation.

Wenn wir uns die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation großer Bevölkerungsgruppen in allen deutschen Landen vor Augen führen, dann ist es dringend an der Zeit, daß national Denkende, als »Rechtsradikale« verteufelt von den Medien der Etablierten, sich auf jene elementaren Grundlagen des gesellschaftlichen Seins der Vergangenheit besinnen, die dem deutschen Volk dienlich waren. Es ist wohl hohe Zeit, sich in Erinnerung zu rufen, durch wen und wie unser Deutschland zu dem wurde, was ihm Achtung, Wertschätzung und Ansehen in der Familie der europäischen Völker einbrachte.

Das eingeschränkte Mitbestimmungsrecht

Sollen Arbeitslosigkeit und Asylbetrug, Wohnungsnot und Ausländerkriminalität, Steuerbetrug und Diätenskandale das endgültige Ergebnis einer zweitausendjährigen deutschen Geschichte sein, die Persönlichkeiten und heroische Taten aufweisen kann, wie sie in dieser Fülle die Geschichte keines anderen Volkes dieser Erde aufzuweisen vermag?

Natürlich birgt diese Fragestellung die Gefahr in sich, daß die Befürworter der sogenannten »multikulturellen Gesellschaft« und ihre Anhänger darin eine nationalistische Überheblichkeit zu sehen vermeinen. Sei's drum – die Frage bleibt; und wie die Antwort vieler deutsch denkender und fühlender Landsleute darauf lautet, ist in den Wahlergebnissen der jüngsten Vergangenheit unschwer zu erkennen.
Soll nach fast fünf Jahrzehnten seit Ende des schlimmsten aller Kriege, noch immer einem fleißigen Kulturvolk eine Kollektivschuld einsuggeriert und daraus abgeleitet werden, daß ein sehr eingeschränktes Mitbestimmungsrecht für uns in Europa Gültigkeit hat und uns das Selbstbestimmungsrecht nur vormundschaftlich zugeteilt wird?



Friedrich der Große schrieb 1751: »Jedes Volk hat einen Charakter. Er kann durch größere oder geringere Maße der Erziehung, die ihm zuteil wird, wohl verändert werden, aber niemals verschwinden seine Grundzüge.«

Die gescheiterte Politik der Altparteien

Soll die historisch im deutschen Volk gewachsene Sprache und Kultur, von unzähligen Generationen aller deutschen Volksgruppen getragen, im »Schmelztiegel der Nationen«, wie die Medienzaren ihr Europa gern bezeichnen lassen, untergehen? Die Antwort kann nur »Nein!« lauten.

Die epochalen Leistungen im Geistesleben unseres Volkes, die heroischen Siege der militärischen Historie im Prozeß des Werdens der Nationalstaaten, wirken weiter, und immer mehr Menschen, auch in den Ländern Mitteldeutschlands, erkennen dies.

Die zunehmende wirtschaftliche Instabilität, schlicht die Notlage, in welche uns die Repräsentanten der sogenannten »Altparteien« und ihre willigen Gefolgsleute mit ihrer gescheiterten Politik hineinmanövriert haben, ist schlimm.
Bedrohlicher ist aber die aus der Not erwachsende Gefährdung des deutschen Geistes durch Überfremdung und Anbiederung bei jedermann. Das offenbart sich in den verschiedensten und vielfältigsten Erscheinungsformen. Halbherziger Kampf gegen die Vergiftung der jungen Generation mit Drogen aller Art, Passivität der Polizei und Justiz in der Zurückdrängung der Ausländerbanden-Kriminalität. Und das schlimmste – in allen Medien verspritzt eine käufliche Journaille ihr Gift gegen deutsche Gefühle, Denkweisen und Nationalbewußtsein. Man diffamiert die Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens der Vergangenheit, die deutsche Kultur und Kunst. Nicht wenige von diesen Soldschreibern im Dienst der Umerziehungspresse stellen ihre zweifellos vorhandenen Fähigkeiten, die einer besseren Sache wert wären, zur Vergötzung alles dem Deutschtum Abträglichen zur Verfügung.

Konservatives Nationalbewußtsein ist kein Chauvinismus

Die für den Fortbestand der deutschen Nation und unseres Volkes erforderliche sittlich-moralische Erneuerung birgt in sich als entscheidendes Moment die Kenntnis der historischen Wahrheit und die Besinnung auf den positiven Gehalt nationaler Traditionen.

Wo konservatives Nationalbewußtsein als Chauvinismus abgewertet wird und Patriotismus wie eine ekelhafte Krankheit verachtet wird, ist der Nährboden bereitet für passive Duldung der gesellschaftlichen Gebrechen, wie sie uns täglich begegnen.

Man mag nun auch der unterschiedlichsten Weltanschauungen und politischen Ansichten zuneigen, auf jeden Fall wird man zugeben müssen, daß ein

Volk, daß sich seine Geschichte, seinen Stolz und seine Ehre, seinen Patriotismus und Gemeinschaftsgeist ausreden läßt, kaum die Kraft aufbringen wird, sein Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen und sich erfolgreich gegen Überfremdung zu schützen vermag.

Wie sollte unserem Volk und letztlich allen Nationen in Europa mit einem Volk gedient sein, das in dem Wahn, seine nationale Eigenart und insbesondere Kultur zu verleugnen sei moralisch gerechtfertigt, ja sogar eine sittliche Pflicht, einem charakterlosen »multikulturellen« Irgendwie-Menschentum entgegenstrebt?

»Der Geist ist es, der den Körper baut«

Nur wenn eine Nation durch und von charaktervollen Persönlichkeiten, in den nationalen Traditionen verwurzelt und aus ihnen genährt, zu neuer Besinnung auf sich selbst geführt wird, so kann auch das Schicksal der bedrohten Menschheit nur durch Nationen bestimmt werden, die ihre eigene Geisteswelt und Kultur haben, auf diese stolz sind und sie bewußt erhalten und pflegen.

Immer wieder finden wir in der deutschen Geschichte den jähen Sturz von stolzer Höhe in die schmachvolle Niedrigkeit. Und nicht der äußere Feind und Neider ist es gewesen, sondern stets der durch Verzicht auf Nationales genährte Bruderzwist, der diesen Wechsel herbeigeführt hat.

Aber die Not schmiedete letztlich immer wieder jene, die die Natur zu Brüdern bestimmt hatte, zusammen. Immer von neuem geboren, sprengte unser Volk die Ketten, die ihm andere und deren unter uns lebenden Helfershelfer der eigenen Familie angelegt hatten.

Noch ist es nicht zu spät, noch ist unsere geistige Eigenart erhalten geblieben und sie muß uns bleiben, denn »der Geist ist es, der sich den Körper baut«. Dazu aber ist erforderlich, daß wir schnell kennen und erkennen lernen, was unsere Art ist. Wo aber lernen wir sie besser kennen als in der stolzen, leidbelasteten Geschichte unseres Volkes? Deshalb lernen wir sie kennen und erkennen mit einem kühlen Verstand, aber auch mit einem heißen Herzen, um uns mit dem deutschen Geist zu wappnen gegen zivilisatorische und kulturelle Überfremdung.

Die Warnung eines Preußen

Im Jahre 1751 schrieb Friedrich der Große: »Jedes Volk hat seinen Charakter. Er kann durch größere oder geringere Maße der Erziehung, die ihm zuteil wird, wohl verändert werden, aber niemals verschwinden seine Grundzüge. Es wäre leicht, diese Auffassung durch Belege der Natur zu stützten.

Es folgt also, daß man niemals die Natur zwingen konnte, große Männer hervorzubringen, wenn sie es verweigerte. Gewisse vorhandene Laster und Tugenden wird jedes Volks stets behalten. Der Herrscher kann seinem Volk einen gewissen Bildungsfirniß geben. Er kann die Beachtung der Gesetze erzwingen und die Wissenschaften auf eine bescheidene Höhe bringen. Aber nie wird er das Wesen der Dinge ändern.

Einzig die vollständige Zerstörung eines Staatswesens und seine Neubevölkerung mit fremden Ansiedlern können nach meinem Dafürhalten den Geist eines Volkes von Grund auf ändern. Aber man sehe sich vor: das wäre dann nicht mehr das gleiche Volk!«

Diese Wahrheit, Mahnung und Warnung, die Friedrich der Große uns vor 240 Jahren zurief, ist brennend aktuell.

Wenn wir sie im kommenden Jahr der sich zuspitzenden Entscheidungen nicht beachten, ist das Schicksal unseres Volkes besiegelt.

Nehmen wir die Worte dieses großen Deutschen als Stärkung und Verpflichtung für unseren persönlichen Einsatz im Jahr 1993! □



Geheimdienste

Wer fördert die Gewalt in Deutschland?

John Springfield

Wenn man sich an 1990 als Deutschlands Jahr der Hoffnung und der guten Gelegenheit erinnert, nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur im Osten, dann wird das Jahr 1992 als Jahr des Chaos und der Verzweiflung in Erinnerung bleiben, als die Straßen Deutschlands Tatorte gewalttätiger Zusammenstöße zwischen Banden des linken und des rechten Flügels, und Ausländer die Zielscheiben von angeblichen Nazi-Banden waren.

Die Nachrichtenmedien in den Vereinigten Staaten, Britannien und Israel liefen Amok in ihrer Kritik an Deutschland wegen des Wiederauflebens nazistischer Gewalt in und gegen Deutschland. Aber dieses Wiederaufleben hätte nicht stattgefunden, gäbe es nicht eine umfassende wirtschaftliche und politische Destabilisierung der Bundesrepublik durch die gleichen britischen, amerikanischen – und jetzt auch israelischen und zionistischen – Parteiungen und Interessensgruppen, die schon in früheren Zeiten den Aufstieg Adolf Hitlers zur Macht im Jahre 1933 unterstützt hatten.

Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands

Damals wie heute schloß das geopolitische Spiel der Anglo-Amerikaner eine starke und friedliche deutsche Republik als Bedrohung für das britische Empire und für die anglo-amerikanische Macht aus. So wurde Hitlers irrsinnige Diktatur von der Montagu-Norman-Clique, der Cliveden-Gruppe, den Harrismans, Morgans, Rockefellers, du Ponts und Warburgs, an die Macht gebracht und bewaffnet. Das heutige Wiederaufleben der Nazis und der drohende Sturz in Terror und Gegenterror sind ein zynisches Gegengift gegen die Bedrohung durch Deutschlands wirtschaftliche Stärke – eine Stärke, die in der Tat dazu beitragen könnte, Europa und ganz Eurasien zu einer von den Anglo-Amerikanern nicht mehr zu beherrschenden Supermacht zu machen.

Jetzt, wo sich der angrenzende Balkan in einem Ausmaß, wie wir es seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr erlebt haben, in einem Status des Bürgerkriegs und Völkermords befindet, und die Weltwirtschaft bereits in die Klauen einer zweiten großen Depression geraten ist, könnten die Bemühungen, Deutschland wieder einmal mittels radikaler Bewegungen in ein Chaos zu stürzen, einen neuen Dreißigjährigen Krieg quer durch Eurasien und darüber hinaus auslösen.
Der nachstehende Bericht enthält Informationen, die von unseren Mitarbeitern gesammelt wurden, und die Studie eines in Washington ansässigen Spezialisten für Spionageabwehr, der Archivmaterial ausgewertet hat, mit dem die Rolle des Federal Bureau auf Investigation (FBI) und der Anti-Defamation League der B'nai B'rith-Loge (ADL) bei der Durchdringung und Übernahme des Nazi-Milieus in den Vereinigten Staaten gespielt haben, dokumentarisch festgehalten wird. Die Informationen sind vorläufiger Natur; wir werden sie in den kommenden Wochen und Monaten erweitern und näher erläutern.

Es gibt jedoch bereits genug im öffentlichen Bereich, um zu der

Geheimdienste

Wer fördert die Gewalt in Deutschland?

Schlußfolgerung zu kommen, daß der heutige Nazismus, wie früher in diesem Jahrhundert, kein hausgemachtes Produkt ist, sondern Deutschland von angloamerikanischen Interessensgruppen injektiert wurde.

Ein gegenkulturelles Projekt

Es steht außer Frage, daß unter deutschen Jugendlichen, vor allem unter Jugendlichen aus der ehemaligen Sowjetzone, die in den beiden vergangenen Jahren von dem Zusammenbruch der Industrie und der emporschießenden Arbeitslosigkeit am härtesten betroffen wurden, eine häßliche Bewegung, getrieben von einem fremdenfeindlichen Haß auf Ausländer, aufgebaut worden ist. Diese Bewegung wurde durch die Flut von Einwanderern, die aus den Kriegsgebieten auf dem Balkan und vor der Wirtschaftskrise in den ehemaligen kommunistischen Staaten Mitteleuropas, die von der Politik der »Schocktherapie« des Internationalen Währungsfonds heimgesucht wurden, geflohen sind, weiter aufgeheizt.

Die Bewegung ist auch ein Produkt der Drogen-Rock-Sex-Gegenkultur, die sich in Deutschland von ihren Geburtsstätten in England und Amerika aus verbreitet, mit Unterstützung solcher in Deutschland ansässigen Einrichtungen wie die Frankfurter Schule für Sozialforschung, einst ein Arm der Kommunistischen Internationale (»Komintern«), die in jüngerer Zeit in die zionistische Interessensgruppe absorbiert wurde.

Ebenso wie das anarchistische Milieu des linken Flügels in Deutschland und anderswo ist auch die neonazistische »Skinhead«-Erscheinung ein Produkt der entarteten Gegenkultur. Zu den entscheidenden »Anwerbern« für diese aufkeimende Skinhead-Bewegung gehört die wachsende Anzahl von »Death Rock Bands«, meistens aus den Vereinigten Staaten und England kommend, die in der Bundesrepublik auf Tournee gingen. Gruppen wie »Slayer«, »Screwdriver« und »Napalm Death« treten in Nazi-Kleidung bei Konzerten auf. Ihre Lieder rufen zu gewalttätigen Angriffen auf Ausländer auf, und in den letzten Jahren erfolgten einige der brutalsten Angriffe auf ausländische Arbeiter und Flüchtlinge unmittelbar nach solchen Konzerten.

Die Drahtzieher sitzen in Amerika

Nazi-Computerspiele, obwohl seit 1988 in Deutschland gesetzlich verboten, stellen für diese Neonazi-Banden auch ein wichtiges Merkmal für ihre Anwerbungskampagne dar. Solche Computerspiele wie »Clean Germany«, »Anti-Turk Test«, »Concentration Camp Manager« und »Aryan Test«, werden über einen Schwarzmarkt in Umlauf gebracht. Fahndungen deutscher Sicherheitsdienste deuten darauf hin, daß diese Computerspiele von britischen, kanadischen und amerikanischen Vertreibern, von denen einige anscheinend im Bündnis mit ehemaligen mitteldeutschen Stasi-Agenten stehen, die traditionell Schmuggelrouten durch Mitteleuropa in die Sowjetzone unterhalten haben, auf den deutschen Markt geworfen werden.

Von den schätzungsweise 4200 Nazis des harten Kerns, die heute laut Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in der Bundesrepublik operieren, sind fast alle Skinheads – das heißt Produkte dieses Drogen-Rock-Gegenkultur-Experiments.

Aber die Rolle, die ausländische Geheimdienste bei der Aufheizung dieser Krise spielen, geht weiter über die Atmosphären der häufig offen satanischen Gegenkultur hinaus. Es ist sowohl in Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten öffentlich bekannt, daß in den letzten fünf Jahren einige führende Figuren des in den USA ansässigen Ku-Klux-Klan (KKK) und anderer rassistischer Bewegungen regelmäßig Reisen nach Deutschland, Österreich und anderen Ländern auf dem Kontinent unternommen haben und aktiv daran arbeiten, eine gewalttätige Untergrundbewegung aufzubauen. In Berlin und mehreren Städten in den östlichen Ländern, wo die Polizei kürzlich Skinheads verhaftete, weil sie Brandanschläge und Verprügelungen von Ausländern verübt hatten, wurden in ihren Wohnungen Flaggen der Konföderierten und Literatur des KKK aus den Vereinigten Staaten gefunden.

Auf jeden öffentlich dokumentierten Fall von KKK- oder Nazi-Aktivisten aus den USA, die den Atlantik überqueren, fallen Dutzende von nicht veröffentlichten Fällen verdeckter Hilfestellung, einschließlich paramilitärische Ausbildung, Massenverteilung von Nazi-Propaganda und andere Hilfe technischer Natur.

Die Angst vor dem wirtschaftlichen Konkurrenten

Diese Aktivität ist nicht das Ergebnis eines aufkeimenden Wiederauflebens des Ku-Klux-Klan in den Vereinigten Staaten. Das ganze vorliegende Beweismaterial deutet darauf hin, daß diese amerikanischen Kreise so stark vom FBI, dem Bureau of Alcohol, Tobacco, and Firearms (BATF) des amerikanischen Finanzministeriums und »abgeordneten« privaten Gruppen, wie die ADL, durchgesetzt sind, daß sie keine bedeutsame organisierte Existenz außerhalb des von diesen offiziellen und halboffiziellen Stellen kontrollierten Daseins mehr haben.

Immer wieder beweisen veröffentlichte Augenzeugenberichte über Nazi-Gruppen in den Vereinigten Staaten und Kanada, daß diese verdeckt vom US-National Security Council, damals von Henry Kissinger geleitet, kontrolliert wurden. Wenn seitdem überhaupt etwas geschehen ist, dann sind diese Kontrollen in den dazwischenliegenden Jahren nur noch weiter verstärkt worden.

Gibt es eine verdeckte Hand der amerikanischen Regierung hinter dieser Nazi- und KKK-Invasion in der Bundesrepublik Deutschland? Es bestehen kaum Zweifel arüber, daß die Antwort »Ja« ist.

Im September 1989 sagte der damalige Leiter der CIA, William Webster, der Amerikas führende »wirtschaftliche Konkurrenten« (Deutschland und Japan) als Hauptziele für verdeckte amerikanische Operationen identifizierte, vor dem World Affairs Council in Los Angeles: »Unsere politischen und militärischen Alliierten sind auch unsere wirtschaftlichen Konkurrenten.« »Die stillschweigenden Auswirkungen der Fähigkeit eines Konkurrenten, Märkte der Zukunft zu schaffen, zu erobern oder zu beherrschen, auf die nationale Sicherheit unseres Landes sind sehr bedeutsam«, wiederholte Websters Nachfolger, der ehemalige Leiter des CIA, Robert Gates, mehrere Male diese Perspektive.

Die Strategie der Spannung

Informanten innerhalb der Sondereinheiten des amerikanischen Verteidigungsministeriums haben auch bestätigt, daß verdeckte amerikanische Agenten im Sinne dieser von Webster und Gates umrissenen Doktrin an Ort und Stelle aktiv an der Destabilisierung der Bundesrepublik beteiligt sind. Aus israelischen Kreisen verlautet, daß sowohl der israelische Superspion, Rafi Eytan, der »Schmutzige«, als auch sein einstiges CIA-Pendant, Theodore G. Shackley, innerhalb Deutschlands tätig sind und mithelfen, die »Strategie der Spannung« durch verdeckte Unterstützung der anarchistischen, linkslastigen und neonazistischen, rechtslastigen Banden aufzuheizen. Diesen Berichten zufolge »kommt das Geld aus den Vereinigten Staaten« und die Bemühungen an Ort und Stelle werden »von Israelis und ehemaligen Stasi-Agenten gesteuert«. Die behauptete Rolle der USA ist Teil eines größeren Mosaiks, das die »Strategie der Spannung« gegen Deutschland ausmacht.

Seitdem der ehemalige US-Präsident Ronald Reagan 1985 seine Reise nach Bitburg unternahm, trompeten die britische Krone und deren führende Sprecher in der britischen Regierung die Bedrohung eines »Vierten Reichs«, diesmal eher aufgeheizt von Deutschlands wirtschaftlicher Stärke als von seiner Kriegsmaschinerie, in alle Welt hinaus. Der ehemalige Premierminister, Margaret Thatcher, und deren einstiger Transportminister, Ni-

cholas Ridley, griffen die Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Fall der Berliner Mauer in dieser alarmierenden Tonart an, und Conor Cruise O'Brien von der Londoner »Times« versuchte viele Male, es diesen Giftspritzen gleich zu tun.

Der Plan von Alfred Herrhausen

Deutsche Fahnder haben ebenfalls umfangreiches Beweismaterial darüber zusammengetragen, daß die Ermordung des Präsidenten der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, im November 1989 auf das Konto »westlicher Geheimdienste« geht, wahrscheinlich angeführt von dem britischen MI-5. Herrhausen, der führende Wirtschaftsberater für Bundeskanzler Helmut Kohl, trat für einen Plan zur systematischen wirtschaftlichen Eingliederung Mitteldeutschlands auf der Grundlage einer Gesamtentwicklung und Schuldenerlaß für die ehemaligen kommunistischen Staaten ein. Herrhausens Vorschlag, zum Teil eine Parallele des Planes des »Produktiven Dreiecks«, der ein Jahr zuvor von amerikanischen politischen Wirtschaftswissenschaftlern vorgelegt worden war, hätte den erfolgreichen Aufbau der Wirtschaft des östlichen Bereichs bedeutet und die wirtschaftlichen Fundamente für einen friedlichen Übergang vom Kommunismus gelegt.

Gewalt in Deutschland, gesteuert von ausländischen Interessen zur Destabilisierung des Konkurrenten.

Nachdem Herrhausen ermordet wurde, wurden solche Aussichten zerschlagen. Die letzten 24 Monate des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und ethnischer Gewalt waren die beabsichtigte Folge.

Bronfman und die ADL

Eine weitere unerläßliche Komponente der anhaltenden, gegen Deutschland und seine mitteleuropäischen Nachbarn gerichteten »Strategie der Spannung« wird von der ADL und dem damit verbündeten Jüdischen Weltkongreß (WJC) und dem Institute for Jewish Affairs (IJA) getragen.

Kurz vor dem Fall der Berliner Mauer wurde dem Präsidenten des WJC, Edgar Bronfman, die höchste bürgerliche Ehrung zuteil, die das kommunistische Regime der DDR zu vergeben hatte.

Anläßlich der feierlichen Verleihung des Ordens gelobte Bronfman dem Parteichef der SED, Erich Honecker, er wolle alle Ressourcen, die ihm zur Verfügung stehen, in den Kampf zur Verhinderung der Wiedervereinigung stecken. Seitdem erfolgt vom WJC und von der ADL ein Non-Stop-Propaganda-Sperrfeuer, mit dem das Wiederaufleben der Nazis in Deutschland beklagt wird.

Wie Informationen darlegen, ist die ADL eine der entscheidenden Agenturen, die verdeckt in den USA ansässige Ku-Klux-Klan-Netzwerke leiten, die den deutschen Skinheads Hilfestellung gewähren.

Während das Verhalten britischer, amerikanischer und zionistischer Kreise gegenüber dem heutigen Deutschland ein Echo ihrer kriminellen Politik der Vergangenheit ist, ist andererseits die große Mehrheit der Deutschen über die Gewalttätigkeiten der Skinheads empört. In jeder großen Stadt brachten Protestmärsche gegen Gewalt bis zu 300 000 Bürger auf die Beine.

In Privatgesprächen sind sich Beamte der Sicherheitsdienste in Deutschland durchaus dessen bewußt, daß ihr Land Zielscheibe eines verdeckten Krieges mit von ausländischen Geheimdiensten geleiteten Gewalttätigkeiten sowohl durch linksorientierte als auch durch rechtsorientierte Banden ist. Es ist eines der gefährlichsten Überbleibsel der nach dem Kriege orchestrierten »Kollektivschuld«, daß sie das, was sie über die Verwicklung von Ausländern in diese Dinge wissen, der Öffentlichkeit nicht bekanntgeben. Solche Fehler können leicht die Ursache für eine echte Welt-Tragödie sein. □



Geheimdienste

Der Ku-Klux-Klan in Deutschland

John Springfield

Hinter den Greueltaten verschiedener Rechts- und Nazi-Gruppen in Deutschland gegen Ausländer steckt eine Operation, die direkt aus den Zeiten des berüchtigten Counter-Intelligence Program (Cointelpro) des Federal Bureau of Investigation (FBI) in den Vereinigten Staaten von Mitte der sechziger Jahre bis Ende des Vietnam-Krieges stammt. In dem derzeitigen Programm der Unruhestiftung in Deutschland leistet die Anti-Defamation League B'nai B'rith-Loge (ADL), die das Cointelpro-Programm übernahm, nachdem die Rolle des FBI Mitte der siebziger Jahre durch drei Kongreß-Ausschüsse entlarvt wurde, einer Parteiung amerikanischer Geheimdienste Schützenhilfe.

Zum Beispiel ist seit den siebziger Jahren bekannt, daß 95 Prozent der gesamten Nazi-Literatur, die in Deutschland in Umlauf gebracht wird, von Gary Rex Laucks NSDAP-AO (National Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei-Auslands- und Aufbauorganisation), die in Lincoln, Nebraska, ansässig ist, produziert wird. Lauck wurde 1974 in Deutschland zur persona non grata erklärt, und bei seiner Rückkehr im Jahre 1976 verhaftet. Und dennoch wurde seine in deutscher Sprache erscheinende Zeitung – jetzt als »NS-Kampfruf« bekannt – unter dem Honekker-Regime über das kommunistische Ungarn in die DDR geschmuggelt, woraus ersichtlich ist, daß der Stasi bei diesen Bemühungen, in der Bundesrepublik Unruhe zu stiften, die Hand im Spiel hatte.

Die Spuren führen zur ADL

Seit der Wiedervereinigung haben Elemente der gleichen Stasi eine Untergrundbewegung gegründet, die sich bei den neonazistischen Gewalttaten und Unruhen, die im vergangenen Jahr in Rostock ausbrachen, als Schlüsselelement entpuppt.

Laut Laird Wilcox, der in den Vereinigten Staaten über Extremismus des linken und rechten Flügels schreibt, wird Lauck weithin für eine Stütze der ADL gehalten, den die ADL vor Strafverfolgung bei Anklagen, die von Steuerhinterziehung und Postbetrug bis zur Erschießung seines Bruders reichen, beschützt. Der Fall Lauck, mit dessen anscheinend langjährigem »Arbeitsverhältnis« mit dem Stasi, ruft die Tatsache ins Gedächtnis zurück, daß dem Ehren-Vizevorsitzenden der ADL, Edgar Bronfman, von Erich Honecker die höchste bürgerliche Ehrung zuteil wurde, nachdem Bronfman versprochen hatte, alles in seiner Macht Stehende tun zu wollen, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern.

Der Fall des KKK-Führers Dennis Mahon

Lauck ist nur einer von den Stützen der ADL und der amerikanischen Geheimdienste, die hinausgeschickt wurden, um Deutschland zu destabilisieren. Kurz nach der Wiedervereinigung machte der in Oklahoma ansässige Ku-Klux-Klan-Führer Dennis W. Mahon eine Rundreise durch Deutschland, erhob die Hand zum verbotenen Nazi-Gruß und veranstaltete in einem Fall eine Kreuzverbrennung. Mahons Botschaft, wie die von Lauck, ist Haß auf Ausländer, die in Deutschland um Asyl und Arbeit ersuchen.

Laut Lauck verstoßen Ausländer gegen ein Vermächtnis »von den teutonischen Rittern bis zur Waffen-SS«. Wilcox sagte zu dem Verfasser, er habe auf der Grundlage von Informationen aus erster Hand, allen Grund zu dem Verdacht, daß Lauck unter der Kontrolle des Bureau of Alcohol, Tabacco, and Firearms (BATF) des amerikanischen Finanzministeriums steht, dessen ausgedehnte Verwicklung in Operationen der Cointelpro von Untersuchungsbeamten des US-Kongresses weitgehend übersehen wurde, die sich stattdessen auf das FBI konzentrierten. Mahon, der in der US-Army und später als Mechaniker im Reparaturwerk der TWA in Kansas diente, machte Furore, als er um 1988 herum als selbsternannter Klan-Führer in Erscheinung trat. Es scheint so zu sein, daß durch das Verbot des Cointelpro im FBI nur noch wenige KKK-Leute übriggeblieben sind.

Die verdeckten Männer des Klans

Laut Wilcox versuchte das BATF sofort, einen in der Gegenspionage ausgebildeten Beamten der Polizeistation in Platt City, Kansas, dazu zu bewegen, Mahon einen Haufen Geld zuzuschanzen, um ihn gefügig zu machen. Als der Polizeibeamte dies ablehnte, sorgte das BATF dafür, daß er gefeuert wurde und schleuste ein Individuum ein, das es aus dem Gefängnis angeworben hatte. Dieser Mann wurde schnell Mahons Sicherheitschef.

Wie andere agents provocateurs, half dieser Informant des BATF Mahons Klansleuten, sich für einen Auftritt im örtlichen Fernseh-Sender bis an die Zähne zu bewaffnen. Als die Klansleute die Sendestation verließen, wurden sie sofort festgenommen. Diejenigen, die nicht zu Informanten wurden, mußten Haftstrafen absitzen.

Auf geheimnisvolle Weise entging Mahon, der offen zu rassistischen Bombenanschlägen aufrief, immer wieder der Verhaftung, ebenso wie der BATF-Agent, der sein Sicherheitsbeauftragter war. Aus Quellen, die mit Mahon durch dessen ganzen meteorischen Aufstieg als internationale KKK-Figur hindurch vertraut sind, verlautet, daß er aktives Mitglied der National Guard in Oklahoma war. 1980 wurde er nach Liberty City in Miami, Florida, geschickt, als in diesem vorwiegend schwarzen Ghetto Unruhen ausbrachen.

Durch seine provokativen Tätigkeiten wurde Mahon zur nützlichen Zielscheibe eines ehemaligen Kommunisten, namens Leonard Zeskind, vom Center for Democratic Renewal (CDR), das eng mit der ADL zusammenarbeitet. Zeskind heulte über die aufkeimende Klan-Gefahr und zog bei vielen öffentlichen Auftritten Mahons tumultartige Gegendemonstrationen ab.

Abgesehen davon, daß es mit der ADL zusammenarbeitet, ist das CDR auch eng mit Gerry Gables Zeitschrift »Searchlight« in England assoziiert, das die Gefahr des »deutschen Revanchismus« ständig überproportional aufbauscht. Diese Anstrenungen in Europa, eine Parallele zu den ADL-CDR-Aktivitäten in Nordamerika, wurden stets im Konzert mit der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN), und in jüngerer Zeit mit dem Jüdischen Weltkongreß (WJC) des Edgar Bronfman unternommen.

Die VVN, eine der sogenannten Anti-Nazi-Gruppen, früher in Berlin-Ost ansässig, wurde in dem Jahresbericht des Innenministeriums der Bundesrepublik als vom Stasi geleitet identifiziert, der selbst ein Zwischenträger für die Desinformations-Abteilung des KGB war.

Wilcox glaubt, daß, da Mahon und Zeskind gemeinsame Bindungen zum BATF unterhalten, sie das Spiel: Kriegführung »Bande-gegen-Bande« abzogen, das in den Vereinigten Staaten durch die Schriften des Brigadegenerals Frank Kitson und die Entlarvung von Operationen wie Cointelpro berüchtigt wurde.

Das Center for Democratic Renewal widmete seinen Hauptartikel in der Ausgabe seines Berichts »The Monitor« von Mai 1992 Laucks und Mahons Erfolgen bei der Anwerbung in Deutschland. Innenminister Rudolf Seiters berichtete im Mai 1992, daß der KKK seit Mahons

Reise nach Deutschland in mindestens drei deutschen Städten – Berlin, Essen und Herford – Zweigstellen errichtet hat, wo ihre Hauptziele in Deutschland lebende Ausländer seien.

Woher bekommt Lauck sein Geld?

Lauck wurde 1974 vom Innenministerium aus Deutschland ausgewiesen, nachdem er wegen seiner ungesetzlichen Aktivitäten zur persona non grata erklärt worden war, und 1976 festgenommen und vier Monate festgehalten, als er nach Deutschland zurückgekehrt war, um seine Nazi-Organisationsarbeit fortzusetzen. Der in Nebraska erscheinende »Omaha World Herald« vom 15. Juli 1979 berichtete, der deutsche Innenminister Gerhard Baum habe gesagt, daß sage und schreibe 95 Prozent der in Deutschland verbreiteten Nazi-Literatur aus Laucks Stützpunkt in Lincoln, Nebrasca, stammt. Das Innenministerium habe die Vereinigten Staaten wiederholt gebeten, Lauck daran zu hindern, seine Nazi-Literatur zur Verteilung in Deutschland zu drucken.

Lauck verstieß nicht nur gegen deutsche Gesetze, indem er Symbole und Zeitungen mit nazistischem Inhalt verbreitete, sondern auch dadurch, daß er zu selektiven Bombenanschlägen auf Beamte in den Vereinigten Staaten aufrief, die die rassische Eingliederung fördern, wie zum Beispiel diejenigen, die für das »busing« – zwangsweise Zusammenführung von schwarzen und weißen Kindern in Schulen durch Bustransporte – eintreten. Lauck ist Leiter der zu Gewalttätigkeiten neigenden Organisation, bei denen ernsthafte Fahndungen durch Behörden des Gesetzesvollzugs angebracht sind. Laucks Organisation ist klein, aber er bringt Zeitungen für vier Länder heraus: die Vereinigten Staaten, Deutschland, Ungarn und Schweden. Darüber hinaus soll er über Schweizer Bankkonten ausländischen Anhängern Gelder zugewendet haben.

Die Frage ergibt sich: Woher bekommt Lauck sein Geld? Hat dies etwas mit der Hilfestellung des Stasi beim Hereinschmuggeln seiner Zeitungen nach Deutschland oder möglicherweise mit anderen amerikanischen Geheimdienst-Organisationen zu tun, die Deutschland im Verbund mit der ADL aufs Korn nehmen?



Das Feuerkreuz ist das Symbol des Ku-Klux-Klans der Vereinigten Staaten seit dem Jahre 1915.

Metzger umwirbt die Skinheads

Laucks Anhängerschaft in Deutschland ist bedeutend. Sie wurde weitgehend unter der Führung von Michael Kühnen in Deutschland und Gottfried Kussel in Österreich aufgebaut. Kühnen starb 1991 an AIDS, kurz nachdem er eine Gefängnisstrafe abgesessen hatte. Kussel war wegen Verstoßes gegen Österreichs Anti-Nazi-Gesetze im Gefängnis. Die Basis der Organisation von Lauck, ebenso wie Mahons KKK, sind jedoch keine Nazis, sondern Skinheads, die rassistische Schöpfung eines Gegenkultur-Programms der Frankfurter Schule, das Nazi-Symbole verwendet.

Tom Metzger, der als »Lenin des amerikanischen rechten Flügels« bezeichnet wurde, leitet eine in Fall Brook, California, ansässige Organisation namens White Aryan Resistance (WAR). Es wird berichtet, daß er in der Dezember-Ausgabe seines Blattes, das sich auch »WAR« nennt, 15 am rechten Flügel angesiedelte rassistische Organisationen in Deutschland aufgeführt habe, die seiner Gruppe angegliedert seien.

In einer kürzlich aufgezeichneten Botschaft verdammte Metzger die deutsche Regierung, weil sie »den natürlichen Rassismus mit unnatürlicher Gewalt ausgemerzt hat. Die Unterdrückung durch Bonn wird wie ein Bumerang zurückschlagen, weil wir den Widerstand verstärken werden«, sagte er. Er verurteilte auch das Verbot des Hakenkreuzes und des Radkreuzes in Deutschland und forderte seine Zuhörer auf, sie aus der Schublade herauszunehmen, blankzuputzen und zu tragen.

Wie Mahon und Lauck, hat Metzger willkürlich versucht, Skinheads anzuwerben, unter anderem durch Gebrauch satanischer Rockmusik mit rassistischer und gewalttätiger Lyrik. Eine Gruppe mit der Metzger zusammenarbeitet nennt sich White Lightning (Weißer Blitz), die Rock-Gesänge wie »Aryan Homeland« (Arische Heimat) vorträgt. Metzger soll auch ein Freund von Ian Stuart, des Anführers der britischen Rock-Gruppe Screwdriver sein, die bei Skinheads großen Anklang findet. Zum größten Teil hat die Erscheinung der Skinheads, wie die der Beatles vor ihr, ihren Ursprung in Britannien. Metzger glaubt anscheinend, daß explizit rassistische und gewalttätige Rockmusik eine Möglichkeit ist, neue Mitglieder für seine Bewegung anzuwerben.

Die Operation Cointelpro

Was in Deutschland zur Zeit losgelassen wird, ist das Äquivalent der Operation Cointelpro des FBI, die Linke gegen Rechte und Schwarze gegen Weiße aufwiegelte. Die Methode des Cointelpro wurde am klarsten in einem Buch mit dem Titel »Gangs and Countergangs«, geschrieben von dem Brigadegeneral der britischen Armee Frank Kitson, beschrieben. Aus Dokumenten, die Mitte der sechziger Jahre unter dem Freedom of Information Act (FOIA) freigegeben wurden, geht hervor, daß das FBI 2000 Informanten beschäftigt, die »rassische« Angelegenheiten betrieben, von denen viele, wie Gary Rowe, agents provocateurs waren, zu Gewalttätigkeiten des Ku-Klux-Klan (KKK) gegen die Menschenrechtsbewegung aufstachelten. Drei Ausschüsse auf Kongreßebene führten 1975 bis 1977 Untersuchungen gegen Cointelpro durch, nachdem dieses monströse Projekt teilweise entlarvt worden war. Die höchste geschätzte Zahl der Klan-Mitglieder Mitte der sechziger Jahre

Der Ku-Klux-Klan in Deutschland

belief sich auf 30000, was bedeutet, daß einer von je 15 Klan-Mitglieder ein Zuträger des FBI war.

Im Abschlußbericht des Select Committee to Study Governmental Operations des Senats von 1976 heißt es auf Seite 45:
»Die zweite Art von ›imaginär‹ war die fiktive Organisation mit einigen ahnungslosen Mitgliedern, die keine Informanten waren. Informanten des FBI riefen zum Beispiel eine Klan-Organisation ins Leben, um Mitglieder von den United Klans of America wegzulocken. Das FBI bezahlte die persönlichen Auslagen der Informanten, die ihnen bei der Aufstellung der neuen Organisation, die zu ihren Glanzzeiten 250 Mitglieder hatte, entstanden waren.«

Nach Aussage ehemaliger Beamter der amerikanischen Geheimdienste war dies nicht die einzige Gruppe des KKK, der ganz und gar vom FBI oder einer anderen Organisation der amerikanischen Geheimdienste geleitet wurde.

Gemeinsame Aktivitäten des FBI und der ADL

Als Cointelpro durch Anhörungen auf Kongreßebene und durch die Presse ins Zwielicht geriet, suchte das FBI nach anderen Alternativen zur direkten Weiterführung des gleichen Programms. Eine der hauptsächlichen Ersatzorganisationen, die bereit waren mit dem FBI zusammenzuarbeiten, war die Anti-Defamation League (ADL). Keineswegs zufällig war es der Generalstaatsanwalt Edward Levi, ein enger Partner der ADL, der die berühmten »Levi Guidelines« (Richtlinien) verfaßte, mit denen der Einschleusung von Agenten und agents provocateurs durch das FBI in die radikalen Bewegungen von amtlicher Seite ein Ende bereitet wurde.

Wie der CIA während der Reagan-Ära, machte das FBI seine verdeckten Operationen »aus dem Hintergrund« und delegierte diese Aktivitäten an die ADL und verwandte Organisationen. Das Ergebnis war ein noch aggressiveres, und illegales, Einschleusungs- und Aktivierungsprogramm. Aus unter dem FOIA (Gesetz, das sich mit der Freiheit der Informationen befaßt) freigegebenen Dokumenten geht hervor, daß die ADL und das FBI langjährige, herzliche Beziehungen zueinander unterhielten, dargestellt, daß zum Beispiel in den siebziger Jahren ein Special Agent (Sonderbeauftragter) im New Yorker Field Office des FBI beauftragt wurde, mit der ADL Verbindung aufzunehmen (FBIHQ Ak.-Z. 100-530-511). Als William Webster 1978 Leiter des FBI wurde, wurde dieses Verhältnis aufgewertet – zunächst, laut FBI Ak.-Z. 632-118203-3, um gemeinsame FBI-ADL-Operationen durchzuführen. In einem am 4. Februar 1985 an alle regionalen Dienststellen des FBI adressierten Fernschreiben (airtel) erteilte Webster jedoch den nachstehenden Befehl:

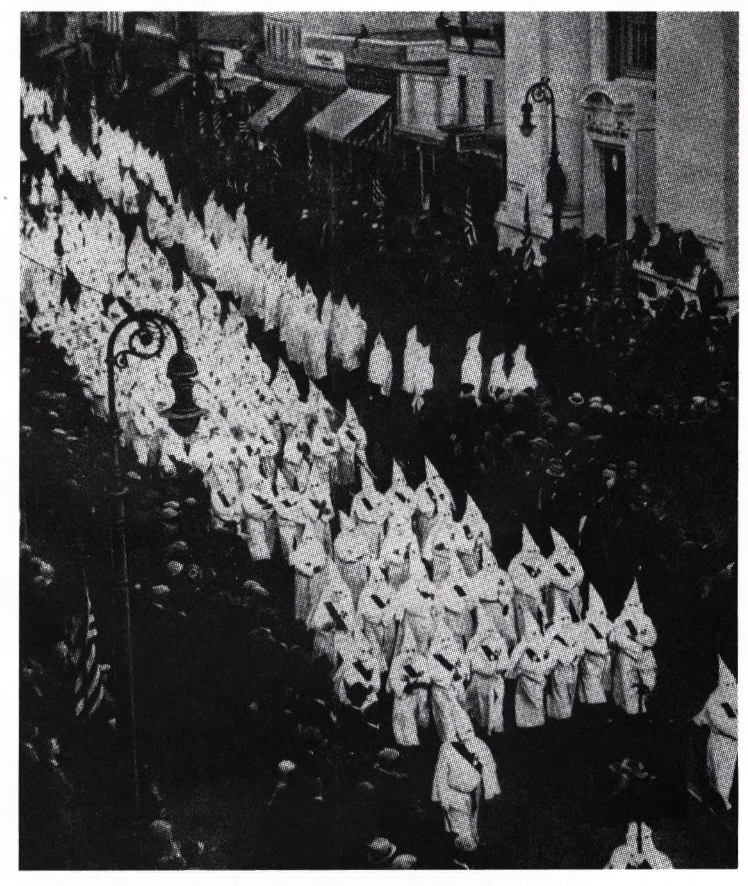
»Die Anti-Defamation League B'nai B'rith (ADL) hat sich dazu verpflichtet, die Aktivitäten inländischer Terroristen-Gruppen, besonders des Ku-Klux-Klan, zu überwachen und darüber zu berichten. Am 18. Januar 1985 nahm die Hauptabteilung New York Verbindung mit (Namen gestrichen) auf. Diese Personen wurden von der primären Zuständigkeit des FBI in Angelegenheiten der Menschenrechte in Kenntnis gesetzt. Weiterhin wurde ihnen mitgeteilt, daß jede berechtigte Anschuldigung in Sachen Menschenrechte unverzüglich der zuständigen Dienststelle des FBI zur Kenntnis zu bringen ist. (Name gestrichen) verlieh seinem Wunsch Ausdruck, kooperieren zu wollen und erklärte, er werde alle regionalen ADL-Dienststellen von der Zuständigkeit des FBI unterrichten. Es wurde auch festgelegt, daß jedes FBI-Büro eine Kontaktstelle und Kommunikationslinie einrichten sollte, um unverzüglich alle Aussagen über Verletzung der Menschenrechte entgegennehmen zu können.

Jede Empfänger-Dienststelle (dieses Fernschreibens) sollte sich mit den jeweiligen regionalen Direktoren der ADL, deren Namen in ihrer Hauptabteilung verzeichnet seien, Kontakt aufnehmen und somit die ständige Verbindung herstellen. Abgesehen von sehr wichtigen Fällen oder Problemen, brauche der Hauptsitz des FBI (FBIHQ) nicht unbedingt von den Ergebnissen dieser Kontakte unterrichtet zu werden. Diese Kontakte sollen aber in jeder 44-O-Akte der Außenstelle dokumentarisch festgehalten werden.«

Einer der bekanntesten Informanten des ADL im rechten Flügel ist James R. Rosenberg (alias



Der Aufmarsch des Ku-Klux-Klans in Washington. Heute führt er seine Operationen in Deutschland durch, um das Land ins Chaos zu stürzen.



Parade des Ku-Klux-Klans, dessen weiße Gewänder ursprünglich ein Symbol der Reinheit gewesen sollen.

Jimmy Rosenberg/Jimmy Mitchel/Jimmy Anderson), der bei der Fact Finding (Tatsachenfeststellungs-, das heißt, Schmutzige-Tricks-Einheit) der ADL tätig ist, die von Irwin Suall geleitet wird. Rosenberg war der von der ADL bezahlte Einschleuser in eine Ku-Klux-Klan-Gruppe in Trenton, New Jersey, der versuchte, den KKK dazu aufzustacheln, auf das Trentoner Kapitel der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) einen Bombenanschlag zu verüben.

Der koschere Klansmann

1981 schilderte eine weibliche JDL-Kontaktperson mit dem Decknamen »Ricky«, nachdem sie von Rosenberg bedroht worden war, dessen nachstehende Vorgeschichte. Sie sagte, sie habe Jimmy 1978 in Israel getroffen, als sie sich im Kibbutz Kfar Saba aufhielt, und habe Mitleid mit ihm gehabt, der ein Ausgestoßener war und ständig damit prahlte, daß er für die ADL gearbeitet habe, um Leute in den Ku-Klux-Klan einzuschleusen. Aus dieser Quelle verlautet auch, daß Jimmy »sich mit Valium (Handelsname für ein Beruhigungsmittel) völlig durcheinandergebracht hat ... Er mußte sich sogar einer Drogenentzugsbehandlung unterziehen, und das regte ihn auf, weil es ihn etwa sechs Monate lang impotent machte. »Es gab einige Dinge am KKK, mit denen Jimmy wirklich übereinstimmte«, sagte Ricky, und setzte hinzu: »Er nennt die syrischen Juden ›Nigger‹ und redete stets davon, er wolle nach Südafrika gehen und dort Schwarze umlegen.« In Israel wurde Jimmy zum »Jobnik« (Schreibtischhengst) beim israelischen Militär.

Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten nutzte die ADL Rosenbergs militärische Erfahrung, um ihn in paramilitärische Gruppen einschleusen zu lassen. In einem Exposé mit der Überschrift »Armies of the Right« (»Armeen der Rechten«), das über das Fernsehen von Minneapolis ausgestrahlt wurde, zitierte der Produzent, Führer des sogenannten rechten Flügels, die schwarzenfeindlichen und judenfeindlichen Unrat von sich gaben und zu Gewalttätigkeiten aufgerufen hatten. Bei weitem das rassistischste und abscheulichste Element in der Sendung war Rosenberg selbst, der als Leiter eines Kapitels der Christian Defense League aus Queens, New York, vorgestellt wurde. An keiner Stelle der Sendung wurde den Zuschauern mitgeteilt, daß Rosenberg ein agent provocateur der ADL war.

Die Nazi-Massenversammlung eines ADL-Informanten

Mordechai Levy ist ein anderer Hauptinformant, den Irwin Suall und die ADL und das Federal Bureau of Investigation gemeinsam einsetzten. 1979 wurde Levy auf frischer Tat dabei ertappt, wie er eine Massenversammlung von Nazis in Philadelphia, Pennsylvania, organisierte, die zu einem Handgemenge mit der Jewish Defense League, der Levy damals auch angehörte, führen sollte. Am 16. Februar 1979, beantragte Levy unter dem Decknamen »James Guttman« beim National Park Service in Philadelphia eine Versammlungsgenehmigung, um eine gemeinsame Demonstration des Klans und der Nazis in der Independence Hall durchführen zu können. Levy/Guttmans Erklärung auf dem Antragsformular lautete, er werde eine »Massenversammlung der White Power abhalten, um die Einigkeit der weißen Rasse zu demonstrieren und der Welt zu beweisen, daß Nigger und Juden Feiglinge sind«.

Unter der Rubrik »Dekorationen ... Ausrüstung«, trug Levy ein: »Hakenkreuz-Banner, Nazi-Uniformen, KKK-Utensilien ... werden Kreuze verbrennen, Hakenkreuz-Transparente ... auf denen steht, Hitler hatte Recht – Gas Commie Jews (›Vergast kommunistische Juden‹)«.

Die Kriegsführung Bande gegen Bande

Auf dem Antrag gab sich Levy (Guttman) als »führender Koordinator« für die in Chicago ansässige National Socialist Party zu erkennen, deren Führer Frank Collin, ein berüchtigter agent-provocateur ist, der einen Marsch der Nazis durch Skokie, ein Gebiet, wo viele jüdische überlebende des Holocaust leben, organisierte.

Schließlich platzte Levys Tarnung, und der Nazi Party wurde in der Presse umfangreiche Aufmerksamkeit zuteil. Levys eigentliche Herren – die ADL und das FBI – wurden jedoch verschont. Schlagzeilen für die Artikel lauteten: »Steckt die JDL hinter der Versammlungsgenehmigung der Nazis«; »Versammlungsveranstalter der Nazis in Wirlichkeit Juden« und »Ist Jedermann in der Massenversammlung der Nazis verrückt?«.

Diese Massenversammlung ist ein typisches Beispiel für die Kriegführung »Bande gegen Bande«, die in den Vereinigten Staaten zu Zeiten des Cointelpro ihren Höhepunkt hatte, und die jetzt von der ADL und einer Parteiung der amerikanischen Geheimdienste nach Deutschland eingeschleust wird.

Bei weitem der vielsagendste Vorfall der geheimen Absprache zwischen ADL und FBI bei der Schürung von Gewalttätigkeiten des KKK in Amerika kam 1970 durch ein Exposé in der »Los Angeles Times« ans Tageslicht. Die Story berichtete über einen Hinterhalt in Meridian, Mississippi, außerhalb des Hauses des ADL-Offiziellen Meyer Davidson. Eine ortsansässige Lehrerin, Cathy Ainsworth, wurde von einem Polizeibeamten getötet, und eine zweite Person, Thomas A. Terrants III., wurde durch 70 einzelne Pistolenschüsse, die von 22 FBI-Agenten und Polizeibeamten abgegeben wurden, sehr schwer verletzt.

Terrants und Ainsworth waren Mitglieder des KKK, die von den KKK-Führern am Ort ausgeschickt worden waren, um vor Davidsons Haus eine Bombe zu legen. Was die beiden angehenden Bombenleger nicht wußten, war, daß den Gebrüdern Roberts soeben von der Dienststelle des ADL in New Orleans 69000 Dollar ausgezahlt worden waren, um als agents provocateurs tätig zu werden. Der Mord an Ainsworth wurde von der ADL inszeniert, anscheinend um in der Gemeinde Angst vor dem KKK zu schüren und Davidson als Helden und »Opfer« rassistischer Gewalttaten herauszustellen.

Zu dem Zeitpunkt, als der ADL-Offizielle aus New Orleans, Adolph Botnick, das Geld – mit voller Genehmigung der ADL – an die Gebrüder Roberts weiterleitete, waren die Roberts Tatverdächtigte bei zehn separaten terroristischen Vorfällen im vorhergehenden Jahr. Sie standen wegen des Mordes von 1964 an drei Menschenrechtsarbeitern, Andrew Goodman, James Chaney und Michael Schwerner, in Philadelphia, Pennsylvania, unter Anklage. Ihre geheime Absprache mit der ADL und dem FBI wirkte sich für die Gebrüder Roberts insofern günstig aus, daß sie sehr milde Urteile für die Morde in Philadelphia und ihre anderen terroristischen Eskapaden bekamen und schließlich klammheimlich in das Federal Witness Protection Program überstellt wurden.

Deutschland als Zielscheibe

Angesichts der Tatsache, daß in Amerika und Britannien ansässige radikale Organisationen international als Hauptmitspieler bei dem jüngsten Aufbau rassisch motivierter Gewalttaten in Deutschland entlarvt wurden, erhebt sich die offensichtliche Frage: Ist die gesamte Ausschwärmung dieser Skinheads und KKK-Leute Teil einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Operation, um Deutschland ins Chaos zu stürzen und somit den Vorwand für eine weltweite Kampagne des Dreinschlagens auf Deutschland zu schaffen? Es bestehen kaum Zweifel daran, daß diese Frage mit »Ja« beantwortet werden muß.

Aus Polizeikreisen auf hoher Ebene in Deutschland verlautet inoffiziell, daß ihnen bekannt ist, daß Deutschland schon seit Jahrzehnten Zielscheibe der aggressivsten Operationen ausländischer Geheimdienste ist. Es herrscht allerdings die Befürchtung vor, daß eine »Breitseite« auf die Rolle der von amerikanischen und britischen Geheimdiensten eingesetzten agents provocateurs die Dinge nur verschlimmern würde. □



Deutschland

Die sudetendeutsche Frage bleibt offen

Kurt Reichelt und Rolf-Josef Eibicht

Zeugen sind wir einer Zeit epochaler Veränderungen. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist nun auch die kommunistische Diktatur zusammengebrochen. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert bieten sich somit den Völkern und Volksgruppen Europas neue Möglichkeiten zu einer freiheitlichen Zukunftsgestaltung. Das Recht auf die eigene nationale Würde und Identität, das Naturrecht auf die eigene souveräne Schicksalsgestaltung darf in Zukunft keinem Volk und keiner Volksgruppe – ethnische Minderheit – mehr abgesprochen werden. Selbstverständlich auch nicht den Volksgruppen in der Vertreibung.

Durch die leidvollen Erfahrungen im nunmehr ausgehenden 20. Jahrhundert mußten die Völker und Volksgruppen Europas erkennen, daß die Freiheit aller immer auch Voraussetzung für die eigene Freiheit ist.

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland in ein wirtschaftliches Chaos stürzte.

Eine der großen Fehlkonstruktionen

Der Zerfall des kommunistischen Totalitarismus zog den Zerfall der Vielvölkerzwangskonstruktionen nach sich: UdSSR, Jugoslawien, Tschechoslowakei. Das Verfallsdatum der Tschechoslowakei, als eine der ganz großen »Fehlkonstruktionen« (Hellmut Diwald) unseres Jahrhunderts, steht definitiv fest: Anfang 1993. Dies ist das Ende des das Selbstbestimmungsrecht verachtenden Tschechoslowakismus. Die Sudetendeutschen haben die Tschechoslowakei, nicht die Tschechoslowakei die Sudetendeutschen überlebt.

Durch die Fehlkonstruktion »Tschechoslowakei« zerbricht, was hätte so nie entstehen dürfen, und nur auf der Basis von Betrug (Memoire III) und Gewalt entstand. Pravda Vitezi aber anders als gedacht: Der Sieg der Wahrheit über den Beneschismus und Tschechoslowakismus, über Täuschung, Arroganz und Illusion. Wie im März 1939 entsteht nun erneut ein slowakischer Staat, weil die Kunstfabrikation »tschechoslowakisch« von Anfang an ein Trauma, eine Illusion, eine Fata Morgana war.

Die sudetendeutsche Frage bleibt offen

Ganz abgesehen von der weiteren Existenz des über 3,5 Millionen starken Volksteils der Sudetendeutschen, der nie in das Kunstprodukt CSR hineinwollte und auch nicht hineingehörte.

Die Wahrheit siegte nun auch über die Vielvölkerzwangskonstruktion der Tschechoslowakei. Der Sieg der Freiheit. Jedoch leider immer noch nicht für uns Sudetendeutsche.

Die sudetendeutsche Frage jedoch bleibt offen, auch wenn wir sie immer noch in einer tiefen Wirrnis des irregeleiteten deutschen Zeitgeistes der Umerziehung zu vertreten haben; und mit unserem Letzten auch vertreten werden. Die sudetendeutsche Frage bleibt solange offen, bis den Erklärungen des ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Vaclav Havel, die Vertreibung sei ein Verbrechen gewesen, denn auch nun endlich Taten folgen.

Taten der Wiedergutmachung der Tschechen! Sie können nur darin bestehen, daß die Tschechen das Jahrhundertverbrechen der Massenaustreibung an den Sudetendeutschen wiedergutmachen und ihnen die Rückkehr in ihre seit nahezu einem Jahrtausend angestammte Heimat nicht mehr länger verwehren, damit sie dort frei und souverän über ihre Geschicke selbst bestimmen können. Wie sollte denn sonst dieses Sudetenland, unsere Heimat, erneut zu einer blühenden Region im Herzen Europas, und dies im Interesse von Deutschen und Tschechen, gebracht werden können?

All das, was an sudetendeutschem Eigentum sich in tschechischem Staatsbesitz befindet, könnte, als ein erster Schritt, ohne Aufschub an die sudetendeutschen Eigentümer sofort zurückgegeben werden.

Was war die weitere Folge des Zerfalls des marxistisch-kommunistischen Totalitarismus? Das sowjetzonale SED-Zwangssystem zerfiel trotz des westdeutschen Zeitgeistes, der jedes tragende, elementare und selbstverständliche patriotische Empfinden stets weit von sich wies und bis auf den heutigen Tag leugnet. Die Einheit von West- und Mitteldeutschland wurde durch das Volk erkämpft. »Wir sind das Volk«. »Deutschland einig Vaterland«.

»Wir sind das Volk!«

Die Einheit wurde errungen trotz einer jahrzehntelangen Anti-Gesinnung großer Teile der politischen Klasse hier bei uns, für die ein Ausspruch des ehemaligen Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt zutiefst symptomatisch war: »Wir haben die Einheit verspielt. Und keine Macht der Welt wird sie zurückbringen.«

Die geschichtliche Entwicklung hat diesbezüglich jene Verruchtund Verkommenheit in das ihr angestammte Nichts zurückgeschleudert. Und erinnern wir uns daran, daß der Nachfolger von Brandt, Bundeskanzler Helmut Schmidt, zur Einheit Deutschlands befragt, »Irgendwann im nächsten Jahrtausend« antwortete. Welch ein Ruin elementarster Wertvorstellungen und Empfindungen wurde uns in der Vergangenheit immer wieder bis zum Exzeß zugemutet.

Der historische Prozeß der Freiheit

Und sprach sich nicht der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel noch am 3. Oktober 1989 »gegen das leichtfertige und illusionäre Wiedervereinigungsgerede« aus, und erklärte nicht Willy Brand noch am 14. September 1988 die Wiedervereinigung zur »spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik«? Hier wurde die deutsche Frage, bar jeden Gespürs, für erledigt erklärt, genau so wie man heute die immer noch offene sudetendeutsche Frage für erledigt erklärt oder erklären möchte.

Jedoch auch hier werden die diesbezüglichen Verfechter in der po-



Clemenceau, Wilson und Lloyd George legten bei den Friedensverhandlungen von Versailles den Keim für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.



Im Jahr 1935 unterzeichnete der tschechische Außenminister Eduard Beněs (links) und der sowjetische Außenminister Maxim Litvinov (Mitte) ein Sicherheitsabkommen gegen Hitler.

litischen Klasse und in den überwiegend geschichtslos agierenden Medien eines Tages eines besseren belehrt werden müssen; so sicher wie der Tag auf die Nacht folgt. Auch sie wird der historische Prozeß der Freiheit hinwegspülen.

Verlust geschichtlicher Wahrhaftigkeit

Und dies betrifft nicht nur das Sudetenland sondern auch Ostdeutschland, das heißt, Pommern, Schlesien, Ostpreußen, Ostbrandenburg. Wir selbst in unseren eigenen Reihen haben die sudetendeutsche Frage erst dann begriffen, wenn wir erkennen, was uns Richard Reitzner 1956 in einer Rede vor der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft mahnend als wesentliches Ziel ins Stammbuch schrieb: Nämlich »die Objektivierung unseres Heimatanspruches zu einem gesamtdeutschen Anspruch!«

Mitteldeutschland kann nicht abgrundtief verrucht und bar jeder Rechtfertigung über Nacht, wie geschehen, Ostdeutschland genannt werden. Welch ein Verlust jeder geschichtlichen Wahrhaftigkeit und nationalen Identität. Und Ostdeutschland ist ebensowenig polnisch wie das Sudetenland tschechisch war und in Zukunft alleine sein und bleiben kann.

Die Geschichte hat uns einen Anspruch verliehen der unausrottbar sein wird. Noch ist das Sudetenland nicht verloren! Noch haben beide »Vertreiberländer« (Franz Neubauer) Zeit zu einem historischen Ausgleich und Kompromiß »im Interesse einer wirklich dauerhaften und tragfähigen Friedensordnung in Europa".

Wir rufen die herrschende politische Klasse auf, neue Wege zu beschreiten und mit dazu beizutragen, daß das Unrecht an den deutschen Heimatvertriebenen insgesamt wiedergutgemacht wird, und sie in ihre nahezu seit einem Jahrtausend angestammten deutschen Siedlungsgebiete, in denen sich unsere Väter und Vorväter jahrhundertelang »abgeschuftet und abgerackert haben« (Franz Neubauer), zurückkehren können und ihnen Wiedergutmachung im Rahmen des Möglichen, im Interesse eines dauerhaften europäischen Friedens, widerfährt. Dazu gibt es keine, aber auch absolut keine Alternative!

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann erklärte am 29. Januar 1983 vor der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Bayern: »Die Vertriebenen können gewiß sein, daß die neue Bundesregierung sich nachhaltig für ihre Belange einsetzen wird ... Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.«

Die deutsche Frage ist nicht gelöst

Aber – bitte schön! – was ist daraus beim »2+4-Vertrag« geworden? Wir sind immer noch zutiefst erkrankt an der »Lebenslüge unserer nationalen Selbstverleugnung. Den absoluten Tiefstpunkt unseres nationalen Elends haben wir Deutschen immer noch nicht verlassen.«

Durch die nationale Revolution in Mitteldeutschland, allein durch das Volk getragen und zum Sieg geführt, wurde die Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland (nicht Ostdeutschland!) herbeigeführt, jedoch die immer noch offene deutsche Frage insgesamt (!) eben nicht gelöst. Hierzu gehört zumindest auch ein historischer Ausgleich und Kompromiß in Bezug auf die den Deutschen seit nahezu einem Jahrtausend angestammten Heimatgebiete, Ostdeutschland und das Sudetenland.

»Die Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit der Deutschen in Sachsen und Brandenburg, in Thüringen und Mecklenburg, in Sachsen-Anhalt und Berlin waren die Motoren des Umsturzes. Dadurch allein wurde die Einheit Deutschlands von den Zungen weg und hin zu den Fakten gebracht – jenen Fakten, die man sich in Bonn weder vorgestellt noch angestrebt hatte, ja, die man nie ernstlich gewollt hatte.« (Hellmut Diwald).

Was bedeutet dies für die immer noch historisch, politisch und völkerrechtlich offene sudetendeutsche Frage? Nichts anderes, als daß dies uns ein ehernes Beispiel sein sollte, auch weiterhin und verstärkt sich als Sudetendeutsche für unser unverzichtbares Recht auf Wiedergutmachung und Rückkehr mit allem Nachdruck einzusetzen bis unser Ringen erfolgreich sein wird. Komme, was da wolle.

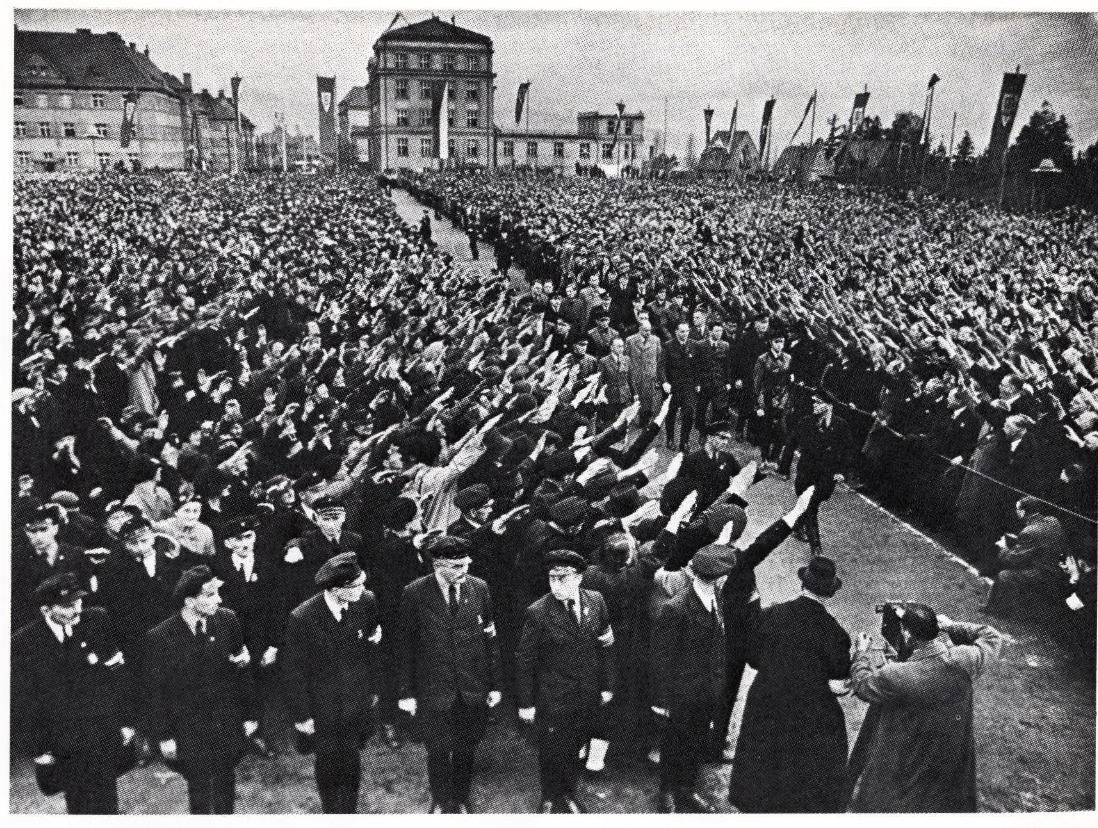
Wir sind es, die der sudetendeutschen Frage eine Zukunft geben werden! Unsere Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit als Sudetendeutsche, in der Gebietsgliederung und in der Heimatgliederung, sollten wir niemals aufgeben. Uns sollte nichts beugen, selbst die aus blankem Opportunismus und völliger Unbedarftheit heraufbeschworene Verfestigung des Unrechts durch heimatpolitische Irrwege in den eigenen Reihen werden wir überwinden. Jawohl, »Mäßigung besiegt den Erdkreis«. Aber eine Mäßigung der Vernunft und nicht eine Mäßigung aus der Einfalt und dem blanken Opportunismus heraus! Weder Bonn noch Prag sollte uns je zu beugen vermögen.

Bereit zu einem historischen Ausgleich und Kompromiß

Die Ostdeutschen werden sich auch von Warschau nicht beugen lassen Wir können uns durch einen Totalverzicht nur selbst bezwingen. Opportunismus, historische und politische Analphabeten in den eigenen Reihen, die etwa von »einem über sieben Jahrzehnte verweigerten Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen« reden und somit 1938 nicht als die Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes ohne Wenn und Aber sehen, sind die Totengräber der sudetendeutschen Selbstbewahrung und Selbstbehauptung. Sie konnten sich auch

Deutschland

Die sudetendeutsche Frage bleibt offen



im übrigen nie auf die überwältigende Mehrheit der Basis unserer Volksgruppe berufen. Wer die historische Wahrheit verleugnet, fügt unsererer Volksgruppe einen unermeßlichen Schaden zu und macht sich einer unsäglichen Verzerrung und Geschichtsklitterung schuldig.
Sprechen wir von der sudetendeutschen Selbstbewahrung und Selbstbehauptung, so können wir niemals auch von unseren territorialen, historisch gewachsenen Ansprüchen schweigen. Aber hier sollten wir zu einem historischen Ausgleich und Kompromiß bereit sein können. Aber niemals zu einem Totalverzicht.

Überwindung der Umerziehung

Wir Sudetendeutsche haben natürlich auch Fehler in der Heimatpolitik begangen, die wir wieder revidieren müßten. Auch ist es eine Unmöglichkeit uns selbst zurückzustufen und zurückstufen zu lassen auf den Status eines reinen »Kultur- und Trachtenvereins«. Unsere Jugend muß in Zukunft zu einem noch größeren heimatpolitischen Bewußtsein und Kampfeswillen erzogen werden. Die Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) gibt klar unseren Auftrag bekannt, von dem wir keinen Millimeter abweichen werden! Nämlich »den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchsetzen«.
Von Immanuel Kant stammt der Ausspruch: »Wer sich zum Wurm macht, darf sich nachher nicht wundern, wenn er getreten wird.« Wir sollten jetzt endlich die Phase der Umerziehung und Selbstverleugnung überwinden und unsere gerechtfertigten und naturrechtlichen Interessen vertreten. Auch und gerade als Sudetendeutsche. Kein Volk und auch keine Volksgruppe vermag ohne nationale Würde und nationale Identität, ohne den Willen zur Selbstbehauptung, ohne Bekenntnis zu seiner Geschichte zu überdauern.

Tausende von Deutschen haben sich nach der Münchner Konferenz 1938 zu einer nationalsozialistischen Kundgebung im Sudetenland eingefunden.

Jeder Totalverzicht ist längerfristig gesehen eine Gefährdung und eine Verhinderung einer wirklich dauerhaften und tragfähigen Friedens- und Freiheitsordnung in Europa. □



Standort Deutschland

Das Urteil des Auslandes

Die intensiven Engagements von Unternehmen in Projekte jenseits der Grenzen des eigenen Landes haben sich seit Mitte der achtziger Jahre weltweit beträchtlich verstärkt. Auch die deutschen Firmen sind kräftig mit von der Partie, sie wollen im Ausland die Absatzchancen für die eigenen Produkte sichern. In starkem Kontrast dazu zieht die Bundesrepublik aber kaum mehr Auslandskapital an als früher. Deutschlands Standort-Vorteile können die Standort-Nachteile offenbar nicht ausgleichen.

Kapital ist seit 1985 zum Faktor der internationalen Arbeitsteilung mit der weitaus stärksten Dynamik geworden. So expandiert der weltweite Export von Produktivkapital mit jahresdurchschnittlich 32 Prozent zweieinhalbmal so rasch wie die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen.

Kein Magnet für Auslandskapital

Hintergrund: Im Zuge der wachsenden internationalen Orientierung planen und handeln die Unternehmen zunehmend in weltweiten Kategorien. Das gilt in besonderem Maß für Europa, nachdem 1986 der Startschuß für den Gemeinsamen Binnenmarkt gegeben worden ist. Technischer Fortschritt, Know-how und Produktivität werden international mobil.

Die deutschen Auslandsinvestoren haben an der wachsenden internationalen Arbeitsteilung über die Kapitalschiene in großem Umfang partizipiert:

Im Zeitraum 1986/91 floß deutsches Produktivkapital in Höhe von 129 Milliarden DM ins Ausland – in der ersten Hälfte der achtziger Jahre waren es lediglich knapp 59 Milliarden DM.

Dieses wachsende investive Auslandsengagement paßt zur großen Bedeutung der Bundesrepublik als Exportnation. Denn ein erheblicher Teil der Auslandsinvestitionen hat den Zweck, die Absatzmärkte deutscher Exporteure zu pflegen, zu sichern und auszuweiten. Deutsche Investitionen im Ausland sind deshalb nicht in jedem Einzelfall als Votum gegen den Standort Bundesrepublik zu verstehen.

Die verschlechterte Standortqualität

Umgekehrt ist die Bundesrepublik nach Beendigung des Ost-West-Konflikts zwar ein noch interessanterer Absatzmarkt geworden, doch ist sie bisher alles andere als ein Magnet für investives Auslandskapital:

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als die Auslandsaktivitäten der Investoren weltweit rapide ausgeweitet wurden, floß in die Bundesrepublik nicht mehr Kapital als in den fünf Jahren zuvor – nur gut 20 Milliarden DM.

Das Defizit der deutschen Direktinvestitions-Bilanz erhöhte sich damit von rund 38 Milliarden DM (1980/85) auf 109 Milliarden DM (1986/91). Das ist ein deutlicher Hinweis auf die verschlechterte Standortqualität der Bundesrepublik. Dagegen haben andere europäische Länder in der Gunst der Auslandsinvestoren zugelegt. Im Zeitraum 1986/91 gingen nach der Abgrenzung der Zahlungsbilanz-Statistik:

Nach Großbritannien 122 Milliarden Dollar, nach Spanien 48 Milliarden, nach Frankreich 44 Milliarden, in die Niederlande 27 Milliarden, nach Belgien/Luxemburg 23 Milliarden Dollar. In die Bundesrepublik aber lediglich knapp 16 Milliarden Dollar.

Ausländer, die gleichwohl in der Bundesrepublik investierten, entschlossen sich zu diesem Schritt vor allem, um hier ihre Marktchancen zu wahren. Das zeigt eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln unter den in Deutschland tätigen Auslandstöchtern: Über die Hälfte der Engagements ausländischer Investoren dient dem Vertrieb von Erzeugnissen der Mutter oder Marketing-, Service- oder Logistikaufgaben.

Hohe Arbeitskosten und Steuerbelastung

Markt- und absatzrorientierte Motive belegen die Plätze eins bis fünf einer Rangskala, in der 19 Gründe für Investitionen in der Bundesrepublik aufgelistet wurden.

Erst die zweitwichtigste Gruppe (Rang 6 bis 11) beschreibt produktionsbezogene Merkmale.

Die ausländischen Investoren bewerten diese Standortvorteile mit 1,6 – das ist aber nur die Hälfte des Maximalwertes. Die restlichen Motive sind von untergeordneter Bedeutung.

Die Stärken des Produktionsstandorts Westdeutschlands liegen insbesondere auf fünf Gebieten:

In der hervorragenden Qualifikation der Arbeitnehmer, in der im internationalen Vergleich hohen Produktivität, in der sehr guten Infrastrukturausstattung, in der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Gemeinschaft und im guten Sozialklima.

Diesen Stärken stehen allerdings nach der IW-Umfrage gravierende Schwachstellen gegenüber.

Die Auslandstöchter führen vor allem diese Negativ-Faktoren an:

Hohe Arbeitskosten und Steuerbelastung (jeweils 132 der auswertbaren 156 Antworten), schwere sozialpolitische Lasten (82), wobei die kurzen Arbeitszeiten wesentlich zu Buche schlagen, und strenge Umweltauflagen (65).

Die IW-Umfrage wollte über die Bewertung des Standorts Westdeutschlands hinaus auch erfahren, wie die in Westdeutschland ansässigen Auslandstöcher die Investitionschancen in den neuen Bundesländern einschätzen. Wichtigstes Ergebnis:

Rund 44 Prozent der Befragten bewerten die mitteldeutsche Standortqualität als negativ – 34 Prozent als positiv.

Die Brückenkopf-Position für den Osthandel

Hauptsächliche Belastungsfaktoren sind – wie in Westdeutschland auch – hohe Arbeitskosten, überdies aber auch noch eine niedrige Produktivität. Mit deutlichem Abstand folgen in der Negativ-Liste Infrastrukturmängel, Unsicherheit in Rechts- und Eigentumsfragen sowie hohe Umweltlasten.

Immerhin: Von den in Westdeutschland ansässigen ausländischen Unternehmen haben inzwischen 32 Prozent auch in Mitteldeutschland investiert; weitere 21 Prozent planen dort entsprechende Engagements.

Dabei waren bisher amerikanische, schweizerische, britische und japanische Firmen besonders stark vertreten.
Auf der Habenseite der neuen Bundesländer stehen die Brückenkopf-Position für den Osthandel, langfristig gute Marktchancen und die qualifizierten Arbeitskräfte.
Insgesamt geben die vom IW befragten in den alten Bundesländern ansässigen ausländischen Unternehmen noch vergleichsweise gute Noten:

60 Prozent der Befragten betonen die große Bedeutung der deutschen Tochter für die ausländische Mutter. Fast 70 Prozent wollen hinfort am Standort Deutschland gleich viel oder mehr investieren als früher.

Der vermeintliche Widerspruch bei der Bewertung von Pro und Kontra des Standorts Deutschland ist leicht aufzulösen: Die Umfrage erfaßte nur Unternehmen, deren Standortentscheidung bereits gefallen ist.

Sie haben sich inzwischen den hierzulande vorherrschenden Bedingungen angepaßt, empfinden somit die Schwächen weniger drückend als jene Investoren, die erst vor der Entscheidung stehen, ob sie nun in Deutschland investieren sollen oder nicht. □

Banker-Journal

Jelzin fördert neues Erdgas-Projekt

Boris Jelzin hat einen Erlaß unterzeichnet, mit dem ein Entwicklungsprogramm für ein drei Billionen Kubikmeter großes Erdgas-Projekt in der Barentssee einem Konsortium russischer Firmen zugesprochen wird, die eng mit dem rüstungsindustriellen Komplex verbunden sind und somit ein ausländisches Konsortium verdrängen, das bereits an dem Projekt gearbeitet hat.

Die Entscheidung »spiegelt eine wachsende Enttäuschung über westliche Hilfe« und »wachsende Verbitterung gegen westliche Investoren wider, die raubgierig russische Rohmaterialien benutzen, ohne zur Wirtschaft beizutragen«, kommentierte das »Wall Street Journal-Europa«. »Die Entscheidung stellt möglicherweise einen Präzedenzfall für internationale Konkurrenz bei der Entwicklung der natürlichen Hilfsmittel in Rußland, darunter das riesige Kupfer-Projekt Udokan, dar. Rio Tinto Zinc Corp. aus Großbritannien und Broken Hill Proprietary Co. aus Australien stehen mit einem russischen Konsortium für dieses Projekt im Wettbewerb.

Jelzins Erlaß wirft eine 1989 von der sowjetischen Regierung mit Conoco Inc, der in Oslo ansässigen Energie- und Mineralienfirma Norsk Hydro AS und dem finnischen Barents-Konzern unterzeichnete Vereinbarung über den Haufen. Aus informierten Kreisen verlautet, daß das Abkommen in den letzten Monaten starke Rückendeckung des inzwischen abgewählten Ministerpräsidenten Jegor Gaidar bekommen habe. Ein Offizieller der Norsk Hydro bezeichnete Jelzins Erlaß als »Rückschlag«.

Das russische Konsortium, Rosshelf, »hatte die bedeutende politische Rückendeckung des Militärs, daß darüber besorgt war, ausländische Bauleute und eine ausländische Tiefbaufirma in einem Gebiet tätig werden zu lassen, wo Atom-U-Boote regelmäßig militärische Übungen durchführen«, berichtete die Zeitung. Der Vorstandsvorsitzende von Rosshelf, Jewgenij Welikhow, erklärte nach einer Zusammenkunft mit Jelzin: »Der erste Grundsatz ist, der russischen Industrie neue Arbeitsplätze zu beschaffen und ihre Entwicklung zu fördern.« Rosshelf hofft, auf Grund des Zuspruchs zu diesem Vertrag 250000 neue Arbeitsplätze schaffen und Aufträge in der Größenordnung von 2,5 Milliarden Dollar für Rußland hereinholen zu können. □

Taiwan blockiert Investitionen in China

Taiwan verstärkt seine sorgfältige Auswahl von Bedarfsfällen für Auslandsinvestitionen und Ausschreibungen für Verträge zur Verbesserung der Infrastruktur, um Projekte von Firmen mit großen Aktienpaketen auf dem Festland Rotchina zu blockieren, teilen Regierungsbeamte mit.

»Wir sieben unsere Bedarfsfälle für Auslandsinvestitionen sorgfältig durch, um zu verhindern, daß Kapital des kommunistischen Chinas durchsickert«, sagte Chen Ming-pang, Generalsekretär des Regierungs-Ausschusses für Investitionen.

Er sagte, ausländische Firmen sollen angewiesen werden, vorhandene Geldanlagen in Taiwan zurückzuziehen, wenn festgestellt wird, daß sie große rotchinesische Anteile besitzen. Firmen mit bedeutenden Investitionen in Rotchina werden auch von der Ausschreibung für Verträge unter Taiwans Sechs-Jahres-Plan zur Wirtschaftsentwicklung in Höhe von 300 Milliarden Dollar ausgeschlossen, sagten Beamte aus dem Wirtschaftsministerium.

Taiwanische Investitionen in China, die Taipei erlaubt, schossen in den ersten sechs Monaten 1992 auf 1,3 Milliarden Dollar empor, teilte das Generaldirektorium für Staatshaushalt, Rechnungswesen und Statistik des Kabinetts in einem Bericht mit. Die Gesamtsumme der Investitionen Taiwans in China stiegen dadurch auf schätzungsweise 4,2 Milliarden Dollar. □

IWF legt Algerien Einfuhrbeschränkungen auf

Die algerische Regierung hat neue Einfuhrbeschränkungen in die Tat umgesetzt, die dem Land 570 Millionen Dollar einsparen werden, berichtete ein Minister der Regierung. »Mit den neuen Importbeschränkungen glauben wir, Devisen von umgerechnet 12 Milliarden Dinar einsparen zu können«, sagte der jugendlich wirkende Handelsminister Tahar Hamdi zur regierungseigenen Nachrichtenagentur APS.

Die Regierung von Ministerpräsident Belaid Abdesselam hob alle Einfuhren von 41 Klassen Verbrauchsgütern als Teil der Maßnahmen zur Einsparung der knappen Devisen, die zur Bedienung der Auslandsschulden von 25 Milliarden Dollar, ein Großteil davon kurzfristig fällig, benötigt werden, vorläufig auf.

Zu den suspendierten Einfuhrprodukten zählen Fleisch, Obst, Fisch und Schokolade. Andere lebenswichtige Einfuhrgüter, wie Getreide, Zucker, Mehl, Tee und Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen, unterliegen bestimmten Quoten. Wie Ägypten führt Algerien über die Hälfte seines Bedarfs an Protein ein. □

Taiwan öffnet ausländischen Börsenmaklern seinen Markt

Taiwan wird seinen Börsenmarkt für Investitionen durch ausländische Börsenmakler öffnen, um seiner stagnierenden Börse aus der Bredouille zu helfen, teilte die taiwanesische Securities and Exchange Commission (SEC) mit. Ausländische Börsenmakler mit Eigenkapital-Vermögenswerten in der Gesamthöhe von mindestens 300 Millionen Dollar werden dadurch angesprochen.

Taiwan öffnete Anfang letzten Jahres den Markt für Investitionen durch ausländische Banken, Versicherungsgesellschaften und Finanzierungsfirmen. 33 Institutionen in Übersee erhielten die Genehmigung, Anlagegelder in der Größenordnung von 1,44 Milliarden Dollar einzubringen.

Die SEC teilte mit, Taiwan werde auch die Beschränkungen für ausländische Banken lockern und die größten 1000 anstatt nur die größten 500 zulassen, und die Anhebung seiner Höchstgrenze von 2,5 Milliarden Dollar für ausländische Investitionen in den Markt in Erwägung ziehen.

Peking war schnell damit bei der Hand, Taiwan ein quid pro quo zur Entregulierung auf dem Finanzsektor anzubieten. China genehmigte die Zulassung einer in Taiwan investierenden Firma auf dem Börsenmarkt von Schanghai, teilte ein Offizieller der britischen Firma Jardine Fleming Securities Taiwan, die die Zulassung arrangiert, mit. Das taiwanesische und chinesische Gemeinschaftsunternehmen, eine Getreidemühle in Schanghai, wird die erste Firma mit einer taiwanesischen Eigentumsmehrheit sein, die in Schanghai zugelassen ist, berichtete die Zeitung »Commercial Times«. Taiwanesische Investitionen in China sind seit Ende der sechziger Jahre auf über vier Milliarden Dollar in die Höhe geschnellt. □

Venezolanischer Banker verurteilt US-Politik

Der Bankier Luis Vallenilla, Leiter des Finanzkonzerns Cavendes und neu gewählter Leiter des Lateinamerikanischen Rates der Geschäftsleute, wetterte, daß die Vereinigten Staaten moralisch nicht dazu berechtigt seien, Deutschland zu beschuldigen, für die Geldkrise Großbritanniens, Spaniens und Italiens verantwortlich zu sein, da die Vereinigten Staaten einseitig die Schuldenkrise Lateinamerikas herbei-

geführt haben, berichtete die Zeitung »El Universal«.

Vallenilla sagte, diese Politik habe gegen Ende der Carter-Regierung begonnen, als die Federal Reserve Bank die Zinsen auf 20 Prozent in die Höhe trieb. Dies habe in der Region zu einer Katastrophe geführt und massive Geldentwertungen verursacht, »wodurch die Auslandsschulden-Bombe ausgelöst und das sogenannte verlorene Jahrzehnt herbeigeführt wurde«, klagte er an.

Vallenilla, der einer politischen Fraktion angehört, die zu dem venezolanischen Präsidenten Carlos Andrés Pérez in Opposition steht, meinte, es sei leider so, daß niemand unter den lateinamerikanischen Offiziellen, die der kürzlichen Sitzung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beiwohnten, zu dieser furchtbaren Episode der jüngsten Geschichte Lateinamerikas und der damit verbundenen sozialen Tragödie Stellung genommen hat. □

China versucht MiGs mit russischen Arbeitskräften zu bauen

China verhandelt derzeit über eine Vereinbarung zur Ko-Produktion von MiG-31-Jägern mit einer Belegschaft von 1500 russischen Arbeitern, die eine veraltete chinesische Anlage in Südchina wiederaufbauen sollen, berichtete die Zeitung »Aviation Week«. Einige der Flugzeuge, die in dieser in der Provinz Guizhou gelegenen Fabrik gemeinsam gebaut werden sollen, gehen nach Rußland. Der Plan ist Teil der Gesamtbemühungen Chinas zur Modernisierung seiner Armee.

Außerdem wird China versuchen, Transportmaschinen vom Typ IL-76, Boden-Luft-Raketen und einen neuen in der Luft abzufeuernden Marschflugkörper zu erwerben. Rußland hat seine S-300 SAM-Rakete an China verkauft. Die betreffende Raketentechnologie ist hauptsächlich zur Flugabwehr bestimmt. Die Abmen beinhalten keine ballistischen Raketen, obwohl »Aviation Week« berichtete, daß China versuche, eine konventionell bestückte ballistische Mittelstreckenrakete zu entwickeln. □

Sachs für Krise in Rußland verantwortlich

Der »Schocktherapie«-Reformplan des Harvard-Professors Jeffrey Sachs sei »eine Fiktion«, die »schlecht für Rußland« war, die »nicht funktioniert« und die »die Demokratie in Rußland in Verruf bringt«, sagte Stephen Cohen, Professor für russische Studien an der Princeton University, der für seine Schriften über Bucharin bekannt ist.

Sachs hatte den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft den »reaktionären Kräften« im »rüstungsindustriellen Komplex« angelastet, die seit Mai-Juni 1992 gewaltigen Mengen von Papiergeld gedruckt hätten, um den Staatssektor in Gang zu halten und dadurch eine anfängliche Hyperinflation verursachten. »Das Problem sind nicht die russischen Reaktionäre«, konterte Cohen, »das Problem ist die Schocktherapie ... Das Problem ist das Sachs-Programm«, das eine Fiktion ist, die mit »dem Land, das ich dreißig Jahre lang studiert habe, unvereinbar ist«.

Rußland muß seinen Weg selbst finden, es ist nicht der »amerikanische Weg«, sagte Cohen. Er hob hervor, daß »90 Prozent der russischen Wirtschaft vom Staatssektor abhängen«, der Babynahrung, Schulbücher, Zahnbürsten, Kunststoffe und zahlreiche andere Verbrauchsgüter herstellt, und nicht nur die von Sachs erwähnten Raketen, Flugzeuge und Metalle. Die Schocktherapie »zerstört die industrielle Infrastruktur« Rußlands, die Haupterrungenschaft des Landes im 20. Jahrhundert. Das Sachs-Programm läuft darauf hinaus, »diese im Namen des Gelddogmas des IWF, oder im Namen dessen wie die Dinge in Amerika sind, was unglaublich überheblich ist, zu zerstören«.

Cohen empfahl, daß russische Wirtschaftswissenschaftlern, »die ebensoviel vom Markt verstehen wie Sachs«, eine größere Rolle zugeteilt wird. Auf Sachs' »100 Jahre Erfahrung mit der Geldpolitik« setzte Cohen »1000 Jahre russische Geschichte«, was ein anderes Vorbild voraussetzte. □

Neue Wirtschaftsgruppe in Zentralasien

Fünf ehemalige sowjetische Republiken – Turkmenistan, Kirgistan, Tajikistan, Usbekistan und Aserbaidschan – und Afghanistan traten der Economic Cooperation Organization (ECO) von Iran, Pakistan und Türkei bei, berichtete Reuters. Die erweiterte regionale Gruppierung umfaßt 600 Millionen Quadratkilometer und rund 300 Millionen Menschen.

Das ölreiche Kasakstan, der größte der zentralasiatischen Staaten, hat sich für den Beobachter-Status entschieden, während es versucht, in die Europäische Gemeinschaft einzutreten, äußerte der Staatsminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Sardar Asif Ahmad Ali.

Ali sagte voraus, daß die Eingliederung der zentralasiatischen Staaten in die sich nur langsam bewegende Gruppierung, diese innerhalb von fünf bis zehn Jahren in eine gewaltige Macht verwandeln werde. »Sie, die zentralasiatischen Länder, werden uns zwingen«, sagte er. »Sie fühlen, daß sie jahrzehntelang in ihrer Entwicklung gehemmt wurden und wollen so schnell wie möglich gegenüber der übrigen Welt aufholen ... Dies wird eine Verbindung zwischen Europa und dem Osten und dem Süden im Herzen Eurasias sein.«

Zwischen den Gründungsmitgliederstaaten der ECO, die mehr und mehr als Konkurrenten denn als gemeinsam Handelnde aufgetreten sind, bestehen Differenzen darüber, wie die Probleme angepackt werden sollten. Aber Ali verwarf diese Befürchtungen und meinte, alle drei bieten deutliche Vorteile, die den Block eher stärken als spalten oder schwächen werden. □

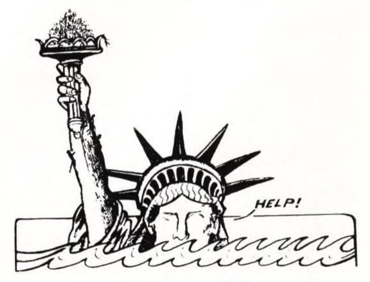
Japan nimmt Hilfeleistungen an den Iran wieder auf

Japan wird seine nunmehr 17 Jahre dauernde Einstellung der Wirtschaftshilfe an den Iran bald beenden und rund 30 Milliarden Yen (243 Millionen Dollar) an Darlehen bereitstellen, berichtete die Zeitung »Nihon Keizai«. Die Darlehen sollen dazu beitragen, ein hydroelektrisches Kraftwerk am Karun im westlichen Iran zu finanzieren, schrieb das Blatt. Das private japanische Institut für Nahost-Wirtschaft setzte die Gesamtkosten der Anlage mit einer Milliarde Dollar an.

Beamte des japanischen Außenministeriums waren jedoch mit Stellungnahmen zu dem Bericht sehr zurückhaltend. »Wir werden die Hilfsleistungen an den Iran im Laufe der Zeit wieder aufnehmen, weil eine weitere Verzögerung den bilateralen Bindungen schaden könnte«, sagte ein Beamter. »Aber Japan muß den Trend der Rüstungsausgaben des Iran sorgfältig im Auge behalten. Die Tatsache, daß die Völkergemeinschaft über Berichte, wonach der Iran in großen Mengen Waffen einkauft, besorgt ist, verlangsamt unsere Verfahren zur Hilfsleistung«.

Japan entschloß sich dazu, die Hilfsleistungen wieder aufzunehmen, weil der Iran ein Haupt-Ölproduzent ist, sowie wegen dessen Einflusses im Nahen Osten und auf asiatische Republiken der ehemaligen Sowjetunion, schrieb die »Nihon Keizai«.

Japan leistet seit 1975 wegen eines Streits über ein petrochemisches Joint-Venture und wegen des Iran-Irak-Krieges keine Finanzhilfe für Industrieprojekte mehr an den Iran. □



Europäische Gemeinschaft

Großangriff auf Deutschland durch Maastricht-Verträge

Alfred König

Die Maastricht-Verträge stellen nicht nur einen Großangriff auf die Souveränität der Nationalstaaten dar, sondern richten sich in erster Linie gegen Deutschland. Durch sie soll eine der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt bei weitestgehendem Souveränitätsverlust zugunsten der Länder Südeuropas und vor allem Frankreichs an die Kette gelegt werden. Wenn das, was in den Verträgen drinsteht, verwirklicht wird, dann regiert hierzulande nicht mehr eine deutsche Regierung, sondern Brüssel. Die zweite Konsequenz ist, daß es den Deutschen immer schlechter und den oben erwähnten Ländern immer besser gehen wird.

Das besonders traurige an der ganzen Geschichte ist, daß selbst die meisten Politiker gar nicht wissen, was alles in den Maastrichter Verträgen steht und was für Konsequenzen diese auf die deutsche Wirtschaft, ja auf die deutsche Politik ganz allgemein haben würden.

Die Fallstricke des Vertragswerkes

Es ist dem Schweizer Professor Peter Bohley, Ordinarius an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich und Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts zu verdanken, daß jetzt erstmals in dieser Klarheit aufgezeigt wurde, welche Fallstricke in diesem Vertragswerk vorhanden sind. Ironischerweise wurde sein Artikel »Europäische Einheit, föderatives Prinzip und Währungsunion: Wurde in Maastricht der richtige Weg beschritten?« in einer Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« veröffentlicht.
Zu Beginn seines Artikels weist Bohley darauf hin, daß Europa, wenn schon, dann aber föderalistisch strukturiert sein muß. Dabei müßten dann zwei gegenläufige Tendenzen ins Gleichgewicht gebracht werden: So müsse den Problemen der Gegenwart Rechnung getragen werden, dennoch dürfe das Gesamtmaß an Zuständigkeiten nicht das Niveau eines zentralistischen Staates erreichen. Dieses mache alleine schon die Größe der EG notwendig.

Ein Käfig für Deutschland?

Bohley weist darauf hin, daß »mit der deutschen Wiedervereinigung vor allem von der französischen Diplomatie eine Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses als dringlich empfunden (wurde). Wie schon beim Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die ironischerweie 1954 am Veto des französischen Parlaments scheiterte, erstrebte sie eine unter maßgebendem französischem Einfluß bleibende Kontrolle des nun größer gewordenen Deutschland. Nur der Akzent wurde 1992 gegenüber den fünfziger Jahren verlagert: Anstatt über die Armee sollte Deutschland nun wirtschaftlich ›eingebunden‹ werden. Dies sollte so fest und unwiderruflich geschehen, daß es den französischen Politologen Alfred Grosser die Frage aufwerfen ließ, ob Frankreich aus der Gemeinschaft eine Art Käfig für Deutschland machen wolle ...

Objektiv gesehen ist die Furcht der europäischen Partner vor einem deutschen ›Koloß‹ mit einem expansiven nationalen Selbstbewußtsein und daraus folgender Machtpolitik also vollkommen unbegründet. Eher im Gegenteil muß Deutschland nach seiner wiedererlangten Einheit geradezu gedrängt werden, wieder eine größere Rolle in der Welt zu spielen und mehr Verantwortung zu übernehmen.

Es ist auch angesichts seiner schrumpfenden Bevölkerung – nicht zu sprechen von ihrer besonders starken Überalterung – kein Koloß mehr. Die grausamen Folgen eines übersteigerten Nationalismus im Dritten Reich haben ihre tiefen Spuren in der kollektiven Psyche hinterlassen. Wenn überhaupt, ist es ein Koloß auf tönernen Füßen, vollauf mit seiner Selbstfindung beschäftigt und voller Angst, seine Identität zu verlieren, wie dies eine demoskopische Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach ermittelt hat.«

Einige höchst bedenkliche Perspektiven

Einer der wichtigsten Pfeiler der Maastrichter Verträge ist das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, das heißt, etwas vereinfacht gesagt, daß die reichen Länder den armen helfen.

Bohley führt hierzu aus: »Geradezu zum Gegenteil des vermeintlich Gewollten kann die Bezugnahme auf das Subsidiaritätsprinzip führen, wenn sie wie in Art. 3b, Abs. 2 des EG-Vertrages formuliert ist. Dieser lautet: ›In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.‹ Der Verfassungsrechtler Dieter Grimm urteilt: ›Der Kernbegriff von Maastricht ist eine Leerformel.‹

Es führt dann zur Verlagerung von Kompetenzen vom Schwachen, der Hilfe Bedürftigen, zum Starken, die Hilfen (Subsidien) Austeilenden. Im Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip in seiner geläufigen Interpretation als Kompetenzbegrenzungsprinzip ›nach oben‹ weitet denn auch der EG-Vertrag in seinem Artikel 3 und in den 53 (!) Artikeln 117 bis 130y die Kompetenzen der Europäischen Union auf Bereiche aus, die nach föderalistischem Verständnis im Zuständigkeitsbereich der Einzelstaaten beziehungsweise der Kommunal- und Länderebene dieser Einzelstaaten verbleiben müßten – wie zum Beispiel das Erziehungswesen, das ›Kulturleben in den Mitgliedstaaten‹, die Berufsausbildung, das Gesundheitswesen, der Verbraucherschutz, die Entwicklung der Regionen usw. Zudem gibt es noch als Generalklausel den Artikel 235 des EG-Vertrags, der es den Organen der europäischen Zentralebene (Rat, Kommission und Europäisches Parlament) erlaubt, sich nach eigenem Gutdünken auch solche Befugnisse anzueignen, die ›in diesem Vertrag ... nicht vorgesehen‹ sind.«

Bohley weiter: »Der Maastrichter Vertrag enthält als Rankenwerk um seinen eigenen Kern, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), eine Reihe von auf den ersten Blick deklamatorisch-unverbindlich erscheinenden Aussagen. Auf unauffällige Weise eröffnet ›Maastricht‹ dadurch einige vom föderativen beziehungsweise föderalistischen Standpunkt aus höchst bedenkliche Perspektiven.

Eingriffe bis in die Regionalpolitik

Durch den Vertragsentwurf von Maastricht droht eine Entwicklung sanktioniert und verstärkt zu werden, die sich ungefähr wie folgt beschreiben läßt: Es werden einerseits der europäischen Ebene wesentliche Kompetenzen – zum Beispiel im Bereich der Außenpolitik oder der Sicherheit – vorenthalten, weil dies ei-

ner Preisgabe substantieller nationaler Kompetenzen gleichkäme.

Andererseits werden der zentralen Europaebene Aufgaben übertragen, die in Bundesstaaten in die Zuständigkeitsbereiche unterer Staatsebenen gehören; diese Kompetenzübertragung bedeutet für Einheitsstaaten allerdings eine weit weniger spektakuläre Souveränitätspreisgabe, als dies für Deutschland der Fall ist.

So sieht der Vertrag vor, die auch heute noch viel zu weit gehenden Europa-Kompetenzen auf den Gebieten der Raumordnung sowie der Struktur- und Regionalpolitik weiter auszubauen und überhaupt neue Kompetenzen auf Gebieten, die in Deutschland bisher zu Gemeinde- oder Länderaufgaben gehören, zu schaffen. Dadurch erhielten die schon unter (binnen-)föderalistischen Gesichtspunkten zu Recht viel kritisierten Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen mit ihrer Politikverflechtung von Bund und Ländern noch einen dritten (europäischen) Mitgestaltungsberechtigten und ›Mitverantwortlichen‹. Die eindeutige Fixierung der Verantwortlichkeiten ist jedoch nicht nur ein unverzichtbarer Bestandteil des Föderalismus, sondern der Demokratie schlechthin.«

Schon bisher hat die EG durch vielfältige Bestimmungen weitgehende Eingreifmöglichkeiten in staatliche Belange, von der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur bis hin zu der Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen und der Dorferneuerung. Dieses ist aber nach Angaben Bohleys gar nichts gegenüber dem, was durch die Maastrichter Verträge droht.

»Diese Entwicklung wird durch das Maastrichter Vertragswerk nicht gebremst, sondern im Gegenteil aufgrund der Zielsetzung der ›Kohäsion‹ und der Verbesserung der Wettbewerbschancen beschleunigt. ›Empfehlungen‹, Vorschriften, Prämien oder Subventionen aus ›Brüssel‹ lassen sich in nahezu jedem Bereich öffentlichen Handelns begründen, weil sich in irgendeiner Weise immer ein Bezug zur wirtschaftlichen Wettbewerbsgleichheit herstellen läßt.
›Eine Flut von regional- und kommunalrelevanten Richtlinien und Verordnungen ist inzwischen ergangen. Sie ist aber mit Sicherheit nur ein Tropfen gegenüber dem, was die kommenden Jahre erwarten lassen‹, meinte dann auch Oberkreisdirektor Heinrich A. Hoffschulte. In Maastricht wurden die in vielen Jahrzehnten errungenen Erkenntnisse der Finanz-, Rechts- und Politikwissenschaft sowie der Jurisdiktion auf dem Gebiet der föderalistischen Kompetenzverteilung und Entscheidungsstruktur ignoriert und bewährte bundesstaatliche Grundsätze und Regelungen mit leichter Hand beiseite geschoben. Speziell unter dem Titel der Struktur- und Regionalpolitik kann eine Vielzahl originärer Aufgabenbereiche von Ländern und Gemeinden auf die europäische Zentralebene heraufgezogen werden.

Eigenverantwortlichkeit der Länder wird ausgehebelt

Der Natur der Sache entsprechend bedeutet diese Kompetenzverschiebung obendrein eine Übertragung in die Verantwortlichkeit der europäischen Bürokratie. Weder der Europäische Rat (der Staats- und Regierungschefs) noch der ihm nachgeordnete Ministerrat, noch gegebenenfalls das Europäische Parlament als Entscheidungsgremien konnten sich mit diesen Materien hinreichend beschäftigen, bei denen es auf genaue Orts- und Detailkenntnisse ankommt. Die Eigenverantwortlichkeit von Ländern und Gemeinden würde auf diese Weise Stück für Stück ausgehebelt werden. Damit einher gingen eine große Verschwendung beziehungsweise Fehlleitung ökonomischer Ressourcen und die Frustration der Bevölkerungen, die nicht die ihren lokalen und regionalen beziehungsweise länderspezifischen Präferenzen entsprechenden öffentlichen Leistungen erhielten.«

Gravierende Folgen in der Zukunft

Die in den Maastrichter Verträgen vorgesehene Struktur der EG ist dabei laut Bohley für die Bundesrepublik besonders negativ, »weil es Föderalismus und Gemeindeautonomie in vergleichbarer Form in anderen Ländern der EG nicht gibt ... Legt man naheliegenderweise innerhalb der EG überall gleiche Maßstäbe an, dann muß das ›Hinaufziehen‹ von wesensmäßig regionalen und lokalen Aufgaben auf die europäische Ebene zur Unverträglichkeit mit dem föderativen Staatsaufbau einschließlich der kommunalen Selbstverwaltung führen. Die schwerwiegenden Bedenken gegen ›Maastricht‹ richten sich also gegen die Umstülpung der deutschen Bundesstaatlichkeit und der kommunalen Selbstverwaltung.

Aus deutscher Sicht liegt hier die eigentliche Achillesferse des Vertragswerks, mehr noch als bei der meist im Vordergrund stehenden Währungsunion. Die Ingangsetzung dieser Umstülpung wäre zwar nicht so spektakulär wie die Abschaffung der nationalen Währung, doch wären die Folgen langfristig noch viel gravierender. Es ist für einen Beobachter mit Schweizer Perspektive sehr erstaunlich, daß über eine so grundlegende Frage in Deutschland keine leidenschaftliche öffentliche Debatte geführt wird.

Auch druch einen neuen Grundgesetzartikel 23, durch den dem Bundesrat in Angelegenheiten, die die Bundesländer betreffen, Mitwirkungsrechte in Fragen von Kompetenzübertragungen nach ›Brüssel‹ eingeräumt werden, könnte die Aushöhlung binnendeutscher föderalistischer Substanz kaum nachhaltig gebremst werden. Eine Verstärkung des ›Mitwirkungsföderalismus‹ ist in der Regel ein Reflex auf den Abbau von ›Substanzföderalismus‹. Die Mitwirkung des Bundesrats kann nur die deutsche Position im Europäischen Rat oder im Ministerrat beeinflussen. Dort wird jedoch in Angelegenheiten wie den hier diskutierten meistens mit der Mehrheit der Mitglieder beschlossen.«

Einwände gegen die Wirtschafts- und Währungsunion

Bohley kommt bei diesem Punkt zu dem Fazit: »Wenn nicht im Zuge einer tiefgreifenden Revision des Maastrichter Vertragswerkes die Kriterien der ökonomischen Föderalismustheorie maßgebend gemacht und nicht die staats- und verwaltungsrechtlichen Lehren aus den Erfahrungen bestehender Bundesstaaten gezogen werden, dann droht aus der umfassenden Übernahme öffentlicher Verwaltung, ›wie das etwa bei den Europäischen Gemeinschaften der Fall ist‹, den Bundelsändern und Gemeinden ›die Gefahr eines zunehmenden politischen Bedeutungsschwundes beziehungsweise langfristig der Mediatierung‹. Die Kompetenzen der deutschen Bundesländer und Gemeinden drohen ›systematisch ausgehöhlt zu werden‹. ›Maastricht‹ würde paradoxerweise Deutschland langsam in einen unitarischen Staat umwandeln und den Verlust an binnendeutschen Föderalismen auch keineswegs durch ein Mehr an Euro-Föderalismus (verstanden als föderatives Verhältnis der Nationalstaaten zur Europaebene) kompensieren.«

Starke Einwände hat Bohley auch gegen die geplante Wirtschafts- und Währungsunion. So werde der zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Binnenmarkt zeigen, daß ein freier und ungehinderter Austausch von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen auch ohne Einheitswährung und zentrale Geldpolitik möglich ist. Zudem sei auch in den Vereinigten Staaten erst 100 Jahre nach ihrer Gründung als Bundesstaat eine zentrale Geldpolitik definitiv etabliert worden. Bisher seien alle willkürlich geschaffenen Währungsunionen unter souveränen Staaten an zuviel Zentralismus gescheitert, so zum Beispiel die lateinische Münzunion von 1865 unter der Führung Frankreichs.

Zudem würde die »einheitliche Währung« in Wirklichkeit nicht einheitlich sein, sondern würde vielmehr ein Mehrklassenrecht schaffen. Nicht nur, daß man sich für die WWU erst einmal qualifizieren müsse, würden viele Staaten, vor allem Osteuropas, einfach außen vor gelassen. Gerade dies widerspreche aber der Idee eines vereinten Europas und dem Respekt für die staatliche Ebenbürtigkeit der Nationen. Dadurch würde aber mehr Trennendes als Gemeinsames geschaffen, das dann wiederum neue Gräben aufreiße.

Zudem stünde die Währungsunion vor dem Dilemma, entweder statutengemäß eine strikte Politik der Geldwertstabilität zu fahren oder aber gewissen als unverzichtbar angesehenen natio-

Europäische Gemeinschaft

Großangriff auf Deutschland durch Maastricht-Verträge

nalen Interessen den Vorrang zu geben. Dadurch sei aber keine wie für eine Währungsunion unbedingt notwendige Harmonie der Staaten untereinander gegeben.

Ein Untergraben nationaler Identitäten

Darüber hinaus würde eine statutengemäße Stabilitätspolitik mit der Zulassung von nur drei Prozent öffentlicher Neuverschuldung und 60 Prozent öffentlicher Gesamtschuld im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt »nach und nach die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik kräftig reduzieren. Die Autonomie nationaler Finanz- und Sozialpolitik würde auf ein Maß zurückgeschraubt, wie es die Gliedstaaten von Bundesstaaten – also beispielsweise die deutschen Bundesländer – heute haben. Erheblich voneinander abweichende Verteidigungsvorstellungen ließen sich in einem gemeinsamen Währungsgebiet kaum noch durchsetzen.

Das aber müßte die in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlichen geschichtlichen, geographischen und mentalitätsmäßigen Gegebenheiten verletzen und könnte auf die Dauer nur als ein Untergraben der nationalen Identitäten empfunden werden. Es darf insbesondere nicht übersehen werden, daß für Deutschland mit seiner zerrissenen nationalen Geschichte ein überdurchschnittlich ausgebauter Nationalstaat eine viel bedeutendere Rolle für den sozialen Frieden und die Identität spielt als für andere Länder. Schon für Otto von Bismarck war dies eine geläufige Erkenntnis; zwei (verlorene) Weltkriege mit traumatischen Inflationserfahrungen haben das Gewicht dieser Erkenntnis noch erheblich verstärkt ... Ein Euro-Zentralismus wäre die unausweichliche Folge, denn selbst große Regionen oder die deutschen Bundesländer könnten niemals die Verwaltungskraft von Nationalstaaten aufbringen.« Viel wahrscheinlicher ist deswegen nach Ansicht Bohleys eine Abkehr von strenger Stabilitätspolitik.

Folgen der Abschaffung der Deutschen Mark

Zudem hätte die Währungsunion noch einen weiteren sehr negativen Effekt, daß sie nämlich »massive Finanzausgleichsströme in noch ganz anderen Größenordnungen erforderlich machen würde, als es die deutsche Währungsunion erforderte, um soziale Folgen abzufedern. Das ›Delors-II‹-Paket einer 30prozentigen Erhöhung des EG-Budgets bedeutete erst den Anfang eines angesichts der Transparenz einer Einheitswährung später zwangsläufig rasch anwachsenden europäischen Finanzausgleichs. Dieser würde den wohlhabenderen Mitgliedern der EG noch mehr als bisher die Kosten für den Aufbau der Infrastrukturen in den schwächeren Volkswirtschaften der EG aufbürden und müßte die nicht mehr mit den Wechselkursanpassungen auszugleichenden ›Spannungskosten‹ unterschiedlich sich entwickelnder Volkswirtschaften zusätzlich übernehmen.
Der Finanzausgleich träte gewissermaßen an die Stelle des Marktes. Statt wegfallender Transaktionskosten entstünden ›Ausgleichskosten‹ bei den wohlhabenderen Volkswirtschaften. Die Währungskrise von Mitte September 1992 zeigte, welch gewaltigen Spannungen bei unterschiedlich sich entwickelnden Volkswirtschaften entstehen können. Der Finanzausgleich könnte leicht zu einer Überforderung eurföderalistischer Solidarbereitschaft sowie zu nationalen Spannungen führen und die Gefahr des Auseinanderbrechens einer europäischen Föderation noch verstärken.«

Darüber hinaus bedeute eine Preisgabe der nationalen Währungen »zugleich die Beseitigung von nicht hoch genug einzuschätzenden politisch-gesellschaftlichen Stabilitätsankern. Der psychologische Stellenwert speziell der deutschen Mark ist zwar weniger als bei anderen Währungen durch eine sehr lange Vertrautheit mit einem nationalen Symbol begründet. Doch das bei der Währungsunion von 1948 ausgegebene neue Geld ist auf das engste mit elementaren Erfahrungen der Befreiung aus Zwangswirtschaft und oft größter materieller Not verbunden.

Die neue Währung trat noch vor dem Grundgesetz in Kraft – zu einem Zeitpunkt also, als noch keine neuen Staatssymbole vorhanden und viele der alten diskreditiert waren. Das hat sich der kollektiven Erinnerung tief eingeprägt. Durch glückliche Umstände ist aus der D-Mark eine Institution geworden, die in hohem Maße der gesellschaftlichen Stabilität dient. Bereits heute zeigt die Ankündigung ihrer Beseitigung nicht zu übersehende Destabilisierungseffekte. Ihre Abschaffung wird – so ist zu befürchten – den Verdacht nähren, es werde nicht ein für die europäische Zukunft notwendiges Opfer verlangt, sondern es solle viel eher das Fundament des deutschen Wirtschaftserfolges geschwächt und damit zugleich das deutsche Selbstbewußtsein getroffen werden.

Eine auf Frankreich zugeschnittene EG

Auch die Ablehnung der meisten deutschen Wünsche mit Ausnahme des EZB-Status auf der Maastricht-Konferenz – Deutsch als eine neben Englisch und Französisch gleichberechtigten Amtssprache der EG, Anhebung der deutschen Abgeordnetenzahl im Europäischen Parlament wegen der gestiegenen Bevölkerungszahl des vereinten Deutschlands, Ausbau der Politischen Union mit mehr Rechten für das Europäische Parlament, Sitz der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, Bezugnahme auf den Föderalismus als Ausbauprinzip der EG – dürfte Befürchtungen dieser Art zusätzlich Auftrieb geben.«

Zusammenfassend kommt Bohley zu dem Schluß, »daß die in Maastricht festgeschriebenen Prinzipien mehr jenen Ideen verhaftet sind, deren Realisierung 1954 scheiterte, als daß sie den Herausforderungen infolge der Umwälzungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gewachsen sind. Eine wie bisher vorwiegend auf Frankreichs machtpolitische Interessen zugeschnittene EG und eine von zentralistischen, dirigistischen, technokratischen, bürokratischen und jakobinischen Anwandlungen heimgesuchte EG-Kommission entspricht nicht heutigen Notwendigkeiten. Mit ›Maastricht‹ wurde nicht nur ein unzeitgemäßer Weg nach ›Europa‹ beschritten, sondern auch ein Weg, der es Großbritannien immer schwerer macht, sich an ›Europa‹ zu beteiligen, und der vitale Kräfte fesselt statt neue Kräfte freizusetzen.« Auch könnte die »bisher gemäß Grundgesetz als unantastbar geltende deutsche Bundesstaatsordnung und die ebenfalls grundgesetzlich verankerte deutsche Gemeindeselbstverwaltung mittels des in Maastricht beschlossenen Instrumentariums Stück für Stück ihrer Substanz beraubt werden«.

Niemand ist wirklich verantwortlich

Ein weiterer Nachteil ist, daß, wie auch schon in der deutschen Demokratie, niemand wirklich verantwortlich wäre. »Weder der Europäische Rat als Ganzes noch die je nach Gegenstand der Beschlußfassung wechselnden Ministerräte, noch gar nicht die zentrale Verwaltung in Brüssel können von den Bürgern politisch zur Rechenschaft gezogen werden. Es entscheiden immer nur Mittelsleute.«
Bohley zieht folgendes Resumee: »Es haben schon viele die Frage aufgeworfen, warum die Regierenden angesichts der von ihnen immer wieder betonten großen Bedeutung des Maastrichter Vertragswerks so wenig zu dessen Erläuterung und Begründung vor ihren Bürgern beigetragen haben. Immerhin wurde in Maastricht die Gründung einer Europäischen Union beschlossen. Dieses Defizit besteht übrigens nicht nur in Deutschland, sondern es bestand und besteht auch in Frankreich und Großbritannien (so haben in Frankreich zwar 51,05 Prozent der Teilnehmer an dem Referendum für Maastricht gestimmt, allerdings überwogen in 13 der insgesamt 22 französischen Regionen die ablehnenden Stimmen; die Redaktion). Dies ist nicht nur kein guter demokratischer Stil. □

Osteuropa

Es herrscht Katerstimmung

Die Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa wächst. Drei Jahre nach Beginn der Wirtschaftsreformen sind rund fünf Millionen Polen, Bulgaren, Ungarn, Rumänen, Tschechen und Slowaken ohne Job. Früher durch das Recht auf Arbeit abgesichert, setzen die Menschen ihre Hoffnungen heute verstärkt auf die Arbeitsmarktpolitik – doch die Gelder sind so knapp, daß für aktive Maßnahmen kaum etwas übrigbleibt.

Fehlendes Privateigentum, staatlich festgelegte Preise und das Recht auf Arbeit hatten im Comecon nahezu jeden Wettbewerb verhindert. Die Folgen waren ein verschwenderischer Umgang mit dem Faktor Arbeit, chronische Produktivitätsschwächen durch fehlenden technischen Fortschritt und ein Maß an verdeckter Arbeitslosigkeit, das auf 25 bis 50 Prozent veranschlagt werden muß.

Die Schwäche der Produktion

Die Produktivitätsschwäche in Zahlen: Vielerorts kann heute jeder zweite Arbeitsplatz wegfallen – erst dann wären Beschäftigung und Produktion halbwegs im Gleichklang.

Doch damit nicht genug: Zu dem Freisetzungsdruck durch die mangelnde Produktivität gesellt sich die arbeitsplatzvernichtende Schwäche der Produktion.

Die Turbulenzen der Wirtschaftsreformen, die Öffnung der Weltmärkte und der Zusammenbruch alter Handelsbeziehungen drükken die gesamtwirtschaftliche Leistung: Das Bruttoinlandsprodukt der Reformstaaten Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien sowie den beiden Nachfolgestaaten der CSFR beträgt derzeit nur noch drei Viertel des Nivaus von 1989. Die Folgen des doppelten Drucks:

Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Juli 1992 insgesamt rund 4,6 Millionen. Inzwischen dürften es mehr als fünf Millionen sein.
Die Arbeitslosenquoten reichten 1992 von sechs Prozent in der ehemaligen CSFR bis zu rund 15 Prozent in Polen und Bulgarien. Noch vor zwei Jahren meldeten bis auf Polen (6,1 Prozent) alle Reformländer eine eins vor dem Komma ihrer Arbeitslosenquote.
Angesichts der Geschwindigkeit, mit der die Erwerbslosigkeit zunimmt, ist guter Rat teuer: In Mitteldeutschland, wo die Produktion noch tiefer und noch schneller eingebrochen ist als in den ehemaligen Bruderstaaten, wurden 1992 rund 43 Milliarden DM für die Stabilisierung des Arbeitsmarktes ausgegeben – das entspricht rund 20 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung.

Der Umbau der Arbeitsmärkte

Doch während die mitteldeutsche Misere durch das westdeutsche Transfer-Polster abgefedert wird, sind die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten auf sich allein gestellt.

1992 konnten diese Länder lediglich rund ein einziges Prozent ihrer gesamten Wirtschaftsleistung für die Unterstützung ihrer Arbeitslosen aufwenden.

Dieser Anteil wird mit Sicherheit nicht ausreichen, der steigenden Zahl von Arbeitslosen eine Perspektive zu bieten.

Die ohnehin bescheidene Hilfe durch die verschiedenen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wird zudem dadurch geschmälert, daß oft mehr als vier Fünftel der gesamten Arbeitsmarkt-Ausgaben allein für Arbeitslosengeld draufgehen – für aktive, arbeitsplatzschaffende Politik bleibt da kaum etwas übrig.

Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung sind in den Reformländern deshalb noch seltene Gäste. Um beim Umbau der Arbeitsmärkte nicht noch mehr wertvolle Zeit zu verlieren, müssen neue Akzente gesetzt werden:

Qualifizierung: Das Gebot der Stunde heißt: neue, marktgerechte Fertigkeiten. Die Umschulung sollte jedoch nicht in betriebsfremden Kursen laufen, sondern vor Ort: direkt in den Betrieben.
Ein probates Mittel dafür sind Qualifizierungsgutscheine, die von den Arbeitsämtern ausgegeben und bei den Betrieben eingelöst werden. Diese Form der zweckgebundenen Lohnsubvention würde überdies nicht alte Arbeitsplätze schützen, sondern weiterbildungswillige Arbeitnehmer.

Ein Beispiel für die Reformländer

Arbeitsbeschaffung: Durch eine entsprechende ABM-Politik lassen sich in begrenztem Umfang direkt neue Arbeitsplätze schaffen. Da ABM jedoch die teuerste Form der Arbeitsmarktpolitik darstellen, müssen sie hohen Anforderungen genügen. Die Arbeitsbeschaffung muß sich auf produktive Bereiche konzentrieren, an den Engpässen der Infrastruktur ansetzen oder alte Standorte sanieren helfen. Außerdem sollten Arbeitsbeschaffung und Qualifizierung Hand in Hand gehen.

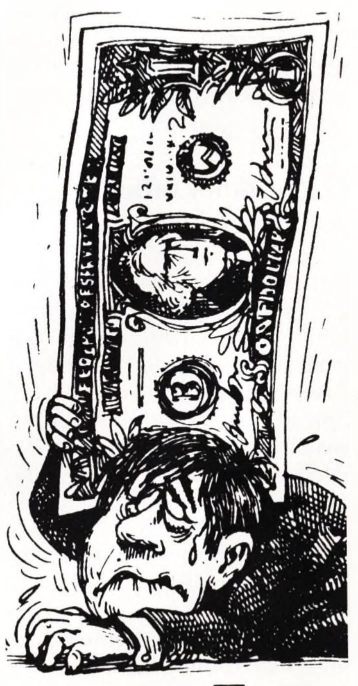
Selbständigkeit: Einem Beispiel der ehemaligen CSFR können die anderen Reformländer nacheifern. Dort machten sich 1992 etwa 200000 Arbeitslose selbständig. Methode: Wer zusagt, sich binnen zwei Jahren nicht wieder arbeitslos zu melden, erhält das Arbeitslosengeld eines gesamten Jahres auf einen Schlag ausgezahlt – als Starthilfe in die Selbständigkeit.

Mobilität: Der Beschäftigungseinbruch trifft die einzelnen Regionen unterschiedlich hart. Wer mobil ist, hat daher bessere Chancen auf Arbeit als ortsgebundene Menschen.

Alters-Teilzeit statt Vorruhestand

Als größte Mobilitätsbremse wirkt in den Reformländern der Mangel an Wohnungen – ein Defizit, das nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist. Hinzu kommt, daß die Versorgung mit Wohnraum in der alten Arbeitsmarktordnung der Reformländer einen Großteil der betrieblichen Sozialleistungen ausmachte. Arbeit und Wohnen waren gleichsam funktional miteinander verknüpft. Die Arbeitsmarktpolitik muß daher bestrebt sein, mobilitätsfördernde Maßnahmen anzubieten.
Teilzeitarbeit: Hauptleidtragende des flauen Arbeitsmarktes sind Frauen und ältere Menschen. Für beide Gruppen wurden in den Reformstaaten zum Teil wesentlich höhere Erwerbsquoten gemessen als in den westlichen Industrieländern. Ein erheblicher Teil dieser Menschen wird durch Vorruhestand oder eine sinkende Frauen-Erwerbsbeteiligung den Arbeitsmarkt zwangsläufig entlasten müssen.

Eine offensive Alternative zu dieser Defensiv-Strategie bieten verschiedene Teilzeit-Modelle. Das Motto heißt: Alters-Teilzeit statt Vorruhestand, Teilzeitarbeit statt Hausarbeit. □



Europäische Gemeinschaft

Frankreich gewinnt den Machtkampf in der EG

Alfred König

Nach außen hin spielt sich Frankreich als großer Freund der Deutschen auf. Immer wieder wird von der französischen Regierung und Staatspräsident François Mitterrand auf die lange Freundschaft beider Länder hingewiesen, die ein Beispiel für das Verhältnis aller Länder sein sollte. In Wirklichkeit, weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit und von den Medien »übersehen«, macht Frankreich aber alles, um Deutschland zu schaden. Neuestes Beispiel hierfür ist der gewonnene Machtkampf des westlichen Nachbarn gegen das (teil-)wiedervereinigte Deutschland in der EG.

Der Präsident der EG-Kommission, der Franzose Jacques Delors, hat nämlich kürzlich die neue Besetzungsliste der EG-Kommission vorgestellt. Die 16 Männer und die einzige Frau gehören zu den mächtigsten und bestbezahltesten Eurokraten. Wie so oft in der jetzigen Form der Demokratien sind sie demokratisch kaum legitimiert und allenfalls dem Europäischen Parlament Rechenschaft schuldig, können aber durchaus auch an diesem vorbei regieren. Aus ihren Sitzungen dringt so gut wie niemals etwas an die Öffentlichkeit.

Gegen den Einfluß der Deutschen

Mit seiner neuesten Mannschaft hat es der 67jährige Delors geschafft, den ohnehin in der Vergangenheit schon sehr geringen Einfluß Deutschlands auf die Politik der EG noch weiter zu schmälern – ohne jeglichen Widerstand seitens der Bundesregierung. Zwar behält Deutschland auch weiterhin seine zwei Mitglieder in der EG-Kommission, nur sind diese jetzt weitaus bedeutungsloser.
So mußte Martin Bangemann das mächtige Binnenmarkt-Ressort, das verbunden mit freien Berufen, Justiz und Ernährung war, an den Italiener D'Archirafi abgeben. Dafür erhielt er die weniger wichtigen Bereiche Industriepolitik, Informations-Technologie und Telekommunikation. Das Ressort Industriepolitik spielt in der EG wegen des Widerstands zahlreicher Länder gegen Eingriffe in die Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle.

Zwar behält der zweite deutsche Kommissar, Peter Schmidhuber, sein Ressort Haushalt, verbunden mit Betrugsbekämpfung, Finanzkontrolle und bekam sogar die Kontrolle des neuen Kohäsionsfonds zugunsten der vier ärmsten EG-Länder zugeteilt. Allerdings ist bei ihm ein gewisses Mißtrauen angebracht, da er als Vertrauter Delors' gilt. So arbeitet er auch mit dem Franzosen, zu dessen Aufgabenbereich die währungspolitischen Angelegenheiten zählen, eng zusammen.

Bangemann hatte sich, sogar mit Unterstützung der Bundesregierung, um das Amt des EG-Kommissars für Außen- und Sicherheitspolitik beworben. Der Posten ging jedoch an den bisherigen niederländischen Außenminister van den Broek – der alles andere als ein großer Freund der Deutschen ist.

Wahrung der Interessen Frankreichs

Mit dem zweiten mächtigen Ressort Außenwirtschaft und -handel mit Nordamerika, Japan, China, Mittel- und Osteuropa sowie Gatt-Verhandlungen wurde der Brite Leon Brittan betraut – ebenfalls ein Mann mit großen Vorbehalten gegen eine »deutsche Übermacht in der EG«.

Damit hat »General Jacques«, wie Delors auch genannt wird, es wieder einmal bestens geschafft, seine eigenen Interessen und diejenigen Frnakreichs bestens zu wahren. Er verteilte die Ressorts nämlich so, wie es den Außenbeziehungen Frankreichs am besten zupaß kommt. Damit entwickelt sich die EG aber immer mehr zu einem frankophilen Interessensverein. Gleichzeitig sind die mächtigsten Ressorts in den Händen von Leuten, deren Regierungen in den vergangenen Jahren und Monaten mehr oder weniger offen gegen ein zu starkes Deutschland hergezogen sind.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß Delors gute Chancen hat, 1995 Nachfolger von Miterrand als Präsident Frankreichs zu werden. Auf jeden Fall gilt er als Top-Anwärter für die dann anstehende Wahl und hat auch Mitterrands vollste Unterstützung. Unvergessen ist aber, wie der jetzige französische Präsident in den letzten DDR-Wochen nahezu unverhüllt gegen eine zu schnelle Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands hingearbeitet hat. Während er offiziell Deutschland zu diesem »historischen Schritt« beglückwünschte, tat er hinterrücks alles, um dieses möglichst lange hinauszuzögern.

Ein weiterer, damit verbundener Skandal ist, daß die Bundesregierung als Vertreter desjenigen Staates, der am meisten in die EG-Kassen einzahlt – gleichzeitig aber vergleichsweise am wenigsten herausbekommt –, die stärkste Wirtschaftsmacht Europas und mit Abstand einwohner-

Der französische Staatspräsident François Mitterrand macht die Europäische Gemeinschaft zu einem frankophilen Interessensverein.

mäßig der größte EG-Staat ist, anscheinend nicht in der Lage – oder willens? – ist, dem französischen Treiben Einhalt zu gewähren.

Der Poker um die Abgeordneten-Sitze

Hierzu paßt auch folgendes: Wegen der deutschen (Teil-)Wiedervereinigung wurde jetzt die Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament in Straßburg von 518 auf 567 Mandatsträger erhöht. Dabei erhalten die 18 Vertreter der neuen Bundesländer, die bisher nur mit einem Beobachter-Status versehen waren, volle Mitgliedschaft. Damit steigt die Zahl der deutschen Abgeordneten auf 99.

So weit, so gut. Es stellt sich nur die Frage, warum dann gleichzeitig auch die Zahl der Abgeordneten aus anderen Staaten erhöht werden mußte. Dadurch wird die höhere deutsche Abgeordnetenzahl nämlich sofort wieder relativiert. So bekamen Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande jeweils sechs zusätzliche Sitze zugesprochen, Spanien vier sowie Belgien, Griechenland und Portugal jeweils einen. Nichts geändert hat sich für Dänemark, Irland und Luxemburg.

Das Europa-Parlament setzt sich nun wie folgt zusammen: Deutschland 99 Abgeordnete, Großbritannien, Frankreich und Italien 87, Spanien 64, die Niederlande 31, Portugal, Belgien und Griechenland jeweils 25, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg sechs.

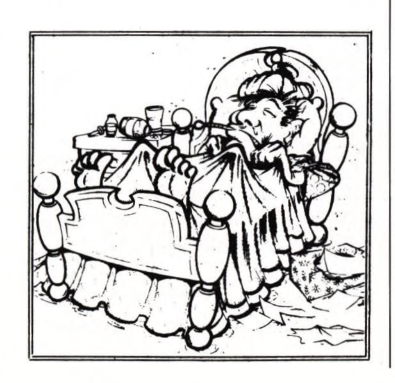
Die Ungleichbehandlung Deutschlands zeigt sich auch an folgendem: Ein deutscher Abgeordneter vertritt rechnerisch im Europa-Parlament 810000 Bürger. Dagegen repräsentiert ein britischer, ein französischer und ein italienischer Mandatsträger nur jeweils 660000 Bürger seines Landes.

Ein Spanier kommt auf 610000, ein Holländer auf 490000 und ein Portugiese auf 420000. Ein Grieche vertritt 400000 Bürger, ein Belgier 390000, ein Däne 320000, ein Ire 230000 und ein Luxemburger 60000.
Damit ist Deutschland aber im Vergleich zu seiner Bevölkerungszahl und besonders zu seiner Wirtschaftskraft aber absolut unterrepräsentiert. Sicherlich kann man verstehen, daß die anderen Staaten sich gegen eine EG wehren würden, in denen die Deutschen quasi alleine zu bestimmen hätten. Aber eine derartige Unterrepräsentierung ist ebensowenig akzeptabel, besonders, wenn man bedenkt, daß die stärkste Kraft Europas noch nicht einmal einen entsprechenden Einfluß in der EG-Kommission hat, sondern dort auf völlig bedeutungslose Posten abgeschoben wurde.

Der Ausverkauf deutscher Interessen

Es stellt sich die Frage, warum die Bundesregierung hiergegen nichts tut? Jedes Land tönt lauthals, wenn ihm in der EG etwas nicht paßt, oder wenn es sich falsch behandelt fühlt. Nur aus Deutschland hört man nichts dergleichen. Auch von einer »Politik der stillen Töne« ist nichts bekannt. War der deutsche Einfluß in der europäischen Gemeinschaft auch in der Vergangenheit schon sehr gering, so ist er in den vergangenen drei Jahren noch weiter gesunken.

Doch nicht nur das. Vielmehr wurde mit der Zustimmung des deutschen Parlaments zu den Maastrichter Verträgen, wobei mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, daß der Großteil der Bundestags-Abgeordneten nicht die geringste Ahnung hat, was dort drinsteht, ein weiterer großer Teil der ohnehin schon eingeschränkten deutschen Souveränität aufgegeben. Es stellt sich wirklich die Frage, ob die »deutsche« Bundesregierung diesen Namen überhaupt noch verdient oder ob sie sich nicht besser »Französische Interessenvertretung in Deutschland« nennen sollte? □



Hans Maduk

TOD OHNE MORAL

GOTT JAHWE
UND PROPHET EZECHIEL

Kritisches über Herkunft und Standort unserer Religion

304 Seiten, gebunden, mit Schutzumschlag, DM 38.– · ISBN 3-88686-020-5

TOD OHNE MORAL

Gott Jahwe und Prophet Ezechiel . . .
ist das spannende Ergebnis schwieriger Recherchen in Ländern des Orients und Fernen Ostens. Dort stieß der Wissenschaftsjournalist Hans Maduk auf brisante Fakten, die ihn zu kritischen Analysen und uns zur erstmaligen Veröffentlichung herausforderten. Im Mittelpunkt dieses engagierten und lesefreundlichen Buches stehen die größten Zeugen alttestamentlicher Greuel – Gott Jahwe und Prophet Ezechiel.
Der Autor hat den heiklen Versuch unternommen, jene Fragen aufzudecken, die von Religionswissenschaft und Kirche einer breiten Öffentlichkeit bisher vorenthalten wurden. Mit sachlichen Argumenten wird nachgewiesen, daß es Religionen schon jahrtausendelang gegeben hat, bevor deren Kernaussagen biblisch wurden. Dies und die Tatsache, daß ein mittelasiatischer »Schöpfergott« auch als weitsichtiger Ökologe entdeckt wurde, der bereits vor 2500 Jahren die Warnung vor der Zerstörung natürlicher Umwelt verkünden ließ, wird aufhorchen lassen.
Maduks kritisch-spekulativ angelegtes Sachbuch zwingt zur konstruktiven Meinungsbildung und warnt eindringlich vor dem seelenvernichtenden Sektierertum der »Zeugen Gott Jahwes«. Schließlich wird die seriöse Prä-Astronautik zitiert, die sachverständig darlegt, daß ausgesuchte Irdische – unter ihnen Ezechiel – in grauer Vorzeit von »kosmischer Intelligenz« berührt worden sind. Dies begründet die Überzeugung, daß wir Erdenmenschen gerade erst am Anfang unserer Entwicklung stehen.
Ein Buch, das man mehrmals liest!

VERLAG MEHR WISSEN
Jägerstraße 4 – 4000 Düsseldorf 1

Europa-Journal

NATO soll Anweisungen des Sicherheitsrates durchsetzen

Unter dem Vorwand, man habe es im ehemaligen Jugoslawien mit Krieg zu tun, haben die Vereinten Nationen und die North Atlantic Treaty Organization eine bedeutsame Änderung der Charter sowohl der Vereinten Nationen als auch der NATO durchgepeitscht. Dadurch wird die NATO effektiv zum militärischen Arm der Vereinten Nationen. Am 16. November 1992 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution, die unter der Rubrik, dem Waffenstrom in die Region Einhalt zu gebieten, die NATO und die Westeuropäische Union (WEU) auffordert und dazu befugt, Schiffe im Adriatischen Meer zu entern, ihre Ladungen zu inspizieren, und Schiffe, die sich weigern, anzuhalten, mit einem Schuß vor den Bug zu warnen. Es besteht kein offizielles Verhältnis der UNO zur NATO, und diese Aufforderung steht daher formell im Widerspruch zur Charter der Vereinten Nationen.

In einer Erklärung berichtete die NATO, sie habe auf ihrer wöchentlichen Sitzung »im Grundsatz zugestimmt, daß Marinestreitkräfte der NATO die Einhaltung von Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen erzwingen. NATO-Streitkräfte werden mit der WEU und möglicherweise anderen Ländern, die unter den gleichen Resolutionen des Sicherheitsrates operieren wollen, koordinieren und kooperieren«. Der Generalsekretär der NATO, Manfred Wörner, erhielt das Mandat, den Generalsekretär der Vereinten Nationen Butros-Ghali unverzüglich von dieser Entscheidung in Kenntnis zu setzen.

Unter Verstoß gegen ihre jeweiligen Charter unterhalten NATO Und WEU schon seit Juli 1992 Schiffe in der Adria, um Schiffsbewegungen zu überwachen. □

Albaniens Präsident fürchtet dritten Balkan-Krieg

Jede »ethnische Säuberung« in Serbiens Provinz Kosovo könnte zu einem dritten Balkan-Krieg führen, und die albanische Regierung werde es nicht zulassen, daß Volksalbaner dort aus ihren Häusern vertrieben werden, äußerte der albanische Präsident Sali Berisha in der österreichischen Zeitung »Kurier« in einem Interview. Albanien werde alles Menschenmögliche tun, um einen Krieg im Kosovo zu verhindern. »Wir werden alle internationalen Vereinbarungen einhalten«, sagte er. »Aber wir akzeptieren keinerlei ethnische Säuberung. Wenn sich die Lage verschlimmert, kommt es zu einem dritten Balkan-Krieg.« Der erste und zweite Balkan-Krieg lösten den Ersten Weltkrieg aus.

In einer damit zusammenhängenden Entwicklung rief die Türkei, die jetzt einen Militärvertrag mit Albanien hat, zu einer Zusammenkunft aller Balkanstaaten in Istanbul auf, um die Lage in der Region zu erörtern, heißt es in einer Erklärung des Außenministeriums. Darin ist auch davon die Rede, daß die Kämpfe sich auf Kosovo und Mazedonien ausbreiten könnten. Außerdem fordert die iranische Regierung die Vereinten Nationen auf, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben. □

UN und Britannien an der Seite von Serbien gegen Bosnien

Die Vereinten Nationen und britische Streitkräfte in dem Gebiet von Tuzla im nordöstlichen Bosnien weigern sich, den Flughafen Tuzla zu eröffnen, weil das die Herrschaft der bosnischen Regierung über die Region Tuzla legitimieren würde, heißt es in einem Bericht von Paul Jenkins im Londoner »Guardian«. Bei der Anlage handelt es sich um einen riesigen voll ausgerüsteten Flughafen mit einer Start- und einer Landebahn von 3000 Meter Länge, der zweitgrößte im ehemaligen Jugoslawien, in der Nähe von Straßen und Eisenbahnlinien. Er besitzt verstärkte Unterstellplätze zum Schutz von Fahrzeugen, Treibstoff und Lagergütern.

Einige der faulen Entschuldigungen des Sprechers der Vereinten Nationen und der britischen Streitkräfte in Bosnien lauten: Die Serben würden jedes Flugzeug abschießen, das den Stützpunkt benutzt; der Transport von Nahrungsmitteln auf dem Luftwege nach Bosnien wäre zu teuer; die Iraner würden den Bosniern Waffen liefern; die Vereinten Nationen bedienten sich Landtransportwege.

Ein Experte der amerikanischen Spezialeinheiten, Giles Pace, sagte in einem von Jenkins moderierten und im britischen Fernsehen gezeigten Programm, wenn Tuzla eröffnet würde, müßten die Hilfsgüter nicht mehr in Schlangenlinien über den beschwerlichen Landweg von Split aus herangeschafft werden. Pace äußerte zu Jenkins, er habe sich mit dem britischen Botschafter in Zagreb getroffen, um diesen zu drängen, den Stützpunkt Tuzla zu eröffnen. Er sei jedoch von ihm »abgewimmelt« worden. »Wenn die Bosnier den Flughafen in Tuzla benutzen könnten«, sagte Pace, »würde dies die ganze schwierige Situation dort verbessern. Man will aber der Welt keine funktionierende bosnische Regierung vorführen.«

Jenkins schließt seinen Artikel wie folgt: »Geschieht es aus Kostengründen, oder aus dem Wunsch heraus, der bosnischen Regierung jede Legitimation, die mehr ist als die einer Beschützerin von Flüchtlingen, abzusprechen, so daß die Vereinten Nationen darauf beharren, den Flughafen Tuzla zu ignorieren? ... Jetzt, wo der Winter den schätzungsweise 600000 Menschen, die in der Region von Tuzla gestrandet sind, schwer zu schaffen macht, haben die Vereinten Nationen und das Verteidigungsministerium eine sehr dringende Frage zu beantworten.« □

Spanien will Satelliten, um Afrika auszuspionieren

Spanien ist daran interessiert, einen amerikanischen Spionagesatelliten zu kaufen, berichtete die »International Herald Tribune«. Wie CODE aus europäischen Militärkreisen erfuhr, ist Spaniens Interesse an einer solchen Technologie gegen Nordafrika gerichtet.

Spanien ist eines von mehreren NATO-Ländern, zusammen mit Italien und Frankreich, die in Erwartung von Nord-Süd-Konflikten einen Sonderausschuß ins Leben gerufen haben. Ein Artikel in der Londoner Tageszeitung »Guardian« besagt, daß »europäische Geheimdienste und amerikanische Experten« befürchten, die algerische Militär-Junta könnte möglicherweise zu den islamischen Fundamentalisten überlaufen, und europäische und amerikanische Beobachter seien »über die potentielle Auswirkung auf Marokko, Tunesien und Ägypten, sowie auf den Nahen Osten« besorgt. □

Kroatien tritt dem IWF bei

Kroatien wird dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beitreten, sagte der kroatische Ministerpräsident Hrvoje Sarinic laut Reuters. »Es ist nur noch die Frage, wann, und wir hoffen, es wird direkt zu Beginn des kommenden Monats geschehen.«

Sarinic sah sich jedoch veranlaßt, zu sagen, daß Kroatien nicht auf eine »Schocktherapie« zurückgreifen werde, um sein Wirtschaftshaus in Ordnung zu bringen. Beobachter behaupten, dies sei eine Folge der gegen den Harvard-Professor Jeffrey Sachs geführten Kampagne.

»Wir beabsichtigen, staatliche Eingriffe und öffentliche Ausgaben zu reduzieren«, sagte der

Premierminister, und setzte hinzu, das Ziel sei, die Privatisierung zu Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Erholung zu machen. »Das größte Problem, mit dem wir es zu tun haben, besteht darin, daß die öffentlichen Ausgaben zu hoch sind ... 35 Prozent gehen immer noch zum Militär.« Sarinic meinte, Kroatiens Bruttosozialprodukt liege 50 Prozent unter dem Stand der Vorkriegszeit, hob jedoch hervor, daß der Tourismus fast wieder im Tritt sei und unvermeidlich andere Aktivitäten erzeugen werde. Er warnte die Kroaten, vom Beitritt zum IWF keine »Wunder« zu erwarten. □

Ukrainisches Parlament gewährt Notstandsbefugnisse

Das ukrainische Parlament gewährte dem Ministerpräsidenten Leonid Kutschma und dem Präsidenten Leonis Krawtschuk Notstandsbefugnisse, um für die kommenden sechs Monate wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, damit der verheerenden Wirtschaftskrise entgegengesteuert werden kann. Kutschma wandte sich an das Parlament und hob hervor, daß die Krise eine Dimension erreicht, wo sie die bloße Existenz des ukrainischen Staates bedrohe: »Wir haben die Grenze erreicht, über die hinaus Chaos und Katastrophe beginnen«, sagte er.

Kutschma beschrieb im Einzelnen den grauenhaften, wirtschaftlichen Zusammenbruch. In den ersten neun Monaten des Jahres 1992 sei die Industrieproduktion um 19,7 Prozent und das Bruttosozialprodukt um 18 Prozent, im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1991, und in den ersten zehn Monaten gingen die Ausfuhren um 19 Prozent zurück. In seiner Rede forderte Kutschma die Auferlegung von Beschränkungen auf alle Devisen, darunter den Rubel, und ein umfassendes Wiederaufbauprogramm. »Wir haben keine andere Wahl, als alles neu aufzubauen, wie wir es nach dem Zweiten Weltkrieg taten«, meinte er. Gewisse rückständige und unnötige Teile der Industrie werden geschlossen, was, wie er einräumte, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen werde. Kutschma hob jedoch hervor, daß Pläne entworfen worden seien, die Arbeitslosen für einen Mindestlohn in staatlich finanzierten Bauprojekten zu beschäftigen. □

Rußlands Wirtschaft weiterhin rückläufig

Rußlands Bruttosozialprodukt wird im Jahr 1992 um 21 bis 23 Prozent und 1993 um weitere 5 bis 7 Prozent sinken, wie aus Zahlen der Zentralbank, die von der Nachrichtenagentur Interfax veröffentlicht wurden, hervorgeht, berichtete Reuters. Die Inflation erreichte im September 25 Prozent und wird nach Schätzungen der Bank bis Dezember 1992 voraussichtlich eine Jahresquote um 220 Prozent erreicht haben. Staatliche Investitionen sanken um 55 Prozent, Handelsumsätze in den ersten neun Monaten um ein Drittel, und die Exporte sind schneller rückläufig als Importe.

Als Folge davon verzeichnet Rußland ein Handelsdefizit von 2,2 Milliarden Dollar.

Die Bank teilte mit, sie rechne damit, daß die Krise bis in das Jahr 1993 hinein andauert, und behördliche Maßnahmen zum Anreiz der Produktion werden kaum vor der zweiten Jahreshälfte greifen. Die Industrieproduktion wird 1993 um 12 bis 15 Prozent sinken. Es wird damit gerechnet, daß die Inflation sich auf zehn bis 12 Prozent pro Monat stabilisiert, und die Arbeitslosigkeit, die unter dem Kommunismus offiziell nicht vorhanden war, wird möglicherweise bis Ende 1993 drei bis fünf Millionen erreichen, bei einer Gesamtbevölkerungsziffer von 150 Millionen.

Indessen verschlimmert sich die medizinische Situation in der ehemaligen Sowjetunion, und der Gesundheitszustand der Bevölkerung verschlechtert sich ebenfalls, warnten Offizielle des Roten Kreuzes. In einigen Gebieten nehmen Probleme der Volksgesundheit geradezu krisenhafte Ausmaße an, warnen sie. Am dringendsten werden grundlegende Arzneien benötigt. Nur Hilfe von außen könne in den kommenden beiden Jahren unnötige Todesfälle verhindern. Dreißig Prozent des Gesamtbedarfs an Medikamenten seien im letzten Jahr im Inland produziert worden, und Einfuhren auf diesem Sektor seien praktisch verschwunden. □

Europa ignoriert Bedrohung durch Drogen

Westeuropa wird geradezu mit Drogen überflutet, und europäische Führungspersönlichkeiten lassen diese Bedrohung einfach außer Acht, erklärte Bonner, Leiter der amerikanischen Drug Enforcement Administration (DEA) in einer Ansprache vor dem Londoner Institute of International Affairs (Chatham House).

»Ein Großteil der Europäischen Gemeinschaft scheint sich der Tatsache nicht bewußt zu sein, daß Westeuropa ein Hauptexportmarkt für Kokain geworden ist«, sagte Bonner. Schätzungsweise 200 Tonnen Kokain wurden im vergangenen Jahr von den kolumbianischen Drogen-Kartells nach Europa eingeführt. Obwohl Drogen hauptsächlich über verschiedene westeuropäische Verkehrswege hereinkommen, gelangen sie auch »durch die Hintertür« über Osteuropa, hauptsächlich die Tschechoslowakei und in einem geringeren Ausmaß über Polen nach Westeuropa.

Bonner rief westliche Regierungen dazu auf, den Kampf gegen Drogen zu einem erstrangigen Ziel der Außenpolitik zu machen. Er setzte hinzu: »Ich glaube, die Zeit ist reif für eine dritte internationale Konferenz in diesem Jahrhundert über Opium und Heroin.« Die letzten beiden Konferenzen wurden 1907 und 1912 abgehalten.

Es ist schon merkwürdig und ironisch, daß Bonner diesen Vorschlag ausgerechnet im Chatham House unterbreitet, das historisch gesehen das interne Planungsinstitut der »Dope, Inc.«-Bande in Großbritannien, der gleichen Kreise war, die Anfang dieses Jahrhunderts internationale Agenturen und Zusammenkünfte dazu benutzten, die britische imperiale drogenfreundliche Strategie weltweit zu fördern. □

UN-Zone auf dem Balkan wird von Serben beherrscht

Die Gebiete im ehemaligen Jugoslawien, die angeblich unter dem Schutz der Vereinten Nationen stehen, werden in Wirklichkeit von Serbien beherrscht, schrieb Rupert Neudeck, Leiter der deutschen Ärztestation Cap Anamur, in der »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.

Dr. Neudeck berichtete, als er in einem Wagen mit zwei kroatischen Parlamentariern und einem deutschen Diplomat in der sogenannten UNO-Zone bei Karlovac eintraf, kreischten die serbischen Grenzwachen: »Niemand aus Deutschland, Österreich oder dem Vatikan kommt hier hinein.«

Dr. Neudeck warnte vor dem unmittelbar bevorstehenden Untergang des Kosovo, wegen des Versagens des Westens, endlich zu handeln, um dem Völkermord der Serben ein Ende zu bereiten.

Er beschrieb einen Vorfall, bei dem ein albanischer Lehrer versucht habe, ihn und einen deutschen Journalisten mitten durch einen Wald von Straßensperren der serbischen Armee hindurch nach Pec zu fahren; sie seien von einem serbischen Soldaten angehalten worden, der dem Albaner drohend vorhielt, »deutsche Spione zu fahren« und bellte: »Wir werden euch weit Schlimmeres antun als den Moslems in Bosnien.«

In Kosovo, wo nur zehn Prozent der Bevölkerung Serben sind, haben diejenigen, die ärztlicher Hilfe bedürfen, darunter schwangere Frauen, Angst, in ein Krankenhaus eingeliefert zu werden, weil jeder einzelne moslemische Arzt von Serben abgelöst worden ist. □

Befinden wir uns bereits mitten im Dritten Weltkrieg?

Alfred König

Wenn man den Worten der Politiker glauben würde, müßte die Welt jetzt eigentlich in der friedlichsten, jemals gesehenen Zeit leben. Zuerst hieß es nach dem Ende des Golfkriegs, mit Saddam Hussein wäre dem letzten Aggressor der Welt die Zähne gezogen worden. Nach dem Zerfall des Kommunismus in der Sowjetunion jubelte dann die Welt, jetzt gebe es keinen Krisenherd mehr, und die Welt sei um etliches sicherer geworden, als etwa noch zehn Jahre zuvor. Die Wirklichkeit sieht dagegen ganz anders aus.

Tatsache ist, daß wir uns heute in einer Welt befinden, die voller Konflikte ist. Zwar erscheinen diese auf den ersten Blick recht klein und örtlich begrenzt, bergen aber eine gewaltige Sprengkraft in sich. Eine Sprengkraft, die den gesamten Weltenball zerstören könnte. Warnungen, daß sich die Welt bereits im Dritten Weltkrieg befindet, dies nur noch nicht mitgekriegt hat, scheinen bei erstem Hinsehen etwas übertrieben, haben jedoch bei genauer Analyse durchaus etwas für sich.

Destabilisierung durch die Amerikaner

Der Konflikt am Persischen Golf ist noch lange nicht zu Ende. Ganz im Gegenteil, er hat gerade erst begonnen und wird sich in den kommenden Jahren ausweiten. Bereits heute rüstet der Iran in einem bislang ungekannten Ausmaß auf und steht wohl auch kurz davor, eine, wenn auch recht primitive Atombombe fertigzustellen. Durch die nach dem UNO-Irak-Konflikt und dem Verbot für den Irak, sein Öl zu exportieren, ausgeweiteten Ölexporte ist der Iran heute so reich wie nie zuvor. Das Volk wird geknechtet, gleichzeitig durch die imperialistische Variante des Islam geradezu fanatisch aufgepeitscht und ist, man sieht es an den Schiiten, weltweit zu Terroraktionen bereit, ohne dabei auf das eigene Leben Rücksicht zu nehmen.

Gleichzeitig haben die Amerikaner die starken, insgesamt prowestlich ausgerichteten Staaten dieser Region, Libyen und Irak, durch militärischen und »moralischen« Druck niedergeknechtet und damit erst zur Destabilisierung der Region beigetragen. Saudi-Arabien und Ägypten sind zwar groß und reich, in Wirklichkeit aber nichts anderes als zahnlose Papiertiger.

Der neben dem Iran gefährlichste islamische Staat, Syrien, wird von den Amerikanern unterstützt, ohne darauf zu achten, daß dieser Staat in Wirklichkeit eine Vormachtstellung anstrebt, auf lange Sicht aber sicherlich zu einer Kooperation mit dem Iran bereit ist.

Und Israel treibt die ganze arabische Region durch seine verhängnisvolle und jedem Völkerrecht widersprechende Politik geradezu in den Krieg hinein. Das beste Beispiel ist das für eine »freiheitliche Demokratie« Hohn sprechende Verhalten gegen die 415 abgeschobenen Palästinenser.

Sicherlich, das Verhalten des Libanon muß hart erscheinen, ist von seiner Seite aber richtig. Schließlich darf kein Präzedenzfall geschaffen werden. Außerdem hat der Libanon, anders als Israel, nie behauptet, ein freiheitlicher Rechtsstaat zu sein, was das Verhalten des zionistischen Staates noch schlimmer macht.

Wenn der Westen nicht aufpaßt und endlich die gemäßigten arabischen und islamischen Staaten unterstützt, und hierzu gehören Libyen und der Irak, und Druck auf Israel ausübt, seine völkerrechtswidrige Politik endlich aufzugeben, wird in der gesamten arabischen Region ein Sprengsatz geschaffen, der sich gegen den gesamten Westen richten könnte und zu einem neuen modernen Kreuzritter-Krieg führen könnte. Denn hat der fanatische Islam, nicht der gemäßigte, erst einmal im arabischen Raum die Oberhand gewonnen, dann droht die Islamisierung auch in vielen der Staaten der früheren Sowjetunion, in Türkei, Albanien, Zypern und vielen anderen Staaten.

Ein neuer Kreuzritter-Krieg

Zwar hat der Westen qualitativ bessere Waffen, die aber den Ansturm von mehreren hundert Millionen Fanatikern wohl nur vorübergehend aufhalten könnten, ohne daß ein Atomkrieg riskiert wird.

Dies haben auch die USA erkannt. Angesichts ihrer insgesamt doch geschützten Lage ist ihnen aber das Geld und der schnelle Gewinn wichtiger als die Sicherheit der Welt. Der Einfluß des Islam in den USA ist viel zu gering und die Zahl der in den Vereinigten Staaten lebenden Moslems viel zu bedeutungslos, um dort zu einer ernsthaften Gefahr zu werden. Also warum dann nicht das schnelle Geld verdienen; irgendwie wird man die ganze Lage schon richten.

Und selbst zum Verhältnis zur ehemaligen Sowjetunion und den dortigen Gegebenheiten wird den Bürgern von den Politikern ein vollkommen falsches Bild vermittelt. Denn der »Rote Bär« ist seiner Tatzen noch lange nicht beraubt. Vielmehr wird er angesichts der im Westen herrschenden Friedenseuphorie immer stärker. Lange wird es nicht mehr dauern, und Rußland wird seine Klauen wieder nach Westeuropa ausstrecken.

Von der Ostsee bis zum Pazifik

Unverhohlen hat dies auch der Deputierte des Stadtsowjets von St. Petersburg und Mitarbeiter des dortigen Kriminalamts, Jurij Beljajew, in einem Interview mit »Radio Rußland« ausgedrückt. Die jetzige Regierung in Moskau habe Rußland verraten und verkauft. Die russische nationale Bewegung wolle für ein Großrußland »von der Ostsee bis zum Pazifik« kämpfen, unter Einschluß des Baltikums. Denn die Balten hätten nur die Wahl entweder von den Deutschen oder von den Russen beherrscht zu werden. Die russische Herrschaft aber sei günstiger.

Gleichzeitig wies Beljajew darauf hin, daß in Bosnien-Herzegowina mehrere hundert russische Freiwillige auf serbischer Seite gegen Moslems und Kroaten kämpfen. Außerdem seien dort eine Anzahl russischer Instrukteure eingesetzt, welche die Serben »zu Offizieren ausbilden«. Unter den russischen Freiwilligen gebe es Vertreter der Intelligenz, Arbeiter, ehemalige Miliz-Angehörige und ehemalige KGB-Mitarbeiter. Beljajew: »Der erste Grund, warum wir beschlossen haben, unsere slawischen Brüder, die Serben, zu unterstützen, ist, weil sie erstens orthodox und zweitens Slawen sind.«

Die russischen Freiwilligen seien keine Söldner, da sie nicht für Geld, sondern vielmehr aus Überzeugung kämpften. Zynisch antwortete der Russe, der selber einen Monat in Bosnien war und dort aktiv mit kämpfte, auf die Frage, ob in Bosnien nicht auch Zivilisten getötet wurden: »Wenn um irgendein Dorf gekämpft wird, kann man sich vorstellen, daß es dort auch Zivilisten gibt und einige vielleicht auch umkommen. Die Moslems

handeln nach dem Prinzip, keine Russen gefangenzunehmen. Unsere russischen Jungs haben gleichfalls beschlossen, keinen mehr gefangenzunehmen.«

Ein Krieg der Slawen?

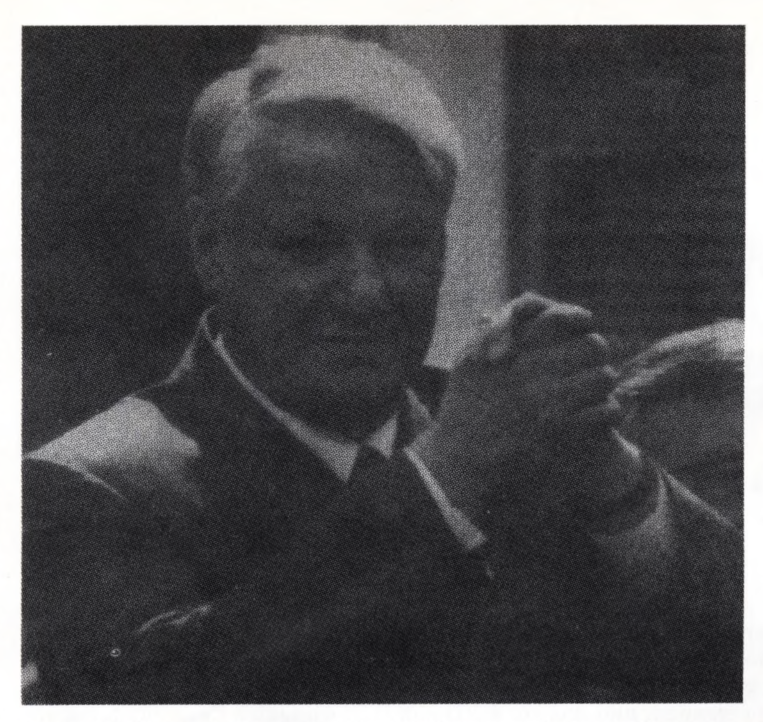
Der Petersburger Deputierte bezeichnete die Vorgänge in Serbien als »Beginn des Dritten Weltkriegs«. Es sei eine Illusion zu glauben, daß die Streitkräfte der UNO diesen Krieg verhindern könnten. Beljajew: »Wir entsenden dorthin recht gut ausgebildete Leute. Ihnen braucht nicht erklärt zu werden, wofür sie dort kämpfen und was sie dort verteidigen. Sie verteidigen dort natürlich in erster Linie Rußland und dann erst Serbien.«

Zu den Operationen der russischen Freiwilligen sagte er: »Ich war einen Monat dort, und in der Zeit haben wir etwa sieben Operationen durchgeführt. In der Regel brachen wir abends und nachts auf. Wegen unserer Tapferkeit, unseres Mutes bezeichnen die Moslems unsere Einheit als ›Wölfe‹.«

Auf die Frage, ob man für Rußland nicht eher auf russischem Territorium kämpfen sollte, antwortete Beljajew: »Ich würde lieber nach Jugoslawien gehen, um dort die Slawen zu verteidigen, als Moslems in Ossetien oder Inguschetien.« Auch in Rußland werde man bald kampferprobte Offiziere einsetzen. Denn: »Einen Bürgerkrieg wird es bald auch in Rußland geben.«

Zudem bestehe, will die slowenische Tageszeitung »Delo« erfahren haben, zwischen Serbien und Rußland trotz des UN-Embargos eine enge Zusammenarbeit. Das Laibacher Blatt erwähnt in diesem Zusammenhang ein Geheimtreffen zwischen Slobodan Milosevic, Tschetnik-Führer Vojislav Seselj und dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des russischen Parlaments, Jewgeni Ambarzumow.

Dabei habe Milosevic erklärt, daß bei einer militärischen Intervention des Westens auf dem Balkan nicht nur Serbien, sondern alle orthodoxen Staaten und vor allem die strategischen Interessen Rußlands und Griechenlands bedroht wären. Aus diesem



Boris Jelzin versucht einen dritten Weg losgelöst von Kapitalismus und Kommunismus.

Grunde sollten Rußland, Rumänien, Griechenland und Serbien einen Vertrag über gegenseitige Zusammenarbeit schließen.

Kurz danach kam es dann laut »Delo« in Bukarest zu einem weiteren Geheimtreffen von russischen Generälen, Vertretern der russischen »Pamjat«-Bewegung und hohen Offizieren der serbischen (= jugoslawischen) Armee. Von serbischer Seite hätten daran Generaloberst Milorad Draskovic und Mihalj Kertes, einer der radikalsten serbischen Sozialisten, teilgenommen.

Die russischen Interessen auf dem Balkan

In einem gemeinsamen Protokoll hätten die teilnehmenden Parteien dann festgehalten, daß der Warenaustausch zwischen Rußland und Serbien bis Ende dieses Jahres acht Milliarden Dollar betragen soll. Die russische Seite habe sich dabei verpflichtet, Serbien »materiell, militärisch und politisch zu unterstützen«.

In einem weiteren Abschnitt des Protokolls heißt es wörtlich, angesichts der »Gefahr eines Angriffs sezessionistischer, antiorthodoxer und westlicher militärischer Kräfte« sei es notwendig, die militärische Zusammenarbeit zu verstärken. Dies schließe auch die Lieferung von Waffen und biochemischen Kampfmitteln ein. Im Falle einer Blockade gegen Serbien sollen diese Lieferungen über ein Drittland erfolgen.

Darüber hinaus verspricht die russische Seite, mit »wirtschaftlichen, diplomatischen, aber nötigenfalls auch militärischen Mitteln« jede Aktion zu unterbinden, die Serbien und damit russische Interessen auf dem Balkan bedroht.

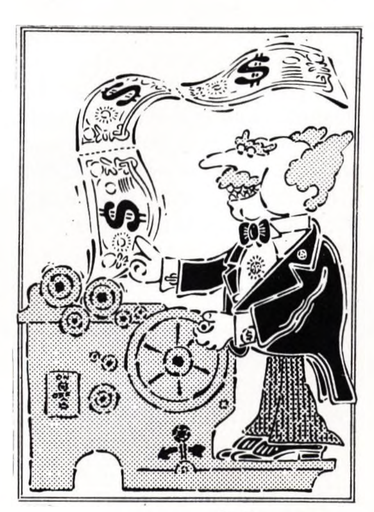
Fast zur gleichen Zeit, da Außenminister Kosyrew seine später »dementierte« Rede zur Rückkehr Rußlands zum Kalten Krieg hielt, versicherte General Gratschow, der zu den maßgeblichen Militärs in Moskau gehört, dem serbischen General Dragojevic, Rußland werde »mit allen Mitteln« helfen, damit die Sanktionen gegen Serbien aufgehoben werden.

Der Imperialismus hat Tradition

Wenn man sich das obige nochmals klar vor Augen führt, stellt sich die Frage, ob die seinerzeitige Rede vor der KSZE Kosyrews wirklich nur als »heilender Schock« für den Westen geplant war, um aufzuzeigen, was passieren würde, wenn die »konservativen« Kräfte Rußlands – in Wirklichkeit handelt es sich natürlich um die stalinistischen Kräfte, die mit »konservativ« nun aber auch wirklich rein gar nichts am Hut haben – wieder die Oberhand gewinnen würden. Vielmehr scheint sich der russische Bär dort wieder einmal nicht als Friedenstaube, sondern als reißende Bestie demaskiert zu haben.

Man sieht also, daß man den Russen nicht trauen kann. Der Imperialismus hat dort Tradition, sei es beim Zaren, sei es bei Stalin oder sei es bei Breschnew und Gorbatschow. Die einzige Chance besteht darin, Jelzin konsequent zu unterstützen, da er anscheinend gewillt ist, einen dritten Weg losgelöst von Kapitalismus und Kommunismus zu gehen. Doch gewährt der Westen diese Unterstützung nicht oder zumindest nicht ausreichend, weil dieser dritte Weg den Internationalisten nicht paßt, da er ihren Einfluß beschneidet.

Mit großem Mißtrauen muß daher auch Versuchen sogenannter rechter deutscher Organisationen oder selbsternannter Führer begegnet werden, die eine deutsch-russische Allianz schaffen wollen. Unverkennbar besteht in Rußland ein großes Mißtrauen den Zionisten gegenüber, was auch dort leider oftmals zu einem allgemeinen Judenhaß führt. Nur darf dieser eine, dazu noch undifferenzierte und daher nicht akzeptable Grund doch nicht Basis einer Zusammenarbeit sein. Zumal Rußland von Deutschland nur profitieren kann. Deshalb ist gerade jetzt, in der vermeintlich weltpolitisch so friedlichen Zeit allergrößte Vorsicht geboten. □



Mafia

Die Verschwörung der Freimaurer in Italien

Peter Blackwood

Leonardo Messina, ein ehemaliger Mafioso, der sich kürzlich dazu entschloß, mit italienischen Behörden zusammenzuarbeiten, hat enthüllt, daß die Mafia derzeit in eine Verschwörung verwickelt ist, um Sizilien vom übrigen Italien zu trennen, und daß sie dabei von Freimaurerlogen und von einer politischen Macht, die mit der separatistischen Nordliga im Bunde steht, unterstützt wird.

Messina sprach am 4.-5. Dezember 1992 vor dem Parlamentsausschuß, der sich mit Mafia-Aktivitäten befaßt. Die »Cosa Nostra«, sagte er, »will ein Stück des Staates übernehmen«. Messina erklärte, daß die Mafia »alte politische Allianzen fallen läßt« und sich mit »neuen Kräften verbindet, die außerhalb« Siziliens geboren sind.

Eine separatistische Verschwörung

Der Hinweis auf die Nordliga, die separatistische Formation, die vom »Wall Street Journal« und vom Londoner »Economist« unterstützt wird, ist vielsagend. Messina setzte hinzu, daß alle Mafia-Bosse sich 1978 dazu entschlossen hätten, der Freimaurerei beizutreten. »Alle Bosse von Cosa Nostra, Riina, Madonia, Provenzano, alles ehrenhafte Männer, sind Freimaurer«, sagte er. Er fügte hinzu, daß die separatistische Verschwörung »von Kräften außerhalb der Staatsgrenzen« unterstützt werde.

Messinas Erklärung bestätigt unsere Analyse, daß die Mafia schon immer ein Instrument politischer Destabilisierung gewesen ist, analog zum Terrorismus und geistesverwandt mit der in Jalta ausgerufenen Weltordnung.
Vincenzo Macri, ein Richter in Reggio Calabria, verglich die Rolle der Mafia im Süden Italiens mit der von Gladio, der geheimen NATO-Organisation, im Norden. Gladio, die offiziell ein Widerstandsnetzwerk sein sollte im Falle eines kommunistischen Einmarsches in Italien, wurde in Wirklichkeit als Mittel zur Destabilisierung, Bereitstellung von Ausbildungslagern und Waffen für terroristische Operationen mißbraucht.

Die von Messina beschriebene derzeitige »Verschiebung von Allianzen« stimmt mit der angloamerikanischen Entscheidung des Jahres 1989 überein, die alte politisch herrschende Klasse, die Italiens antikommunistische Ausrichtung garantiert hatte, fallen zu lassen, und zwar zugunsten neuer Kräfte wie die Nordliga und die »neue Generation« von Politikern in traditionellen Parteien, wie der Parlamentarier Mario Segni, der Leiter der Republikanischen Partei – die Partei des britischen Banken-Establishments –, Giorgio La Malfa, und Parteiungen innerhalb der Sozialistischen Partei, die gelehrige Instrumente für die »neue Weltordnung« sind.

Nach dieser Konzeption soll Italien in eine Situationen zurückgeworfen werden, wie sie vor 1860 vorherrschte, aufgespalten in drei oder mehr schwache Kleinstaaten ohne Souveränität.

Auch das Jahr 1978, das von Messina genannte Jahr, in dem sich die Mafia-Bosse entschlossen, dem Freimaurertum beizutreten, ist bezeichnend. In dem Jahr machte Italien die größte politische Destabilisierung in seiner Nachkriegszeit durch, mit der Entführung und Ermordung von Aldo Moro, des ehemaligen christlich-demokratischen Ministerpräsidenten, der versucht hatte, eine Regierung der »großen Koalition« zu bilden und die Kommunistische Partei in einer unabhängigen Allianz, weg von der imperialen Strategie Moskaus, aber auch weg vom Anglo-Amerikanischen Block, zu kooptieren. Mit dem Tode Moros begann für Italien eine neue Phase der begrenzten Souveränität, die staatliche Institutionen vollständig von Anglo-Amerikanern beherrschten Kräften, ganz besonders der Freimaurerloge »Propaganda-2« (P-2), auslieferte.

Mit Unterstützung des Establishments

Nach Messinas Enthüllungen forderte Massimo Brutti, Mitglied des parlamentarischen Ausschusses zur Bekämpfung der Mafia, das Freimaurertum heraus, »die Frage zu klären, alle Verbindungen einzelner Logen und verdeckter Verbände mit dem Verbrechen zu kappen und zu entlarven. Andernfalls wird das gesamte Freimaurertum von diesem Image überwältigt«, ermahnte Brutti auch seine Leser.

»Bereits in der Nachkriegszeit arbeitete die Mafia ernsthaft auf Trennung hin. Sie hatte internationale Unterstützung auch innerhalb des amerikanischen Establishments.«

Anfang Oktober 1992 wurden die Freimaurer gezwungen, dem Untersuchungsrichter Agostino Cordova aus Calabrien ihre vollständigen Mitgliederlisten zu übergeben, weil er mehrere »verdeckte Logen« entdeckt hatte, über die örtliche Mafiosi ihre Geschäfte und Waffendeals abwickelten.

Durch diese Deals hatte Cordova herausgefunden, daß Licio Gelli, der Boss der Loge P-2 die 1982 geschlossen wurde, in Wirklichkeit seine Aktivitäten niemals eingestellt hatte und ein Bankkonto aus illegalen Geschäften in der Größenordnung von mehreren Millionen Dollar unterhielt.

Cordova fand auch in Gellis privatem Notizbuch die geheime Telefonnummer einer »sehr hohen staatlichen Autorität«, wobei es sich gerüchteweise um den ehe-



Giulio Andreotti: Soeben Füße 90 Grad nach rechts, jetzt 90 Grad nach links, immer im Rahmen der Freimaurerei.

maligen Präsidenten Francesco Cossiga handeln soll.
Als er seine Untersuchung auf ganz Italien ausdehnte, entdeckte Cordova eine endlose Anzahl von Geheimlogen und fand heraus, daß ehemalige Geheimdienst-Offiziere, die der P-2 angehörten, in neue Logen eingeschleust wurden, die immer noch aktiv sind.

Man hatte damit gerechnet, daß Cordova landesweiter Koordinator der Untersuchungen gegen die Mafia werden würde, eine Position, die die Richter Giovanni Falcone und Paolo Borsellino bekleidet hätten, wären sie nicht im vergangenen Sommer von der »Mafia« ermordet worden. Messina enthüllte, daß ein Befehl, Cordova zu töten, zwar erteilt, aber niemals ausgeführt wurde, weil Cordova auf Druck des FBI nicht gewählt wurde.

Denkschrift zur Isolierung Deutschlands

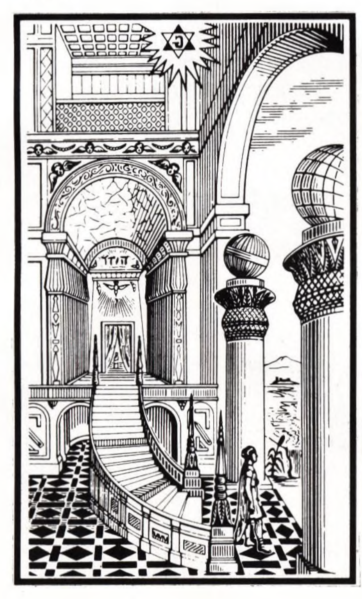
Die Rolle des Freimaurertums bei der Destabilisierung ist auch in der Presse erörtert worden, nachdem die Journalisten Antonio und Gianni Ciprani das Vorhandensein einer »vertraulichen Denkschrift«, vermutlich in Händen einer italienischen Autorität, in der ein anglo-amerikanischer Plan, sich neonazistische Gewalttaten zunutzezumachen, um Deutschland zu isolieren und ihm »Pax Americana« aufzuerlegen, enthüllt hatten. An diesem Plan mit dem Decknamen »Operation 3K« spielten Logen, die der American Southern Jurisdiction of the Scottish Rite angehören, auch eine maßgebliche Rolle.

Guiliano Di Bernardo, Großmeister des italienischen Großen Orients – eine der beiden offiziellen Logen, die von dem Schottischen Ritus anerkannt werden –, verkündete nach einer tumultartigen Sitzung des Generalstabs des Großen Orient, das Freimaurertum werde auf das, was es als »Verfolgung« erachtet, reagieren. Di Bernardo verglich die Angriffe auf das Freimaurertum mit Angriffen auf Juden und drohte damit, zu »internationaler Unterstützung«, einschließlich durch Menschenrechtsorganisationen, aufzurufen. Dies kann nur bedeuten, daß Drohungen, wie die gegen das Leben Cordovas, von denen Messina sprach, und gegen andere staatliche Autoritäten, gefährlich real geworden sind.

Die Strategie der Freimaurer

Großmeister Di Bernardo leugnete jede Verbindung zu den Geheimlogen – deren Vorhandensein er nicht bestreiten konnte – ab und wies nachdrücklich darauf hin, daß es drei Ebenen freimaurerischer Organisationen gebe: Diejenigen, die von der britischen Mutterloge »anerkannt« werden – wie der Große Orient –; »legitime« Logen, die aber nicht von der British Lodge anerkannt werden; und eine dritte Ebene, die weder anerkannt wird, noch legitim ist.

Verdeckte Logen, mit Mitgliedern aus der Mafia, sagte Di Bernardo, gehören zu der dritten Gruppe. Zum Leidwesen Di Bernardos erklärte ein anderer hochstehender Freimaurer, Aldo Alessandro Mola, der offizielle Historiker des Freimaurertums, in einem Interview mit der Zeitschrift »Il Sabato« im vergangenen Sommer, daß der Status einer »verdeckten Loge«, wie die P-2, keine Ausnahme, sondern vielmehr die Regel im Freimaurertum sei, und daß alle derartigen Logen vom amerikanischen Freimaurertum abhängen, das seinerseits von der British Mother Lodge abhänge. In diesem Interview erläuterte Mola, daß die derzeitige Strategie der Freimaurer darauf hinausläuft, den wirtschaftlichen Zusammenschluß West- und Osteuropas zu verhindern. □



Türkei

Älteste christlich Kirche soll Moschee werden

Beat Christoph Baeschlin

Die Johannes- und Jakobus-Kirche von Edessa – türkisch Urfa – soll trotz des hartnäckigen Widerstandes der dortigen Christen in eine Moschee umgewandelt werden. Diese, aus dem 3. Jahrhundert stammende Kirche gilt als das älteste christliche Gotteshaus und ist noch nie ihrer Bestimmung entfremdet worden. Erst heute, wo die Menschenrechte angeblich weltweit triumphieren, ist es möglich geworden, daß den Christen diese Kirche weggenommen wird!

Schon ist die Riesenglocke von mehreren Metern Durchmesser vom Kirchturm herabgeholt worden. Aber noch wehren sich die wenigen in Urfa übriggebliebenen Christen mit dem Mut der Verzweiflung gegen den Anschlag auf die symbolträchtige Hauptkirche von Edessa. Ein Bittgesuch mit 1500 Unterschriften ist dem Kultusministerium der türkischen Regierung eingereicht worden. Aber alles scheint erfolglos zu sein. Denn die Christen erleiden in der Türkei eine planmäßige und schamlose Verfolgung.

Die älteste christliche Stadt

Die sich stets dreister gebärenden türkischen Islam-Fundamentalisten unternehmen alles, um den Christen die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen zu entziehen. Wo das nicht ausreicht, um die Christen zu vertreiben, wird auch vor Mord und Totschlag nicht zurückgeschreckt. Das ist umso schockierender, als die Christen längst vor den Türken in Edessa ansässig waren. Die Christen sind in jenen Landstrichen die Urbevölkerung, die sich der eindringenden türkischen Eroberung beugen mußten.

Edessa (Urfa) ist nämlich die älteste christliche Stadt. Noch zu Lebzeiten Jesu soll König Abgar V. die Lehren Christi als alleingültige und zulässige Religion in seinem Stadt-Staate erklärt haben. Nach uralter Überlieferung habe Jesus höchstpersönlich einen Brief an König Abgar geschrieben. Dieses Dokument habe der Stadt und ihren Fürsten jahrhundertelang Unbesiegbarkeit und somit bedeutende Machtstellung beschert. Als im 7. Jahrhundert die Moslems die Stadt doch eroberten, sei der Brief Jesu in eine tiefe Zisterne geworfen worden, damit dieser nicht in die Hand der Ungläubigen falle. Seither besitze das Wasser dieses Brunnenschachtes vielseitige Heilkraft.
Zur Zeit der Kreuzzüge war Edessa wieder ein christliches Fürstentum, wo Balduin, der Bruder Gottfrieds von Bouillon, als erster Herrscher residierte. Nie war in der Stadt die christliche Kirche und Gemeinde untergegangen. Auch während der grauenvollen Massaker von 1895 und von 1914/15 konnten viele Armenier und syrische Christen dank mutigen Einsatzes schweizerischer, deutscher – Pastor Lepsius – und amerikanischer Christen gerettet werden.

Die lendenlahmen christlichen Kirchenfürsten

Es ist eine Schande, daß die türkische Regierung es sich erlauben darf, die christliche Urbevölkerung des Landes in dreister Weise zu beleidigen und zu demütigen. Wird uns doch in Europa immer wieder das Märchen vom angeblich so »toleranten Islam« aufgetischt.
Gleichzeitig ertönt überall in Europa – gerade auch aus »christlichen« Kreisen – die Forderung, daß nun in allen Städten Moscheen gebaut werden sollten für die muslimischen Einwanderer. Da wird von unseren lendenlahmen Kirchenführern jedes Entgegenkommen für die Muslime gutgeheißen, anstatt daß endlich gegenseitige Respektierung gefordert würde. □



Bosnien-Herzegowina

Die ethnische Säuberung

Volker Kubillus

In einer Beschwerde und einem Appell an die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg hat die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die »ethnischen Säuberungsaktionen« in Bosnien-Herzegowina gefordert. Seit der Durchführung dieses psychiatrischen Holocaust wurden Tausende Frauen vergewaltigt, getötet und auf die grausamste Art und Weise mißhandelt und Tausende Menschen aus ihren angestammten Gebieten vertrieben. Nachdem sich die internationalen und auch die deutschen Psychiatrieverbände bisher über diese durch ihre Berufskollegen begangenen rassistischen Verbrechen ausschweigen, fordert die Kommission die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch die Europäische Menschenrechtskommission sowie die Anklage der verantwortlichen Psychiater beim Europäischen Gerichtshof.

»Ich fühle mich verantwortlich, weil ich die Vorbereitungen für diesen Krieg getroffen habe, auch wenn es keine militärischen Vorbereitungen waren. Wenn ich diese emotionalen Spannungen im serbischen Volk nicht kreiert hätte, wäre es nicht passiert. Meine Partei und ich haben das Feuer des serbischen Nationalismus entzündet, nicht nur in Kroatien, sondern auch überall in Bosnien-Herzegowina. Ohne unseren Einfluß wäre es gar nicht denkbar gewesen, daß die Serbische Demokratische Partei (SDS) in Bosnien-Herzegowina oder Herr Karadzic an die Macht gekommen wären. Wir haben diese Sache vorangetrieben und ihr eine Identität verliehen. Ich habe diesen Menschen gegenüber immer und immer wieder wiederholt, daß es vom Himmel und nicht von der Erde käme.«

Diese Erklärung stammt von Jovan Raskovic, einem Psychiater. Sie wurde von Yutel, dem unabhängigen Fernsehkanal in Belgrad, übertragen und am 24. Januar 1992, knapp zwei Monate vor dem Krieg in Bosnien-Herzegowina in den Zeitungen »Vreme« und »Vjesnik« veröffentlicht. Ein paar Monate später starb Jovan Raskovic an Herzversagen in Belgrad.

Entgegen dem allgemeinen Glauben, liegen Serben und Kroaten weder schon seit eh und je im Streit miteinander noch sind sie Völker, die mit Hingabe Völkermord betreiben. Sie sind vielmehr seit der Zeit als sie bereits in den entlegenen Gebieten von Polen und der Tschechoslowakei zusammenlebten, so etwas wie Zwillingsvölker. Gemeinsam zogen sie nach Süden und siedelten sich zu Anfang des achten Jahrhunderts im Balkan und in der illyrischen Provinz, die damals noch ein Teil des Oströmischen Reiches war, an. Darum nennt man sie die Slawen des Südens.

Die Zwillingsbrüder des Balkans

Die Ureinwohner in diesem Gebiet, die zum Teil von der römischen Kultur beeinflußt waren, wurden entweder vertrieben oder langsam eingegliedert. Die Albaner, die von sich behaupten, die Nachfahren der Illyrer zu sein, bewohnten ein Gebiet, das in etwa den heutigen albanischen Grenzen entspricht. Die Kroaten wurden Katholiken und die Serben orthodoxe Christen. Sie mußten sich gemeinsam mit einer ganzen Reihe von Invasionen auseinandersetzen und ihre Geschichte war bis zu diesem Jahrhundert davon geprägt, von zwei großen Reichen unterworfen zu werden und sich langsam wieder aus deren Herrschaft zu befreien. Die Schritte zur Unabhängigkeit unternahmen sie zwar nicht gemeinsam, aber doch ohne Feindseligkeit untereinander.
Die Invasion von Ottoman teilte den Balkan in zwei Hälften. Einmal in das südliche Gebiet, in dem die Serben, die Bulgaren, die mazedonischen Slawen, die Albaner und die Bosnier unter türkischer Herrschaft lebten und in das nördliche Gebiet, in dem Slowenen, die meisten Kroaten, die Slavonier und Vojvodiner unter der Herrschaft des Österreich-Ungarischen Reiches lebten. Die Slawen litten mehr unter dem Ottomanischen Reich als unter dem Österreich-Ungarischen, was dazu führte, daß eine signifikante Auswanderung der Serben (die Diaspora) in das nördliche und westliche Gebiet, entlang der Grenze des heutigen Bosniens und der Vojvodina stattfand.

Die Idee eines vereinten Jugoslawien

Damals wurde dieses Phänomen von Österreichischer Seite unterstützt, da die Serben einen Schutz gegen türkische Übergriffe darstellten und sie zu jener Zeit einen relativ privilegierten Status innehatten. Später, am Anfang des 19. Jahrhunderts, waren die Serben die ersten, die sich vom Ottomanischen Reich unabhängig machten. Zusammen mit Napoleon, der nach seinem Sieg in Wagram in Österreich, Teile der illyrischen Provinzen annektierte, gelangten auch die Ideen der französischen Revolution in den Balkan.

Zu dieser Zeit faßte die Idee eines vereinten Jugoslawien Fuß, in welchem alle gerade freigewordenen Slawen aus den südlichen Gebieten vereint werden sollte. Damals waren die Serben in Serbien die Anführer der Freiheitsbewegung der Slawen und wurden von allen unterdrückten Völkern auf dem Balkan bewundert. Am 28. Juni 1914 wurde der österreichische Erzherzog Ferdinand in Sarajewo, der Hauptstadt von Bosnien, von einem jungen orthodoxen bosnischen Attentäter ermordet. Serbien bekam von Österreich ein Ultimatum, welches es zurückwies. Die europäischen Verbündeten kamen mit ins Spiel und der erste Weltkrieg brach aus.

Tito einte Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg und bürdete dem vereinten Jugoslawien über 40 Jahre lang ein starkes kommunistisches Regime auf. Mangelnde Übereinstimmung mit Titos Regime – sowohl in Bezug auf die individuelle ökonomische Philosophie als auch in Bezug auf die individuelle Freiheit –, obwohl sehr viel liberaler als manche anderen Ostblockländer –, führte zum Aufstieg von Cosic und Milosevic.

Großserbischer Nationalismus als Ersatz für sterbenden Kommunismus

Dobrica Cosic ist ein militanter Kommunist, der sein Image dadurch gewann, daß er während des Krieges die Nazis bekämpfte. Nach Titos Tod verstand Cosic sehr rasch, daß der Kommunismus keine Zukunft mehr hatte.
Im Jahre 1986 gaben Cosic, ein Mitglied der Akademie für Wissenschaften in Belgrad und einige andere Akademiker ein Schriftstück heraus, das sie »das Memorandum« nannten. Dieses 20seitige Büchlein, das in gewissem Maße mit Hitlers »Mein Kampf« verglichen werden kann, ist eine Absichtserklärung, die die wesentlichen Richtlinien enthält, wie ein Großserbien zu organisieren ist. Dobrica Cosic ist seit 1992 der Präsident der Jugoslawischen Föderation (Serbien und Montenegro). Er ist allerdings auch ein wohlbekannter und vielbewunderter Schriftsteller – eine Art serbischer Victor Hugo. Daher umgibt ihn in Serbien eine ganz besondere Aura und er kann als geistiger Vater der ganzen gegenwärtigen nationalistischen Bewegung angesehen werden.

Milosevic, einer der Führer der kommunistischen Partei, entschied sich 1985 auch dafür, Nationalismus und Großserbien auf seine Fahnen zu schreiben. Er verteidigte die serbische Minderheit im Kosovo während einiger Zwischenfälle mit Albanern, die hauptsächlich in dieser Region stattfanden. Er baute sich als Verteidiger dieser Minderheit auf und trat offen für einen Angriffskrieg ein. Durch diese Position erwarb er sich eine gewisse Popularität. Der großserbische Nationalismus schien die Lösung zu sein, einen untergehenden Kommunismus zu überleben.
Jovan Raskovic war ein kroatischer Serbe, ein Freund von Co-

sic und Mitglied der Kommunistischen Partei (die in »Sozialistische Partei Serbiens« umbenannt wurde). Von Beruf war er Psychiater. Jovan Raskovic hatte bereits 1948 mit der Informbiro-Affäre (Titos Opposition gegen Stalin) Schlagzeilen gemacht. Raskovic, der damals Student war und als Leiter einer Delegation von Medizinstudenten nach Moskau geschickt wurde, erklärte in einem Interview, daß er Stalin ganz und gar und bedingungslos unterstütze.

Als er wieder in Jugoslawien war, wurde er verhaftet und seltsamerweise auch gleich wieder freigelassen. »Die Darstellung von Jovan Raskovic in den Medien als Person der Öffentlichkeit begann vor sechs oder sieben Jahren« schreibt die Zeitung Vjesnik. »Er wurde häufig vom Belgrader Fernsehen eingeladen, um an politischen Veranstaltungen teilzunehmen.«

Der Mann, der das Feuer entfachte

Im Jahre 1990 wurde Raskovic ein Mitglied der serbischen Akademie der Wissenschaften, wo er sich Cosic und anderen Intellektuellen anschloß, die das Memorandum unterschrieben hatten. Die Einwohner von Primosten, Raskovics Heimatstadt in der Bil-Region in Kroatien, haben bestätigt, daß Cosic und andere, in der Zeit, als das Memorandum in Vorbereitung war, häufig Raskovics Haus besuchten. Sie erklärten in einem offenen Brief an ihn: »Raskovic muß Bil verlassen – eine Petition der Bürger aus Primosten. Wir sind gründlich von Ihnen gedemütigt worden. Wir hoffen, daß Sie verstehen, daß Sie keinen Platz mehr hier unter uns haben. Die Presse hat berichtet, daß hier in unserer Stadt, Primosten, das bekannte Memorandum geschrieben wurde, welches Pläne für ein Großserbien enthält. Sie haben die Begründer des neuen Reiches bei sich empfangen, die die Gebiete anderer übernehmen wollten und unsere Region ist beinahe ein Teil dieses neuen Reiches geworden.«

Nach seiner Medienkampagne in Belgrad, mit der Jovan Raskovic anfing, den serbischen Nationalismus anzufachen – er war zu der Zeit Abteilungsleiter in der neuropsychiatrischen Klinik in Sibenik – führte er seine Arbeit in Kroatien fort.

Der Psychiater des »verrückten Landes«

In seiner Klinik gab Raskovic seinen Patienten Elektroschocks – auch Kindern. Sein Kollege Boris Zmijanovic schrieb am 17. Oktober 1991 in der Zeitung Nedjeljna: »Er war ein praktizierender Psychiater, der zwar in der Öffentlichkeit die Anti-Psychiatrie verteidigte, aber Elektroschocks und andere sadistische psychotherapeutische Praktiken anwendete. Besondere Freude empfand er daran, wenn es sich um Kroaten, besonders kroatische Frauen handelte. Dies zeigt, was für eine Art von Mensch er war.«

Zu dieser Zeit begann Raskovic die kroatischen Serben über andere zu stellen. Er erzählte ihnen von den Schrecken, die von Seiten der Ustaschas im letzten Krieg gegen sie begangen worden waren. Er sprach unermüdlich über Konzentrationslager, besonders vom Jasenova-Lager im Zweiten Weltkrieg und über den Völkermordinstinkt der Kroaten, um die Serben in Bewegung zu versetzen.

Im Jahre 1990 brachte er ein Buch mit dem Titel »Luda Zemlja« (»Ein verrücktes Land«) heraus und machte darin sehr deutlich, daß er sich selbst in die Position des obersten Psychiaters im ganzen Land bringen wollte. Wenn der Leser erst einmal voller Mitleid ist, erläutert er darin seine psychiatrischen Theorien über die verschiedenen Völker. Er erklärt, daß die Kroaten kastiert und voller Angst seien. Daher könnten sie keine Herrschaft ausüben. Die Serben müßten sie führen. Die Moslems hätten eine Vorliebe für analen Sex und wären Menschen, die gerne Wohlstand anhäuften. Raskovic schreibt, daß er dieses Wissen aus seiner psychiatrischen Praxis gewonnen habe. Er fügt hinzu, daß die Serben das einzig ödipale Volk Jugoslawiens seien, das heißt, daß sie den primären Narzismus überwunden und den Mut hätten, ihre Väter zu töten.

Nur die Serben hätten Sinn für den Umgang mit der Macht und müßten diese auch über die anderen Völker Jugoslawiens ausüben. Sie müßten die anderen beherrschen.

Die psychiatrischen Theorien, die er in diesem Buch ausgearbeitet hatte, wurden übernommen und in Zeitungen und im Fernsehen als Teil einer Medienkampagne verbreitet, in der Jovan Raskovic als der große Psychiater und Wissenschaftler seiner Zeit dargestellt wurde. Dank seines sogenannten Wissens und der aufgestachelten Gefühle, wurde Raskovic der Führer des serbischen Volkes außerhalb Serbiens und seine Bekanntheit nahm zu.

Die ersten drei Führer: Patienten von Raskovic

Raskovic gründete in Kroatien eine Partei: die Serbische Demokratische Partei. Der Krieg wurde 1990 von den Mitglieder dieser Partei begonnen. Dr. Boris Zmijanovic zufolge waren die drei obersten Führer, die die Serbische Demokratische Partei vor dem Krieg hervorbrachte, Patienten Raskovics. Ihre medizinischen Unterlagen befanden sich in der neuropsychiatrischen Klinik in Sibenik, in der Abteilung, die Raskovic leitete. Diese drei Führer sind: 1. Milan Martic, gegenwärtig Innenminister der selbstproklamierten Serbischen Republik in Kroatien; 2. Jovan Opapic und 3. Dusan Zelembaba.

Im gleichen Interview, das er der Zeitung Nedeljna Dalmacija gab, erklärte Dr. Boris Zmijanovic von der Klinik in Sibenik über seinen früheren Vorgesetzten Jovan Raskovic: »Dr. Raskovic benutzte seine Patienten ohne Skrupel für seine politischen Ziele. Er hat sie manipuliert. Es ist sehr interessant, daß die ersten drei Führer der Serbischen Demokratischen Partei von Kroatien auch Patienten von Dr. Raskovic waren. Es ist nicht bekannt, ob der Neuropsychiater aus Sibenik seine Patienten in politische Studenten verwandelte, oder seine politischen Studenten in Patienten, um deren Manipulation leichter zu machen. Er war ein sehr intelligenter Mann, der unglücklicherweise seine Intelligenz dazu einsetzte, seine Mitmenschen anzuleiten und zu manipulieren, sie aggressiv zu machen, in eine kollektive Hysterie und schließlich in den Haß zu treiben.« Er benutzte seine Intelligenz, um starke leidenschaftliche Gefühle hervorzubringen.

Im Jahre 1990 organisierte er viele öffentliche Treffen in Kroatien, in denen er die Menschen wie folgt ansprach: »Das serbische Volk ist erwacht. Ihr seid erwacht. Ihr seid das serbische Volk. Niemand kann jetzt noch etwas gegen euch tun. Wenn wir unsere Haut verkaufen müßten, werden wir sie teuer verkaufen.« »Wenn es einen Bürgerkrieg gibt,« erklärte er in Vocin, »und dabei unsere und die Köpfe der Kroaten fallen – und es ist sicher, daß die Köpfe derjenigen, die gegenwärtig in Kroatien an der Macht sind auch fallen werden – dann verteidigt euch, aber provoziert die Gegner nicht, da wir ein friedliebendes Volk sind. Wir haben niemals Völkermord begangen, so, wie die Kroaten uns gegenüber Völkermord begangen haben.«

Und so begann der Krieg...

Im August 1990, als die emotionale Spannung ihren Höhepunkt erreicht hatte, lief das Faß in Knin über. Nach ein paar Zwischenfällen, von denen nachträglich zugegeben wurde, daß sie provoziert worden waren, griffen die Serben Raskovics ein Polizeirevier an und nahmen die dort befindlichen Waffen an sich. Anschließend schickte die kroatische Regierung eine Schar von Polizisten, die ebenfalls angegriffen und getötet wurden. Die Partisanen der SDS gingen auf die Barrikaden und errichteten Erdwälle auf allen Straßen, die zu kroatischen Gebieten führten, in denen eine Mehrheit von Serben lebten. Nicht-Serben wurde der Zugang verwehrt. Der Krieg in Kroatien hatte begonnen.

Während der ganzen Zeit, als der Krieg vorbereitet wurde, waren Raskovic und alle Führer der SDS in ständiger Verbindung mit der Regierung in Belgrad und mit Milosevic. »Wir können in der Tat aufgrund der Beweise, die uns vorliegen behaupten,« so ein Bericht aus dem Ministerium für Information in Zagreb, »daß keine der wichtigen Aktionen durchgeführt wurden, ohne daß Belgrad darüber informiert war oder seine Zustimmung gegeben hatte. Wir haben außerdem eine Reihe von direkten und indirek-

Die ethnische Säuberung

ten Kontakten zu den Führern in Serbien festgestellt ... Jovan Raskovic stand ständig mit Dobrica Cosic in Verbindung und stellte ihm alle Informationen zur Verfügung. Raskovic bat Cosic, seine Informationen und Anfragen den offiziellen Kreisen in Belgrad weiterzuleiten. Er informierte Cosic darüber, daß die Serben sich weiter bewaffneten, und daß die Bestückung gut überwacht werde.«

Milan Martic erklärte in verschiedenen Medien, daß der Präsident von Serbien, Slobodan Milosevic versprochen hatte, den Serben Waffen zu liefern. Die meisten dieser Führer verließen anschließend Kroatien, um nach Belgrad zu gehen. Raskovic, der wußte, daß der Krieg kurz bevorstand, nahm seine Tochter und seinen Enkelsohn, die wie er Serben waren, nach Belgrad und ließ seine kroatische Familie in Zagreb. In Belgrad wurde Raskovic der Leiter des Forschungszentrums des Sveti Sava Krankenhauses.

Anfang 1991 besuchte Raskovic Bosnien-Herzegowina, um seine Arbeit dort fortzuführen. Die nationalistische Erhebung der Serben in diesem Staat nahm mit ihm seinen Anfang. Er hat die Serbische Demokratische Partei in Bosnien-Herzegowina gegründet und hat Radovan Karadzic, einen anderen Psychiater, als Führer dieser Partei eingesetzt. Zusammen hielten sie Vorträge, in denen sie Souveränitätsbestrebungen anstachelten. Als der Krieg in Bosnien-Herzegowina ausbrach, schrieb die Zeitschrift Glas Slavonije: »Das Unglück in Bosnien-Herzegowina verdanken wir wieder einmal einem Psychiater: Dr. Rovan Karadzic. Warum folgen die Psychiater Milosevic? Auf diese Frage gibt es noch keine Antwort...«

Radovan Karadzic: Der gute Schüler Raskovics

Eines ist sicher: Karadzic ist nicht zufällig in diese Position gekommen. Zumindest nicht, wenn wir einen Artikel in der Los Angeles Times glauben schenken können, der am 11. Januar 1992 erschienen ist. Der Berichterstatter schreibt, daß Karadzic ein enger Freund von Milosevic und seinem früheren Psychiater sei... Der Vater von Radovan Karadzic war bereits nach dem Zweiten Weltkrieg für Kriegsverbrechen verurteilt worden, da er ein Tschetnik war und als solcher für die Massaker an Moslems verantwortlich war. Die Familie, Serben aus Montenegro, kamen nach Bosnien-Herzegowina, als Radovan Karadzic noch ein Kind war. »Er blieb immer ein Fremder in diesem Bosnien, welches er noch immer verabscheut,« schrieb ein Zeuge, »da er die Spiritualität und die Komplexität dieser Kultur nicht verstehen kann.«

Karadzic studierte Psychiatrie und praktizierte anschließend in Sarajewo. Man kannte ihn in dieser Stadt bereits vor dem Kriege aufgrund seiner Beziehungen zur schriftstellerischen Gemeinschaft, in der er versuchte, als Poet Eindruck zu machen. Umsonst jedoch, da seine Gedichte eher mittelmäßig und relativ blutig waren. Ein Beispiel hierfür: »Ich bin geboren, um ohne Gruft zu leben, dieser göttliche Körper wird nie sterben. Er ist nicht nur dafür geboren, um den Duft der Blumen zu genießen, sondern auch um Brände zu legen, zu töten und alles zu Staub zu reduzieren.«

Dieser Psychiater, der ähnlich wie Cosic versuchte, sich mit seinen Gedichten von Blumen und zerschnittenen Kehlen ein intellektuelles Image zu kreieren, war auch für seine politischen Verwicklungen bekannt. Er wurde sogar aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, nachdem er eine Gefängnisstrafe wegen Immobilienbetruges und Unterschlagung abgesessen hatte.

Als Raskovic nach Bosnien kam, startete er gemeinsam mit seinem Kollegen Karadzic seine Kampagne, um ein nationalistisches Bewußtsein bei den Serben zu erwecken. In einem Interview im Mai 1990 antwortete Karadzic auf die Frage, wer sein philosophisches Vorbild gewesen sei: »Vor allen Dingen Jovan Raskovic.« Die zwei Psychiater gingen zusammen in die bosnische Kampagne vor den Wahlen und hetzten die Emotionen bei den Serben an. Ende 1991 zog sich Raskovic zurück.

Anfang 1992 erschien er im Fernsehen und gab öffentlich zu: »Ich fühle mich verantwortlich, weil ich die Vorbereitungen für diesen Krieg getroffen habe, auch wenn es keine militärischen Vorbereitungen waren. Wenn ich diese emotionale Spannung im serbischen Volk nicht kreiert hätte, wäre nichts passiert. Meine Partei und ich haben das Feuer des serbischen Nationalismus entzündet, nicht nur in Kroatien, sondern überall sonst in Bosnien-Herzegowina. Ohne unseren Einfluß wäre es gar nicht denkbar gewesen, daß die SDS (Serbische Demokratische Partei) in Bosnien-Herzegowina oder Herr Karadzic an die Macht gekommen wären. Wir haben diese Sache angetrieben und wir haben ihr eine Identität verliehen. Ich habe diesen Menschen gegenüber immer und immer wiederholt, daß es vom Himmel und nicht von der Erde käme.«

Der Anfang einer interessanten Beichte? Stimmte Raskovic nicht mehr mit den Führern der SDS überein und hatte Rache im Sinn? Dies sind Fragen, die unbeantwortet bleiben werden, denn Raskovic starb kurz nach dieser Erklärung. Karadzic machte weiter. Die bekannte kroatische Tageszeitung Vesnik schreibt: »Dank seines kroatischen Kollegen Jovan Raskovic, dem Spezialisten für Verrückte, kam er in die Herzegowina. Dr. Raskovic, ein bekannter Fürsprecher des Friedens, der seinen Leuten 120 mm Raketenabschuß-Vorrichtungen gab, ist ein weiterer Serbe aus den nicht-serbischen Gebieten, der in die Politik Belgrads verwickelt ist. Karadzic war ein guter Schüler Raskovics, der anschließend selbst ganz gut zurecht kam. Wenn Sie einmal ihre Arbeit an Großserbien vollbracht haben werden, wird Karadzic in der dunklen Realität von Bosnien-Herzegowina eine Hauptrolle spielen.«

Eine ganze Kultur wird zur Zielscheibe

Im September 1991 erklärte Karadzic vor der nationalen Versammlung in Bosnien-Herzegowina: »Die Moslems müssen sehr vorsichtig sein bei dem was sie tun, denn sie könnten sehr wohl verschwinden.« Das ist genau das, was inzwischen passiert ist. »Der größte Teil des Gebietes des ehemaligen Jugoslawiens,« erklärte Tadeusz Mazowiecki, ein Reporter einer UN-Untersuchungskommission im August letzten Jahres, »besonders Bosnien-Herzegowina ist augenblicklich der Schauplatz von massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Eine Taktik, die benutzt wird, um Moslems und Kroaten zur Flucht zu zwingen, besteht darin, eine Stadt in Bedrängnis zu bringen, indem die Zentren bombardiert werden in denen Zivilisten wohnen, und die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Dingen zu unterbrechen.

Das dramatische und bekannteste Beispiel ist Sarajevo, die Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina. Das Krankenhaus selbst wurde mehrere Male absichtlich bombardiert. Kulturelle Zentren wurden auch unter Beschuß genommen, was verschiedene Beobachter glauben ließ, daß die Angreifer die Absicht verfolgten, die Stadt selbst zu »töten« und die Tradition von Toleranz und Harmonie zwischen den ethnischen Gruppen, für die diese Stadt steht, zu zerstören. Der Reporter wurde über viele Fälle informiert, in denen Menschen in den von den Serben kontrollierten Gebieten einfach verschwunden sind.
3000 Fälle von Menschen, die einfach verschwunden sind, wurden nach der Eroberung der Stadt Vukovar (im Osten Kroatiens) gemeldet; die Opfer wurden angeblich eine Zeit lang in Lagern festgehalten und sind dann anschließend verschwunden...« Diese Auszüge aus dem Bericht von Tadeusz Mazowiecki sind sehr eindeutig. Die ethnische Reinigung hatte begonnen und es ist sehr auffällig, daß zusätzlich zum Völkermord, eine ganze Kultur und Zivilisation zur Zielscheibe wurde. Vor ein paar Wochen wurde die Bibliothek in Sarajevo bombardiert, die wesentliche Bestandteile der Kultur von Bosnien-Herzegowina beherbergte. Die Menschen aus Bosnien bildeten eine Menschenkette, um die Bücher zu entfernen, während Karadzics Leute auf sie schossen und viele von ihnen töteten.

Die Bosnier sind auch Slawen aus dem Süden, die einst aus Zentral-

»Unser Schicksal sind die Strahlen – der Mensch und sein strahlender Lebensraum« ist ein Buch, das über die bioenergetischen und bioplasmatischen Funktionen des menschlichen Organismus, das energetische Milieu als Ursache von Zellfunktionsstörungen und Krankheiten berichtet.



Josef Oberbach »Unser Schicksal sind die Strahlen«
200 Seiten mit 25 Abbildungen. DM/Sfr 28,– ISBN 3-923864-03-5
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel

Die ethnische Säuberung

europa eingewandert sind. Sie kamen etwa gleichzeitig mit den Kroaten und Serben, um sich im Gebiet des heutigen Bosnien-Herzegowinas anzusiedeln. Obwohl sie, wie die katholischen Kroaten und orthodoxen Serben, auch Christen sind, hatten sie eindeutig unterschiedliche Glaubensanschauungen. Sie wurden lange als Ketzer betrachtet und verfolgt. Mehrere Kreuzzüge wurden von Westeuropa, Ungarn und Osteuropa aus nach Bosnien organisiert, wobei jedesmal versucht wurde, ihnen eine andere Religion als ihre eigene aufzuzwingen. Als die Türken im 15. Jahrhundert den Balkan erreichten, wurden die Mehrzahl der Bosnier mit der Zeit zum Islam bekehrt, der zu dieser Zeit eine geistige und kulturelle Macht darstellte. Da dieses slawische Volk jedoch nicht sehr mystisch ist, führte diese Islamisierung nicht zu irgendeiner Art von Fanatismus. Im Jahre 1971 wurde den »Moslems« eine gesonderte Nationalität zugesprochen, ähnlich wie den Serben, Kroaten, Slovenen, Mazedoniern und Montenegriern.

Die Moslems als vorrangige Opfer

Eine neue UN-Mission besuchte im Oktober 1992 das ehemalige Jugoslawien. Mit seinem Bericht wollte Mr. Mazowiecki »die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß seit seinem ersten Besuch im August 1992 auch weiterhin ernste und umfassende Menschenrechtsverletzungen in Bosnien-Herzegowina stattgefunden haben und stattfinden. Tausende von Menschen sind vom Tode bedroht und ihre menschliche Würde wird mit den Füßen getreten. Wenn nicht umgehend Maßnahmen ergriffen werden, werden viele von ihnen den bevorstehenden Winter nicht überleben. Wie ich bereits in meinem ersten Bericht erklärte, ist die moslemische Bevölkerung als das vorrangige Opfer von der Auslöschung bedroht. Das Ziel der ethnischen Reinigung ist zu einem großen Teil bereits durch Morde, Gewalt, Vergewaltigung, die Zerstörung von Wohnraum und Drohungen erreicht worden. Solche Praktiken haben in den letzten Wochen zugenommen. Hunderttausende von Menschen wurden gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen und alles stehen und liegen zu lassen.«

Der UN-Berichterstatter war besonders schockiert »über die Zustände im Trnopolje Lager, wo mehr als 3000 Menschen in drei Gebäuden und mehreren kleinen Häusern zusammengepfercht festgehalten werden. Sie leben in einem furchtbaren Dreck, schlafen unter dünnen Decken und auf Stroh, welches mit Läusen infiziert ist, trinken verunreinigtes Wasser und überleben nur durch kleinste Brotrationen. Atemwegsinfektionen breiten sich schnell aus. Kinder und Erwachsene leiden unter Durchfall, wahrscheinlich weil sie verunreinigtes Wasser trinken und Hygienemöglichkeiten fast völlig fehlen.«

Das Risiko einer Ausweitung des Krieges

Die meisten Vertriebenen können nur noch außerhalb der Grenzen von Bosnien-Herzegowina Zuflucht finden. Kroatien jedoch, das schon etwa 300000 Flüchtlinge aufgenommen hat, kann niemand mehr aufnehmen, da die Flüchtlingslager und Krankenhäuser überfüllt sind. Aus diesem Grunde werden viele moslemische Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen. Während des Besuches des UN-Berichterstatters in Sarajevo bestätigten die Repräsentanten der religiösen Organisationen, die Behörden und auch von der Regierung unabhängige Organisationen die Ansicht, daß Sarajevo eine »sterbende Stadt« sei. Die Lage der Bevölkerung ist verzweifelt. »Nur ein sofortiger Waffenstillstand kann die Bevölkerung in Sarajevo und in den anderen eroberten Städten vor der Ausrottung bewahren,« schreibt Mazowiecki in seinem Bericht.

In der Nähe von Vukovar in Kroatien hat die UN Mission sogar zahlreiche Häuser voller Leichen entdeckt. Es stimmt, daß die Anstifter dieses Völkermordes bestraft werden müssen. Doch noch dringlicher ist, ihm ein Ende zu bereiten.

Die UN-Mission vom Oktober letzten Jahres hat auch andere Staaten des ehemaligen Jugoslawiens besucht. Der UN-Berichterstatter schätzt die gegenwärtige Situation in Kosovo als gefährlich ein. »Die Diskriminierungspolitik spiegelt sich in den Gesetzen und Maßnahmen wider, die ergriffen werden, um die Fundamente der albanischen Kultur zu zerstören.« Im September 1990 wurden die ersten albanischen Sprachschulen geschlossen, obwohl die Albaner 90 Prozent der Bevölkerung im Kosovo ausmachen. An dem Tage als das Schuljahr 1991/1992 beginnen sollte, waren die Grund- und Oberschulen von der serbischen Polizei besetzt. In Kosovo sind zur Zeit 975 Grundschulen geschlossen und 14500 albanische Lehrer entlassen worden. Die UN-Mission hat auch Vojvodina besucht. Die Informationen, die sie dort bekamen, »zeigten, daß ethnische Reinigungsaktionen regelmäßig durchgeführt werden, auch wenn bislang in einem viel geringeren Ausmaß als in Bosnien. Die Nicht-Serben in Bosnien sind von öffentlichen Stellungen ausgeschlossen worden, was die Polizei, die Gerichte und die Regierung mit einschließt.«

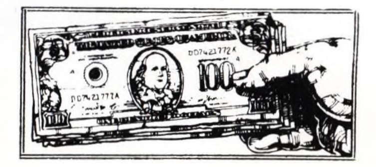
Systematische Vergewaltigung von moslemischen Frauen

Der UN-Berichterstatter war auf seiner Sondermission auch in Sandjak. Er ist der Ansicht, daß »die Region, die von Moslems und Serben bewohnt wird, ein potentieller Konfliktschauplatz ist. Trotz der scheinbar toleranten Atmosphäre in Novi Pazar, der Hauptstadt der Region, gibt es bereits Berichte über Zwischenfälle gegen die moslemische Gemeinde. In dem Teil der Region, die an Bosnien-Herzegowina grenzt, werden Methoden der ethnischen Reinigung angewandt. Häuser, die Moslems gehören wurden abgebrannt und Moscheen werden von terroristischen Angriffen zerstört.« Es ist sehr deutlich, daß die Gefahr einer Ausweitung des Krieges ernstzunehmen ist. Wenn der Zweck des Tötens wirklich, wie Rodovan Karadzic behauptet, der ist, ethnische einheitliche Gebiete zu erzielen, werden die anderen Staaten nach Kroatien und Bosnien ebenfalls bald an der Reihe sein.

Mit Erfolg hat Raskovic den Haß geschürt und die Gefühle in Wallung gebracht. Seine Ideen sind eingeschlagen, da die ganze serbische Propaganda auf dem Konzept des überlegenen serbischen Wesens beruhen und darauf, daß der serbische Soldat eine Mission hat. Karadzic ist ein Mann der Tat und ein Experte darin »Menschen auszurotten, ohne den Anschein zu erwecken, es zu tun«. Internationale Organisationen erkennen allmählich, daß Karadzic, trotz seiner leutseligen Erscheinung und seinem öffentlichen Ansehen, ein kleiner Diktator an der Macht ist. Während seiner ganzen Kampagne in Bosnien und sogar noch bis vor kurzer Zeit war Karadzics Slogan: »Wenn es unsere Partei nicht gäbe, wären die Serben im Krieg!« Sein Slogan ist jetzt bedeutungslos.

Eine deutsche Journalistin hat kürzlich die Vergewaltigungen von moslemischen Frauen in Bosnien untersucht. Nachdem sie die vielen Zeugenaussagen von Frauen in den Lagern gehört hatte, und »mit vielen von ihnen geweint hatte«, kam sie zu folgendem Schluß: Die Zahl von 50000 vergewaltigten Frauen, die von der bosnischen Regierung vermeldet wurde, ist korrekt. Diese Vergewaltigungen sind eher eine Kriegstaktik als nur ein simples Vergnügen für die Soldaten. Wenn Karadzics Truppen ein Dorf einnehmen, setzt eine großangelegte Vergewaltigung ein, die in den Gefangenenlagern dann weitergeführt wird.

Während die Frauen vergewaltigt werden, sagen Karadzics Männer, daß sie dies tun, weil es sich um moslemische Frauen handele und sie gehen müßten. Die Frauenvereinigung von Tresnjevka hat sogar behauptet, daß diese Vergewaltigungen geplant seien, um die Fortpflanzung der Moslems einzudämmen. Viele moslemische Frauen sind augenblicklich nach den erzwungenen Beziehungen zu den serbischen Soldaten schwanger geworden, wodurch ein ernsthaftes Problem in der moslemischen Gemeinde entstanden ist. □



Kriegerische Verwicklungen in Korea, Vietnam, Somalia sind kein Zufall

Die verdeckten Operationen des CIA, die zur Verwicklung der Vereinigten Staaten in Korea, Vietnam und jetzt in Somalia führten, sind Thema des Interviews, das der Chefredakteur von »The Spotlight«, Vince Ryan, mit einem ehemaligen hochrangigen Beamten des amerikanischen Verteidigungsministeriums, dem im Ruhestand lebenden Oberstleutnant der US-Air Force L. Fletcher Prouty, führte, der als Verbindungsoffizier und Leiter der Sondereinsätze für die Joint Chiefs of Staff diente. Prouty war während der Kennedy-Regierung für die Bereitstellung von militärischer Unterstützung für die verdeckten Operationen des CIA verantwortlich. Prouty ist der Verfasser der Bücher »The Secret Team« und »JFK: The CIA, Vietnam and the Plot of Assassinate John F. Kennedy«. Im Film von Oliver Stone wurde Prouty als »Mr. X« bezeichnet. Die Fragen von Ryan sind in Fettdruck.

Der CIA ist wiederholt mit allen möglichen Geheimtätigkeiten und Skandalen in Verbindung gebracht worden. Was ist die Vorgeschichte des CIA?

Prouty: Ursprünglich wurde nach dem Gesetz, das den CIA schuf – das gleiche Gesetz, das das Verteidigungsministerium ins Leben rief –, die Agentur zu dem einzigen Zweck in Anspruch genommen, das Geheimdienstwesen zu koordinieren.

Die Aufgaben des CIA

Wenn man sich den National Security Act (Gesetz zur nationalen Sicherheit) des Jahres 1947 anschaut, darin heißt es, daß der CIA (Central Intelligence Agency = Zentrale Nachrichten-Agentur), wie der Name sagt, die Nachrichten anderer Abteilungen und Agenturen koordinieren wird.

Dies war eigentlich ein guter Gedanke. Im Zweiten Weltkrieg war Amerikas staatlicher Nachrichtendienst nicht richtig koordiniert. Seitdem ist sehr viel getan worden.

Als Überbleibsel des Zweiten Weltkriegs hatte das zu Kriegszeiten schon tätige Office of Strategic Services (OSS) – Vorläufer des CIA – viele verdeckte Operationen am Laufen, darunter viele, in die Nazis und Nazifreunde aus ganz Osteuropa und den Balkanstaaten verwickelt waren.

Dabei wurde ihm von der Truman-Regierung die Erlaubnis erteilt, diesen Teil seiner Arbeit fortzusetzen, obwohl das OSS eine der ersten Dienststellen war, die von Truman nach dem Kriege abgeschafft wurden.

So stieg der CIA – nachdem er geschaffen worden war – schon sehr früh in diesem Spiel in die verdeckte Arbeit ein, trotz des Gesetzes, das besagte, daß der CIA nichts anderes tun soll, als die Geheimdienste koordinieren.

Würden Sie sagen, daß der CIA, als Folge dieser Entwicklung, außer Kontrolle geraten ist und das schon seit langer Zeit –, daß er eine Macht für sich ist?

Prouty: Wie viele Organisationen innerhalb der Regierung, wenn sie beginnen, mit schwarzen Budgets – Geld, für das sie keine Rechenschaft ablegen müssen – zu operieren, dazu gehört alles von der Federal Reserve Bank bis zum CIA, dann geraten sie außer Kontrolle.

Es gibt keinen Rechnungsprüfer, um festzustellen, wo jene Milliarden und Abermilliarden von Dollar hinfließen. Wenn sie erst einmal damit anfangen, kann der Kongreß sie nicht mehr bändigen. Der Kongreß hat keine Ahnung davon, was diese Stellen mit dem ganzen Geld machen.

Die Macht des CIA

Der CIA verbrachte 20 Jahre – von 1945 bis 1965 – damit, Indochina für den Vietnam-Krieg vorzubereiten. 1965 marschierten wir schließlich nach zwanzigjähriger Vorbereitung durch geheime Kräfte in Vietnam ein.

In diesem Zeitraum von 20 Jahren in Indochina gingen alle diese Dinge ohne Wissen des Kongresses, vielleicht sogar des Präsidenten vor sich – und das amerikanische Volk hatte keine Ahnung davon, daß es seine Söhne und Töchter nach Vietnam in den Krieg schicken würde.

Prouty: So ist es. Und wiederum, wenn wir uns den National Security Act anschauen, dann sollte der CIA unter der Leitung des National Security Council (NSC) tätig werden. Der NSC ist etwas, wovon die meisten Leute nicht sehr viel wissen.

Per Definition besteht der Nationale Sicherheitsrat aus vier Personen: der Präsident, der Vizepräsident, der Außenminister und der Verteidigungsminister. All die anderen Leute, von denen wir hören – vor allem Oberstleutnant Oliver North und Admiral John Poindexter aus dem Iran-Contra-Skandal, zum Beispiel –, sind ganz einfach Gehilfen für die Mitglieder des NSC.

Fast außer Kontrolle der Regierung

Es gibt einen interessanten Punkt: North und Poindexter kamen beide aus dem Militär. Sie hätten wegen ihrer Tätigkeiten in der Iran-Contra-Affäre niemals vor ein Zivilgericht gestellt werden dürfen. Sie hätten, wie jeder andere aktive Offizier, vor ein Kriegsgericht gestellt werden müssen.

Daher scheint selbst die Regierung die Dinge, die bei diesen geheimen Tätigkeiten geschehen, nicht zu verstehen, selbst wenn der Nationale Sicherheitsrat darin verwickelt ist, oder wenn ein Mitglied des NSC – wie zum Beispiel der damalige Vizepräsident George Bush – sagen kann: »Ich war nicht in der Schleife. Ich wußte nicht, was vor sich ging«, wie er in bezug auf Iran-Contra sagte. Nicht in der Schleife? Der Vizepräsident war sehr wohl von Gesetzes wegen in der »Schleife«, das heißt, in der Kommandokette – 24 Stunden pro Tag, sieben Tage in der Woche. Das sollten wir klar erkennen.

Weiß überhaupt irgendjemand, was im NSC vor sich geht?

Prouty: Wenn man das wissen will, ja. Zu meiner Zeit wurden wir einmal gebeten, eine Hubschrauber-Einheit nach Vietnam zu verlegen. Dies war seinerzeit gegen die Genfer Konvention.

Als die Bitte an unsere Dienststelle herangetragen wurde – da es mir oblag, solche Dinge zu beschaffen –, wußte ich genau, daß ich vom NSC keine Genehmigung dazu hatte. Ich teilte also General Charles Cabell, dem stellvertretenden Leiter des CIA, mit, daß wir die Hubschrauber nicht beschaffen könnten.

Geheimer Aufbau des Drucks der USA

Dann war der Deubel los. Ich begab mich zum Verteidigungsminister, der dem NSC angehörte – er

USA

Kriegerische Verwicklungen in Korea, Vietnam, Somalia sind kein Zufall

konnte seiner Verantwortung nicht aus dem Wege gehen –, und er sagte zum CIA: »Wir haben keine Entscheidung darüber«, und daher wurde der Bitte nicht entsprochen.

Was Ihre persönliche Verwicklung in Vietnam anbelangt, so haben Sie soeben gesagt, es habe einen zwanzigjährigen geheimen Aufbau des Drucks der USA dort durch den CIA gegeben. Warum waren wir eigentlich in Vietnam? Was hatte das Ganze für einen Sinn?

Prouty: Das ist eine tiefgehende Frage. Der Zweite Weltkrieg ging 1945 zuende, und dennoch hatten wir seinerzeit die größte Industrieproduktion für Kriegsgerät und Munition in der Welt. Wir hatten die Atombombe.
War bei Kriegsende ein Land wie die Vereinigten Staaten wirklich bereit zum Frieden? Wollten wir einfach alles einpacken? Um die Dinge im Gang zu halten und den nächsten Krieg herbeizuführen, hielten wir uns 20 Jahre in Indochina auf. Zum Beispiel wurde die Waffenlieferung für 500000 Mann, die ursprünglich für den Einmarsch der Amerikaner nach Japan gedacht war, 50 zu 50 geteilt; die Hälfte ging nach Korea, die andere Hälfte ging im September 1945 – fünf Jahre vor dem Korea-Krieg und 20 Jahre vor dem Vietnam-Krieg – nach Vietnam.

Wer traf damals diese Entscheidung? Sehen Sie, sie planten für den nächsten Krieg, der – denjenigen, die üblicherweise davon profitierten – 200 bis 500 Milliarden Dollar einbrachte.

Wer ist »sie«? Wer waren die Leute, die dies alles planten?

Prouty: Dies ist genau das, was den Zwischenfall in Dealy Plaza in Dallas, Texas, am 22. November 1963, verursachte. John F. Kennedy hatte ein Dokument aus höchster Ebene veröffentlicht, das besagte, er werde keine amerikanischen Streitkräfte nach Vietnam verlegen. »Sie« – nicht Oswald – hatten etwas gegen die Entscheidung von John F. Kennedy.

Selbst wenn ein Mann aus dem Militär irgendwo angeordnet hätte, daß die amerikanischen Waffen für den Einmarsch nach Japan nach Korea und Vietnam verlagert werden, dann muß er doch höchstwahrscheinlich von irgendeiner Stelle aus dazu beauftragt worden sein?

Wer war der Auftraggeber?

Prouty: Ich persönlich glaube, diese Entscheidung wurde auf der Konferenz von Teheran 1943 getroffen. Wie den meisten Menschen nicht bewußt ist – und in den Geschichtsbüchern ist dies nicht zu lesen –, als Winston Churchill und Franklin Delano Roosevelt sich zum ersten Male mit Josef Stalin trafen, hatten sie auch den chinesischen Führer Tschiang Kai-schek dabei.

Sie waren auf der Konferenz von Teheran, nicht wahr?

Prouty: Das ist richtig. Ich war der Pilot, der den Befehl hatte, die chinesische Delegation von Kairo nach Teheran zu fliegen. Unterwegs machten wir auf einem Flughafen im Irak eine Zwischenlandung zum Auftanken und trafen dort mit Präsident Roosevelts Sohn Eliot – er befand sich auf dem Wege nach Teheran – zusammen. Wir stellten Eliot den Chinesen vor. Es war ein offenes Geheimnis.
Später sagte Stalin zu Eliot, sein Vater sei durch das, was er »die Churchill-Bande« nannte, vergiftet worden. Eliot Roosevelt veröffentlichte einen unterzeichneten Artikel, worin dies steht. Die Konferenz von Teheran war von monumentaler Bedeutung, aber nicht nur wegen der Dinge, die wir darüber lesen. Dort wurden auch Pläne für den Fernen Osten geschmiedet. Die chinesische Delegation wurde in Wirklichkeit von Delegierten geleitet, die T.V. Soong, den Schwiegervater von Tschiang Kai-schek, repräsentierten. Soong war seinerzeit der wohlhabendste Mann der Welt, und man machte Pläne für den Fernen Osten.



Tschiang Kai-schek war in Teheran 1943 dabei, als sich Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt mit Stalin trafen.

Pläne für den Fernen Osten

Ich glaube, daß diese Pläne Korea und Vietnam einschlossen. Warum hätte man sonst wohl alle diese Waffen schon so lange vor Ausbruch des Krieges dort in diese beiden Länder geschickt? Es war ein sorgfältig ausgearbeiteter Plan.

Beide Länder – Vietnam und Korea – waren geteilt.

Prouty: Teilung bedeutet »Freund und Feind«. Sie mußten die Kriegskonstruktion beibehalten. Man mußte »sie und uns« trennen und als Feinde halten. Wir teilten Deutschland nach dem Kriege auf, so daß es zwei Teile von Deutschland gab – die »good guys« und die »bad guys« (die »Guten« und die »Bösen«). Wir müssen diese Struktur stets beibehalten – und die Teilung Vietnams erfolgte erst 1954. Das geschah, als der vietnamesische kommunistische Führer Ho Chi Minh mit unseren Waffen die Franzosen bei Dienbienphu besiegte. Wir dachten damals überhaupt nicht an Vietnam als Kriegszone. Ich war seinerzeit der Kommandeur eines Schwertransport-Geschwaders in Tokio, und die Generale im Korea-Krieg befahlen ihren Männern, sich an den Buchten von Vietnam von den Schlachten des Korea-Krieges auszuruhen und zu erholen.

Die Wiederholung erfolgt in Afrika

Zehn Jahre später marschierten wir mit 550000 Soldaten nach Vietnam ein.

Das Gleiche werden wir jetzt in Afrika erleben.

Sie haben soeben das Thema Afrika angeschnitten. Was ist mit der Präsenz der USA in Somalia? Wann wurde dies geplant?

Prouty: Das ist nur die nächste Phase. Somalia dort unten am Horn von Afrika. Der kritischste Teil Afrikas – die Transportroute von den Ölgebieten Europas – ist ein sehr wichtiger Platz.

Wir erfuhren nach der sogenannten Energie-Krise – dem sogenannten arabischen Öl-Embargo –, daß es nicht die Araber waren, die ein Embargo über das Öl verhängten. Es waren die Schiffseigner. Sie wollten das Öl erst dann transportieren, als es von seinem ursprünglichen Preis von 1,70 Dollar pro Barrel – wo er ein



Die »großen Drei« von Teheran bei ihrem Treffen am 1. Dezember 1943. Von links: Stalin, Roosevelt und Churchill. Die Konferenz war von monumentaler Bedeutung, weil es nicht nur um die Gegner im Zweiten Weltkrieg ging, sondern auch um Pläne für die Zukunft des Fernen Osten.

Jahrzehnt lang gestanden hatte – auf 7,40 Dollar, und schließlich auf 40 Dollar in die Höhe getrieben worden war. Dieses Geld kam unmittelbar nach Ende des Vietnahm-Krieges herein.

Das Horn von Afrika, wo das Rote Meer beginnt, ist die Zone, die jetzt und für die Zukunft den Transportweg dieser enormen Mengen Öl beherrscht. Somit wird es zu einem kritischen Gebiet.

Daher ist es der Mühe wert, dort einen Krieg vom Zaun zu brechen, wie wir es in Korea und Vietnam getan haben. Das ist das Spezialgebiet des CIA.

Eines der ersten Projekte, an dem ich 1955 beim CIA arbeitete, als ich im US-Verteidigungsministerium diente, hatte mit der Ostküste Afrikas zu tun. Der CIA ist schon sehr lange dort, dafür kann ich mich verbürgen. Ich glaube, wir werden dort eine sehr bedeutsame Zukunft erleben.

Die gleiche US-Taktik für Afrika

Es handelt sich nicht nur darum, die Somalis zu ernähren. Es sind diejenigen, die wir nicht ernähren, über die wir uns Sorgen machen müssen. Es sind diejenigen, die um Nahrungsmittel und um ihr Leben kämpfen.

Das ist eine ganz alte Formel. Diejenigen, die um Nahrungsmittel gegen andere kämpfen, müssen »der Feind« genannt werden. In Vietnam haben wir die gleiche Taktik angewendet.

Die Leute mögen sich nicht mehr daran erinnern, aber die Kämpfe im südlichen Teil Vietnams wurden zwischen den heimatlosen Menschen aus dem Norden, die man in den Süden getrieben hatte, ausgefochten. Sie wurden zu Aufständischen – die sogenannten Vietcong –, das Kanonenfutter, und dadurch wurde der Krieg zu dem hochgeschaukelt, was wir später erlebten, als wir 550000 Amerikaner dort hatten.

Die gleiche Formel wird unter dem Konzept der internationalen Streitmacht der Eine-Welt-Politik angewendet.

Wir werden also als Amerikaner darauf vorbereitet, zu jeder Zeit irgendwo in der Welt den Einsatz amerikanischer Soldaten und Soldatinnen hinzunehmen?

Prouty: Ja. Sehen Sie, seit 1955 wissen unsere militärischen Streitkräfte, daß man nicht mit Wasserstoffbomben in den Krieg ziehen kann. Es gibt keine Möglichkeit, einen Krieg zu gewinnen, indem man die ganze Welt in Schutt und Asche legt. Die neuen Wasserstoffbomben haben ein derartig gewaltiges Vernichtungspotential, daß man sie in einem Krieg nicht einsetzen kann.

Daher schauen wir uns nach Kriegen um, die kleiner sind. Wir wollen unsere militärischen Streitkräfte einsetzen können, und wir bauen heute die Organisation für den »Eine-Welt«-Krieg unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen auf. Das ist die Zukunft des Krieges.

Hat sich innerhalb des Establishments – zwischen sogenannten Konservativen und sogenannten Liberalen – ein Konsens darüber entwickelt, daß wir es akzeptieren müssen, daß die amerikanische Militärmacht überall in der Welt die Muskeln spielen läßt?

Es geht bei Kriegen nur um Geschäfte

Prouty: Er wird von der gleichen Macht getrieben, die uns nach Vietnam brachte – von den Leuten, die die Kriegswaffen herstellen. Es ist die mächtigste Gruppe in der heutigen Welt: der militärisch-industrielle Komplex mit seinen Anwälten und Bankiers in einem internationalen Ausmaß.
Wie in der Ausgabe der Zeitschrift »Aviation Week« vom 9. November 1992 berichtet wird, trafen sich Delegierte sowohl vom CIA als auch vom amerikanischen Außenministerium mit führenden Geschäftsleuten. Die Geschäftsleute sagten offen: »Wir reagieren auf unsere Aktionäre. Wir kümmern uns kein bißchen um Völker.«

Mit anderen Worten, Souveränität ist tot. Das ist eine Tatsache – eine ziemlich furchterregende Tatsache: Die Souveränität ist tot. Unser Außenminister und unser CIA treffen sich mit mächtigen Geschäftsleuten, und so reden sie daher. □

Geheimdienste

Weltereignisse werden von »Hoher Kabale« gesteuert

Gibt es eine »Hohe Kabale« – wie sie einst von dem britischen Premierminister Winston Churchill genannt wurde –, die den offiziellen Politikern die Regierungspolitik diktiert? Beuten die internationalen Banker, die im Bunde mit dem amerikanischen CIA stehen, die Dritte Welt aus und brechen Kriege und Revolutionen zu ihrem eigenen Profit vom Zaun? Dies sind die provokativen Fragen, die Tom Valentine in einem Interview dem ehemaligen hochrangigen Beamten des amerikanischen Verteidigungsministerium, L. Fletscher Prouty, stellt. Nachstehend eine redigierte Fassung des Interviews. Valentines Fragen sind in Fettdruck.

In Ihrem Buch sprechen Sie über die LDCs – Lesser developed countries (weniger entwickelte Länder) –, die offizielle Beschönigung für die Länder der Dritten Welt, und erklären, wie Amerikas CIA und die globalen Firmen ihre Köpfe zusammenstecken, um den Strom von Rohmaterialien, was so ziemlich alles ist, was diese Länder haben, in Gang zu halten.

Warum man Kriege vom Zaune bricht

Prouty: Die LDCs sind, wie Sie ganz richtig sagen, die weniger entwickelten Länder. So werden sie von den Bankiers bezeichnet.

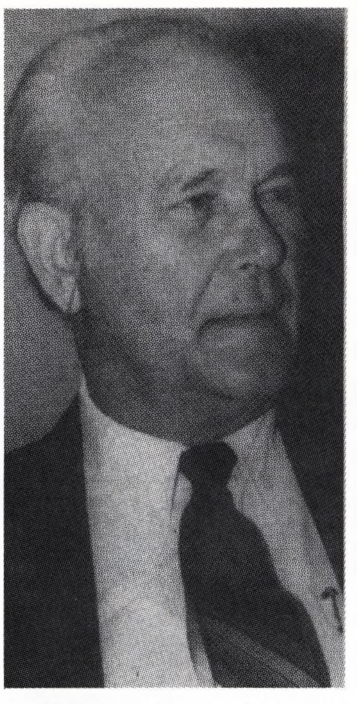
Die meisten dieser kleineren Länder verfügen nicht über die notwendige Industriebasis, um die in der heutigen Welt benötigten Fertiggüter zu erzeugen.

Das Größte, was man in jedem dieser Länder haben kann, ist eine Franchise (Alleinverkaufsrecht) mit einer ausländischen Firma – ob sie in den Vereinigten Staaten, Japan oder Europa ansässig ist –, um seine Produkte auszubeuten. Das ist es, was ein LDC regiert. Wenn man eine dieser Franchisen hat, wird man automatisch Millionär. Hat man sie nicht, steht man draußen vor der Tür.

Man wird feststellen, daß die meisten führenden Persönlichkeiten in den weniger entwickelten Ländern und die Politiker, die sie ernennen, auch das große Alleinverkaufsrecht haben.

Diese Länder haben keine starke ideologische Neigung. Wenn es in einem dieser Länder zu einem coup d'etat kommt – und diese kommen nur zu häufig vor –, dann ist die Hauptursache dafür in den beiden Seiten vernichtenden Schlachten, in denen es darum geht, wer welche Franchisen und wer welches Geld bekommt, zu suchen. Außerdem profitieren die Waffenfabrikanten im Ausland von diesen Vernichtungsschlachten.

Es gibt offensichtliche Mittel und Wege, diese internen Konflikte in den weniger entwickelten Ländern aufzurühren. Es gibt Mittel und Wege, Kriege vom Zaun zu brechen.



L. Fletcher Prouty war während der Kennedy-Regierung für die Bereitstellung von militärischer Unterstützung für die verdeckten Operationen des CIA verantwortlich.

Sie führen aus, daß Kriege nicht um der Profite willen, sondern auch um der politischen Macht willen geführt werden.

Prouty: Dies ist ein Beispiel dafür, wie das in einem dieser Länder der Dritten Welt funktioniert. Es ist überall in der Welt wieder und wieder geschehen. Es ist eine typische Erscheinung, daß Einheiten des Militärs im Lande, die loyal zur Führung des Landes stehen, über Nacht in ein Dorf innerhalb des Landes einfallen und ihr Bataillon aufteilen. Eine Hälfte des Bataillons spielt die Rolle einer »kommunistischen Rebellen-Streitmacht«, die das Dorf angreift, Gebäude in Flammen setzt, Brücken in die Luft sprengt und vieles mehr.

Es geht nur um Profite, Zinsen und Geld

Dann, um die Morgendämmerung herum, kommt die andere Hälfte, die »Regierungsstreitkräfte«, ins Dorf und nimmt alle diese »Kommunisten« gefangen. Sie bringen es sogar fertig, einige dieser »kommunistischen Führer« vor den Augen der Dorfbewohner an die Wand zu stellen, sie mit Platzmunition zu »erschießen« und ihre »Leichen« hinten auf einen Lkw zu werfen. Dann verschwindet der ganze Haufen wieder.

Der Führer der »Regierungstruppen« bleibt unter Umständen zurück und bildet den örtlichen Häuptling aus, wie er das Gebiet leiten soll. Auf genau diese Weise stürzte General Edward Lansdale, der große militärische Einsatzleiter des CIA in Südost-Asien, die Regierung der Philippinen.

So werden die LDCs von militärischer Seite behandelt, aber sie erfahren eine sogar noch brutalere Behandlung von seiten der Banken. Die meisten dieser LDCs exportieren nicht genug Güter, um die Zinsen auf die Darlehen, die sie bei den Großbanken angehäuft haben, zu bezahlen.

Im wesentlichen ist die Dritte Welt also ein Hafen für die internationalen Banker und ihre Intrigen, und der CIA ist zu deren Vollstreckungsarm geworden. Die Großfirmen gewähren von ihnen bevorzugten politischen Führern Alleinverkaufsrechte und plündern dann die Rohmaterialien der LDCs aus. Die Banker finanzieren beide Seiten, und der örtliche Diktator und seine Spießgesellen profitieren von den Alleinverkaufsrechten.

Dann gewähren die Länder des Westens vom Steuerzahler finanzierte Auslandshilfe, um sicher zu gehen, daß die Länder der Dritten Welt die Zinsen auf Darlehen zahlen können, die gewährt wurden, um das ganze Szenario in Gang zu setzen.

Prouty: Das ist richtig. Es gibt nämlich eine Klausel im Gesetz über Auslandshilfe, die jedesmal herangezogen wird, wenn der amerikanische Kongreß die Genehmigung zur Auslandshilfe erneuert. Sie lautet etwa so: Die Dollar der Auslandshilfe müssen durch eine amerikanische Firma ausgegeben werden, vorausgesetzt, daß diese Einrichtungen in dem Land unterhält, das Auslandshilfe bekommt.

Die Spielchen mit der Auslandshilfe

Ein Geschäftemacher kann also in ein Land hineingehen und dafür sorgen, daß etwas Bestimm-

tes getan wird: Zum Beispiel die Entwicklung einer Firma, die Schaufeln herstellt, die für Bauarbeiten benötigt werden. Sie treffen mit bestimmten Leuten in dem betreffenden Land zusammen und arbeiten ein Abkommen aus, das Geld zu beschaffen, um die Fabrik bauen zu können. Die Firmeninhaber gehen dann zu einer westlichen Großbank, und diese weiß, daß sie für ein Darlehen gut sind. Die Bank verlangt jedoch zuerst, daß sie zur Zentralbank des Landes gehen, wo die Fabrik gebaut wird und diese dazu bewegen, das Darlehen im Namen des betreffenden Landes zu indossieren. Was dann beginnt, ist, daß die örtlichen Ganoven an sich und ihre Kumpels riesige Gehälter auszahlen, sich dann für bankrott erklären und vor dem Darlehen davonlaufen.

Das Land, welches das Darlehen gegengezeichnet hat, und die westliche Bank verlangen jedoch, daß das Land das Darlehen auszahlt.

Können Sie sich vorstellen, was das bedeutet, wenn solche Dinge überall in der Welt immer und immer wieder geschehen.

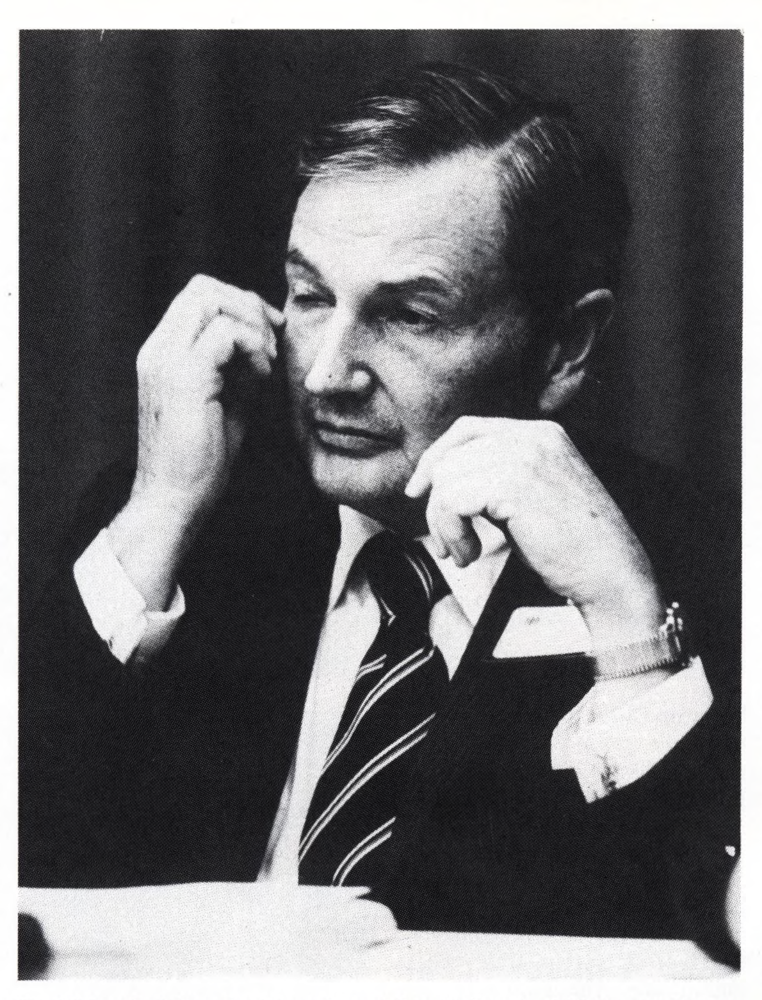
Würden Sie sagen, daß diese Debatte über »Kommunismus gegen Kapitalismus« von Anfang an nur ein Deckmantel war –, daß die große Debatte in Wirklichkeit um Geld geht?

Prouty: Das ist richtig. Vietnam und der Krieg, den wir dort führten, ist ein gutes Beispiel. Was mich an Vietnam am meisten stört ist, daß die sogenannte Vietnam-Generation ihre Augen gegenüber einem Vietnam öffnet, von dem sie nie etwas gehört hat.

Die No-win-wars im Fernen Osten

Nur wenige Leute wissen, daß der erste Amerikaner im September 1945 in Vietnam im Kampfe fiel. Es ist das Jahr, in dem die Japaner vor General Douglas MacArthur kapitulierten.

Wir waren bereits in Vietnam verwickelt. Wir waren die ganzen zehn Jahre hindurch bis zu dem Zeitpunkt, als das Land geteilt wurde, und die Franzosen im Mai 1954 die Schlacht um Dienbienphu verloren, in Vietnam verwikkelt. Wir halfen seinerzeit den Franzosen und gaben über drei Milliarden Dollar an Hilfsleistungen für die Franzosen aus. Als die Franzosen besiegt worden waren, riß Ho Chi Minh das ganze Kriegsgerät an sich, so daß er es gegen den Westen verwenden konnte.



David Rockefeller dankte seinen Mitarbeiter der Filiale der Chase Manhatten-Bank in Moskau, daß das Geschäft während der ganzen Jahre der sowjetischen Herrschaft geöffnet war.

Die Vereinigten Staaten brachten im Juni 1954 Ngo Dinh Diem in Südvietnam an die Macht. Von da an bis 1965 fanden in ganz Vietnam unter der Einsatzleitung des CIA – nicht des Militärs – militärische Operationen statt.

Wo waren Sie während des Korea-Konflikts? Was ist ihre historische Perspektive zu dem, was in Korea geschah?

Prouty: Von 1952 bis 1953 war ich der militärische Kommandeur des Internationalen Flughafens Tokio, als die Vereinigten Staaten Japan immer noch besetzt hielten. Als die Besetzung vorüber war, wurde ich Kommandeur eines schweren Transportgeschwaders, das zweimal pro Tag Maschinen nach Korea, nach ganz Südost-Asien und nach Saudi-Arabien hineinflog.

Der Korea-Krieg war ganz entschieden ein No-win war, also ein Krieg, der nicht gewonnen werden konnte und durfte. Die Beweise dafür liegen auf der Hand. Wenn man weiß, daß der Präsident der USA zu einem kommandierenden General sagte, er dürfe keine militärische Taktik anwenden, um den Krieg zu gewinnen – wie MacArthur in Korea gesagt wurde –, dann ist es halt ein Krieg, der nicht gewonnen werden darf.

Die Tricks des kalten Krieges

Das Gleiche geschah im Vietnam-Krieg. Keinem einzigen General dort wurde von seinem Präsidenten gesagt, nach vorne zu marschieren, um den Krieg zu gewinnen.

Schon vor Ende des Zweiten Weltkriegs war die Maschinerie zum Beginn des Kalten Krieges – Kommunismus gegen Kapitalismus – und für den darauf folgenden »No-win-war« bereits an Ort und Stelle.

Prouty: Wir bereiteten uns bereits auf den Bruch mit unseren sowjetischen »Verbündeten« vor, nicht wahr?

Viele Leute sind sich über den Ursprung des Kalten Krieges im Unklaren. Als Chefpilot für Transporteinsätze, der im September 1944 in Kairo stationiert war, erhielt ich den Befehl, 37 Maschinen ins nördliche Syrien zu bringen.

Ein Güterzug kam aus Rumänien, durch die Türkei, und unmittelbar südlich der Türkei war ein Gebiet, wo diese Eisenbahnlinie endete. Der Güterzug hielt an, über 750 amerikanische Kriegsgefangene, die an Bombenangriffen teilgenommen hatten, wurden freigelassen, und wir flogen sie zurück.

Wir stellten jedoch fest, daß sich unter diesen Kriegsgefangenen einige Fremde befanden, die der englischen Sprache nicht mächtig waren. Das amerikanische OSS (Office of Strategic Services, der Vorläufer der CIA) hatte nämlich Geheimdienstexperten der Nazis aufgegriffen, die Akten über Osteuropa um das Schwarze Meer herum und über Südukraine besaßen, und brachte sie zusammen mit den Kriegsgefangenen heraus.

Sie sehen also, daß wir bereits im September 1944 Aktionen gegen die Sowjets unternahmen, die damals gen Berlin marschierten, um Adolf Hitler zu besiegen. Erst im Mai 1945 kapitulierten die Deutschen.

Glauben Sie, daß die damaligen internationalen Mächte sowohl in der Sowjetunion als auch in den Vereinigten Staaten Einfluß hatten und sowohl den sowjetischen KGB als auch den amerikanischen CIA anspornten, diesen sogenannten Kalten Krieg vom Zaun zu brechen?

Prouty: Zweifellos. Mehr und mehr, jeden Tag, erkennen wir dies. In meinen Akten habe ich einen Brief von David Rockefeller aus dem Jahre 1977, in dem er

Weltereignisse werden von »Hoher Kabale« gesteuert



Winston Churchill sprach offen über die »Hohe Kabale«, die den Politikern die Regierungspolitik diktiert.

seinen Bankangestellten dafür dankte, daß die Chase Manhattan Bank seit 1927 – 50 Jahre zuvor – jeden einzelnen Tag in Moskau eine Filiale in Moskau unterhalten hatte.

Der Dank David Rockefellers

Das war durch die ganze Zeit des »bösen Imperiums« hindurch der Fall. Viele der großen Firmen waren daran beteiligt – die Ölgesellschaften, die Elektrizitätsgesellschaften und viele andere. Der sogenannte ideologische Unterschied fiel dabei ganz einfach unter den Tisch. Es bedurfte nicht der Atombomben und der Billionen von Dollar, die ausgegeben wurden, um der sowjetischen Bedrohung entgegenzutreten, um den Kalten Krieg zu beenden. Unser »Gegner« war von innen heraus zusammengebrochen.

Während der Nixon-Regierung stellte nämlich eine Gruppe von leitenden amerikanischen Geschäftsleuten einen Bericht mit der Überschrift »Business Looks at 1990« zusammen. Sie kamen zu der Schlußfolgerung, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion 1990 zusammenkommen würden, und dies ist ja auch geschehen.

In Ihrem Buch beschreiben Sie einen Fall, der darauf schließen läßt, daß es tatsächlich eine »Hohe Kabale« – Gruppe von einflußreichen Intriganten – gibt, die sowohl der amerikanischen als auch der sowjetischen Regierung in wichtigen politischen Dingen ihr Diktat auferlegten. Bitte sagen Sie uns etwas dazu.

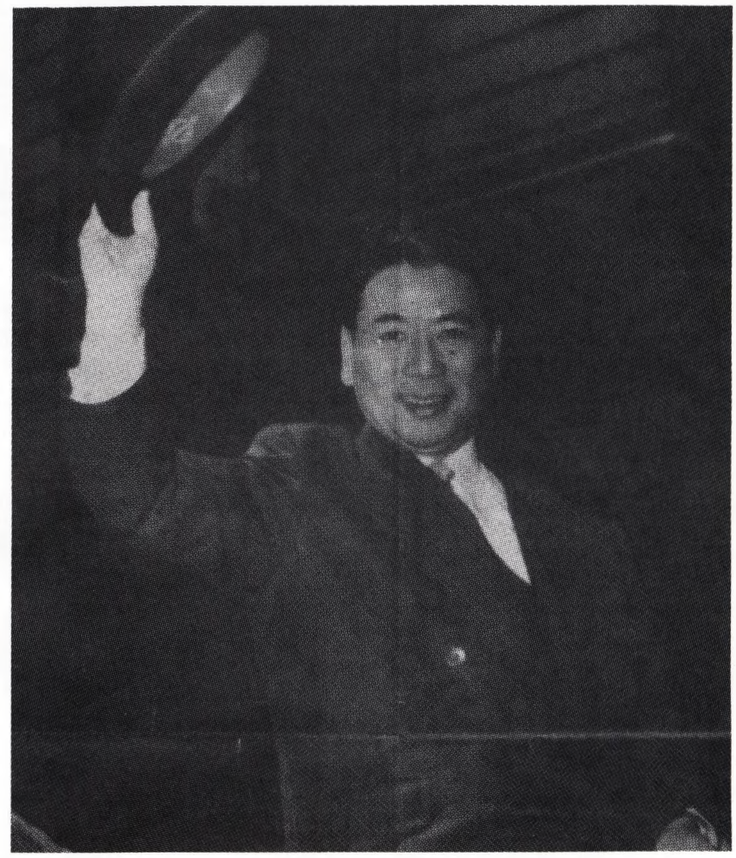
Prouty: Zu jener Zeit – während der Regierung Eisenhowers – war ich Leiter der Sondereinsätze für die Air Force und später für die Joint Chiefs of Staff, während der Kennedy-Regierung. Dies bedeutete, daß ich dafür verantwortlich war, für die geheimen, verdeckten Operationen des CIA militärische Unterstützung bereitzustellen.

Die Kräfte, die wirklich Politik machen

Eines Nachts rief mich der Stabschef der Air Force an und sagte mir, es gebe ein schwerwiegendes Problem. Eine Transportmaschine sei von den Sowjets abgeschossen worden und in der Nähe der Ölfelder im Kaukasus niedergegangen. Mir wurde befohlen, mich zur Wohnung des Leiters des CIA, Allen Dulles, zu begeben.

Ich fuhr dorthin. Er sagte mir, worin das Problem bestand: Seit rund 18 Stunden behaupteten die Sowjets, sie hätten ein amerikanisches Flugzeug abgeschossen, das ihre Grenze überflogen habe; aber die Vereinigten Staaten bestritten, daß eine Maschine vermißt wurde. Der Leiter des CIA, Dulles, und sein Bruder, der amerikanische Außenminister, John Foster Dulles, hätten große Mühe, dies dem Präsidenten Dwight Eisenhower zu erklären.

Ich sagte ihnen, ich müsse erst zum US-Verteidigungsministerium gehen. Von dort aus setzte ich mich über ein geheimes Telefon mit einem Mann des Militärs in Deutschland in Verbindung, und wir sprachen eine Weile miteinander. Ich erfuhr, daß die Maschine eine DC-6 war, die dem Leiter des CIA, Dulles, als dessen persönliche Privatmaschine zugeteilt worden war.



Ngo Dinh Diem wurde vom CIA zum Präsidenten von Süd-Vietman gemacht.

Dulles hatte die Maschine dem stellvertretenden Leiter des CIA, General Charles Cabell, ausgeliehen, damit dieser an einer Sitzung in Deutschland teilnehmen konnte. In Übereinstimmung mit dem Plan hatte Cabell sie einem der Spitzenleute des Geheimen Spionageflugzeug-Projekts U-2 ausgeliehen. Diese

U-2-Männer befanden sich auf dem Weg zu einem U-2-Stützpunkt in Pakistan. Unterwegs machten sie einen Fehler, flogen in sowjetisches Territorium hinein und wurden von sowjetischen Jägern zur Landung gezwungen.

Die Frage lautet, wie wir nun Männer – die sich noch an Bord befanden – aus der UdSSR herausbekommen konnten, mit einer Maschine, die mit streng geheimen Informationen über das U-2-Programm beladen war.

Als ich zu Allen Dulles zurückfuhr und ihm im einzelnen mitteilte, was geschehen war, wurde er kreidebleich im Gesicht. Wir beschlossen, am nächsten Morgen mit Außenminister Dulles zusammenzutreffen.

Am darauffolgenden Morgen begaben wir uns zur Wohnung des amerikanischen Außenministers, wo der Stabschef der Air-Force zusammen mit dem Verteidigungsminister wartete. Wir wollten uns darüber einigen, wie wir die Nachricht dem Präsidenten Eisenhower beibringen sollten.

Beweis für eine geheime Intrige

Im Verlauf dieser Ereignisse stand John Foster auf, ging zu seinem Bücherregal in der Bibliothek, wo wir saßen, nahm den Höhrer eines weißen Telefons ohne Wählscheibe auf und sagte: »Geben Sie mir bitte den und den«, wobei er einen russischen Namen nannte. In zwei oder drei Minuten sprach er mit einem Russen, der offensichtlich nicht der sowjetischen Regierung angehörte. Sie berieten, was sie im Zusammenhang mit dieser Maschine tun sollten. Schließlich wandte sich John Foster Dulles an mich und sagte: »Prouty, können Sie veranlassen, daß ein Flugzeug diese Männer in zehn Tagen abholt?« Er nannte dabei einen Ort an der russischen Grenze.

Er sprach noch etwas länger mit dem Russen und damit war die Sache beendet. Wir holten die Männer ab, wie Dulles verlangt hatte, und die Geschichte wurde niemals öffentlich bekannt.

Dies verdeutlicht mehr als alles andere, daß es tatsächlich eine Kabale auf hoher Ebene gibt – die außerhalb und oberhalb der Regierung operiert. Es beweist, daß mehr an dem Kalten Krieg – und dem Krieg im allgemeinen – dran war, als einem ins Auge sticht.

Die USA brauchen den Feind

Sie wissen, als John F. Kennedy ins Weiße Haus kam und eine neue Mannschaft in das US-Verteidigungsministerium brachte, befanden sich mehr Akademiker und Doktoren der Philosophie darin, als das Ministerium jemals gesehen hatte. Es war das erste Jahr, in dem der amerikanische Militär-Haushalt 50 Milliarden Dollar überschritt.

Ich erinnere mich, mit Ed Katzenbach, einem der »Weisen« des US-Verteidigungsministeriums, zum Mittagessen gegangen zu sein. Sein Bruder war der stellvertretende Generalstaatsanwalt Nicholas Katzenbach, unter Generalstaatsanwalt Robert Kennedy. Ich sagte: »Was um Himmels willen machen Sie mit 50 Milliarden Dollar?«

Während dieses Gesprächs tauchte die Frage auf, was passieren würde, wenn es keinen Krieg zu führen gibt und der Friede offiziell erklärt wird. Es war eine Frage, die im ganzen US-Verteidigungsministerium diskutiert wurde.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die meisten Länder können sich ohne einen Feind und ohne Kriegsdrohung nicht zusammenhalten. Der Kalte Krieg hat die Vereinigten Staaten rund sechs Billionen Dollar gekostet. Der Kalte Krieg war ganz bestimmt ein einträgliches Geschäft.

Vietnam kostete irgendwo zwischen 220 Milliarden Dollar an direkten Kosten und 500 Milliarden Dollar an Gesamtkosten. Wir schickten 550000 Männer nach Vietnam, ließen dort 55000 zurück und gewannen nichts dabei. □





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE veröffentlicht Beiträge, die urheberrechtlich geschützt sind. Mit Namen gezeichnete Beiträge stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung und Auffassung des Verlages und der Redaktion überein; hierfür liegt die Verantwortung beim Autor. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf (abgesehen von den Ausnahmefällen der §§ 53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.
Alle Informationen und Berichte stammen aus zuverlässigen Informationsquellen, sind mit Sorgfalt recherchiert und werden veröffentlicht nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr. Verantwortlich für den Inhalt sind die jeweilig zuständigen Redaktionen in Washington und Leonberg.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

USA

Heuchler und Doppelmoralisten regieren die Welt

Günther Gantschow

Alleine die ersten beiden Monate dieses Jahres haben eindrucksvoll aufgezeigt, wie berechtigt die zunehmende Staatsverdrossenheit in weiten Teilen der Bevölkerung ist. Denn fast jeder westliche Staat wird derzeit von Heuchlern und Doppelmoralisten regiert. An vorderster Stelle muß dabei der amerikanische Ex-Präsident George Bush genannt werden. Er hat wie bislang noch kein anderer die Doppelmoral zu seiner Regierungsmaxime erhoben.

Dies kennzeichnen am besten die Vorfälle im Irak und in Bosnien-Herzegowina. Ohne ein UNO-Mandat zu haben, schufen die sogenannten Golfalliierten unter Führung der USA im Norden und Süden des Iraks eine sogenannte Sicherheitszone, einmal für Schiiten und einmal für Kurden, und verhängten ein irakisches Flugverbot über diese Zonen. Hierfür gibt es allerdings nicht die geringste völkerrechtliche Basis. Als irakische Flugzeuge mehrfach in die südliche »Flugverbotszone« eindrangen, wurden dann kurzerhand welche abgeschossen.

Die doppelte Moral der US-Politik

Kurz darauf drangen unbewaffnete irakische Männer in die ebenfalls nach dem Golfkrieg völkerrechtswidrig dem Irak abgenommene und den Kuwaitis zugesprochene Hafenstadt Umm Kasr ein, die bislang der einzige Hafen des Iraks am Persischen Golf war. Komisch: Im Konflikt des ehemaligen Jugoslawien hatten die USA und die UNO die Serben noch aufgefordert, die eroberten bosnischen und kroatischen Gebiete zurückzugeben, da das Völkerrecht die Okkupation fremden Landes verbiete! Wieso gilt das gleiche nicht auch im Irak-Kuwait-Konflikt?

Dennoch verdummten sich die Medien und die regierungsamtlichen Stellen nicht davon zu sprechen, daß die Iraker auf »kuwaitisches Gebiet eindrangen«. Umm Kasr ist ebensowenig kuwaitisch wie Schlesien polnisch ist! Zudem hatte der UNO-Sicherheitsrat den Irakern ausdrücklich erlaubt, bis zum 15. Januar dieses Jahres die im kuwaitischen Teil Umm Kasrs lagernden Materialien abzuholen. Nur hätten sie die dort stationierten UNO-Soldaten informieren müssen, was jedoch nicht geschah.

Obwohl dieses »Eindringen« und der Abtransport der dort gelagerten irakischen Materialien ohne Waffengewalt vor sich ging und von dort stationierten UNO-Truppen sogar noch beobachtet wurde, ohne daß diese eingriffen, und nicht ein einziger Mensch durch das Vorgehen der Iraker zu schaden kam, ließen die USA, Großbritannien, Frankreich und bezeichnenderweise auch Rußland die Muskeln spielen. Die dreierstgenannten Staaten schickten dann am 13. Januar auch ein aus 100 Maschinen bestehendes Bomberkommando los, das sechs Ziele im Irak bombardierte. Dabei sollen 19 Menschen getötet und 15 weitere verletzt worden sein.

Doch damit nicht genug: Nur wenige Tage später folgten zwei weitere Angriffe auf Ziele nahe der südlichen und nördlichen Sicherheitszone und sogar auf die Hauptstadt Bagdad. Dies alles, ohne daß die USA hierfür ein Mandat der UNO hatten. Begründet wurde der Angriff auf Bagdad damit, daß eine am Stadtrand gelegene Fabrik vernichtet werden mußte, weil die Iraker dort an ihrem Atomprogramm arbeiteten. Dabei gab selbst die Internationale Atom-Energie-Behörde bekannt, die das Gebäude regelmäßig inspizierte, daß dort ausschließlich Maschinenteile für den Wiederaufbau des Landes produziert wurden. Zwar sei es theoretisch möglich, diese Fabrik wieder umzurüsten, nur hätte dies angesichts der vielen Inspektionen gar nicht unbemerkt geschehen können. Insgesamt fielen den Angriffen der Amerikaner und ihrer Verbündeten mindestens 30 Menschen zum Opfer, darunter sehr viele Zivilisten.

Wahllose Bombardierung der Golfalliierten

Das sind die gleichen Staaten, die es zulassen, daß alleine seit Mitte des vergangenen Jahres knapp 200000 Menschen im ehemaligen Jugoslawien durch serbische Mörderbanden zum Teil bestialisch umgebracht worden sind. Folter, Todeslager, Massenvergewaltigungen, die grausame Tötung von Babys und Kindern und und und reichten nicht aus, die Völkergemeinschaft endlich aktiv werden zu lassen. Ja, man lieferte den Bosniern und Kroaten noch nicht einmal Waffen, damit diese sich selbst verteidigen können.

Die UNO als Papiertiger

Die USA erklärten in erster Linie sei es Aufgabe der NATO, vor ihrer Haustür für Ruhe zu sorgen. Die Briten und die Franzosen hielten ungeachtet aller diesmal objektiv beweisbaren serbischen Greuel an ihrer früheren Freundschaft zu den Serben fest, hielten hunderte von Konferenzen ab, bei denen absolut nichts rauskam.

Die UNO entpuppte sich ebenfalls als Papiertiger. Sie war noch nicht einmal in der Lage, die eingeschlossene Bevölkerung Sarajevos mit Lebensmitteln, Medizin und Kleidung zu versorgen. Wurde auf eins der Hilfsflugzeuge geschossen, wurden die Flüge sofort eingestellt. Nur ein einziges Mal wurde von ihnen zurückgeschossen. Was sind UNO-Truppen überhaupt wert, wenn sie doch nichts tun und bei der ersten Schwierigkeit, salopp ausgedrückt, den Schwanz einziehen? Dann können sie gleich zu Hause bleiben!

Dies verdeutlicht auch ein anderer Vorfall. Mitte Januar wurde der stellvertretende bosnische Premierminister Hakija Turajlic vor den Augen französischer UNO-Soldaten durch serbische Freischärler ermordet. Der Vizepremier befand sich zum Zeitpunkt der Ermordung in einem Schützenpanzerwagen der französischen Blauhelm-Truppen und stand damit unter dem Schutz der UNO. Turajlic hatte den Schutz der UNO-Soldaten angefordert, um eine ausländische Delegation auf dem Flughafen Sarajevos begrüßen zu können.

Auf der Rückfahrt vom Flughafen in die Innenstadt wurde der UNO-Konvoi von zwei serbischen Panzern und rund 40 Milizionären gestoppt. Nach einer halben Stunde sei vom nahegelegenen UNO-Hauptquartier der französische Oberst Patrice Satre zu Verhandlungen mit den Serben geschickt worden.

An dem Kontrollpunkt entwickelte sich eine heftige Diskussion. Nach einstündiger Verhandlung habe ein serbischer Milizionär plötzlich den französischen Offizier angerempelt und mit dem offenkundigen Wissen, daß im Panzerwagen der bosnische Vizepremier saß, die Tür geöffnet und mehrmals auf Turajlic geschossen. Der bosnische Politiker war auf der Stelle tot.

Der bosnische Vizepräsident Ejup Ganic warf der UNO Versagen vor: »Dieses Attentat geschah in einem Panzerwagen der UNO, auf einer von der UNO

kontrollierten Straße und unter dem Schutz von UNO-Offizieren. Für diese Tragödie sind allein die Vereinten Nationen verantwortlich.«

Ein barbarischer Terrorakt

Was macht die UNO? Der Sicherheitsrat verurteilte die Ermordung des bosnischen Vizepremiers lediglich als »barbarischen Terrorakt«. Die Erschießung eines Mannes, der unter dem Schutz der UNO stehe, stelle eine »schwere Verletzung internationalen humanen Rechts dar«. Und das war's!

Man stelle sich nur einmal vor, die Iraker hätten einen unter dem Schutz der UNO befindlichen hohen schiitischen oder kurdischen Offiziellen erschossen. Die vier Angriffe von Mitte Januar wären ein Klacks gegen das gewesen, was dann geschehen wäre. Aber das beweist mal wieder die Richtigkeit des alten Sprichworts, daß, wenn zwei das gleiche tun, dies noch lange nicht dasselbe ist. Doch auch sonst ist es schwer erträglich, wie sehr die Amerikaner zwei Maßstäbe anlegen.

So wäre es für die Präzisionswaffen besonders der Amerikaner nicht die geringste Schwierigkeit gewesen, serbische Flugplätze zu zerstören. Dies hätte entweder von Kriegsschiffen oder mit dem Einsatz mehrerer Bomberstaffeln geschehen können. Angesichts der insgesamt unzureichenden Luftabwehr der Serben wäre dies auch mit einem nur geringen Risiko behaftet gewesen. Schließlich hatte Bush erklärt, um dem irakischen »Aggressor« Saddam Hussein Einhalt zu gebieten, nehme er notfalls auch den Tod von amerikanischen Soldaten in Kauf.

Aber in Bosnien ging es ja »nur« um Menschen und dazu noch Moslems. Also bestand doch kein Grund, hier ernsthaft einzuschreiten.

Aber, so lauten die Einwände, schließlich halfen die Amerikaner auch in Somalia. Erstens wollten sich die USA dort Einfluß beschaffen und außerdem ist das Land aus strategischen Gründen wichtig – warum schicken sie denn keine Hilfstruppen etwa nach Äthiopien? –, und zum zweiten ist es ein insgesamt recht gefahrloses Abenteuer. Zwar wurde auch hier bislang ein US-Soldat getötet, dennoch war die »Kosten-Nutzen-Relation« von vorneherein sehr positiv anzusetzen. Anders als in Restjugoslawien, wo es bei weitergehenden als nur Luftaktionen durchaus zu mehr Opfern hätte kommen können. Also werden stalinistische Heere einfach geduldet.

Das ist der gleiche Bush, der bedauernd in die Kameras blickend erklärte, der neuerliche Militärschlag gegen den Irak wäre ihm sehr, sehr schwer gefallen. Aber er hätte sein müssen.

Das ist der gleiche Bush, der es tatenlos hinnahm, wie sich die Israelis Monat für Monat und Jahr für Jahr in schönster Regelmäßigkeit über UNO-Resolutionen hinwegsetzten, zuletzt bei der Ausweisung von 415 Palästinensern. Hier war kein wirklich hartes Wort gegen den Judenstaat zu hören, lediglich in windelweiche diplomatische Vorwürfe gekleidete Bitten, sich doch mal zu überlegen, ob es nicht eine andere Möglichkeit gebe. Grundsätzlich gilt: Wenn Israel gegen UNO-Resolutionen verstößt, dann hüsteln die USA vielleicht etwas, wirkliche Konsequenzen brauchen sie aber nicht zu befürchten.

Das ist der gleiche Bush, der rund einen Monat vor dem Ende seiner Präsidentschaft kurzerhand Ex-Verteidigungsminister Caspar Weinberger und fünf andere wegen des Iran-Contra-Skandals angeklagte Ex-Regierungsbeamte begnadigte. Diese Aktion war, zumindest offiziell, noch nicht einmal mit dem neugewählten amerikanischen Präsidenten Bill Clinton abgestimmt.

»Bush mordet – Clinton feiert«

Aber die Begnadigung machte Sinn! Wie von gut informierter Seite zu erfahren war, hätte besonders Weinberger Bush mit seiner Aussage sehr stark belasten können. Dieser soll nämlich weitaus stärker in den ganzen Skandal verwickelt sein als offiziell bekannt. So sagte dann auch Sonderstaatsanwalt Walsh, es bestehe der Verdacht, daß Bush relevante Dokumente »illegal zurückgehalten hat«. Und Staatsanwalt James Brosnahan, der in der Hauptverhandlung gegen Weinberger als Ankläger hätte fungieren sollen, sagte, Bush habe Weinberger möglicherweise amnestiert, um nicht als Zeuge auftreten zu müssen.

Die wahren Absichten an dem völkerrechtswidrigen Vorgehen gegen den Irak, das eigentlich zu einer Kriegsverbrecherklage gegen Bush führen müßte, sind rein persönlich. Bush wurmte es, daß Saddam Hussein heute in Arabien stärker als je ist und ihn politisch überlebt. Also wollte er ungeachtet aller negativen Konsequenzen für den Westen durch das sadistische und jeden Maßstab vermissende Vorgehen gegen den Irak Clinton zwingen, den Weg der Konfrontation mit Hussein weiterzugehen. Führende Berater und auch der Generalstabschef des US-Militärs, der Farbige Powell, sprachen sich dann nach inoffiziellen Meldungen auch bereits für eine weitere Eskalation am Persischen Golf aus.

Was Politiker nicht zulassen

Apropos der Beraterstab Clintons: Er spielt sich immer als Freiheitsapostel und Kämpfer für eine freiheitliche, soziale Wirtschaftsordnung aus. Wie verträgt sich dies aber mit folgendem: Die frischgebackene Vorsitzende des Beraterstabs für Wirtschaftsfragen Clintons, Laura D'Andrea Tyson, schrieb 1986 in einer Abhandlung über das damals noch vollkommunistische Osteuropa: »Das Erreichen eines rapiden Wirtschaftswachstums, die großen Fortschritte bei der Industrialisierung, die Verwirklichung sozialer Ziele wie Arbeitsplatzsicherheit und eine faire Einkommens-Verteilung – das alles sind bedeutende Erfolge der sozialistischen Ideologie.« Kommentar überflüssig!
Genauso seltsam ist auch, daß Clinton an den Anfang seiner Feierlichkeiten zu seinem Amtsantritt (Kritiker sagen: »Bush mordet – Clinton feiert«) gerade eine große Gedenkfeier für den Neger Martin Luther King stellte. Damit ehrte Clinton aber einen Mann, dem es, genauso wie Mandela, nur vordergründig um Freiheit und Gleichberechtigung ging, der in Wirklichkeit aber ein anderes System anstrebte. Ein Mann, der Nächstenliebe und Gewaltlosigkeit predigte, gleichzeitig aber seine Frau betrog und schlug.
Die nächste Heuchelei spielte sich in Deutschland ab. Nach heißen Bonner Insider-Informationen soll es sich nämlich bei der Ausreise Honeckers um ein »Gentlemens-Agreement« gehandelt haben.

Jedem war klar, daß der frühere Staats- und Parteichef der DDR beziehungsweise der SED sehr, sehr viele peinliche Dinge über hohe und höchste bundesdeutsche Politiker weiß. Man braucht nur das Buch des vor einigen Jahren von dem ehemaligen, nach Westdeutschland geflüchteten Honecker-Berater Hermann von Berg, »Die vorbeugende Unterwerfung«, zu lesen, und schon kann man sich denken, welche Brisanz in den DDR-Akten liegt. Eine Veröffentlichung dieser Akten hätte aber zu Skandalen, Serien-Rücktritten und vielleicht sogar zu einem Mini-Volksaufstand geführt. Besonders wären aber etliche Spitzenpolitiker ihrer Privilegien verloren gegangen. Und dies durfte nicht sein!
Das Ergebnis war dann ganz einfach: Man sorgte für eine Scheinanklage – denn die deutsche Justiz ist alles andere als wirklich unabhängig; dies ist nur der schöne Schein, der dem dummen Volk vorgegaukelt wird –. Schon vorher in Rußland ließ man »offizielle« Ärzte-Atteste erstellen, daß Honecker schwer an Leberkrebs erkrankt sei und man ihm noch fünf Monate gebe – wer erinnert sich denn heute noch daran, daß das erste offizielle russische Ärzte-Kommunique lautete, daß es keinen Hinweis auf eine schwere Krebserkrankung Honeckers gebe; auch Professor Hackethal, der Honecker selber untersuchte, zweifelt an der Krebs-Diagnose; inzwischen haben auch die chilenischen Ärzte erklärt, nachdem zuvor einige der wichtigsten Krankenunterlagen verschwunden waren, daß Honeckers Krebserkrankung zwar ernst, aber nicht lebensgefährlich sei, und er damit noch lange leben könne –. □



Spiele in Guatemala

Die Trägerin des Friedensnobelpreises Rigoberta Menchu, eine führende guatemalische Indianerin vom Stamme Quiche, die für ihre Arbeit im Namen der unterdrückten Eingeborenenvölker geehrt wurde, sagte zu der israelischen Zeitung »Davar«: »In der Vergangenheit erhielt die guatemalische Armee sehr großzügige Hilfe von Israel. Unter anderem Computer und Kriegsgerät. Wenn die israelische Regierung diese Hilfe weiterhin gewährt, sagen wir: ›Genug. leisten Sie keine Beihilfe zur weiteren Verletzung der Menschenrechte in meinem Lande‹.«

Die Verleihung des Friedenspreises an Menchu hatte eine unmittelbare Auswirkung: Sie lenkte unwillkommene Aufmerksamkeit auf die schmutzige, aber umfangreiche Verwicklung der Israelis in Mittelamerika. Israels Haupt-Ausfuhrartikel in die Region sind Waffen, Ausbildung im Geheimdienstwesen, zur Bekämpfung von Terrorismus, zur Beherrschung von Volksmengen, zur Unterdrückung von Minderheiten und Dissidenten sowie Folterung.

Die Aktivitäten der Israelis in dieser Region über die Jahre hinweg waren eng mit der amerikanischen Politik verflochten. In einigen Fällen handelte Israel als Stellvertreter der USA; in anderen ging Israel seiner eigenen Tagesordnung nach – wie in Panama, wo der Mossad damit beschäftigt war, Manuel Noriega zu bewaffnen, zu beschützen und zu beraten, sogar noch als amerikanische Truppen im Dezember 1989 in Panama einmarschierten. Während die USA eifrig dabei waren, Regierungen zu stürzen und freundliche Regime einzusetzen, ging es Israel um Profite.

Das Mitglied der israelischen Knesset und ehemaliger Leiter des militärischen Geheimdienstes, General Matityahu Peled, wird von Andrew und Leslie Cockburn in ihrem Buch »Dangerous Liaison« wie folgt zitiert: »In Mittelamerika ist Israel der Unternehmer für ›schmutzige Arbeit‹ für die US-Regierung. Israel handelt als Komplize und verlängerter Arm der Vereinigten Staaten.« Aber ein guatemalischer Regierungsbeamter lobte die Israelis für ihre Bereitschaft, bei der brutalen Unterdrückung des Volkes in seinem Lande mitzuwirken. »Die Israelis lassen sich durch diese Menschenrechtssache nicht beeinflussen. Wir zahlen, sie liefern. Keine Frage, anders als die Gringos.«

Der guatemalische Führer und wiedergeborene Christ, General Ephrain Rios Montt, startete 1982 im Hochland einen Feldzug, um regierungsfeindlichen Rebellen eine Operationsbasis wegzunehmen. Dabei zerstörte er ganze Dörfer und Höfe und siedelte die Bevölkerung in sogenannte strategische Weiler um. Rios Montt erläuterte: »Wir erklärten den Belagerungszustand, so daß wir ganz illegal töten konnten.«

Israelische Berater planten diese Bemühungen und beteiligten sich selbst daran. Die guatemalische Botschaft in Washington ließ verlauten: »Von der israelischen Regierung entsandtes Personal beteiligte sich an den Umsiedlungs- und Anpassungsprogrammen für die Verschleppten, als ganze Dörfer verschwanden.«

Der israelische Oberstleutnant Amatzai Shuali, verantwortlich für die Ausbildung jedes höheren Offiziers in der guatemalischen Armee und persönlicher Leibwächter des Diktators, sagte jedoch zu einem anderen Israeli: »Mich kümmert es nicht, was Nichtjuden mit den Waffen machen. Die Hauptsache ist, daß Juden davon profitieren.«

In einem kürzlich in der überregionalen jüdischen Zeitung »Forward« erschienenen Artikel berichtet der Reporter Jeffrey Goldberg über seinen Besuch in Guatemala. Er schildert, wie er auf einer Straße, 36 km von El Salvador entfernt, von guatemalischen Soldaten angehalten wurde, deren drohende Gebärden ihnen in einem Wettbewerb um den Titel »Internationaler Soldat, der höchstwahrscheinlich auf Sie schießen wird, wenn Sie ihn scheel anschauen«, hohe Bewertungen einbringen würde. Was Goldbergs besondere Aufmerksamkeit erweckte, war: »Alle tragen Gali-Gewehre israelischer Herstellung. Die meisten Soldaten tragen auch die ephodim, eine Art Patronentasche israelischer Herkunft aus Webstoff. Sie bewegen sich im Streifenverband, der geradezu ›Made in Israel‹ schreit – der Zugführer benutzt sogar israelische Handzeichen, um sich mit seinen Männern zu verständigen.«

Repräsentanten der israelischen Regierung, die er im Lande interviewte, behaupteten alle, »landwirtschaftliche Berater« zu sein, obwohl alle das unverwechselbare Aussehen von ergrauten Kriegsveteranen hatten – »das Haar ganz kurz geschnitten, dichtanliegende Sonnenbrillen, große Armbanduhr, eindrucksvolle Haltung«. Goldberg erinnert sich an einen Kibbutznik, den er von früher her kannte, einen »Shoo-shoo«-Mann (ein Begriff zur Bezeichnung israelischer Geheimagenten und Militärberater), der behauptete, er sei früher »landwirtschaftlicher Berater« in Mittelamerika gewesen. Etwas unter Druck gesetzt, gab der Mann zu, er habe als militärischer Berater gedient und sei ein »Indianer-Bekämpfer« gewesen.

Goldberg verleiht seiner milden Überraschung darüber Ausdruck, daß Menchu den Nobelpreis bekommen hat. »Niemand scheint genau zu wissen, warum.

Ihre von einem Ghostwriter geschriebene Autobiographie ist ein halb-maoistisches Geschwätz; die andere Hälfte ein dick aufgetragener Bericht über die Brutalisierung ihrer Familie durch die Armee.« Es gebe Gerüchte darüber, sie sei anläßlich des 500. Jahrestags der Entdekkung Amerikas durch Kolumbus von den »ganz links« stehenden Mitgliedern des Nobel-Ausschusses für den Preis ausgewählt worden. □

Ariel Sharon: Juden sollen nach Israel kommen

Der ehemalige Minister für Wohnungsbau, Ariel Sharon, reiste zu einem »Privatbesuch« auf Einladung des französischen Zweigs der israelischen Herut-Partei nach Paris. Dort unternahm er einen Vorstoß für Juden, so schnell wie möglich nach Israel zu gehen, als Reaktion auf die angebliche Welle des Antisemitismus, »der sich in den letzten Jahren mit rasender Geschwindigkeit über die Welt ausgebreitet hat«, und der heute zu »einer der gefährlichsten Dinge geworden ist«.

Laut Sharon müssen Juden in der ganzen Welt fordern, daß Regierungen Razzien auf antisemitische Bewegungen durchführen, und sie sollten selbst nach Israel auswandern, dort ist »der einzige Ort in der Welt, wo Juden das Recht haben, sich zu verteidigen und über Mittel und Macht verfügen, dies zu tun«. Dies bedeute nicht, daß jeder Jude heute seine Koffer packen und nach Israel gehen sollte, da es auch eine wichtige Rolle zu spielen gebe, Israel »politisch und finanziell« zu unterstützen.

Wie die Zeitung »Le Monde« schreibt, vertritt Sharon die Ansicht, daß es zweifellos genug Platz in Israel für alle Juden gibt, um dort zu leben, selbst wenn alle auswandern würden. Die Zeitung legt nicht im einzelnen dar, welche arabischen Ländereien Sharon annektieren will, um diese Lebensraum-Politik in die Tat umsetzen zu können, obwohl er an anderer Stelle die Andeutung machte, daß Jordanien »der palästinensische Staat« sein sollte. □

PLO bemüht sich um Intervention des Vatikans im Nahen Osten

Die Palestine Liberation Organization (PLO) hat den Papst gebeten, eine Palästina-Kommission des Heiligen Stuhls, ähnlich wie die israelisch-vatikanische Kommission, die in diesem Jahr gebildet wurde, ins Leben zu rufen, gab das Londoner Büro der PLO bekannt. Afif Safieh, Leiter des britischen Büros der PLO, schrieb in einem Brief an Papst Johannes Paul II., eine solche Kommission werde benötigt, da

das Verhältnis zum Heiligen Stuhl »per Definition und Notwendigkeit eine Dreiecksbeziehung« – Vatikan, Israel und Palästina – sei.

Safieh, ein in Jerusalem geborener römischer Katholik, teilte in seinem Schreiben mit, seiner Ansicht nach sei es nicht ratsam, daß Israel und der Vatikan ihre Beziehungen wiederaufnehmen, bevor eine Lösung für den arabisch-israelischen Konflikt gefunden worden ist. Gespräche zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel, sagte er, würden »mit dem Friedensprozeß im Nahen Osten synchronisiert, so daß sie als stark benötigter Katalysator und Anreiz zur Friedensstiftung, nicht aber als verfrühte und unverdiente Belohnung dienen.

Safieh begrüßte die »aufrichtige Besorgnis des Papstes um das Elend des palästinensischen Volkes« und dankte ihm für seine »häufig zum Ausdruck gebrachte ... Unterstützung für die Selbstbestimmung der Palästinenser«. Ein Sprecher der PLO sagte, der Vatikan habe dem Brief eine vorläufige Antwort erteilt, lehnte es aber ab, weitere Einzelheiten zu nennen. □

Shubeilat über feige Gesetzgeber enttäuscht

»Ich war nicht verängstigt, aber ich war enttäuscht über die feigen Parlamentsmitglieder, die mich hängen ließen und den Mund hielten, obwohl sie die Wahrheit kannten«, sagte der jordanische Parlamentarier Leith Shubeilat in einem Interview mit dem Londoner »Independent«. Shubeilat wurde einem abgekarteten Prozeß unterzogen und zu 20 Jahren schwerer Arbeit verurteilt, dann von König Hussein begnadigt. Gegen ihn war Anklage wegen Verschwörung gegen den Staat, im Bündnis mit dem Iran, erhoben worden.

Wie die Zeitung berichtete, ist Shubeilat »als gemäßigter Islamist bekannt; er sei ein Mann, dem man einfach glauben muß, vor allem weil er in der Einfachheit seines Eigenheims verharre, wo der Islam sich als am wenigsten bedrohlich präsentiert«.

Unter Bezugnahme auf seine Festnahme und seinen Prozeß sagte Shubeilat: »Ich dachte, es stünde nichts in meiner Akte, so daß man mir nichts anhaben konnte.« Er schrieb seine Leidensgeschichte der Tatsache zu, daß er Fragen bezüglich sehr mächtiger Leute gestellt hatte. Er habe als Vorsitzender eines Ausschusses zur Untersuchung von Korruptionsfällen »zu viele Akten angelegt« – darunter eine Akte über die Mukhabarat, die Geheimpolizei – und eine größere politische Rolle für das Parlament verlangt. Er sagte, er habe König Hussein vor der Rolle der Mukhabarat gewarnt: »Ich sagte zum König, diese Leute hätten ein verbrieftes Interesse daran, ihn einzuschüchtern.« Der König wurde angelogen, klagte Shubeilat an. »Er weiß, daß ich ein Gemäßigter bin. Ich habe gegen den Iran gesprochen, und ich stehe auf der Seite der Demokratie. Sie müssen ihm eingeredet haben, er sei in Gefahr, um ihn zu verängstigen.«

Auf das gegen ihn in seinem Prozeß zusammengebraute »Beweismaterial« näher eingehend, sagte Shubeilat: »Als sie die Akte anlegten, wußte ich, daß niemand glauben konnte, was dabei herauskam. Sie legten einen Zeitungsausschnitt über eine öffentliche Sitzung als Beweis für meine Verschwörung vor. Sie sagten, ich hätte Waffen und Sprengstoffe und legten drei Pistolen vor. Die meisten Parlamentsmitglieder in Jordanien besitzen Maschinengewehre.« □

Ägyptische Regierung signalisiert Veränderung gegenüber dem Irak

Die von der ägyptischen Regierung unterstützte Tageszeitung »Al Gamhuriya« hat eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die auf eine Veränderung in Kairos irakfeindlicher Politik hindeuten, schreibt die palästinensische Tageszeitung »Al Quds«.

In einem Leitartikel-Kommentar greift die ägyptische Zeitung die »irakfeindliche Paranoia« der Staaten am Persischen Golf an und schreibt: «Es ist nicht mehr sinnvoll, daß arabische Staaten die Bestrafung des Iraks und des irakischen Volkes fortsetzen ... Es ist nicht wahr, daß der Irak für die Golfstaaten eine Gefahr darstellt. Die Gefahr kommt jetzt aus dem östlichen Tor«, das heißt, Iran; »von den türkischen Soldaten, die immer noch im nördlichen Irak stehen«, und von den Inspektoren der Vereinten Nationen, die sich immer noch in Bagdad aufhalten. In dem Kommentar wird auch vor Plänen gewarnt, den südlichen Teil des Iraks abzutrennen und versichert, daß »es nicht ausreicht, eine Sicherheitsvereinbarung zwischen Kuwait und den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich zu haben, um vor der fiktiven Gefahr des Iraks beschützt zu werden ... Es ist höchste Zeit, in den arabischen Beziehungen ein neues Blatt aufzuschlagen«.

Die ägyptische Tageszeitung berichtete wohlwollend über eine kürzliche Rede des jordanischen Königs Hussein, in der er zur arabischen Einheit aufrief und die Golfstaaten wegen ihrer »selbstherrlichen« Politik angriff. □

Gewalt blockiert südafrikanische Friedensbemühungen

Gewalttätige Provokationen in Südafrika scheinen darauf abzuzielen, die Einigung über Verhandlungen zwischen dem südafrikanischen Präsidenten, F. W. de Klerk, und dem Führer des African National Congress, Nelson Mandela, die ersten direkten Gespräche seit dem Massaker in Boipatong im Juni vergangenen Jahres, bei dem zahlreiche ANC-Anhänger ums Leben kamen, auf den Kopf zu stellen. Es gab kürzlich auch Fortschritte in Richtung auf die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Mandela und dem Zulu-Chef Mangosuthu Buthelezi.

Am 28.-29. November 1992 begannen schwarze Revolverhelden unbekannter Identität auf einem Golfplatz in East Cape auf Weiße zu schießen, wobei, wie berichtet wird, vier Personen getötet und 17 verletzt wurden. Der ANC verurteilte die Aktion, bestritt jede Verantwortung dafür und klagte an, daß die Morde von Einzeltätern oder Gruppen begangen wurden, denen es darum geht, politische Fortschritte in Südafrika zu verhindern. In der vorhergehenden Woche fand in einer anderen südafrikanischen Stadt ein Angriff auf einen Eisenbahnzug statt, bei dem Dutzende von Schwarzen schwer verwundet wurden. Diese Atmosphäre der Spannung weiter anheizend, drohte der Leiter der Widerstandsbewegung der Afrikaner, Eugene Terre-Blanche, damit, Mandela eine »Halskette« umzulegen, um ihn lebendig zu verbrennen, wenn er mit den Plänen fortfahre, Weißen Land fortzunehmen.

Zahlreiche Quellen haben bestätigt, daß in den letzten Wochen Mandela und andere, darunter sogar der Führer der Südafrikanischen Kommunistischen Partei Joe Slovo, bestrebt waren, den ANC von einer Politik der Konfrontation abzubringen, aus Furcht davor, daß diese die südafrikanische Wirtschaft so dezimieren könnte, wie einer der Informanten es ausdrückte, »daß sie die Macht erringen und dann den Vorsitz über ein gigantisches Vukovar führen würde«. Mächtige Kräfte innerhalb des ANC stimmen jedoch einem solchen gemäßigten Kurs nicht zu, und die Gewalttätigkeiten zielen darauf ab, ihre Macht innerhalb der Organisation zu stärken. □



Die Rückkehr von Jesus Christus

Grace Halsell

Die anerkannte Autorin Grace Halsell schreibt über ihre Erfahrungen mit fundamentalistischen christlichen Zionisten, die glauben, die Gründung des Staates Israel sage die Rückkehr von Jesus Christus voraus.

Auf Rundreisen im Heiligen Land traf ich zahllose amerikanische Christen, die den Kult des Landes Israel über die Lehren von Jesus Christus stellen. Um mehr über die nichtjüdischen Zionisten – die jüdischen Zionisten zahlenmäßig weit überlegen sind – zu erfahren, nahm ich mit einem glühenden Anhänger Israels, Jerry Falwell, an zwei geführten Rundreisen durch das Heilige Land teil.

Der Tempel muß gebaut werden

Auf der ersten Falwell-Rundreise im Jahre 1983 fuhr unsere Gruppe zur Altstadt Jerusalems, und wir näherten uns dem großen moslemischen Bereich, wo sich der Felsendom und die Moschee Al-Aqsa befinden.

»Dort«, sagte unser israelischer Fremdenführer, »werden wir unseren dritten Tempel bauen.«

Wir hatten keine christlichen, nur israelische Fremdenführer. Als wir die Stätte verließen, bemerkte ich zu Clyde, rund 70 Jahre alt und im Ruhestand lebender leitender Geschäftsmann aus Minneapolis, der Fremdenführer habe gesagt, dort werde ein Tempel gebaut. »Aber«, fragte ich »was ist mit der Moschee? Es ist eines der höchsten Heiligtümer im ganzen Islam – und Millionen Moslems in der ganzen Welt heilig.«

»Oh«, sagte Clyde. »Die Moschee wird zerstört. So oder so muß sie verschwinden. Sie wissen, es steht in der Bibel, daß der Tempel gebaut werden muß. Und es gibt keinen anderen Ort dafür.«

Geld für Terroristen

Clyde war davon überzeugt, daß Juden, unterstützt von Christen, die Moschee zerstören, einen Tempel errichten und die Tötung von Tieren in dem Tempel wiedereinführen sollten – alles um Gott zu gefallen.

Viele Christen denken ebenso wie Clyde. Sie organisierten eine Tempelberg-Stiftung, treiben Gelder auf, um jüdischen Terroristen zu helfen, die Moschee zu zerstören. Ich sprach mit christlichen Zionisten wie Terry Reisenhoover aus Oklahoma, sowie Reverend James deLoach von der Second Baptist Church in Houston, Texas, die eifrig darum bemüht sind, die Moschee durch einen Tempel zu ersetzen.
DeLoach besuchte mich in meiner Wohnung in Washington und war stolz darauf, mir mitzuteilen, daß er zehntausende von Dollar ausgegeben habe, um jüdische Terroristen, die Anschläge auf die Moschee durchgeführt hatten, zu verteidigen. Er sagte auch, er habe in seinem Haus in Houston jüdische yeshiva-Studenten zu Besuch gehabt, die lernen, wie man Tiere schlachtet, die in dem Tempel, den sie zu bauen hoffen, geopfert werden sollen.

Die Christen, die die Moschee zerstört und einen Judentempel erbaut haben wollen, sind Anhänger eines Glaubenssystems, das sich Dispensationalismus nennt. In der ganzen Welt, in der ganzen Geschichte, stellen sie Israel in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen.

Sie behaupten, wir alle müssen sieben Perioden durchlaufen. Der Countdown in der Geschichte, so erzählen sie uns, begann 1948 mit der Gründung des Staates Israel.

Die Dispensationalisten glauben an einen Gott, nicht der Liebe – sondern des Krieges. Sie glauben an die sogenannte Armageddon-Theologie.

Der Countdown in der Geschichte

Unsere Gruppe reiste auch nach Megiddo, etwa eine Fahrstunde von Tel Aviv entfernt gelegen.
Als wir den Bus verließen, ging ich wieder einmal neben Clyde, dem im Ruhestand lebenden Geschäftsmann, einher. Als wir über das Tal schauten, rief Clyde aus: »Endlich! Ich sehe die Stätte von Armageddon«.

Wir schauten eine Weile auf Felder, die größenmäßig in jeder Ranch in Texas verschwinden würden – und Clyde faselte von einer Armee von 200 Millionen Mann, die in Israel einmarschieren werde, »genau hier«, sagte er und setzte hinzu, es werde eine große Entscheidungsschlacht stattfinden, an der alle Armeen der Erde beteiligt sind und in dieser Schlacht – bei der Atomwaffen eingesetzt werden – werden die meisten Bewohner dieses Planeten getötet.

»Wenn diese Schlacht beginnt, werden wir – die Wiedergeborenen – erhoben werden. Verzückt.«

Seine Augen glänzten. Er versicherte mir, er sei über die Zerstörung der Erde nicht besorgt, weil er nicht dort sein werde, sondern er werde hier oben sein und die Zerstörung des Planeten beobachten.

Kein Besuch einer christlichen Kirche

Einige Jahre gingen vorüber, und wieder einmal hielt ich eine farbige Broschüre über eine von Falwell organisierte Reise in der Hand. Wie die erste Broschüre war sie in Israel gedruckt worden. Und wieder einmal erwähnte Falwell bei der Werbung für seine Reise nicht ein einziges mal, daß wir in das Land von Jesus Christus fahren werden. Der Name Christus tauchte in dieser Broschüre überhaupt nicht auf.

Als wir angekommen waren, hatten wir, wie bei der ersten Reise, keinen christlichen Fremdenführer zu irgendeiner Stätte, wo Christus geboren wurde, starb oder seine Predigten hielt.

Es war kein Besuch einer christlichen Kirche – oder ein Zusammentreffen mit dort lebenden Christen, deren Vorväter schon seit den Tagen von Christus dort lebten, vorgesehen. Wir hatten nur israelische Fremdenführer, und der Brennpunkt lag klar und deutlich auf militärischen Gesichtspunkten. Die israelischen Fremdenführer gaben endlose Erklärungen ab, warum die Israelis das ganze Land des historischen Palästina behalten und den Palästinensern nichts belassen sollten.

Einmal saßen wir in einem Bus und näherten uns Nazareth. »Nein«, sagte der israelische Reisebegleiter. »Der Bus werde nicht in Nazareth anhalten.«

In den Außenbezirken von Nazareth änderte unser israelischer Reisebegleiter jedoch seine Meinung.

»Wir werden 20 Minuten in Nazareth anhalten«, gab er bekannt, »um die Toiletten aufzusuchen«. Und deshalb hielten wir an. Wir verließen Nazareth, ohne es gesehen zu haben.

Wir fuhren nach Jerusalem, wo Falwell Ariel Sharon, den strammen General, der den Einmarsch in den Libanon organisiert hatte, bei dem 200000 Palästinenser und Libanesen, die meisten von ihnen Zivilisten, getötet wurden.

An einem anderen Abend gab Falwell ein großes Bankett – zu Ehren des damaligen Verteidigungsministers Moshe Arens.

Bevor er uns den Verteidigungsminister vorstellte, sagte Falwell beiläufig zu Arens: »Herr Minister, ich danke Ihnen für die Dü-

Der Felsendom und die Moschee Al-Aqsa in Jerusalem sollen dem dritten Tempel Salomons weichen.

senmaschine, die Sie mir gegeben haben.«

Danke für die Düsenmaschine

Als ich diese Bemerkung hörte, dachte ich an einen Kreislauf: Steuerzahler geben Israel Millionen, und Israel kann es sich leisten, einem Jerry Falwell als direktes Geschenk ein Düsenflugzeug zu bescheren. Dies gehört zu der Allianz, die Falwell – und andere Dispensationalisten – mit militanten jüdischen Zionisten verbindet.

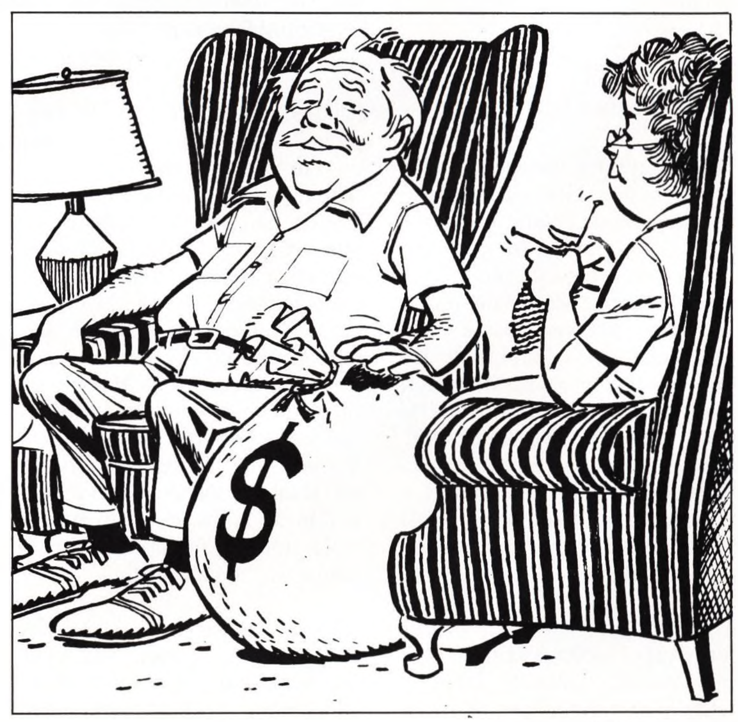
Als weitere Forschung für mein Buch »Prophecy and Politics« wohnte ich 1985 dem ersten Christlichen Zionistischen Kongreß in Basel, Schweiz, bei. Ich war eine von 589 Personen aus 27 Ländern, die diesem Kongreß beiwohnten – der in der gleichen Halle abgehalten wurde, wo Theodor Herzl – vor rund 100 Jahren – den ersten Jüdischen Zionistischen Kongreß abgehalten hatte.
Herzl hatte betont, Juden seien anders und sollten daher ausschließlich unter Juden leben. Christliche Zionisten sagen dasselbe.

Übrigens wurde diese Konferenz von den Israelis unterstützt. Aber die israelischen Führer, die mit den christlichen Zionisten eine Vernunftehe eingegangen sind, übersehen die Tatsache, daß die Dispensationalisten die Juden nicht als Juden unterstützen, sondern sich vielmehr vor einem Kult des Landes, des Landes Israel, verbeugen.

Das Land Israel ein Kult

Christliche Zionisten glauben, Gott habe befohlen, daß Juden das Land Palästina beherrschen, daß sie einen Tempel bauen, daß sie Tieropfer wiedereinführen.

Sie glauben, es müsse ein Israel dort geben – an Ort und Stelle – für die Schlacht von Armageddon, die wie sie tatsächlich glauben, stattfinden muß. Dies gehört zu den erforderlichen Maßnahmen, glauben sie, die zu ihrer Verzückung und zur Wiederkunft von Christus führt. Und wegen dieses Szenarios machen sie aus dem Land Israel einen Kult.
Und obwohl unsere Hilfe an Israel bereits mehr ist als alles, was wir vielen Ländern, darunter ganz Indien, Südamerika und Afrika, geben, werden christliche Zionisten sich in vorderster Linie für immer und immer mehr Milliarden Dollar des Steuerzahlers für Israel einsetzen. □



Zionismus

Der Mythos des Antisemitismus

Victor Marchetti

William F. Buckley jun. betrachtet sich nicht als Schutzheilige der Konservativen, auch wenn er von seinem ihn anhimmelnden Biographen John Judis so genannt wird. Buckley kommt sich vielmehr als fahrender Ritter vor, der die Drachen, die die ideologische Reinheit der Bewegung bedrohen, herausfordert.

In seinem 1992 herausgekommenen Buch »In Search of Antisemitism«, in dem Buckley unverhohlen, wenn auch etwas zurückhaltend, die zionistische Lobby – die ihm für seine Zeitschrift »National Review« finanzielle und andere Hilfe angedeihen läßt – allzusehr entgegenkommt, behauptet Sir William, es gebe keine Unreinheit, die die Integrität des amerikanischen Konservatismus stärker bedroht, als der gefürchtete Dämon des Antisemitismus. Buckleys Buch war ein Versuch, mit der Diskussion fertigzuwerden, die in den letzten Jahren in den Reihen der konservativen Bewegung, die zu beschützen er als seine Pflicht erachtet, geführt wurde.

Beide Seiten unter einen Hut

Die Frontlinien wurden zuerst zwischen den »Paleokonservativen« der alten Schule mit ihrer Tradition »Amerika zuerst«, und den internationalistischen Neokonservativen, viele von ihnen ehemalige Marxisten, die bald nach dem Zusammenbruch des »bösen Imperiums« zu Marxisten wurden, gezogen. Buckley hoffte – zugunsten der Neokonservativen –, den bitteren Streit, der wegen der Frage der andauernden massiven Unterstützung Israels durch die USA ausgebrochen war, zu schlichten.

Als Befürworter dessen, was er den »respektablen« Konservatismus nennt, versucht Buckley beide Seiten unter einen Hut zu bringen, indem er sich als Salomon des jüngsten Tages ausgibt, der die Sache ein für allemal entscheidet. Das Dumme daran ist jedoch, daß Anklagen des Antisemitismus von Anhängern Israels nur allzu häufig ihren Gegnern entgegengeschleudert werden. Wegen seiner übermäßigen Benutzung durch die Israel-zuerst-Leute hat dieser Begriff seine ursprüngliche Bedeutung verloren. Jeder, der gegen die übermäßige Verwicklung der USA in Israel ist, wird als Antisemit bezeichnet, in der Hoffnung, seinen oder ihren guten Ruf mit dieser Verunglimpfung zu schädigen.

Obwohl Buckley versucht, sehr geschickt vorzugehen, indem er die Schuld mehr oder weniger gleichmäßig auf beide Seiten verteilt, mußte er, wie andere vor ihm, die Erfahrung machen, daß es nach Ansicht der fanatischen Israel-Anhänger keinen Mittelweg geben darf. Auch darf es einfach keine ausgewogene amerikanische Außenpolitik in Angelegenheiten des Nahen Ostens geben.

Die Schlacht zwischen den Konservativen wurde eigentlich 1990 ausgelöst, als der politische Kommentar Patrick Buchanan im Fernsehen sagte, die Einzigen, die den unmittelbar bevorstehenden Krieg gegen den Irak gutheißen, sind der israelische Außenminister und seine »Ja- und Amen«-Ecke im amerikanischen Kongreß. Buchanan wurde schon bald das Opfer einer pro-israelischen, neokonservativen Hexenjagd. Alles, was er seit seiner Kindheit geschrieben und gesagt hatte, wurde mit einem Lausekamm durchgekämmt.

Henry Kissinger mit seinem engen Freund William F. Buckley (rechts), Herausgeber der Zeitschrift der zionistischen Lobby »National Review«.

Das Opfer einer Hexenjagd

Seine Kritik an dem abgekarteten Spiel mit dem im Ruhestand lebenden Automechaniker John Demjanjuk aus Cleveland, dem in Israel das Todesurteil drohte wegen angeblicher Kriegsverbrechen – inzwischen widerlegt –, wurde als Beweis für Buchanans »nazifreundliche« Sympathien verwendet. Seine Opposition gegen amerikanische Auslandshilfe und seine Kritik an Israel als deren größter Empfänger wurden als Beweis für seinen Wunsch, Israel zu zerstören, ausgelegt.

Warum reagierte die Lobby so heftig? Wie CODE im vergangenen Jahr feststellte, gab es zwei Hauptgründe dafür, daß Buchanan von der israelischen Interessensgruppe dermaßen verunglimpft wurde. Er erschreckte sie – um es einfach auszudrücken – zu Tode mit seinem unverblümten Gerede über Einstellung der Auslandshilfe, seinem Verlangen, amerikanische Interessen voranzustellen, und daß Amerika sich aus Konflikten rund um den Erdball herum, in denen keine amerikanischen Interessen – außer denen der Interessensgruppen und ihrer wohlgesinnten Politiker – auf dem Spiele stehen, heraushalten soll. Dies bezieht sich speziell auf Israel, ebenso wie die alleingängerische konservative Opposition dagegen, die Steuerzahler zu zwingen, die Rechnung für die israelische Kolonisierung des palästinensischen Westufers und des Gazastreifens zu begleichen.

Der Vorrang der Auslandshilfe für Israel

Die Lobby hatte jahrelang über ihr Unvermögen gegrübelt, den Konservatismus der alten Schule, vertreten durch Buchanan und andere, die auch bald in das Getümmel hineingezogen wurden, durch die Libertarianer und sogar durch einen von Buckleys eigenen Redakteuren, dem in mehreren Zeitungen schreibenden Kolumnisten Joseph Sobran, zu kooptieren. Während der Reagan-Jahre hatte die israel-freundliche Interessensgruppe die Oberhand dadurch, daß sie zwei Haupttaktiken anwendete. Die eine bestand darin, Auslandshilfe als gut für die nationale Sicherheit der USA und die Rüstungsindustrie darzustellen, durch Entschärfung der sowjetischen Expansion im Nahen Osten. Die zweite bestand darin, die Unterstützung der fundamentalistischen Christen zu gewinnen, um das Sicherheits-Argument mit einer emotionalen, religiös bedingten Rechtfertigung zu verbrämen.

Die erstere wurde, keineswegs zufällig, zur Standardhaltung der Neokonservativen zur Verteidigung des Auslandshilfeprogramms, das ironischerweise ursprünglich eine Schöpfung der liberalen Internationalisten war. Die letztere wurde zum allgemei-

nen Thema pro-israelischer Gruppen, die von der traditionellen Koalition mit der Democratic Party, weggedriftet waren, um Allianzen mit neokonservativen Gruppen, wie die der Televangelisten Jerry Falwall und Pat Robertson, zu fördern.
Während der Reagan-Periode zementierte die Lobby die Bindungen zwischen den USA und Israel, mit lebhafter Unterstützung des Präsidenten und seines Außenministers George Shultz, dermaßen fest, daß es fast unmöglich erschien, so wurde jedenfalls behauptet, sie jemals wieder aufzuribbeln.

Wer ist schuld an den Streitigkeiten?

Aber die Dinge nahmen eine überraschende Wendung zum Besseren, als die Bush-Regierung ihr Amt übernahm. Bis zum vergangenen Jahr wurde die sich stetig verbreiternde Kluft innerhalb des Konservativismus häßlicher und mehr publik als zu irgendeinem Zeitpunkt in dieser Jahrhunderthälfte. Als Buchanan sich für die Republikaner um die Nominierung zur Präsidentschaft bewarb, schrieben verärgerte Israel-freundliche Rüpel, wie Abe Rosenthal von der »New York Times«, Norman Podhoretz vom »Commentator« und andere, beißende Kolumnen, in denen Buchanan als Antisemit verschrieen wurde, dessen Kandidatur an Adolf Hitlers Biersaal-Staatsstreich erinnere.

Sobran, der noch weiter in das Getümmel hineingezogen wurde, weil er es gewagt hatte, Buchanan zu verteidigen und seine Kritiker lächerlich zu machen, wurde selbst als Antisemit etikettiert. Seine Reaktion bestand darin, einen quälenden und qualvoll zu lesenden längeren Artikel für »National Review« zu schreiben, über den er sich später in Buchform des längeren und breiten ausließ. Seine Absicht war, den Begriff Antisemitismus ein für allemal zu definieren, einen Anteil an Schuld für die Streitigkeiten unter den Konservativen auf beide Seiten zu verlagern und, vermutlich, um seine Leser zu Tode zu langweilen, so daß das Thema niemals wieder auftauchen würde.

Aber nach vielem Herumdrucksen definiert Buckley schließlich den Begriff Antisemitismus wie folgt: »Jeder, der, besonders wenn dies häufig geschieht, solchen Meinungen seine Stimme verleiht, die in deutlicher, ja sogar einzigartiger Weise fest verwurzelte jüdische Gefühle verletzt, die religiösen oder ethnischen oder stammesmäßigen Stolz beinhalten, ergeht sich in antisemitische Aktivitäten.«

Verkünder verbotener Wahrheiten

Buchanan und Sobran, die die volle Wucht von Sir Williams Suche nach dem Antisemitismus in der konservativen Bewegung zu erdulden hatten, reagierten auf die Angriffe, und Buckley veröffentlichte getreulich ihre Bemerkungen. Dies war zu viel für alle eingefleischten Anti-Antisemiten wie zum Beispiel Podharetz.

In seiner immer unbedeutender werdenden zionistischen Zeitschrift »Commentary« holte er gegen Buckley wie folgt aus: »Sobran ... war (in seiner Erwiderung) nicht nur bockig, er war herausfordernd. Wie Pat Buchanan nach ihm, der erklärte: ›Ich ziehe kein einziges Wort zurück‹, blieb Sobran bei der Stange; und Buchanan wieder einmal vorausgehend, stellte er sich als unschuldiges Opfer jüdischen Drucks, als mutiger Verkünder verbotener Wahrheiten dar, der, wenn es den Juden nach ihrer Mütze ginge, Schreibverbot bekommen würde.«

Laut Podhoretz hat Buckley auch dadurch seine Grenzen überschritten, daß er über diese und andere, in einem Privatbrief von Podhoretz an Jeffrey Hart enthaltene Kritik, wütend wurde. Podhoretz schrieb, daß Buckleys Veröffentlichung von Sobrans »Gegenangriff« nur dazu diente, »solchen Leuten wie Marty Peretz (zionistischer Eiferer und Herausgeber der »New Republic«), die mich angriffen, weil ich Buckley zu sanft angefaßt habe, Glaubwürdigkeit zu verleihen«. Die »New Republic«, eine Bastion des Pro-Israelismus, wetterte in einem Leitartikel, daß »die alte katholische Rechte immer Schwierigkeiten mit dem Judenproblem hat. Das erklärt auch, warum Buckley die Dinge für einen schamlosen Eiferer wie ... Sobran so gemütlich gemacht hat«. □

Somalia

Das US-Unternehmen ist eine latente Katastrophe

Mike Blair

Der abgewählte und abgegangene amerikanische Präsident George Bush sagte, die US-Marines leisten »Gottes Arbeit«, aber sein Fehlunternehmen in Somalia sieht mehr und mehr nach einer weiteren Katastrophe der USA im Ausland aus, die von Anfang an verdammt war.

Mehrere Monate sind vergangen, seitdem amerikanische Truppen in Somalia eintrafen, angeblich um das ostafrikanische Land vor Krieg und Hungersnot zu bewahren. Und dennoch wissen die Soldaten der im nördlichen Teil des Staates New York stationierten 10. Gebirgs-Division und US-Marines immer noch nicht, wo der Feind ist, obwohl sie mehr und mehr unter Beschuß von Scharfschützen geraten.

Das Militär ist sehr besorgt

»Entweder unsere Jungs dort draußen haben verdammtes Glück, oder die Somalis sind die schlechtesten Schützen der Welt«, sagte ein Offizier der 10th Mountain Division, der darauf wartete, nach Somalia abkommandiert zu werden, zu unseren Korrespondenten.

Die Voraussage des Offiziers wurde nur Tage später zur Prophezeiung, als ein junger Soldat der Marines in Mogadischu, Somalias Hauptstadt, erschossen wurde.

Die Soldaten und Marines haben die Aufgabe erledigt Lebensmittelnachschub nach Somalia hineinzubekommen, was der amtlich erklärte Zweck ihres Einsatzes war, und immer mehr Militärexperten glauben, daß die Soldaten abgezogen werden sollten, bevor die Katastrophe losschlägt. Das Militär ist sehr besorgt, weil junge bewaffnete somalische Ganoven, die sich weiterhin gegenseitig sowie unschuldige Zivilisten brutalisieren, immer aggressiver und kühner werden, wenn sie es mit amerikanischen Soldaten zu tun bekommen. Da es keine Uniformen gibt, und es eigentlich kein militärischer Kampf einer Armee gegen eine andere, sondern vielmehr ein gesellschaftliches Chaos ist, haben amerikanische Soldaten keine Ahnung, welcher somalische Passant sich plötzlich umdrehen und auf sie schießen wird.

Es gibt auch keine klaren Befehle bezüglich des Niveaus der Gewalt, die Amerikaner anwenden dürfen, um Bedrohungen gegen ihre Sicherheit wirksam zu begegnen.

Militärexperten befürchten, daß amerikanische Soldaten in Gefahr sind, weil ihnen das fehlt, was man als »Entscheidungskraft« bezeichnet.

Kein Persischer Golf

Sie weisen darauf hin, daß es »Entscheidungskraft« war, die dem amerikanischen Militär während der Operation Wüstensturm zu einem erstaunlichen Sieg gegen den Irak verhalf. In Somalia hingegen dienen Amerikaner un-

Somalia

Das US-Unternehmen ist eine latente Katastrophe

ter einem Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, das ihnen gestattet, Gewalt nur als letzten Ausweg anzuwenden.

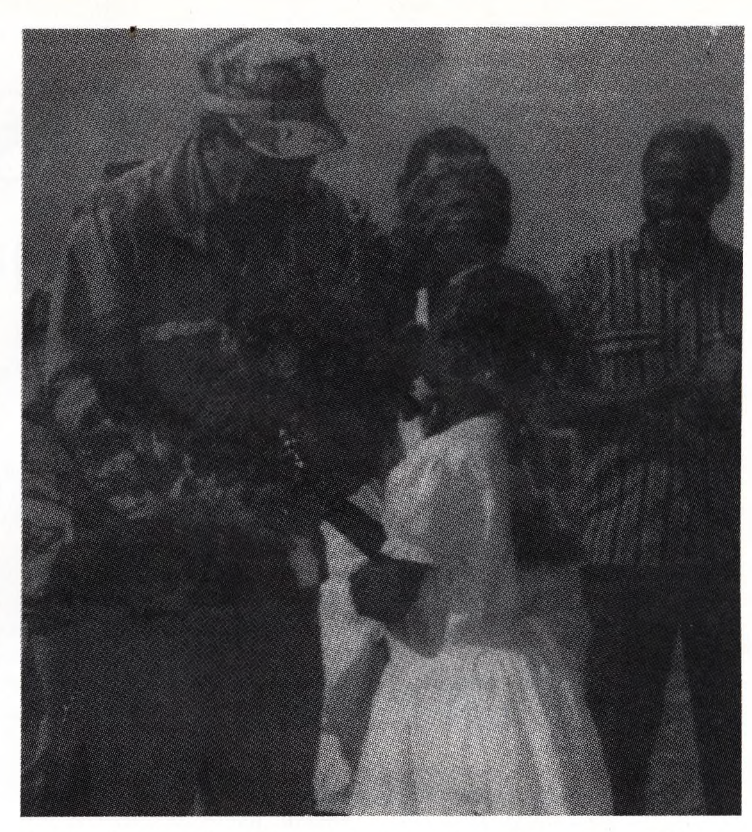
»Die Kerle haben keine Angst vor uns«, sagte ein amerikanischer Soldat. »Sie sind den Anblick von Kanonen gewöhnt. Für sie sind wir nur weitere ›Techniker‹, mit Waffen hantierende Anhänger der Kriegsherren Somalias, die frei auf den Straßen herumlaufen. Aber wir können nicht – dürfen nicht – schießen.«

Den Soldaten ist unter dem Mandat der Vereinten Nationen, das festlegt, daß sie erst dann schießen dürfen, wenn auf sie geschossen wird, nicht wohl in ihrer Haut. Sie würden es eindeutig vorziehen, unter den Befehlen amerikanischer Kommandeure tätig zu werden.

Was Militärexperten am meisten befürchten ist, daß einer der beiden großen Kriegsherren in Somalia – General Mohamed Farrah Aidid und Ali Mahdi Mohamed – auf den Gedanken kommen könnte, amerikanische Streitkräfte sind nicht neutral und schließen sich der einen oder anderen Seite an.
Diese Gefahr verstärkte sich am 7. Januar 1993, als amerikanische Kampfhubschrauber, Panzer und Bodentruppen zwei von Aidid kontrollierte Waffen-Depots in die Luft sprengten und einige von Aidids Anhängern dabei ums Leben kamen. Mehrere Panzer, Flakgeschütze, Mörser und mehr als 15 Feldartillerie-Geschütze wurden von den Amerikanern beschlagnahmt. Der Angriff erfolgte, als festgestellt wurde, daß sich das Feuer von Scharfschützen aus den beiden Arsenalen gegen Marines richtete.

Eine ernsthafte Gefahr

Ein Experte sagte zu unseren Korrespondenten, es sei möglich, daß in Somalia weit schwerere Verluste eintreten werden als im Krieg am Persischen Golf – dort gab es 148 Gefallene auf amerikanischer Seite –.



George Bush verbrachte den 31. Dezember 1992 bei den US-Truppen in Mogadishu, Somalia.

Er erläuterte, daß dadurch, daß »wir uns zwischen kriegerischen Parteiungen einschalten«, die amerikanischen Soldaten es tagtäglich mit dem Problem zu tun haben, auch unbeabsichtigte Aktionen zu vermeiden, die »so ausgelegt werden könnten, als schlössen wir uns der einen oder anderen Seite an«.

»Die Handlungen eines einzigen Soldaten könnte etwas Großes, etwas, das außer Kontrolle geraten kann, auslösen«, meinte er. »Natürlich könnte die Sprengung der Waffenlager von diesen Leuten so ausgelegt werden, als schlössen wir uns einer Seite an«, setzte er hinzu. »Ich habe bereits Angst, daß dies jetzt eskalieren könnte. Wir sollten aus Somalia abziehen.«

»Sich auf einen Einsatz in Somalia einzulassen ohne klares Ziel, ist eine beinahe kriminelle Verwendung der bewaffneten Streitkräfte«, sagte ein kürzlich in Ruhestand getretener General. »Man braucht nur an die 214 Marines denken, die in Beirut starben, um zu wissen, was passiert, wenn man seine Neutralität verliert«, sagte ein anderer Offizier, und bezog sich dabei auf die Bombardierung der Kaserne der Marines in Beirut, nachdem amerikanische Schiffe während dem, was eine neutrale friedenserhaltende Mission sein sollte, vor der Küste auf Partisanen-Stellungen gefeuert hatten.

Die Begrenzung der Gewalt

Amerikanische Streitkräfte, sagen Militärexperten, sind auch gefährdet, weil sie unter Bestimmungen in den Einsatz gegangen sind, die eine möglichst geringe Anwendung von Gewalt vorschreibt, was den Kriegsherren und ihren Anhängern völlige Gewalt darüber verleiht, ob sie den Konflikt ausweiten wollen oder nicht. Durch ständige Belästigung der amerikanischen Streitkräfte bekommen sie auch eine Vorstellung davon, wie weit sie gehen können, bevor ihnen Gewalt entgegengesetzt wird.

Mit dem stärker werdenden Beschuß durch Scharfschützen auf Amerikaner wiederholt sich die Situation in Beirut, Libanon. In Beirut wurden leicht bewaffnete amerikanische Soldaten durch immer kühner werdende Scharfschützen provoziert. Dies führte schließlich zu der Beschießung und zu dem tragischen Bomben-Zwischenfall auf die Kaserne der Marines.

Ein weiteres Problem, mit denen es die amerikanischen Streitkräfte zu tun haben, besteht darin, daß, obwohl die meisten Somalis sie willkommen geheißen haben, sie den Generalsekretär der Vereinten Nationen Butros Ghali hassen und ihn und seine Organisation für den Zusammenbruch ihres Landes und für ihr andauerndes Leiden durch die letzten drei Jahre hindurch verantwortlich machen.

Bei einem eintägigen Besuch in Mogadischu, am 3. Januar 1993, wurde Butros-Ghali mit einer Demonstration von rund 200 verärgerten Protestierenden vor der ummauerten Hauptdienststelle der Vereinten Nationen konfrontiert, wo er mit Mitarbeitern der UNO zusammentreffen sollte. Die Menge schwoll rasch auf mehr als 1000 Protestierende an, die »Nieder, nieder, Butros-Ghali!« skandierten. Bald warfen sie Steine und Blechdosen gegen das Tor des umzäunten Gebietes der Vereinten Nationen, und sie rissen die UNO-Flagge von ihrem Mast auf einer Mauer herunter.

Schließlich wurde Butros-Ghali von Marines außer Gefahr gebracht, von denen einige, wie berichtet wird, lächelten, und er fand in dem Gebäude der alten amerikanischen Botschaft, das als Hauptquartier für die Marines dient, Refugium.

Nichtsdestoweniger wies der scheidende amerikanische Verteidigungsminister, Richard Cheney, einen Tag nach dem Zwischenfall mit dem UNO-Chef, darauf hin, daß die amerikanischen Streitkräfte nicht sofort abgezogen werden, »daß es noch viel zu tun gibt«.

Leider scheint sich die neue Clinton-Regierung auch dazu verpflichtet zu haben, bis zu einem noch nicht benannten Zeitpunkt, oder bis die Vereinten Nationen den Vereinigten Staaten die Genehmigung zum Abzug erteilen, in Somalia zu bleiben. □

Gesunde Medizin

Jahresabo für 6 Ausgaben:
30 DM Inland
39 DM Ausland
einschließlich Porto

Aus dem Inhalt:



VERLAG DIAGNOSEN · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich abonniere die Zeitschrift **Gesunde Medizin**

Ich bestelle hiermit ab Ausgabe Nr. 1/93 die zweimonatlich erscheinendeZeitschrift **Gesunde Medizin.**
Der Abonnementspreis für sechs Ausgaben beträgt DM 30,– einschließlich Porto und Mehrwertsteuer.
Das Auslands-Abonnement kostet für sechs Ausgaben DM 30,– zuzüglich DM 9,– für Versandkosten für den einfachen Postweg.
Den Betrag für das Abonnement überweise ich erst nach Erhalt der Rechnung.

Vorname/Name: ______________________

Straße/Nr.: ______________________

Postleitzahl/Ort: ______________________

Datum: __________ Unterschrift: ______________________

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:
Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

Unterschrift: ______________________

Überproduktion

Die geheime Krankheit des Kapitalismus

David Hudson

Jeder, der sich mit den derzeitigen Schwierigkeiten der Automobilhersteller, der Luftverkehrsgesellschaften und Hotelketten beim Verkauf von Autos, Flugplätzen und der Vermietung von Hotelzimmern befaßt hat, beschäftigt sich mit dem Problem der Überproduktion. Auch diejenigen, die sich mit dem Elend der Bauern befassen, die überschüssiges Getreide produzieren, mit Bauherren, die keine Häuser oder Büros verkaufen oder vermieten können sowie mit Herstellern von Computern, deren Lagerhäuser voll von unverkauften Geräten stehen, tun dies.

Überproduktion wird zum Zweck dieses Artikels als Überschuß in der Produktion, über das, was die Leute sich leisten können oder kaufen wollen, hinausgehend, definiert. Anders ausgedrückt, es ist das Unvermögen der Hersteller, ihre Waren oder Dienstleistungen gewinnbringend an diejenigen zu verkaufen, von denen man vernünftigerweise annehmen kann, daß sie Gebrauch davon machen.

Trugschluß kapitalistischer und sozialistischer Denkweisen

Der hoch angesehene populistische Wirtschaftswissenschaftler Lawrence Dennis nannte dieses Problem Unterkonsumierung. Allgemein gesagt, der Millionär verbraucht weniger als der Milliardär. Der Mann mit einem Jahreseinkommen von 80000 Mark verbraucht weniger als der Mann mit einem Einkommen von 200000 Mark, der seinerseits im Vergleich zu einem Mann mit einem Einkommen von 500000 Mark unterkonsumiert. Und die Armen unterkonsumieren im Verhältnis zur Mittelklasse, manchmal sogar bis zum Verhungern. In seinem 1969 herausgekommenen Buch »Operational Thinking for Survival« beschreibt Dennis einen Trugschluß sozialistischer und kapitalistischer Denkweise:

»Das große Problem der Geschäftswelt oder der kapitalistischen Produzenten ist es nicht, wie es so viele Sozialisten und sogar viel zu viele Kapitalisten für bare Münze nehmen, das der Verringerung der Produktionskosten, weitgehend durch Niedrighaltung der Löhne, sondern das Problem der Erhöhung der Verkaufsziffern. Kurz gesagt, worauf es ankommt sind nicht die Produktionskosten, sondern das Volumen der gesamten effektiven Nachfrage, das den Gesamtverbrauch bestimmt.«

Der Unterverbrauch in Amerika

Amerikanische Hersteller müssen Löhne beschneiden, um mit den Niedriglohn- und Niedriggewinn-Produzenten im Ausland in einer Umwelt des Freihandels wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies verringert die »effektive Nachfrage« nach dem Ausstoß anderer. Viele Stapelverbrauchsgüter, wie Fernsehgeräte, Fußbekleidung und Computer, werden überhaupt nicht in den Vereinigten Staaten hergestellt, wegen der ungesunden Freihandelspolitik der Demokraten und Republikaner, wodurch die Masse der amerikanischen Öffentlichkeit verarmt wird, während Insider skandalöse Profite einheimsen, indem sie sich die niedrigen Löhne von Kulis in Übersee und in Mexiko zunutzemachen.

Dies ist Kapitalismus im Wettstreit mit sich selbst auf weltweiter Basis. Niedrige Löhne in Mexiko, auf den Philippinen und anderswo in der Dritten Welt drükken die Löhne in den Vereinigten Staaten herunter. In dem Wahlfeldzug um die Präsidentschaft im vergangenen Jahr sagte Ross Perot, daß sich amerikanische und mexikanische Löhne auf die Parität – auf 7,50 Dollar pro Stunde – zu bewegen. Und er hätte hinzufügen können, daß herkömmliche amerikanische Randvergütungen, wie Krankenversicherungs- und Rentenbezüge, zusammen mit den Löhnen nach unten tendieren.
Ein Stundenlohn von 7,50 Dollar macht einen Jahreslohn von 15000 Dollar aus, vor Steuern. Ein Ehepaar mit zwei Kindern, die beide das Gleiche verdienen, haben 31200 Dollar pro Jahr und nehmen weniger als 2000 Dollar pro Monat mit nach Haus. Das reicht kaum aus, um eine Familie in der unteren Mittelklasse zu unterhalten. Seit etwa 1970 sind die Reallöhne ständig gefallen. Volle zehn Prozent der Bevölkerung erhält Lebensmittelmarken. Der prozentuale Anteil älterer, im Ruhestand lebender Amerikaner, steigt ständig. Die meisten dieser Menschen müssen mit behördlichen oder privaten Pensionen auskommen, deren Höhe von der Fähigkeit des produktiven Sektors abhängt, den Wert und den Strom des Bargelds von ihnen aufrechtzuerhalten.

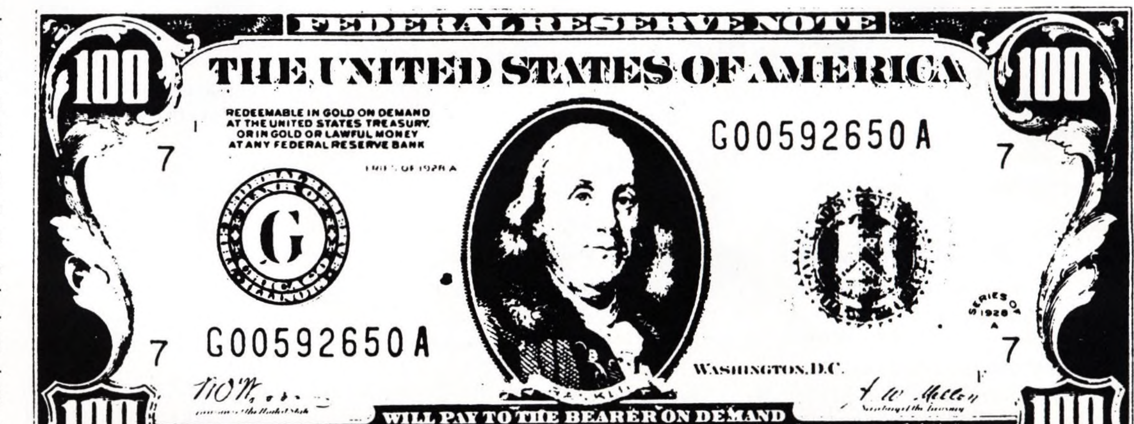
Je stärker Löhne und Vergütungen beschnitten werden, desto »effizienter« wird die Produktion. Je mehr Arbeiter auf die Straße gesetzt und durch computergesteuerte Maschinen ersetzt werden, wie in Stahlwerken, desto stärker werden die Lohnkosten pro Produktionseinheit verringert. Kurzfristig verleiht dies dem »effizienteren« Produzenten einen Wettbewerbsvorteil vor seinem Konkurrenten.

Eine selbstzerstörerische Strategie

Aber diese Strategie enthält die Saat ihrer Selbstzerstörung. Da sowohl die Reallöhne als auch die Nennlöhne fallen, und da immer mehr amerikanische Firmen »abspecken«, um wettbewerbsfähiger zu werden, vernichten sie ihre Kunden wirtschaftlich. Neuwagen bleiben unverkauft, da selbst diejenigen, die noch in Arbeit stehen, sich nicht leisten können, sie zu kaufen. Hotelzimmer bleiben leer, da Geschäfts- und Urlaubsreisen nicht mehr angetreten werden.

Restaurants machen Verluste, da Amerikaner zuhause Makkaroni und Hähnchen essen, anstatt, wenn auch nur zu gemäßigten Preisen, auswärts zu essen.

Eine alte Nebenerscheinung, die in Amerika die überschüssige



Produktionskapazität aufgesaugt hat, sind die Militärausgaben. Jetzt, wo die UdSSR nur noch eine Erinnerung ist und ihre Nachfolgerstaaten zu einem drastischen Abbau ihrer militärischen Streitkräfte gezwungen sind, sind die Vernunftgründe für einen Militärhaushalt in der Größenordnung von 300 bis 400 Milliarden Dollar dahin.

Kritiker verschwenderischer Verteidigungsausgaben, wie A. Earnest Fitzgerald von der Air Force, haben über mehr als ein Vierteljahrhundert hinweg die Verschwendung bei Militärausgaben dokumentarisch festgehalten. Wir hätten das gleiche Kriegsgerät, das wir tatsächlich gekauft haben, für einen Bruchteil der Kosten, oder vielmehr »Wucht« für die Dollar, die wir ausgegeben haben, bekommen können. Die Realität ist, daß die Verschwendung auf dem Rüstungssektor die »wohltuende« Auswirkung hatte, tausende von Leutnante und Oberste, GS-13 und hochbezahlte Wissenschaftler und Ingenieure auf der Gehaltsliste von »produktiv« beschäftigten Vertragspartnern zu halten.

Traurigerweise sieht sich das Militär jetzt nach neuen Feinden um, um seinen Haushalt zu rechtfertigen. Wir werden vor der Bedrohung durch Rotchina, durch »Drogen-Terroristen«, durch den Iran, Irak, Libyen, »islamische Fundamentalisten« und Moslems im allgemeinen gewarnt.

Das amerikanische Militär hat in Somalia interveniert, aus keinem Grund, der auch nur im entferntesten mit unseren nationalen Interessen zu tun hat, und es könnte sehr wohl schon im ersten Jahr der Clinton-Regierung in Liberia, Haiti, im ehemaligen Jugoslawien und anderen sich in Schwierigkeiten befindlichen Ländern eingreifen.

Sind Wohlfahrt und Auslandsinvestitionen die Lösung?

Eine Lösung für das Problem Überproduktion, die bei der Linken geblieben ist, ist der Sozialismus. Wenn man den Armen mehr Geld gibt, so lauten die Argumente, erhöht man deren »effektive Nachfrage« nach Waren und Dienstleistungen. Mancher Marsch und manche Demonstration wurde durch Forderungen nach »Arbeit und Einkommen jetzt« und nach großzügigeren Wohlfahrtszuwendungen, sozialen Arzneien, Bargeldbewilligungen für die Armen und Sozialausgaben im Namen der Armen charakterisiert.
Aber die Strategie: Ausgeben, ausgeben, ausgeben, Steuer, Steuer, Steuer, wählen, wählen, wählen, eines Harry Hopkins, seineszeichens Chefberater von Franklin Delano Roosevelt, ist jetzt veraltet.

Zinsen auf Staatsschulden, sichtbare und verborgene, sind so gewaltig, daß sie nicht mehr erhöht werden können, ohne daß das ganze Federal Reserve System des Schuldengelds zusammenbricht. Das von Hopkins eingekapselte und sowohl von Demokraten als auch von Republikanern benutzte rooseveltsche Paradigma ist tot. Dies ist die bedeutungsvollste Tatsache, die auf den neuen amerikanischen Präsidenten zukommt.

Außerdem erzeugt der Sozialismus eine Abhängigkeit des Menschen, die für den menschlichen Geist so zerstörerisch ist, daß sie das Konzept gegenproduktiv macht. Anders als bei Pensionen und Einkünften aus Investitionen, haben Wohlfahrts-»Kunden« keinen moralischen Anspruch auf ihr Einkommen, wie bescheiden es auch immer sein mag. Wie Einkommen aus Pensionen und Investitionen, hängen erhöhte Wohlfahrtszahlungen von dem Vorhandensein eines produktiven Sektors zur Erzeugung eines Überschusses ab, der an diejenigen ausgezahlt werden kann, die nicht mehr im Arbeitsprozeß stehen.

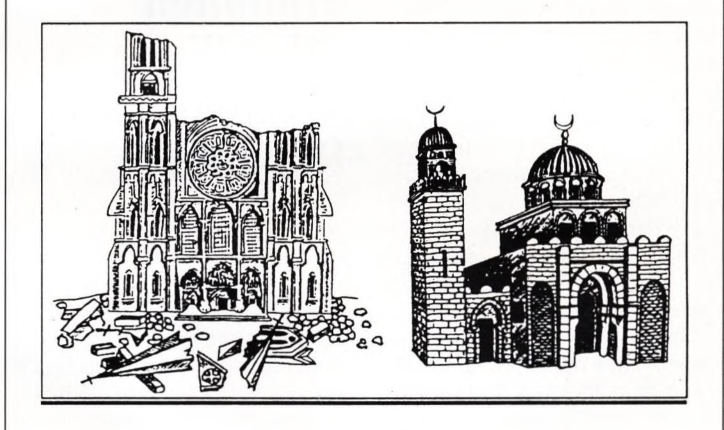
Weniger Einfuhr – mehr eigene Produktion

Dann gibt es die Auslandsinvestitionen, die viele in wohlhabenden Ländern wie Deutschland und Japan und sogar in den Vereinigten Staaten als Quelle von Zinseinkünften und unternehmerischen Gewinnen erachten. Dennis kritisiert dies nicht als Ausbeutung der unterentwickelten Empfänger solcher Investitionen, sondern als Belastung des investierenden Landes. Wieder einmal ist es das Problem Überproduktion. □

Der Islam wird uns fressen!

Wie Frankreich afrikanisiert wird

Das aufrüttelnde Buch ist soeben in vierter Auflage erschienen (1. Auflage Februar 1990)



Nach Frankreich wurden Millionen von Afrikanern eingeschleust. Mit dem am 3. Juni 1991 ratifizierten »Abkommen von Schengen« (Beseitigung jeglicher Personenkontrolle an der deutsch-französischen Grenze) werden diese Menschenmassen ungehindert nach Deutschland einsickern.

Autor: Dr. jur. B. C. Bäschlin
99 Seiten, SELVAPIANA-Verlag CH-6652 TEGNA
Preis 19,– DM/17,– Sfr.
Direkt beim Verlag (Porto und Verpackung inbegriffen) oder im Buchhandel.

Vertrauliches

Russische Kritik am Modell des Kapitalismus

In einer Rede vor dem Siebten Russischen Kongreß der Volksrepubliken ritt Ruslan Khasbulatow, Leiter des ständigen Parlaments, oder Obersten Sowjets, eine beißende Attacke auf das »neo-liberale« Modell des Kapitalismus.

Khasbulatow sagte, es gebe zwei breite Grundrichtungen für den Kapitalismus, die eine sei das neo-liberale Modell, die andere ein sozial orientiertes Modell, wobei das letztere staatliche Sektoren habe, eine Rolle für Planung und staatlichen Schutz im sozialen Bereich, und innerhalb des Privateigentums, im Gegensatz zu einer »Tendenz, alles zu privatisieren«.

»Die meisten europäischen Länder, Skandinavien, Israel und Kanada, sowie China und Südkorea« und ein Großteil Lateinamerikas und des Nahen Ostens, haben alle sozial orientierte Modelle, meinte Khasbulatow. »Es wäre naiv zu versuchen, diese Tendenz zu ignorieren und unsere Wirtschaft zu amerikanisieren ... Die wichtige Aufgabe für den Kongreß besteht darin, zwischen diesen beiden Modellen der Wirtschaftsentwicklung zu wählen.«

Khasbulatow berichtete über Debatten im Obersten Sowjet darüber, Rußland aus seiner derzeitigen Wirtschaftskrise zu befreien, und »nicht von makro-wirtschaftlicher Stabilisierung auszugehen ..., sondern von der Notwendigkeit, die Arbeits- und Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern«, den Rückstand in der Produktion ins Gegenteil zu verkehren. Auch seien Anreize für Reformen von unten, die vordringliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors der Wirtschaft einschließlich Regulierung der Lebensmittelpreise erforderlich.

Khasbulatow hob hervor, daß »es kein entwickeltes Land in der Welt gibt, das die Politik der Preisregulierung in der Landwirtschaft aufgeben würde ... Zweiunddreißig Prozent des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft werden für die Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion ausgegeben.« Er rief auch auf zur Entwicklung der kleineren Betriebe, zu einem funktionierenden Verhältnis zwischen dem Präsidenten, dem Parlament und der Regierung und sagte: »Nationale Interessen haben Vorrang.«

Die Rede deutete auf einen wachsenden Konsens gegen den thateristischen Monetarismus und die Schocktherapie à la Internationaler Währungsfonds hin.

Radio Moskau berichtete über Tatjana Koriagina, eine Deputierte des Anti-Schocktherapie-Blocks, die die Wirtschaftspolitik des vergangenen Jahres in Bausch und Bogen verdammte. Die gleich zerstörerische Politik sei auf die Vereinigten Staaten angewendet worden, und »wegen dieser Politik wurde Bush bei den Wahlen geschlagen«, kritisierte sie. □

Millionen Flüchtlinge strömen nach Rußland

Rund 1270000 Menschen sind seit dem Sturz des bolschewistischen Regimes im August 1991 entweder geflohen oder aus anderen ehemaligen sowjetischen Republiken in die Russische Föderation ausgewandert, teilte die russische Einwanderungsbehörde mit. Die Gesamtziffer setzt sich aus 470000 Flüchtlingen, die vor den Konflikten in Tajikistan und dem Transkaukasus fliehen mußten, und weiteren 800000 zusammen, die in Erwartung von Konflikten oder weil sie nicht mehr in Ländern leben wollten, die jetzt unter islamischer Herrschaft stehen, nach Rußland ausgewandert sind.

Ein Sprecher für die Einwanderungsbehörde gab bekannt, daß bis Ende 1993 die Zahl der Flüchtlinge und Auswanderer mindestens zwei Millionen erreichen werde. Es gebe auch hunderttausende von Flüchtlingen in anderen Republiken, vor allem Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Tajikistan.

Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge in Genf verkündete ein Notstandsprogramm in der Größenordnung von 6,5 Millionen Dollar für die ärmsten armenischen und azerischen Kriegsflüchtlinge. □

Französischer Industrieller fordert das Ende von GATT

Europa muß den Weg von Friedrich List, und nicht den von David Ricardo einschlagen, wenn es dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) wirksam entgegentreten will, schrieb Alain Gomez, Präsident des französischen Elektronik-Konglomerats Thomsen-SA/Thomsen-CSF, in einem Artikel der Tageszeitung »Le Monde« mit der Überschrift: »Gatt muß sterben«.

Gomez vertrat die Ansicht, List sei vorzuziehen, wenn man an den Handel zwischen Nationen glaubt, und der müsse auf »›erzieherischem‹ Protektionismus« beruhen. »Vor einhundertsechzig Jahren entschied sich Preußen mit der Gründung des Zollvereins, der zum Entstehen Deutschlands führte, für List. Japan tat später das Gleiche, und wurde dadurch zur führenden Wirtschaftsmacht in der Welt. Europa wird nicht existieren, wenn es nicht den gleichen Weg einschlägt: Sich als Handelsblock konstituiert, seinen Markt für seine Mitgliederstaaten reserviert, dann für diejenigen, die bestrebt sind, sich auf sein Niveau – Mitteleuropa – zu erheben, dann für diejenigen, deren Unterentwicklung auch sein Problem ist – von Nordafrika bis zum Nahen Osten –.«

Die Theorie des freien Marktes, sagte Gomez, wurde zum größeren Ruhm des britischen Weltreiches zusammengebraut: »Eine Theorie ist ein Werkzeug, das man benutzt oder konstruiert, um seine eigenen Ziele, die wiederum von den eigenen Interessen bestimmt werden, zu rechtfertigen. Dies war bei der klassischen Wirtschaftstheorie des späten 18. Jahrhunderts der Fall, die die ideologische geistige Wiederkunft Englands als erste Weltmacht begründete.«

Gomez klagte an, daß die Vereinigten Staaten historisch gesehen protektionistisch seien und erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Vorherrschaft Amerikas gesichert war, damit begonnen hätten, den »Freihandel« hochleben zu lassen. Jetzt, sagte er, ist für Europa die Zeit gekommen, »die Regeln schriftlich niederzulegen«, die das Handelsverhältnis unter den Völkern bestimmen. □

Nigerias Schulden-probleme

Die Geschäftswelt Nigerias besteht darauf, daß die Zahlung von Auslandsschulden drastisch beschnitten werden muß. »Die Bedienung von Auslandsschulden ist weiterhin der einzige große Ausgabenposten und ein Haupt-Aderlaß für die knappen Devisenvorräte«, ließ der nigerianische Verband der Handelskammern, Industrie, Bergbau und Landwirtschaft (Naccima) in einer kürzlichen Denkschrift über den Staatshaushalt von 1993 verlauten.

»Ein derart hoher Stand des Schuldendienstes ist ungesund für die Wirtschaft und kann nicht beibehalten werden«, teilte der Verband mit. »Die Regierung sollte ihr Auslandsschulden-Management intensivieren, um während des Steuerjahres 1993 das Schuldendienstverhältnis auf maximal 25 Prozent zu verringern.« Im Haushalt von 1992 stand der Schuldendienst auf 30 Prozent der offiziellen Deviseneinkommen, aber die Zahlungen erreichten bis Mai 1992 43,5 Prozent.

Der Direktor des Naccima, Lawrence Adekunle, sagte, ein so hoher Anteil an harter Währung Nigerias zur Rückzahlung von Schulden verwehrt dem Land die Mittel, seine kränkelnde Wirtschaft zu sanieren. »Man kann den Patienten töten, indem man ihm nicht genügend Geld bewilligt, um die notwendigen Medikamente zu kaufen. □

Probleme mit den alten Wirtschafts-strukturen Moskaus

Die derzeitigen Wirtschaftsprobleme der zentralasiatischen Republiken sind darin begründet, »wie ihre festgefahrenen Industriestrukturen den täglichen Bedürfnissen ihrer Völker anzupassen sind ... nicht in der Privatisierung oder Marktwirtschaft«, sagte der chinesische Außenminister Qian Qichen in Moskau, wie die »China Daily« berichtete.

Qian, der eine Reise nach Uzbekistan, Kirgisistan und Kasakstan beendet hatte, bevor er Moskau besuchte, meinte, der chinesisch-zentralasiatische Handel werde hauptsächlich durch fehlende Transportmöglichkeiten behindert. Auch »die alten, nach dem Wirtschaftsplan der ehemaligen Sowjetunion auf Arbeitsteilung mit Rußland beruhenden Wirtschaftssysteme sind nicht leicht zu ändern«.

»Rußland befindet sich in einer anderen Lage als die drei zentralasiatischen Republiken. Die Russen sind sich untereinander nicht über das Tempo und die Art und Weise der Reform einig und suchen nach besseren Lösungen«, sagte er. □

China weiht eine eurasische Landbrücke ein

Die Volksrepublik weihte offiziell eine neue eurasische Landbrücke ein, indem der erste Güterzug vom Hafen Lianyungang am Gelben Meer aus auf die 10720 km lange Reise nach Rotterdam geschickt wurde, berichtete die Presseagentur Xinhua.

Der Güterzug wird der erste sein, der die lange Reise von der Küste Chinas am Stillen Ozean zur Atlantik-Küste in Europa unternimmt. Er wird quer durch den Alataw-Paß entlang der neuen chinesischen Bahnlinie fahren, die Urumqi in der chinesischen Region Xinjiang mit Alma Ata in Kasakstan verbindet, die im Juli 1992 nach jahrzehntelanger Verzögerung endlich offiziell eröffnet wurde. Die Bahnlinie führt quer durch Rußland, Belarus, Polen, Deutschland und die Niederlande.

Die Landroute vom Stillen Ozean bis zum Atlantik wird den Transportweg im Vergleich zur Seeroute um Südostasien herum um mindestens 6840 km verkürzen. »Wirtschaftswissenschaftler meinen, die Bahnlinie stellt für die beiden Kontinente einen bequemen und schnellen Transportweg dar, und sie wird die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Ost und West enorm fördern«, kommentierte Xinhua. □

Japanische Geburtenziffer zeigt negatives Wachstum

Japans Geburtenziffer ist auf ein neues Tief des negativen Wachstums gefallen, heißt es in einer von der Economic Planning Agency veröffentlichten Studie, wie der Londoner »Guardian« berichtete. Die Ersatzquote – das heißt, Nullwachstum der Bevölkerung – beträgt 2,08 Kinder pro Frau, und japanische Frauen haben nur je 1,35 Kinder – also bedeutend unter dem Ersatz-Niveau.

Mit dieser Quote wird Japans Bevölkerung bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf 70 Millionen sinken, heißt es in dem Bericht. Schon 2020 werden die älteren, die etwa 12 Prozent der Bevölkerung umfassen, 25 Prozent ausmachen. □

Argentinische Beamte in Drogenhandel verwickelt

Ein Skandal ist ausgebrochen, in den der Leiter des Amtes für Drogenbekämpfung der argentinischen Regierung, Alberto Lestelle, verwickelt ist. Ein »ehemaliger« illegaler Drogenhändler und Informant, Mario Noguera Vega, der jetzt in Brasilien festgehalten wird, hat Lestelle bezichtigt, in illegalem Drogenhandel und Geldwäsche verwikkelt zu sein und sagte, Lestelle habe ihn nach Brasilien geschickt, um einen anderen argentinischen Drogendealer, Sergio Di Fiore, zu ermorden. Di Fiore hat angeblich in Buenos Aires Dokumente gestohlen, die mehrere Beamte der argentinischen Regierung mit illegalem Drogenhandel und Geldwäsche belasten. Noguera behauptet, man habe ihm für die Erfüllung des »Vertrags« 50000 Dollar zugesagt.

Diese Enthüllungen haben in Buenos Aires Panik und peinliche Verlegenheit ausgelöst, da Lestelle eng mit der amerikanischen Drug Enforcement Administration (Drogenbekämpfungsbehörde) und der US-Botschaft zusammenarbeitet und erst im vergangenen Jahr, mit Rückendeckung der USA, zum Präsidenten der regionalen Drogenbekämpfungs-Organisation IDEC gewählt wurde.
Obwohl die argentinische Regierung von Präsident Menem behauptet, Noguera Vega sei geisteskrank, lassen brasilianische Drogenbekämpfungsbehörden verlauten, seine Informationen seien nützlich und zusammenhängend, und hätten dazu gedient, wichtige Verhaftungen in Drogenfällen vornehmen zu können. Noguera sagte zu der Tageszeitung »La Nacion«, er habe nur »ein Prozent dessen, was ich weiß« enthüllt.

Staatspräsident Menem soll über den Skandal sehr beunruhigt sein und hat den staatlichen Geheimdienst angewiesen, eine gründliche Fahndung einzuleiten. □

Sportverletzungen führten zur Übertragung von Aids

Ein italienischer Fußballspieler wurde 1989 mit Aids infiziert, als er während eines Spieles mit einem HIV-positiven Gegner zusammenstieß, teilte eine Mannschaft italienischer Ärzte mit, wie die »Minneapolis Star Tribune« berichtete.

Kurz nach dem Vorfall veröffentlichten die fünf italienischen Ärzte, die den Mann untersuchten, im Mai 1990 in »The Lancet«, einer britischen Ärzte-Zeitschrift, einen Brief. Sie berichteten, daß nach dem Zusammenstoß beide Männer stark an tiefen Schnittwunden oberhalb der Augenbrauen bluteten. Zwei Monate später wurde festgestellt, daß der Mann, dessen HIV-Test ein Jahr zuvor negativ verlaufen war, Aids hatte. Er bestritt homosexuelle Kontakte oder Drogenmißbrauch und hatte keinerlei Blutübertragungen, Injektionen oder Zahnbehandlung. Die Ärzte schlossen auch »unsicheren Sex« aus, weil der Patient ein vierjähriges monogames Verhältnis mit einer Frau, deren Tests negativ waren, unterhalten hatte.

Dies führte die Ärzte-Gruppe zu der Schlußfolgerung, daß die Infektion durch die Verletzung verursacht wurde.

Die Centers for Disease Control in Atlanta, Georgia, teilten mit, ihnen sei der Fall in Italien wohl bekannt, aber die Möglichkeit, daß sich jemand durch eine Sportverletzung infiziert sei sehr gering. □

Kambodscha klagt Vereinte Nationen wegen Beschwichtigungspolitik an

Die kambodschanische Regierung kritisierte die Vereinten Nationen wegen ihres Unvermögens, den Roten Khmer Sanktionen aufzuerlegen. Ein hochrangiger Sprecher der Regierung in Phnom Penh, die sowohl Prinz Sihanuk als Staatschef wie auch Ministerpräsident Hun Sen in ihren Reihen hat, erklärte auf einer Pressekonferenz, Sanktionen seien die einzige Möglichkeit, die Roten Khmer dazu zu zwingen, ihren Widerstand gegen den Friedensplan der Vereinten Nationen aufzugeben. □

Betr.: Bundeswehr »Eine erschütternde Debatte«, Nr. 1/93.

Der Artikel zeigt kurz und prägnant das ganze Dilemma deutscher Politik auf; ihm ist uneingeschränkt zuzustimmen. Er regt aber auch zu ein paar Bemerkungen an.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man uns unseren – angeblichen – Militarismus auf schaurige Weise gründlich ausgetrieben. Daß es dennoch einige Jahre später zur Wiederbewaffnung kam, war eine erste Ungereimtheit deutscher Politik. Immerhin galt das kategorische Verfassungsgebot »Zur Verteidigung«. Das deutsche Volk war zufrieden.

Indem man uns, gerade im Gegensatz zu allen bisherigen Vorwürfen nun plötzlich unverständlicherweise »Drückebergerei« vorhält, weil wir uns nicht an fremden Kriegen beteiligen wollen, steht dieses Verfassungsgebot bei seiner ersten Bewährungsprobe auch schon zur Disposition. Was ist bei diesem »vorauseilenden Gehorsam« (Schlee) deutscher Politiker unser Grundgesetz wert? Neue Ungereimtheit deutscher Politik?

Die geltenden Feindstaaten-Klauseln der UN-Charta erlauben Maßnahmen gegen die Feindstaaten durch die UN. Da Deutschland als Feindstaat widersinnigerweise auch Mitglied der UN ist, müßte die Bundeswehr einerseits sich an etwaigen Strafmaßnahmen der UN gegen Deutschland beteiligen, andererseits aber das eigene Land gegen jeden Angriff verteidigen.

Deutschland gegen Deutschland!

Eine weitere Ungereimtheit dieser Politik.

Der Überleitungsvertrag vom 26. Mai 1952 bestätigte das Dilemma. Und nach 40 Jahren findet sich immer noch keine »souveräne« deutsche Regierung, die – in Vertretung deutscher Interessen – die Aufhebung der Feindstaaten-Klauseln fordert.

Unter diesen Umständen, deutsche Soldaten – außerhalb der Verteidigung des eigenen Vaterlandes – auch nur der geringsten Lebensgefahr auszusetzen, ist – gelinde gesagt – verantwortungslos.

Statt des alten Rufes »Deutsche an die Front«, kann daher die Devise heute nur lauten: »Deutsche – Politiker – an die – diplomatische – Front«.

Sollte es auf diese Weise schließlich gelingen, international die Voraussetzungen für einen Einsatz deutscher Truppen außerhalb Deutschlands zu schaffen – und nur dann – könnte es auch in unserer repräsentativen Demokratie nicht falsch sein, zu einer derart existentiellen Frage wie einer Änderung des Artikel 87a des Grundgesetzes, den Souverän – das Volk – zu hören.

Gunther Hartmetz, Passau

Betr.: Europäische Gemeinschaft »Der Maastrichter Trichter«, Nr. 1/93.

Für die Krise in der Stahlindustrie spielen Faktoren wie Preissteigerungen beim Rohöl, Dollarschwäche und die Wirtschaftsabschwächung in den USA eine gewisse Rolle. Für die deutsche Stahlindustrie ist aber der ruinöse Wettbewerb mit einer in Osteuropa und Fernost staatlich subventionierten Stahlproduktion entscheidend.

Die EG bindet der Bonner Regierung durch eine Beihilfenregelung die Hände, wonach nur Umweltschutz, Forschung und Entwicklung bezuschußt werden dürfen, jedoch nicht Investitionen und Produktion. So geht langsam, aber sicher die Hauptstütze der deutschen Schwerindustrie, die Stahlproduktion, vor die Hunde. Insgesamt 150000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie der Bundesrepublik sind gefährdet, wachsende Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von fremder Produktion sind vorprogrammiert. Das ist das Ergebnis einer Bonner Politik, die bedingungslos die Wünsche der Brüsseler EG Kommission erfüllt und die deutsche Belange einer europäischen Integration opfert.

Gerd Wedemeyer, Wiesbaden

Betr.: Pearl Harbor »Fünfzig Jahre Historiker-Streit«, Nr. 11, 12/92 und Nr. 1/1993.

Die Geschehnisse um den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten am 7. Dezember 1941 bedurften schon lange einer eingehenden kritischen Betrachtung, um derartige Dinge in Zukunft, im Interesse der freien Völker zu verhindern.

Die wenig ermutigenden Vorgänge im Irak heute zeigen, wohin eine solche Politik führt, mit der man schneller als den Urhebern lieb ist in einen allgemeinen Krieg schlittern kann.

Daß die Aufmerksamkeit der GUS in entscheidendem Maße hiervon erregt wird, entspricht den Gesetzen der Geopolitik, auch wenn die One-World-Crew diese Dinge stets nur im eigenen Blickwinkel sieht.

In diesen Tagen hat der Hollywood Regisseur Hoppe erklärt, »Er würde weiter Gewaltfilme produzieren, denn die USA seien durch Gewalt groß geworden«, womit einer Denkungsart entsprochen wird, die jenseits des Atlantik genügend Protagonisten hat, was die täglichen Ereignisse zeigen. Die Pearl Harbor Katastrophe ist eine der unglaublichsten Taten in der Geschichte. Roosevelt gab (nach Tansill »Backdoor to war«) »sein Wissen um das exakte Angriffsdatum nicht seinen Befehlshabern im Pazifik an Admiral Kimmel und General Short weiter«.

Obendrein zog er die Träger und Zerstörer, das Rückgrat der US-Pazifikflotte aus Hawaii ab, um den Rest dieser Flotte in Pearl Harbor seinem Schicksal preiszugeben. Die Aussagen des Führers der Zerstörer im Pazifik, Admiral Theobald, haben die Fakten im »letzten Geheimnis von Pearl Harbor« als »Verbrechen Roosevelts« am Weltfrieden klassifiziert.

Selbstverständlich wurden diese Tatsachen weitgehend totgeschwiegen, nach bewährtem Modell. Seit 1940 wußte die US-Regierung durch Oberstleutnant Friedmanns Entschlüsselungskünste, der den japanischen Kode knackte, den Agriffsbefehl und Zeitpunkt für das Pearl Harbor Unternehmen der Japaner.

Der Präsident saß am Angriffstage in seinem Arbeitszimmer und blätterte in seiner »wohlgeordneten Briefmarkensammlung«, während die Bomben auf seine Soldaten krachten. Hierzu meinte Charles C. Tansill: »Ein Krieg hatte begonnen, der bis heute noch nicht zu Ende ist.«

Die Deutschen, welche eine vorurteilsfreie Geschichtsforschung wünschen, können sicher sein, nicht besser behandelt zu werden als Kimmel und Short.

Dr. R. Otto Muth, Unna

Betr.: Bonn »Wird die Straße zum Tatort?«, Nr. 11/92.

Sie wundern sich in der dritten Spalte über die beiden Kinder, die im Abstand von zwei Monaten geboren wurden.

Die Erklärung ist einfach: Die beiden Kinder gehören verschiedenen Ehefrauen des Ausländers an. Türkische Ausländer dürfen lt. Bundesverfassungsgericht in Deutschland bis zu vier Ehefrauen haben. Das zu Ihrer Kenntnis. Ich bin erstaunt, daß Ihnen dieses Urteil offenbar nicht bekannt ist.

Prof. Dr. Gerhard Ledig, Hamburg

Betr.: Naher Osten »Die schweren Fehler der US-Politik«, Nr. 10/92.

Hier weist Alfred Lilienthal nach, daß die Masse der Juden keine Semiten sind. Er nimmt auch das Buch des jüdischen Schriftstellers Arthur Koestler – starb 1983 in London »Selbstmord« – »Der dreizehnte Stamm« zur Hilfe. Danach sind die Juden weder ein Volk noch eine Rasse; bestenfalls sind sie eine Religionsgemeinschaft. Daher haben sie auch keinen historischen Anspruch auf Palästina. Wenn die Hauptmasse der Juden keine Semiten sind, kann doch der Antisemitismus nur künstlich erschaffen worden sein. »Wir brauchen ihren Antisemitismus, um unsere Brüder aus den unteren Schichten zusammenzuhalten.« So heißt es in den Protokollen. Danach wäre der Zionismus ohne den Antisemitismus gar nicht lebensfähig.

Kann man da nicht auf den Gedanken kommen, die Israelis werden nur als Mittel zum Zweck mißbraucht?

Werden die Serben nicht auch mißbraucht? Martin Mann schreibt in der Nr. 12/92 unter der Überschrift »Es geht um das alte zionistische Muster«. Das von den Serben durchgeführte Programm der »Völkischen Säuberung« durch Massaker und Plünderung geht nach dem von Israel in dessen »Unabhängigkeitskrieg« festgelegten Muster vor sich.

Und schließlich werden die Polen doch auch nur als Mittel zum Zweck mißbraucht. Um Deutschland das Rückgrad zu brechen, wurde die slawische Rasse erfunden. Auf dem ersten Panslawistenkongreß, der am 31. Mai 1848 in Prag begann, wurde unter Punkt 3 beschlossen, daß innerhalb von 100 Jahren alle Deutschen östlich der Linie Stettin-Triest vertrieben werden sollen. Nach 97 Jahren ist es Wirklichkeit geworden. Das Traurige daran ist, daß vor allen Dingen Leute deutschen Blutes zu allen Zeiten, auch heute noch, Beihilfe zu diesen Verbrechen geleistet haben.

Waldemar Neumann, Dannewerk

Betr.: Deutschland-Journal »Medienkampagne gegen ›Böhse Onkelz‹«, Nr. 1/93.

Wenn Sie die »Böhse-Onkelz« (Schreibweise läßt schon auf geistigen Inhalt schließen) in Schutz nehmen, dann sollte Ihnen eigentlich Ihr politisches Gespür sagen, daß eine »Gesangsgruppe« die singt »Kleine Kinder hab ich gern, zerstückelt und in Scheiben ...« nicht geeignet ist, der von Ihnen gemeinten politischen Richtung Schub zu verleihen. Vielmehr ruft sie verstärkt Widerstände wach, wie man sie derzeit in Presse und Politikerschaft maulvoll findet.

Im Grunde dient das nur dazu, von außen her verstärkt Bremsmanöver einzuleiten, wenn Sie verstehen, was ich meine.

Es sei denn, man sei darauf aus, eine konträre Meinung darzustellen – konträr gegen alle Themen, die auf den Tisch kommen: also schlichtweg eine primitive Vorgehensweise.

Dr. Karl Bauer-Hack, Lüdenscheid



Die umfassende Dokumentation über Hintergründe zur Geschichte von Krieg und Revolutionen. Die Autoren haben sich eingehend mit dem internationalistischen Netzwerk beschäftigt, das die Welt regiert.



*Archibald Maule Ramsay »Der namenlose Krieg«
Adolf Rossberg »Der Orden des Herrn Weishaupt«
Karl Heise »Okkultes Logentum«
Leon de Poncins »Hinter den Kulissen der Revolution«
Konrad Lerich »Der Tempel der Freimaurer«
Im Anhang:
Die Konstitution »Alter und Angenommener Schottischer Ritus«*

*»Der namenlose Krieg«, 448 Seiten mit 84 Abbildungen
DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen
D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel*

Verlagsauslieferung:
SPS-Verlagsservice GmbH · D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06 - 0
Telex 862 662
Telefax 02 61/8 07 06 54

Ein Volk nach dem anderen wird vom Moloch "Neue Weltordnung" geschluckt. Über das Geld soll das politische Ziel einer Weltregierung geschaffen werden. Die Gruppe, die die "Neuerschaffung der Welt" will, versteckt sich hinter vielen Namen. Das Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood:
"Das ABC der Insider"
537 Seiten mit vielen Abbildungen.
DM/Sfr 40,-
ISBN 3-923864-05-1
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz,
Telefon: 02 61/8 07 06-0,
Telefax: 02 61/8 07 06 54
Zu beziehen über den Buchhandel.